C 21734 E



IG-Metall Gewerkschaftstag 15

westdeutsche Gefängnisse – Folter und Mord 19

»REBELL« Jugendzeitung des KB

Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 49 10. Sept. 74 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** 50 Pf.

Bald 1 Million Arbeitslose?

800.000 oder gar eine Million Arbeitslose in der BRD sehen einige Schätzungen für den kommenden Winter voraus.

Bereits im August lag die Arbeitslosigkeit nach offiziellen Angaben bei 2,5% (Bundesanstalt für Arbeit) bis 2,9% (Bundesbank). 645.000 Menschen waren nach Angaben der Bundesbank arbeitslos, mehr als doppelt soviel wie zur gleichen Zeit des vorigen Jahres.

Eine Aufstellung der Arbeitslosen (Angaben etwa Mitte August) nach den wichtigsten Sparten zeigt schon einige Ursachen der Krise auf:

- 69.000 in Büro und Verwaltung. Sie zeigen das Bestreben der Kapitalisten an „unproduktive Mitarbeiter" auszubooten, vor allem die [illegible] Büros durch verschärfte Arbeitsforderungen an den einzelnen Angestellten zu verkleinern.
- 66.500 im Metallbereich. Sie sind vor allem das Opfer der Krise in der Auto- und Zulieferindustrie.
- 44.000 Warenkaufleute. Sie zeigen die starke Konzentration auf dem Gebiet des Einzelhandels.
- 39.000 Bauarbeiter. Sie gehören zu den Opfern der tiefgehenden „Strukturkrise" dieses Wirtschaftszweiges. Das ganze Ausmaß der Krise läßt die Zahl von 39.000 Arbeitslosen nicht erkennen, weil zahlreiche Bauarbeiter schon in andere Berufe übergewechselt sind.
- 30.000 Textilarbeiter. Auch ihre Industrie steckt in einer „Strukturkrise".

Das Ausmaß der Krise in der BRD wird durch immer noch steigende Exporte stark gemindert. Die BRD hat in diesem Jahr bis einschließlich Juli rund 30 Mrd. Mark Ausfuhrüberschuß erwirtschaftet, rund 32% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die BRD-Imperialisten stehen daher mit einiger Sorge der Krisenentwicklung in Italien, Frankreich, USA u.a. gegenüber, die auch den westdeutschen Export beeinträchtigen könnte. So sank z.B. von Mai auf Juni der westdeutsche Export in die USA um 34%; VW hat einen Rückgang seiner Exporte in die USA um 32% zu verzeichnen.

Eine solche Entwicklung würde auch die Situation in der BRD selbst verschärfen. Daher ist der BRD-Imperialismus vor allem bestrebt, andere Staaten von „protektionistischen" Maßnahmen im Außenhandel (d.h. Maßnahmen zur Beschränkung der Importe durch Schutzzölle und ähnliches) abzuhalten.

„Strukturkrisen" – im Interesse des Kapitals

Die Auto-Industrie leidet an Absatzschwierigkeiten. Die Produktion ist bis Juli um etwa 25% gesunken. Zum einen hat der inländische Markt einen gewissen Sättigungsgrad erreicht; vor allem aber wirkt die Verteuerung der Autos selbst, des Benzins u.a. dem Absatz entgegen. Dies gilt natürlich auch für den Export in andere kapitalistische Länder, wo sich die Lebenslage der Werktätigen gleichfalls verschlechtert. Immerhin ist der Export aber nur um elf Prozent zurückgegangen, also weniger stark als der Absatz im Inland – zum einen wohl durch das Verdrängen von Konkurrenten, zum anderen durch das Erschließen neuer Märkte.

Die Auto-Industrie orientiert sich stark auf den Kapital-Export, d.h. auf den Bau von Produktionsstätten

Forts. Seite 10



NIEDER MIT DEM CHILENISCHEN FASCHISMUS!

Über Nacht errichtete die Junta mehrere KZ. Darunter eines im seitdem berüchtigten Nationalstadion von Santiago, in dem wie in den überfüllten Gefängnissen und Gefangenenschiffen Tausende zu Tode gefoltert, erschlagen und erschossen wurden.

Der Widerstand gegen die faschistische Junta wurde so zunächst in einem riesigen Blutbad erstickt. Über 30.000 ermordete Arbeiter, Bauern, Studenten, Schüler, Frauen und Kinder; Zehntausende von Eingekerkerten, Deportierten, Gefolterten und Verstümmelten; Hunderttausende Arbeitslose; völlige Versklavung und Entrechtung der Werktätigen; Not und Hungerdasein für unzählige Familien – das ist die barbarische Fratze der einjährigen faschistischen Herrschaft in Chile.

Und hinter ihr steht die blutige Hand des Imperialismus, des internationalen Monopolkapitals; in Chile ebenso wie 1953 im Iran, 1954 in Guatemala, 1957 in Jordanien, 1964 in Brasilien und der Dominikanischen Republik, 1965 in Indonesien, 1966 in Ghana, 1967 in Griechenland, 1970 in Kambodscha, 1971 in Bolivien und der Türkei, 1973 in Uruguay und in diesem Jahr in Zypern.

Am 11. September jährt sich der Tag, an dem die chilenische Bourgeoisie mit Hilfe des Militärs über das chilenische Volk ihre faschistische Herrschaft errichtete. Dieser Tag ist mit Blut und Schmerz in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingeschrieben, nicht nur in die der chilenischen selbst, sondern in die der internationalen Arbeiterbewegung.

Allende, der demokratisch gewählte Präsident der „Regierung der Volkseinheit" UP (Unidad Popular, ein Bündnis linker Volksparteien), wurde ermordet, Jagdbomber, Panzer und Granatwerfer bombadierten unter dem Befehl der eigens dafür in den USA ausgebildeten Offiziere die von den Arbeitern besetzten Fabriken, die Arbeiterwohnviertel und Universitäten. Währenddessen verfolgten die Reichen von Santiago z.B. von den Terassen ihres am Stadtrande höher gelegenen Villenviertels das „Schauspiel" und begossen es mit Champagner.

Forts. nächste Seite

Die NATO im östlichen Mittelmeer
Einbruch an der Südflanke?

Der faschistische Putsch auf Zypern, von der griechisch-zyprischen ‚Nationalgarde' mit Unterstützung der Athener Junta und des US-Imperialismus am 15. Juli unternommen, hat in seinen Folgen zu einer Reihe von Veränderungen im östlichen Mittelmeer geführt:

Türkische Truppen stehen seit dem 20. Juli auf Zypern und haben inzwischen in mehreren Etappen einen großen Teil der Insel besetzt; Zyperns Teilung ist damit zunächst einmal faktisch vollzogen.

Am 23. Juli trat die griechische faschistische Junta zurück, die vor sieben Jahren, am 21. April 1967, ihr Terrorregime über Griechenland errichtet hatte. Mitte August zog sich Griechenlands neue Regierung aus der militärischen Integration der NATO zurück. Eine starke antiimperialistische Volksbewegung fordert die Entfernung der NATO-Stützpunkte von griechischem Boden.

In der bürgerlichen Presse wurde daraufhin über die „morsche NATO-Flanke", über die ‚riesige Lücke in der Südflanke' etc. lamentiert.

Tatsächlich bildet Griechenland ein wichtiges Kettenglied im militärischen Einkreisungsring (Atomraketen-Abschußbasen, Radarketten, Anlaufhäfen der US-Flotte) der NATO-Imperialisten um die Länder des Warschauer Pakts. Ferner bildet es ein Sprungbrett (neben der Türkei und Zypern) für jede militärische Intervention im Nahen (Palästina) und Mittleren Osten (Persischer Golf). Schließlich ist Griechenland auch als eventuelles Aufmarschgebiet gegen das sozialistische Albanien sowie gegen Jugoslawien von einiger Bedeutung.

Die US-Imperialisten haben bisher zahlreiche Stützpunkte in Griechenland. Dazu gehören Flottenstützpunkte für die 6. US-Flotte (u.a. Piräus und auf Kreta), Luftwaffenstützpunkte, Abschußbasen für Atomraketen und das Raketen-Übungsgelände der NATO auf Kreta, das u.a. auch von der westdeutschen Bundeswehr benutzt wurde.

Schon hat Israel angeboten, den US-Imperialisten gegebenenfalls ersatzweise Stützpunkte zur Verfügung zu stellen, falls sie aus Griechenland abziehen müßten. Daneben bemühen sich die USA sehr intensiv und aufdringlich um Stützpunkte in Italien, wo es bereits zahlreiche NATO-Stützpunkte gibt (Abschußbasen für Atomraketen, Flottenstützpunkte, Radarstationen). Dieses „Werben" unterstreichen die US-Imperialisten durch provozierende Flottenbewegungen an den süditalienischen Küsten. Was die italienische Bourgeoisie angeht, so ist sie einerseits ökonomisch in einer akuten Zwangslage und daher käuflich (vgl. den 5,2 Mrd.-Kredit der BRD). Andererseits steht sie unter starkem Druck der reformistischen Parteien, vor allem der PCI, die zwar längst nicht mehr den Austritt Italiens aus der NATO fordern, aber doch auch weitere S t ä r k u n g der NATO-Positionen in Italien gegenüber der italienischen Arbeiterklasse nicht vertreten können.

Unabhängig davon kann die NATO sich auf die zahlreichen Stützpunkte in der Türkei zunächst verlassen, wo sich auch (in Izmir) das Nato-Hauptquartier der Landstreitkräfte für Südosteuropa befindet. Ferner bestehen weiterhin die beiden britischen Stützpunkte auf Zypern, die schon in der Vergangenheit in gewissem Grad auch von den USA benutzt werden konnten (Anlaufhäfen für die 6. US-Flotte, Ausgangspunkt für „Aufklärungsflüge" vor allem gegen die Sowjetunion und die arabischen Staaten, Stützpunkt für eine umfassende Spionage-Tätigkeit gegen die arabischen Staaten). Es gibt auch schon Gerüchte, daß die türkische Regierung den USA einen Stützpunkt im von ihr besetzten Nordostteil Zyperns angeboten haben soll.

Es wäre also ganz sicher falsch, auf das bürgerliche Geschrei um die „morsche NATO-Flanke" hereinzufallen. Langfristig ist außerdem auch die griechische Bourgeoisie sehr wohl daran interessiert, in der NATO zu verbleiben – sowohl aus innenpolitischen Gründen (Unterdrückung der Arbeiterbewegung) als auch außenpolitisch, im Konflikt mit der Türkei um Zypern und die östliche Ägeis (Öl- und Gas-Vorkommen!). Allerdings dürfte sich das Gewicht insgesamt stärker zugunsten der westeuropäischen NATO-Staaten (und zuungunsten der USA) verschieben, die nunmehr Griechenland, ebenso wie schon Portugal (und demnächst vielleicht Spanien) in ihre ökonomische Integration (EG) hineinziehen werden. Frankreich hat sich darüber hinaus sehr beeilt, der neuen griechischen Regierung Waffenlieferungen anzubieten, um sich auch auf militärischem Gebiet Einfluß zu sichern.

Forts. Seite 23


Freiheitskämpfer in Angola

Guinea - Bissao
Unabhängigkeit anerkannt

Mosambik
Unabhängigkeit Signal für "Aufstand" der weißen Faschisten

Am 10. September tritt das Unabhängigkeitsabkommen für Guinea-Bissao in Kraft. Die militärische Niederlage Portugals in dieser Kolonie war schon seit langem besiegelt, es galt dies für Portugal nur noch formal einzugestehen. Bereits vor einem Jahr hatte die Befreiungsbewegung von Guinea-Bissao und den Kapverdischen Inseln (PAIGC) ihrerseits schon die Unabhängigkeit dieses Landes erklärt.

Der Wortlaut des Abkommens ist noch nicht veröffentlicht. Es scheint jedoch in der Frage der Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln – die für Portugal wegen ihrer militärischen Stützpunkte dort von strategischer Bedeutung sind – zu einem Kompromiß gekommen zu sein. Es heißt, daß sowohl Portugal als auch die PAIGC auf die Kapverden verzichten und sie als selbständiges Gebiet behandeln. Portugal rechnet sich dabei natürlich die Möglichkeit aus, auf dieses kleine Gebiet auch dann noch Einfluß zu behalten. Aristides Pereira, Generalsekretär der PAIGC, erklärte, daß Guinea wie die Kapverden freigewählte Versammlungen bilden würden, die die „oberste Verwaltung Guineas und der Kapverden" darstellen und die dann gemeinsam die obersten Körperschaften der Union ins Leben rufen sollen.

Am Sonnabend, den 7.9. wurde das Unabhängigkeitsabkommen für Mosambik zwischen dem portugiesi-

Forts. Seite 12

Forts. Chile

Chile bedeutet indessen mehr als die Tatsache, daß der Imperialismus, die jahrzehntelange grausame Spur seiner Verbrechen weiter verfolgend, eine demokratisch gewählte Regierung gestürzt hat. Der faschistische Putsch und das folgende Blutbad unter der Arbeiterklasse hat gleichermaßen diejenigen erschüttert, die auf das Gelingen des „chilenischen Weges zum Sozialismus" gehofft hatten, ebenso wie diejenigen, die diesem „chilenischen Weg" von Anfang an skeptisch gegenübergestanden hatten, weil die ganze historische Erfahrung der Arbeiterbewegung zeigt, daß nur durch einen bewaffneten Aufstand die Macht der Kapitalistenklasse gestürzt, der Weg zum Sozialismus geöffnet werden kann.

Auf der ganzen Welt gibt es kein Beispiel dafür, daß die herrschende Klasse freiwillig und widerstandslos abtritt. Die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus vollzieht sich im schärfsten Klassenkampf, der im allgemeinen die Form des bewaffneten revolutionären Aufstandes oder konterrevolutionären Putsches annimmt. Diese alte Erfahrung hat der Sturz der Allende-Regierung in blutigster Weise wieder einmal mehr bekräftigt.

Warum ist die UP-Regierung gestürzt worden?

Die Unidad Popular war Ende 1970 mit einem Programm an die Regierung gekommen, den Einfluß des US-Imperialismus zu brechen und einen „friedlichen Übergang zum Sozialismus" anzubahnen.

Einige große Unternehmen, vor allem aus dem Besitz ausländischen Kapitals, in erster Linie die Kupfergruben der US-Monopole, sollten verstaatlicht werden. Um die Not der Bauern zu lindern, versprach das UP-Programm in einer Agrarreform die Enteignung des Großgrundbesitzes. Imperialisten und Großgrundbesitzer waren demzufolge auch von vornherein feindlich gegen die Allende-Regierung eingestellt.

Gleich nach Allendes Wahlsieg am 4. September 1970 und noch vor seiner offiziellen Amtseinführung am 4. November begannen die US-Imperialisten, ihre ersten Putschpläne in die Tat umzusetzen, um möglichst schon die Regierungsbildung zu verhindern. In diesen acht Wochen erlebte das chilenische Volk den ersten Vorgeschmack dessen, was die Konterrevolution in den nächsten Jahren gezielt umzusetzen gedachte.

Details der Verschwörung wurden durch die Enthüllungen des amerikanischen Journalisten Anderson 1972 bekannt, die als ITT-Dokumente Schlagzeilen machten. Danach war die „International Telephone and Telegraph Company" (ITT), einer der mächtigsten imperialistischen Konzerne, der u.a. 60 % des Aktienkapitals der chilenischen Telefongesellschaft kontrollierte, in enger Zusammenarbeit mit dem CIA und dem US-Botschafter in Santiago und den chilenischen Rechtsextremisten um den General Viaux aktiv an Putschplänen beteiligt, in die auch die Christdemokraten um Frei u.a. verwickelt waren.

Allende hatte die Wahl mit 37 % der Stimmen nur knapp vor Alessandri, dem Kandidaten der rechtsextremistischen National-Partei, gewonnen. Zur endgültigen Ernennung benötigte er die Stimmen der Christdemokratie, der Hauptpartei der chilenischen Bourgeoisie. Die US-Pläne sahen nun zunächst vor, die Christdemokratie dazu zu bewegen, für Alessandri zu stimmen, der dann, völlig US-hörig, seinen Rücktritt bekannt geben wollte, um dem Christdemokraten Frei in Neuwahlen – dann als einzigem Gegenkandidaten zu Allende – den sicheren Wahlsieg zu ermöglichen. In einem Brief des ITT-Beauftragten in Chile an den stellvertretenden ITT-Präsidenten Merriam ist von der Bereitstellung einer siebenstelligen Summe zur Unterstützung dieser Kampagne die Rede.

Die Christdemokratie war in dieser Frage gespalten, letzendlich setzte sich der sogenannte „linke" Flügel durch, für dessen Zustimmung allerdings Allende die Verpflichtungen einging, 1. in allen Aktionen die bürgerliche Legalität und Unantastbarkeit aller bestehenden Institutionen (also den bürgerlichen Staat insgesamt) zu respektieren, 2. der „Opposition" alle Rechte und die Garantie ihrer Institutionen und Massenkommunikationsmittel zu gewähren (was Allende später so auslegte, daß er sich weigerte, offen faschistische Organisationen und Hetzorgane zu bekämpfen), und 3. auf die Bildung von Volksmilizen zu verzichten. In dieser Haltung der Christdemokratie kam damit zu Ausdruck, daß die nationale chilenische Bourgeoisie in der Unidad Popular die Möglichkeit sah, ihre eigene Abhängigkeit vom ausländischen Kapital zu lockern und so ihre eigenen Profite zu vergrößern, daß sie aber gleichzeitig aus Angst vor der Arbeiterbewegung diese von Anfang an soweit wie möglich einzuschränken versuchte, um ihr zu einem späteren Zeitpunkt die Früchte des antiimperialistischen Kampfes umso leichter rauben zu können.

Für den Fall, daß die Christdemokratie dem „Alessandri-Plan" nicht zustimmte, bereiteten die US-Imperialisten den sofortigen Militärputsch vor. Faschistische Gruppen in Chile, darunter die Organisation „Patria y Libertad" (eng mit der National-Partei verbunden), wurden beauftragt, im Lande durch ihre Bombenstrategie ein Klima der Angst und Verunsicherung zu schaffen. Hochspannungskabel wurden gekappt, die etliche Ortschaften in der Provinz Santiago stromlos machten, die Produktion in vielen Industriezweigen wurde stark gedrosselt, um künstlich Versorgungsschwierigkeiten zu schaffen, Plastikbomben wurden vor Supermärkte und Banken gelegt. Das ist die gleiche Strategie, mit der die Faschisten heute in Italien ein Staatsstreichklima vorzubereiten versuchen. Sie dient in der Regel dazu, einen faschistischen Militärputsch als „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung" zu rechtfertigen.

In den ITT-Dokumenten wird dieser Tatbestand elegant als „*Sondierung einer militärischen Lösung*" umschrieben. Mit seltener Offenheit formulierten die US-Strategen die Hauptfrage im Zusammenhang mit der Armee:

„*Sind die chilenischen Militärs wirklich in der Lage, gewaltsam im ganzen Land zu herrschen und auf eine Bürgerkriegssituation vorbereitet? Die Meinung darüber ist in Santiago geteilt. Korry* (US-Botschafter) *meinte, Chiles bewaffnete Streitkräfte seien nicht mehr als ein Haufen Spielzeugsoldaten. Gut unterrichtete Kreise in Chile und einige nordamerikanische Berater* (man sieht, welche Funktion die US-„Berater" haben!) *äußern jedoch die Überzeugung, daß die Armee und Polizei durchaus dazu in der Lage sind.*" (ITT-Dokumente)

Da der größte Teil der chilenischen Offiziere in den USA ausgebildet worden war, verfügten die US-Imperialisten über die besten Verbindungen zum Militär.

General René Schneider, der Oberkommandierende des Heeres, zögerte und machte seine Zustimmung zum Putsch von der Entscheidung der Christdemokratie abhängig, die inzwischen jedoch schwankend geworden war. Sofort putschbereit zeigte sich der rechtsradikale Ex-General Viaux und sein I. Artillerieregiment.

Folgenden Plan entwickelten die CIA-Agenten: Über die rechtsradikale und US-finanzierte Presse sollte die faschistische Bombenstrategie den „linken Terroristen" in die Schuhe geschoben werden. Dieser Terror sei nur ein Vorbote dessen, was das chilenische Volk auf dem Weg in die „kommunistische Diktatur unter Allende" erwarte. Auf Schneider wurde ein Attentat geplant, das den Linken in die Schuhe geschoben werden sollte, womit man zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen gedachte: Einmal das gesamte Heer für einen Putsch gegen links einzustimmen, zweitens Schneider zu beseitigen, der – statt des sofortigen Putsches – die längerfristige „legale" Aushöhlungsstrategie der Christdemokratie gegenüber Allende befürwortete.

Der Staatsstreich schlug fehl. Das Attentat auf Schneider wurde so dilletantisch ausgeführt, daß die Mörder und ihre Verbindungen zu faschistischen Organisationen sofort aufgedeckt werden konnten (während die Beteiligung der USA erst durch die ITT-Dokumente ans Tageslicht kam). Das Attentat erzielte somit das Gegenteil der erhofften Wirkung: Durch die breite Entrüstung über das Verbrechen wurden die auf den sofortigen Putsch orientierten Teile der Armee neutralisiert, Allende mußte mit großer Mehrheit im Amt bestätigt werden. Der US-Imperialismus mußte zunächst zurückstekken und orientierte ab jetzt auf einen schrittweisen Auszehrungs- und Konfrontations-Plan als Vorbereitung auf den nach wie vor geplanten gewaltsamen Umsturz – so wie es auch schon in den geheimen Dokumenten des ITT-Konzerns vorgezeichnet war: einen „*schnellen Niedergang der* (chilenischen) *Wirtschaft herbeizuführen, der gewaltsame Auseinandersetzungen auslöst und schließlich zum Militärputsch führt.*"

In den ersten Monaten ihrer Regierungszeit konnte die Unidad Popular dann eine Reihe von sozialen Reformen durchführen (Senkung der Arbeitslosenquote, Wohnungsbeschaffung, Gesundheits- und Lebensmittelversorgung, usw.), die eine unmittelbare Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung bedeuteten (unter der vormaligen christdemokratischen Frei-Regierung hatte die Arbeitslosenquote in Santiago beispielsweise 8,3 % betragen – sie konnte im ersten Jahr der UP-Regierung auf 3,8 % gesenkt werden; die Zahl der fertiggestellten Wohnungen wurde von 12.000 im Jahr 1970 mehr als vervierfacht, usw.) Mit der Verwirklichung der „Kernstücke" ihres Programms blieb die Allende-Regierung jedoch mehr und mehr hinter den ursprünglichen Ankündigungen zurück.

Agrarreform: sie beschränkte sich im Jahr 1971 auf die Enteignung von etwas mehr als 1.000 Landgütern (die später noch auf 1.300 anstiegen) mit einer Bewässerungsfläche von über 80 ha. Die Großgrundbesitzer erhielten ein Recht auf eine „Reserve" von 40 ha, die sie unter den besten Bodenqualitäten auswählen konnten. Grundbesitze unter 80 ha waren ohnehin nicht von der Agrarreform betroffen und viele Latifundisten konnten der Enteignung schon dadurch entgehen, daß sie ihren Besitz juristisch einfach auf ihre Familienmitglieder und Verwandte verteilten. Wieviel davon Gebrauch gemacht wurde, ist schon daran deutlich, daß sich die Zahl der landwirtschaftlichen Güter in einer Größe zwischen 40 und 80 ha von 4.500 im Jahr 1970 auf 9.000 im Jahr 1973 erhöhten.

Nationalisierung: Die Allende-Regierung verstaatlichte zwar den großen Kupferbergbau und das Bankwesen, wollte im weiteren dann aber nur noch 91 große Industriebetriebe in den verstaatlichten Sektor einbeziehen – deren Zahl in Wirklichkeit aber zwischen 500 und 800 lag. Die großen Baubetriebe und Verteilungsbetriebe ließ sie ohnehin ausdrücklich aus. Für viele der durchgeführten Verstaatlichungen wurden zudem riesige „Entschädigungen" an ihre ehemaligen Besitzer gezahlt – Geld, das damit erstens der Reformpolitik entzogen wurde, und womit sich die alten Besitzer entweder wieder irgendwo einkaufen konnten oder womit sie ihre Umsturzpläne finanzieren konnten.

Immerhin waren aber diese Reformen schon dazu angetan, die Imperialisten und Großgrundbesitzer und die von ihnen bezahlten faschistischen Elemente stärker auf den Plan zu rufen. Seinen Plänen der wirtschaftlichen Auszehrung Chiles entsprechend, drosselte der US-Imperialismus über die Weltbank die Kredite sprechend, drosselte der US-Imperialismus über die Weltbank die Kredite an Chile, drückte er den Weltmarktpreis für Kupfer (Chiles wichtigstes Exportmittel), strengte er Beschlagnahmeaktionen gegen Schiffsladungen chilenischen Kupfers an usw. Gleichzeitig verbündete sich die nationale chilenische Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie mehr und mehr mit dem Großgrundbesitz gegen die Unidad Popular, da die Enteignungen der ausländischen Monopole weitgehend abgeschlossen waren und die Bourgeoisie jetzt nicht mehr bereit war, die Regierungsgeschäfte von den Reformisten ausführen zu lassen, sondern über eine reaktionäre christ- und nationaldemokratische Regierung dem chilenischen Volk die Früchte des antiimperialistischen Kampfes rauben wollte. Gemeinsam legten sie sich ins Zeug, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes zu vervielfachen:

Schaffung von Versorgungslücken durch Warenhortung (und damit Aufblühen des Schwarzmarktes), Schmuggel knapper Güter ins Ausland (so wurden ganze Viehherden über die Grenze nach Argentinien getrieben), Zerstörung von Produktionsanlagen, die verstaatlicht worden waren oder die die Arbeiter auch ohne Einverständnis und gegen den Willen der Allende-Regierung in ihren Besitz genommen hatten, usw.

Das Entscheidende für den Plan der Konterrevolution aber war, daß sie zu allen Zeiten den Staatsapparat in ihren Händen hatte – und sich in dessen Schutz auch faschistische Stoßtrupps entwickeln und ihre Bombenstrategie ausüben und steigern konnten (gegen Brücken, Transportwege, Telegrafenmasten und Fabriken ebenso wie gegen Anhänger der Unidad Popular und anderer linker Organisationen und gegen Büros und Versammlungsräume der Linken und der Gewerkschaften).

Die Unidad Popular wollte den schon mehrfach in der Geschichte der Arbeiterbewegung gescheiterten Versuch unternehmen, den bürgerlichen Staatsapparat (Militär, Polizei, Justiz, Beamtenbürokratie) schrittweise von innen her zu erobern; auf „demokratischem" Weg, unter Vermeidung einer gewaltsamen Konfrontation mit den herrschenden Klassen. Tatsächlich war das aber nicht nur ein von vornherein aussichtsloses Unterfangen, sondern es führte in Chile ebenso wie bei ähnlichen Versuchen in anderen Ländern dazu, daß die Unidad Popular unter den zunehmenden Schlägen der Konterrevolution immer mehr zurückwich, die Arbeiter und Bauern nicht zum selbständigen revolutionären Kampf mobiliserte (sondern diesen sogar immer mehr zu unterbinden versuchte), und schließlich ihr Heil im „Dialog" mit der Christdemokratie suchte (die längst zu einem a k t i v e n Zentrum der Konterrevolution geworden war) und bürgerliche Militärs in die Regierung holte. Besonders das Verbreiten von Illusionen über die angebliche „Loyalität" und „demokratische Tradition" des (von

➡



Langhaarige sind verdächtig — Faschistischer Terror als „Befreiung vom Sozialismus".

„Freiheit für Chile" — laut CDU eine „tendenziöse Parole"

Seit einigen Wochen hängt an der Außenwand der Frankfurter Fachhochschule für Sozialarbeit ein von chilenischen Malern geschaffenes Bild mit der Überschrift: „Freiheit für Chile". Das Bild zeigt vier Totenköpfe mit Soldatenhelmen, zwei Köpfe von Südamerikanern, ein Gefängnisgitter und acht Grabsteine.

Es war abzusehen, daß die hiesigen Freunde der Pinochet-Bande sich an diesem Bild stören würden. So erkundigte sich auch CDU-Abgeordneter Arnulf Borsche nach „rechtlichen Konsequenzen" bei der Landesregierung, weil „*es schließlich ja nicht länger hingenommen werden könne, daß die Flächen an öffentlichen Gebäuden als Werbeträger für tendenziöse Parolen benutzt werden.*"

Als weiteres Argument fügte Borsche hinzu:

„*das Gemälde stört die Architektur des Nordwestzentrums*"!

Für Faschistenfreunde kann das Aufzeigen des Terrors ihrer chilenischen Gesinnungsbrüder und die Unterstützung des antifaschistischen Kampfes des chilenischen Volkes logischerweise nichts anderes als „tendenziös" sein.

All diesen Herren, die so wie Heck (CDU-Abgeordneter) der Ansicht sind, „*das Leben im Stadion* (das KZ-Stadion von Santiago) sei *bei sonnigem Frühlingswetter recht angenehm*" werden wir auch noch mal „*einen Platz an der Sonne*" verschaffen! ●

KB/Gruppe Frankfurt

Faschismus — Mord an der Arbeiterklasse

Seit dem 11. September 73, dem Tag, an dem die chilenischen ‚Gorillas' durch einen blutigen Putsch die Macht an sich rissen, wurde auch die Gesundheitsversorgung der Angestellten, Arbeiter und Bauern Chiles systematisch ruiniert. Sämtliche Errungenschaften der Unidad-Popular-Regierung und darüberhinaus viele Verbesserungen, die sich die chilenische Arbeiterklasse in den letzten 50 Jahren erkämpft hatte, wurden zerstört.

Hier die einzelnen Maßnahmen der faschistischen Junta seit dem 11. September:

- 300 demokratische Selbstverwaltungsorgane des Gesundheitswesens wurden aufgelöst.
- Die Notfall-Ambulanzen zur kostenlosen Behandlung der Mittellosen wurden stillgelegt
- Mindestens 1.000 Ärzte und Angestellte des Gesundheitsdienstes wurden ermordet, eingesperrt, ihres Postens enthoben oder mußten fliehen.

So fehlen heute den Arbeitern und Bauern gerade jene Mediziner, die sich am meisten für sie eingesetzt hatten.

- Die kostenlose Milchverteilung an alle Kinder wurde eingestellt, obwohl 30-35% aller chilenischen Kinder unterernährt sind! Das Colegio Medical (entspricht unserer Ärztekammer) lieferte dazu die unglaublich zynische, „wissenschaftliche" Begründung: „Ihre Organismen (die der Kinder) sind nicht gewohnt, Milch zu bekommen und erkranken häufiger an Durchfall, als wenn sie keine Milch bekommen".
- Neuerdings braucht man einen Passierschein, um überhaupt ins Krankenhaus zu kommen. Der kostet 2.000 Escudos, das ist ein Zehntel des durchschnittlichen Monatseinkommens. An den Pforten der Krankenhäuser stehen Soldaten, um die Patienten, die sich keinen Passierschein leisten können, mit ihren Bajonetten wegzujagen.
- Das staatliche Gesundheitswesen soll reprivatisiert werden. Schon wurden die Aktien der Krankenhaus-Baugesellschaft an der Börse von Santiago versteigert.

Die ausdrücklich von der Junta angestrebte Wiedereingliederung der „sozialisierten Insel" in die „freie Marktwirtschaft" wird die gesundheitliche Versorgung der chilenischen Massen um 50 Jahre zurückwerfen: Privat-Medizin für die Reichen, Krankenpflege als Almosen für die Armen wird das Ergebnis sein. ●

Gruppe Gesundheitswesen, KB/Gruppe Hamburg

Forts. Chile

Strategen des US-Kriegsministeriums ausgebildeten) chilenischen Militärs kennzeichnet den zutiefst reformistischen und opportunistischen Charakter der UP-Regierung.

Die Unidad Popular verschwieg vollständig die lange Tradition von Militär und kasernierten Carabinieros im blutigen Niederhalten des Volkes, die schon 1907 mit dem Mord an 3 600 streikenden Arbeitern in Iquique begann und in den 60er Jahren unter den Regierungen Ibanez, Alessandri und Frei zur Niederschlagung zahlloser Streiks und zum Mord an Dutzenden von Arbeitern, Bauern und „Pobladores" (Slum-Bewohner) geführt hatte. Einer der Höhepunkte faschistischer Angriffe auf die Arbeiterbewegung war das Jahr 1948, in dem die KP verboten wurde und Militärs in einer Nacht- und Nebelaktion Tausende von Kommunisten und Gewerkschaftsführern in einem eigens zu diesem Zweck eingerichteten KZ im Norden des Landes internierten.

Und während sich die Allende-Regierung immer mehr sträubte, auch nur ein Mindestmaß an ernsthaften Maßnahmen gegen die sich rüstende Konterrevolution zu ergreifen (z.B. wurde nicht einmal die offen faschistische Terrororganisation „Patria y Libertad" verboten, die enge Verbindungen zu den Militärspitzen unterhielt; z.B. wurden nicht einmal die Hetzzentralen der bürgerlichen Presse geschlossen; z.B. wurde nichts gegen die hohen Offiziere unternommen, die antifaschistische Soldaten schon vor dem Putsch foltern ließen) – verleumdete sie in gleichem Maße zunehmend diejenigen, die dem Reformismus eine revolutionäre Politik gegenüberstellten, wie vor allem der MIR (Bewegung der revolutionären Linken), und ließ die Armee Hausdurchsuchungen und Festnahmen bei der revolutionären Linken vornehmen.

Indessen hatte sich unter dem Einfluß der verschärften Angriffe des Imperialismus und der inländischen Konterrevolution sowie unter dem Einfluß der (wenn auch begrenzten) Reformstrategie der Unidad Popular eine Bewegung unter den chilenischen Arbeitern, Bauern und Studenten entwickelt, die zunehmend kämpferischer auftrat und von der Regierung eine entschiedenere anti-imperialistische Haltung forderte. In vielen Fällen war es zu „illegalen" Landnahmen und Betriebsbesetzungen mit Produktionsübernahme durch die Arbeiter gekommen, ohne daß die jeweiligen Betriebe oder Güter im „Übergangssozialismus"-Plan der Allende-Regierung verzeichnet gewesen sind. Besonders auf dem Land hatten sich auch Arbeiter- und Bauern-Milizen gebildet, weil diese sich nur noch so vor dem Terror der „weißen Garden" der Großgrundbesitzer schützen konnten (die Allende-Regierung selbst ließ diese Arbeiter- und Bauern-Milizen später teilweise wieder entwaffnen – mit dem Argument, daß es sich dabei um „von Ultralinken angestiftetes Abenteurertum" handle, das „der Konterrevolution in die Hände arbeiten" würde – was schon eine geradezu unverschämte Umkehrung der wirklichen Vorgänge war!).

Motor und Triebfeder der sich seit dem Frühjahr 1972 mit der Ermordung zahlreicher Bauern steigernden Terrorwelle waren die vom Großkapital und CIA finanzierten faschistischen Stoßtrupps „Patria y Libertad" und die Kommandos „Rolando Matus" der rechtsextremen National-partei. Eine von der Regierung im März 1972 angeordnete Hausdurchsuchung förderte im Sitz der Organisation „Patria y Libertad" ein großes Waffenlager zu Tage. Die Mitglieder wurden – ähnlich wie in den italienischen Faschistenorganisationen heute – in paramilitärische Formationen eingeteilt, die sich im Schießen und Herstellen von Bomben, Molotowcocktails usw. übten. Im Juli 1973 war die Zahl der Attentate bereits auf über 500 angestiegen!

Die erste Generalprobe für den konterrevolutionären Angriff war der Transportunternehmerstreik im Oktober 1972, der vier Wochen dauerte und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ins Unermeßliche steigerte. Der Streik wurde mit dem vorgeblichen Anlaß der Erhöhung der Transporttarife von der extrem rechts stehenden Transportunternehmer-Gewerkschaft künstlich hochgespielt und zum politischen Streik ausgeweitet. Als Vorsitzender dieser „Gewerkschaft" fungierte ein Mitglied von „Patria y Libertad". Die CIA-Gelder flossen so reichlich, daß die Unternehmer ein Vielfaches der üblichen Einnahmen als „Streikgelder" erhielten.

Groß- und Kleinhandel unterstützten den Streik und horteten die wenigen verfügbaren Waren. Zeitweilig konnte die Versorgung der Bevölkerung selbst mit elementaren Lebensmitteln nicht mehr sichergestellt werden. Wichtige Nahrungsmittel wurden durch die Entstehung eines Schwarzmarktes zum Privileg der Reichen. Die chilenische Bourgeoisie zeigte deutlich ihre Entschlossenheit, das chilenische Volk auszuhungern, um die UP-Regierung politisch in die Knie zu zwingen. Nur der Selbsthilfe der Arbeiterklasse, die z.T. die Warenversorgung in die eigenen Hände zu nehmen versuchte, war es zu verdanken, daß der Streik nach einigen Wochen abflaute und sich die Versorgung der Bevölkerung wieder verbesserte.

Doch die Unidad Popular wich wieder einmal mehr zurück. Statt einer generellen Verstaatlichung von Handel und Transport unter der Kontrolle der auszubauenden Selbsthilfe der Arbeiterklasse beließ sie die Versorgung der Bevölkerung in den Händen der Faschisten – und nahm Militärs in die Regierung auf! Dabei war die Arbeiterklasse durchaus zum Vorwärtsschreiten bereit. Insbesondere während und nach dem Fuhrunternehmerstreik verstärkte sich die Bildung erster Ansätze von Arbeiter-, Bauern- und Wohngebietsräten, insbesondere in den Industriegürteln um Santiago, Conception und Antafagosta anläßlich der Besetzung zahlreicher Fabriken auf Initiative revolutionärer Organisationen. In den Räten wurden neben den Problemen der Versorgung auch die der Bewaffnung und Selbstverteidigung des Proletariats gegenüber der Konterrevolution aufgeworfen.

So konnte durch die verstärkte Wachsamkeit und den organisatorischen Zusammenhalt der Arbeiterklasse der Angriff der Bourgeoisie zunächst zurückgeworfen werden. Diese entschied sich nach dem Eintritt der Militärs in die Regierung der Unidad Popular – stets zwischen dem brutalen Putsch in Verbindung mit dem Imperialismus und dem „legalen" Sturz, gestützt auf die eigenen Hauptparteien, schwankend – dafür, zunächst die Parlamentswahlen im Frühjahr 1973 abzuwarten, in der Hoffnung, daß die Massen die wirtschaftliche und politische Verunsicherung dem „sozialistischen Experiment" Allendes anlasteten und die bürgerlichen Hauptparteien eine Zweidrittelmehrheit erhalten würden, die nach der Verfassung den Sturz Allendes über ein Mißtrauensvotum ermöglicht hätten.

Doch nachdem es der Bourgeoisie trotz des äußerst aufwendigen Wahlkampfes in einer Atmosphäre gesteigerten Terrors nicht gelungen war, die zur Abwahl Allendes nötige Mehrheit auf „legalem" Wege zu erringen, die Unidad Popular stattdessen sogar ihren Stimmenanteil gegenüber der Präsidenten-Wahl 1970 um 8 % verbessern konnte, setzte sie jetzt eindeutig auf die Karte des faschistischen Militärputsches. Die nationale chilenische Bourgeoisie, die drei Jahre zuvor die Allende-Regierung als ein Instrument gebrauchen wollte, um ihren Handlungsspielraum gegenüber dem herrschenden Kapital zu vergrößern und die vom Imperialismus und seinen Statthaltern erzeugte Krise des Landes durch ein „Demokratisierungs"-Projekt gesunden zu lassen, kehrte in den Schoß des Imperialismus zurück – aus Furcht vor den Arbeitern und Bauern, die im Begriff standen, ihnen das Spiel zu vermasseln.

Die heftigen Klassenkämpfe nach den Parlamentswahlen im März 1973 zeigten dann auch klar die Alternative: Konterrevolutionärer Putsch – oder revolutionäre Bewaffnung der Arbeiterklasse und der mit ihnen verbündeten Bauern. Die Armee gab ihre bisher nach außen gekehrte Rolle politischer Neutralität gegenüber der UP-Regierung auf. Der Putsch-Versuch des Panzerregiments General Soupers am 29. Juni war für die faschistischen Generäle nur die Generalprobe für den Staatsstreich am 11. September.

Die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse verstanden die revolutionäre Zuspitzung nach dem 29. Juni. Die allgemeine Mobilisierung der Arbeiterklasse führte zur sofortigen Besetzung der Fabriken unter Ausrufung des Generalstreiks. Massenmeetings fanden statt, auf denen die Zurückschlagung der Konterrevolution organisiert wurde. Die Rätebewegung wuchs rasch an, konnte indes nicht in gleicher Geschwindigkeit die Fesseln sprengen, die der Reformismus der Massenbewegung angelegt hatte.

Die Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung und der Linken spiegelte sich in der Orientierung dieser Räteorganisationen wider: während ein Teil der Linken darum kämpfte, diese Räteorganisationen als die alternative Macht zum bürgerlichen Staatsapparat zu entwickeln und schnell zu einem politischen und militärischen Kampfinstrument gegen die Konterrevolution zu machen, versuchte ein anderer Teil sie als bloße Unterstützungsorgane der UP-Regierung festzubinden und sie in die organisatorische Struktur des zentralen Gewerkschaftsverbandes CUT einzugliedern. In dieser Auseinandersetzung und aufgrund der immer sichtbareren Zuspitzung der von der Konterrevolution ausgehenden Gefahr polarisierte sich auch das Parteienlager der Unidad Popular: der rechte regierungsbestimmende Flügel wurde dabei am „konsequentesten" von der revisionistischen „KP" Chiles repräsentiert, die auch der hauptsächliche Schürer der Illusionen über das angeblich „verfassungstreue" Militär und Fürsprecher eines „Dialogs" mit der Christdemokratie war. Ihr zur Seite standen vor allem der Allende-Flügel der Sozialistischen Partei und die Radikale Partei, deren Basis im wesentlichen im Kleinbürgertum und im Beamtenapparat lag. Auf der anderen Seite der Auseinandersetzung innerhalb der Linken stand vor allem der MIR, der nicht an der Unidad Popular beteiligt war und stets auf die Unausweichlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes mit dem Imperialismus hingewiesen und entsprechend unter den Arbeitern, Bauern und Studenten auf eine Vorbereitung auf diesen Zusammenstoß orientiert hatte. Mit Verschärfung der Widersprüche näherten sich dieser Auffassung auch Teile der Sozialistischen Partei und des MAPU an, die beide zur Unidad Popular gehörten. Aber weder hatte die chilenische Arbeiterbewegung selbst bereits mit dem Reformismus völlig gebrochen (was eben auch die Auseinandersetzungen innerhalb der Räteorganisationen zeigten), noch hatten der MIR und die ihm nahestehenden Teile der UP bereits eine ausreichende organisatorische Kraft entwickelt,

um in kurzer Zeit eine von breiteren Teilen der Arbeiterklasse anerkannte revolutionäre Alternative zum UP-Reformismus zu bilden.

Während die revolutionären Linken nach dem gescheiterten Putsch alle Kräfte mobilisierten, um die Arbeiter der Großbetriebe und der proletarischen Stadtviertel zu bewaffnen und im Waffengebrauch zu unterrichten, verteilte z.B. die „KP" Chiles zwar am 29. Juni in Conception Waffen an die Arbeiter,. die sie aber tags darauf wieder einsammeln ließ. Die UP-Regierung nutzte den Putsch nicht, um die taktischen und strategischen Positionen der Arbeiterklasse auszubauen, sondern machte erneut Zugeständnisse an die immer ultimativer auftretenden Militärs, akzeptierte den Rücktritt des einzigen noch verfassungstreuen Generals Prat zugunsten Pinochets. Damit hatte Allende seine späteren Mörder ins Kabinett geholt!

Den gescheiterten Putschversuch vom 29. Juni nahmen die faschistischen Offiziere zum Anlaß, in den folgenden Wochen verstärkt das „Waffenkontrollgesetz" anzuwenden. Es räumte der Armee das Recht ein, eigenmächtig im „Interesse der Staatssicherheit" Hausdurchsuchungen und Inspektionen von Fabriken und öffentlichen Gebäuden vorzunehmen. Mit der Zustimmung zu diesem von der Christdemokratie und National-Partei eingebrachten Gesetz hatte die

➡



Die Jugendverbände der Unidad Popular organisieren freiwillige Arbeitseinsätze unter der Losung: „Ich arbeite für Chile". So beteiligten sich am „Nationalen Tag der freiwilligen Arbeit", dem 14. Mai 1971, 1 Mill. junger Arbeiter und Schüler.

Als unsere Kinder starben, habt ihr nicht gestreikt!

Noch vor dem faschistischen Putsch schrieben „Slum"-Bewohner von Santiago diesen „Offenen Brief" an die Ärzte, die auf der Seite der Reichen und der äußersten Reaktion standen und einen gegen die Arbeiter und Bauern gerichteten „Streik" inszenierten. Den Text des Briefes entnehmen wir der „Frankfurter Rundschau"; dieser gründet auf eine Veröffentlichung in der Zeitung „Aurora de Chile" vom 2.11.1972.

Ihr kennt uns gut. Wir sind die Patienten aus dem allgemeinen Wartesaal, wir sind die Patienten der Poliklinik der „poblacion" (= Elendsquartier in Santiago de Chile, Red.), wir sind diejenigen, die vom Sozialversicherungsdienst behandelt werden. Wir sind die Armen Chiles, die die Statistiken für Unterernährung, Kindersterblichkeit und vorzeitigen Tod füllen.

In diesen Tagen arbeitete man wohl in den Hospitälern. Das medizinische Personal und ein Teil von Euch versorgten die Krankenhäuser. Aber einige von Euch arbeiteten nicht. Einige von Euch waren im Streik.

Während einige von Euch streikten, waren wir alle in den Fabriken oder auf dem Feld, reparierten Eure Autos, bauten Kühlschränke für Euch, nähten die Kleider, die Eure Frauen in den Boutiquen der Oberstadt kaufen. Wir bauten auch die Häuser, die Ihr beziehen werdet. Die Autos und Häuser sind teuer, die wir für Euch machen. Warum? Weil wir arm sind und sie nicht kaufen können. Wir machen die Dinge für Euch und nicht für uns. Was für eine eigenartige Gesellschaft!

Wir fragen uns, wer Ihr in Wirklichkeit eigentlich seid. Jahrelang haben wir den Acker besät und abgeerntet, Häuser gebaut und Autos konstruiert, Kleider genäht und Möbel gezimmert. Während wir verdreckt auf dem Feld schwitzten oder uns auf dem Bau schmutzig machten, habt Ihr Bücher gelesen, studiert und in Laboratorien ex-
Eure Kleidung und Euer Essen gesorgt und Eure Häuser gebaut. Hätten wir das nicht gemacht, wärt Ihr vor Hunger umgekommen, hättet nackt herumlaufen oder auf dem Boden schlafen müssen. Oder aber Ihr hättet Euch eben auch dreckig machen müssen und schwitzen, um zu überleben.

Wir hatten nichts dagegen. Ihr konntet essen, Euch gut kleiden und Eure Wohnung beziehen, konntet studieren und Arzt werden. Wir konnten das nicht, weil wir für Euch produzierten.

Jetzt seid Ihr im Streik. Zusammen mit den großen Spediteuren, zusammen mit den Großgrundbesitzern und den großen Industriellen, zusammen mit den Großkaufleuten, die, wie Ihr nur zu gut wißt, die reichen Leute von Chile sind. In dieser Notsituation haben sich einige von Euch auf die Seite der Reichen gestellt.

Niemals haben wir gesehen, daß Ihr Euch auf die Seite der Armen gestellt habt, die Seite der Arbeiter, Landarbeiter und pobladores, auf die Seite derjenigen, die für Euch arbeiten. Dies sagen wir, weil Ihr niemals in Streik getreten seid, wenn unsere babys zu Beginn des Sommers in den „poblaciones" wie Fliegen wegstarben an den Folgen von Sommerdurchfall. Ihr habt niemals gestreikt für unsere Frauen, die mit 20 Jahren schon keine Zähne mehr im Mund haben. Niemals habt Ihr gestreikt wegen unserer Unterernährung. Und Ihr kanntet die sanitären Bedingungen, unter denen wir leben. Zum Teufel, und ob Ihr sie kanntet!

Niemals habt Ihr deswegen gestreikt. Mehr noch: wir denken daran, mit welch einer Geringschätzung Ihr uns behandelt habt. Kaum betraten wir den Behandlungsraum, habt Ihr uns schon geduzt, in diesem Ton, mit dem der Patron eines fundo seine Landarbeiter behandelt: „Mach schnell, nun leg Dich schon hin!" Immer hat uns dieses Duzen irritiert, weil es nicht ein brüderliches Duzen von einem Arbeiter zum anderen war, sondern das hochmütige Duzen des Reichen gegenüber dem „Unterlegenen".

Und wir dachten bei uns: „Weiß er denn nicht, daß das Essen, das ihn am Leben hielt, während seiner Studien in der Medizinischen Fakultät, von uns produziert worden ist?"

Das dachten wir, aber wir sagten es nicht, weil wir uns damals noch vor Leuten fürchteten, die vornehm reden; wir hatten Scheuklappen vor den feinen Herren, uns erschreckten die schönen Teppiche, die luxuriösen Häuser, die Direktorenbüros und alle solche Sachen. Es war uns nicht aufgegangen, daß wir dies alles ja mit unseren eigenen Händen gemacht hatten. Es war uns nicht bewußt, daß diese studierten Herren, die so viel wissen, gleich wie wir geboren wurden, nackt und unwissend. Und es wäre uns gar nicht eingefallen, daß sie aus ihrer Unwissenheit und Nacktheit deshalb herausgekommen sind, weil wir sie bedienen, bekleiden und verpflegen. Jetzt ist es uns aufgegangen.

Aber nicht nur das. Wir haben noch mehr erkannt: „Was würde geschehen, wenn wir nicht weiter produzieren würden, um die Zukunft des Arztes zu sichern?"
was dann geschehen würde?

Die Dinge in unserem Land haben sich verändert und sind weiter dabei, sich zu verändern. Die Armen aus der Stadt und vom Land werden nicht zulassen, daß diejenigen sich weigern, uns heute zu behandeln, für die wir gestern geschwitzt und geschuftet haben. Wir überließen Euch die Dinge, die wir produzierten, anstatt sie selbst zu verbrauchen. Aber wir gaben sie Euch nicht gratis. Wir gaben sie Euch, damit Ihr uns danach auch behandelt.

Einige von Euch haben uns betrogen. Aber nicht noch einmal! Keine Ausbeuter mehr, die uns schwitzen lassen, wie sie es wollen und uns hinterher die kalte Schulter zeigen. Keine Geschäftemacher in Medizin mehr, sondern wahre Ärzte. Keine Sammler von Geldscheinen mehr, sondern Sozialarbeiter, die bereit sind, dem Bienenkorb auch wieder zurückzugeben, was sie daraus entnommen haben.

Laßt uns die Säle der Universitäten mit unseren Söhnen, dem einfachen Volk füllen! Das Volk, das seine eigenen Schmerzen kennt und das lernt, sie zu lindern. Wir wollen die weißen Kittel der Studenten für die Söhne der Landarbeiter, der Arbeiter und pobladores. Raus aus dem Universitätsbereich mit den Ausbeutern und Geschäftemachern der Medizin! Raus aus den Universitäten mit den Verächtern, den Undankbaren und Gefühllosen!

Nur das kann eine gute Gesellschaft werden.

Und einige von Euch werden keinen Platz mehr darin haben.

Die Armen der Stadt und des Landes

Forts. Chile

UP-Regierung den Eintritt der Generäle Ende 1972 während des Transportunternehmerstreiks erkauft. Dieses Gesetz, von der Arbeiterklasse „ley maldita" (= das verfluchte Gesetz) getauft, erlaubte dem Militär schon vor dem Putsch Hunderte brutale faschistische Überfälle auf Arbeiter. Tag für Tag wurden willkürlich Häuser und Fabriken umzingelt, Wohnungen zerstört und Maschinen untauglich gemacht, um die Produktion zu lähmen.

Die Konterrevolution war bestens gerüstet und konnte am 11. September losschlagen.

strafung entziehen und den faschistischen Staatsapparat intakt lassen, damit er jederzeit bei einem Anwachsen der Klassenkämpfe unter dem scheindemokratischen Regime wieder zur faschistischen Verfügung steht.

Für eine solche Operation steht die Christdemokratie (und besonders der Frei-Flügel der chilenischen DC) schon seit einiger Zeit parat und bereitet sich vor. Die chilenische DC (und insbesondere ihr rechter Flügel um Frei) trägt eine entscheidende Mitverantwortung an der Vorbereitung des Putsches – für einen Teil der chilenischen Bevölkerung und für einen großen Teil der „Weltöffentlichkeit" ist dies aber dadurch verschleiert, daß die DC selbst von den Schlägen der Junta mit „getroffen" worden ist (auch ihre Tätigkeit als Partei wurde von der Junta verboten und einige Vertreter ihres „linken" Flügels auch vorübergehend verhaftet).

Am 7. Juli 1974 veröffentlichte die italienische Wochenzeitung „Espresso" einen Brief des chilenischen DC-Präsidenten Aylwin und zwei Protokolle, die sich auf eine Unterredung zwischen dem Junta-Innenminister Bonilla und Führern der Christdemokratie Anfang des Jahres beziehen. Aus diesen Dokumenten geht die Unterstützung der Mörderbanden durch die Christdemokratie hervor, gleichzeitig aber auch ihre Orientierung auf eine scheindemokratische Lösung. Es heißt dort u.a.:

„*Wir wollen der Regierung offen in privater Form, aber mit offiziellem Charakter die Meinung der Christdemokratie über die geschichtliche Etappe des Landes offenlegen. Wir tun dies mit dem Vorsatz, auf konstruktive Weise zu der besten Lösung für den Nationalen Wiederaufbau, in dem die Regierungsjunta mit Patriotismus und Ehrlichkeit begriffen ist, beizutragen ... Wir sind überzeugt, daß die kollektivistische Illusion des Marxismus-Leninismus zur Tyrannei führt und die sozialen Probleme nicht löst ... Wir brauchen hier nicht an alles zu erinnern, was wir in den letzten drei Jahren im Kampf an der Seite vieler anderer Chilenen für die Freiheit unseres vom Kommunismus bedrohten Vaterlandes getan haben ... Wir verstehen die Notwendigkeit, angesichts der Krise des Landes für die moralische, wirtschaftliche und politische Gesundung zu arbeiten. Es handelt sich um Laster, Mißbräuche und Entgleisungen, von denen wir Chilenen uns befreien müssen, damit das Land zur Normalität zurückkehren kann. Diese Aufgabe braucht Zeit, obwohl sie sich ihrem ganzen Charakter nach nicht unbegrenzt ausdehnen kann...*

Aber es wäre auch nicht loyal von unserer Seite aus, der Regierung einige Sorgen und Ängste unsererseits zu verbergen, die sich auf Dinge beziehen, die unseres Erachtens nach fundamental sind für den Wiederaufbau, wie die Junta ihn dem Land vorschlägt ... Wir sind davon überzeugt, daß die völlige Inaktivität der demokratischen Sektoren die geheimen Aktionen der marxistischen Gruppen begünstigt. Ohne die Orientierung ihrer politischen Führer ist unsere Basis allen möglichen Arten von Meinungen, Täuschungen und Infiltrierungen ausgesetzt..." (Auszüge aus dem Brief, nach „Chile-Nachrichten" Nr. 18) In den Gesprächsprotokollen (ebendort) heißt es noch einmal ganz deutlich: „*Wir* (gemeint sind Aylwin und sein Stellvertreter) *stellten ihm* (Junta-Schlächter Bonilla) *das Problem der geheimen Aktionen der KP und der für die Untergrundarbeit vorbereiteten Gruppen dar. Wir erklären ihm: ‚Wenn wir unsere Arbeiter nicht politisch orientieren können, bleiben diese irgendwelchen marxistischen Aktivisten ausgeliefert, die ihnen ihre eigene Version aufschwatzen können und sie damit zu Aktionen und Orientierungen gegen die Junta bewegen'. Dies Argument kommt bei ihm an. Er sagt uns, daß wir uns beruhigen sollten und daß es in kurzer Zeit möglich sein werde, das Mißtrauen zu uns zu überwinden ...*"

Die Gespräche fanden Anfang des Jahres statt. Anscheinend konnten sich jedoch bisher gegenüber den Befürwortern der alsbaldigen kontrollierten Ablösung die „harten" Faschisten durchsetzen; dies allerdings nur durch eine ungeheure Verstärkung des Terrors in den letzten Monaten, die an die Politiker der „verbrannten Erde" der deutschen Fa- ➡



Junta-Straflager Dawson

Für den revolutionären Sturz von Faschismus und Imperialismus

Der faschistische Terror hat jetzt ein Jahr lang barbarisch in Chile gewütet. Der anfängliche offene Widerstand Tausender von Arbeitern, Bauern und Studenten ist mit äußerster Brutalität niedergeschlagen worden. Doch die Junta hat danach nicht aufgehört, zu morden, zu foltern und zu verhaften. So wurden allein Mitte Juli innerhalb einer einzigen Woche 10.838 (!!) Menschen verhaftet. Zahlreiche Konzentrations- und Folterlager wurden eingerichtet, worunter Tejas Verdes das berüchtigste ist. Nach Angaben des MIR waren im Mai dieses Jahres 50.000 Gefangene in diesen Lagern eingekerkert (bei einer Bevölkerung Chiles von nur knapp 9 Millionen).

Die Junta hat die enteigneten und verstaatlichten Landgüter und Betriebe an ihre alten Besitzer zurückgegeben, an die Großgrundbesitzer und Imperialisten. Sie hat das Land völlig an den Imperialismus ausverkauft und an den Imperialismus ausverkauft und der Arbeiterklasse und dem Volk alle demokratischen Freiheiten und das Recht, um ihre wirtschaftliche Existenz zu kämpfen, entzogen. 15 % der Arbeiter sind aus ihren Betrieben rausgeschmissen worden; im öffentlichen Dienst wurde jeder fünfte Angestellte entlassen; Schulen und Universitäten wurden teilweise geschlossen, nachdem die Militärs alle diejenigen rausgeschmissen hatten, die sozialistischer Ideen oder auch nur antifaschistischer Empörung „verdächtigt" wurden.

Aber die Junta hat sich bei alledem auch selbst in immer größere Schwierigkeiten hineinmanövriert. Die Inflation liegt heute über 700 % und hat bereits Rückwirkungen bis in die Interessen der herrschenden Klasse hinein. Der Arbeiterklasse ist in einem solchen Ausmaß die Existenzmöglichkeit geraubt worden, daß zunehmend auch die Kleinbourgeoisie und Teile der nationalen Bourgeoisie um ihre Existenz zu fürchten beginnen, weil sie nichts mehr verkaufen können. Dadurch hat die Junta selbst mehr und mehr ihre soziale Basis ruiniert, die am 11. September letzten Jahres noch die „Befreiung des Landes vom marxistischen Bazillus" bejubelte und mit Sekt begoß. Nur das imperialistische Monopolkapital, das in Chile nicht direkt für den Konsum der Massen produziert, hat die Zeche des Putsches eingetrieben – und der Imperialismus nimmt auf allen Ebenen durch seine faschistischen Statthalter wütende Rache, warnt auch seine eigenen Vasallen in Chile, daß sie bei Strafe ihrer eigenen Vernichtung nie wieder abtrünnig werden. Aber der Imperialismus wird die nationale chilenische Bourgeoisie und die Kleinbourgeoisie auch nicht völlig vernichten, da er sie selbst als Stützen seiner Herrschaft braucht, wenn er das Land nicht ganz mit seinen eigenen Staatsorganen und seinen eigenen Truppen überziehen will. Deswegen sinnt er bereits darauf, eine neue „Wende" in Chile herbeizuführen, die ihm die Früchte des Putsches vom letzten Jahr erhält, und gleichzeitig, nachdem nun die größte Schmutzarbeit erledigt ist, einige „unerfreuliche" Nebenwirkungen abglättet und die Wirtschaft wieder stabiler macht (um einen noch „stabileren" Profit abzuwerfen, versteht sich!).

Diese „Wende" scheint dem Imperialismus auch deswegen notwendig zu werden, weil der chilenische Putsch wegen seines ungeheuren Ausmaßes an Brutalität eine breite Empörung in der Welt hervorgerufen hat und die bluttriefenden Schlächterhände von Pinochet auf Dauer den Handlungsspielraum des Imperialismus für ungestörte und öffentliche „Wirtschaftsbeziehungen" einengen würden.

Das ist die gleiche Entwicklung wie in Portugal und Griechenland, die sich jetzt auch in Spanien abzeichnet. Die kontrollierte Ablösung des brutalsten Faschismus von oben zugunsten eines mehr scheindemokratischen Regimes, das sich stärker auf die traditionellen bürgerlichen rechten Parteien, vor allem die Christdemokratie, stützen kann, soll die faschistischen Mörder der Be-

Deutsche Ärztekammer – Komplize der chilenischen Faschisten

Das „Deutsche Ärzteblatt", offizielles Organ der Bundesärztekammer, in der alle Ärzte Zwangsmitglieder sind, ist ein wild antikommunistisches Hetzblatt. In unendlicher Folge erscheinen Artikel, in denen die Sozialisierung der Medizin als das Ende der „Freiheit von Arzt und Patient" und damit als das Ende aller Freiheit schlechthin dargestellt wird.

An den folgenden Zitaten soll gezeigt werden, wie das „Deutsche Ärzteblatt" seine Spalten auch für offen faschistische Leserbriefe zur Verfügung stellt. Das Ärzteblatt bringt die zwei Leserbriefe mit folgendem redaktionellen Vorspann: *„Zu der ‚Blütenlese' in Heft 49/1973 mit dem Titel ‚Plato über Chile' sind auch Zuschriften eingegangen, aus denen eine andere Beurteilung des ‚Kollegen Allende' und der Vorgänge in Chile sichtbar wird."* Die Anführungsstriche bei ‚Kollege Allende' zeigen, daß sich die „Ärzteblatt"-Redakteure auf die Seite der faschistischen „Kollegen" stellen.

Der wahre Allende

In seiner Regierungszeit hetzte er ständig gegen Ärzte und die chilenische Ärztekammer. Im August vergangenen Jahres – einen Monat vor dem Putsch – versammelte sich die Ärztekammer Chiles und forderte Allende in einem Offenen Brief auf, an das Wohl des Landes zu denken und abzudanken: die einzige Möglichkeit, einen Bruderkrieg und eine Zerstörung des Landes zu vermeiden. Allende aber – statt Antwort zu geben – rüstete weiter seine Genossen mit Waffen aus Cuba und Ostblockländern auf. Er selber ließ sich zum Partisanenkämpfer ausbilden. Sein Ergeiz hinderte ihn daran zurückzutreten, nicht die Liebe zu den Armen.

Allende wird nicht als Heroe und nicht als Märtyrer in die Geschichte eingehen. Allende war kein Kämpfer und kein Idealist wie Che Guevara und Castro, er liebte den luxuriösen Wohlstand. Erführte ein Doppelleben stand. Er führte ein Doppelleben und erinnert in vielen Punkten an Hitler. Er wußte um mehrere 100.000 Chilenen, die auf den Listen der zu Ermordenden für den Plan „Z" standen. Das alles wäre herausgekommen, wenn er sich ergeben hätte. Er mußte sich erschießen.

Dr. Ziegler
427 Dorsten 1
Postfach 580
(St.-Elisabeth-Hospital)

(Der „Plan Z" ist eine Erfindung der Faschisten, mit dem nachträglich der Putsch gerechtfertigt werden sollte. Mit dem Märchen vom „Plan Z" soll die Weltöffentlichkeit darüber getäuscht werden, daß der faschistische Putsch und die Liquidierung der chilenischen Linken lange und sorgfältig mit der tatkräftigen Unterstützung der Spezialisten des CIA vorausgeplant war).

Grauen des Bolschewismus

Allende war ein Bolschewik oder ein bolschewisierender Intellektueller, was noch schlimmer ist. Dazu ein guter Freund von Herrn Castro, mitten in der Vorbereitung das chilenische Volk den Sowjets auszuliefern. Was das bedeuten würde, müssen wir heute in Deutschland ganz besonders deutlich spüren. Und wir, die Flüchtlinge aus dem Osten (ich selbst bin in Petersburg geboren) haben das alles in eigenem Erleben kennengelernt. Das antibolschewistisch denkende Militär war schneller als Herr Allende und hat ihn und seine engeren Gesinnungsgenossen im schneidigen Zugriff an die Wand gestellt. So ist das chilenische Volk vor dem Grauen des Bolschewismus gerettet.

NATO-Länder vor allem aber Deutschland befinden sich zur Zeit in der gleichen tragischen Situation wie Chile vor seiner Sanierung durch Junta. Mit einem entscheidenden Unterschied – uns sind die Hände durch die Nachbarschaft des Ostens gebunden.

Prof. Dr. med. habil.
Felix v. Bormann
635 Bad Nauheim
Postfach 12 80

„Wie schade!", hört man förmlich den Seufzer des Vertreters „unserer alten Soldatengeneration", der lieber heute als morgen unsere Gesellschaft nach dem Vorbild von Pinochet und Co „sanieren" wollte, wenn er nur könnte.

Die Deutsche Ärztekammer stellt sich nicht nur durch Worte auf die Seite dieser Faschisten, indem sie diese Leserbriefe mit wohlwollendem Vorspann abdruckt, sondern sie unterstützt den Terror der chilenischen Faschisten auch in Taten: **Sie hat es abgelehnt, sich für Berufskollegen einzusetzen, die von der chilenischen Militärjunta verfolgt werden.**

Gesundheitswesen während der UP-Regierung

Um das Verbrecherische dieser unterlassenen Hilfeleistung klarzumachen, wollen wir zunächst kurz auf die Entwicklung im chilenischen Gesundheitswesen eingehen.

Unter der Regierung der Unidad Popular wurde die Gesundheitsversorgung der Armen Chiles entscheidend verbessert:

Alle Kinder bekamen täglich 1/2 Liter Milch, sodaß zum ersten Mal die Hauptursache für die Unterernährung, der Eiweißmangel, wirksam bekämpft wurde.

Das Recht auf Gesundheit für alle wurde verkündet – zuvor hatten Hunderttausende von Bauern und Slumbewohnern noch nie einen Arzt gesehen! – und auch in die Tat umgesetzt: Auf dem Land und in den Vorstädten der Wellblechhütten wurden Ambulatorien eingerichtet, in denen sich auch Unversicherte kostenlos behandeln lassen konnten. Diese Ambulatorien wurden überwiegend von freiwilligen Ärzten und Schwestern betrieben. Die weniger sozial denkende übrige Ärzteschaft wurde gezwungen, sich stärker als bisher an der Versorgung der armen Bevölkerung zu beteiligen.

Dieser Angriff auf ihre „Freiberuflichkeit" und die Einschränkung der Möglichkeit, sich an Privatpatienten zu bereichern, war für die Mehrheit der Ärzte Anlaß genug, die Unidad-Popular-Regierung aufs schärfste zu bekämpfen:

Die Mehrheit der Ärzte beteiligte sich an einem Behandlungsboykott der armen Patienten, um – im Verein mit dem Boykott der Fuhrunternehmer – das totale Chaos als Basis für den Putsch vorzubereiten.

Eine Minderheit der Ärzte widersetzte sich dem Terror gegen die Massen und verstärkte die Arbeit unter den Ärmsten.

Diese Minderheit demokratischer und sozialistischer Ärzte wurde noch während der Regierung Allende von der chilenischen Ärztekammer auf Schwarzen Listen registriert.

Die Listen dienten nach dem Putsch dazu, diese Ärzte aufzuspüren und einzusperren.

Auch heute noch, ein Jahr nach dem blutigen Putsch, sind Hunderte von Angehörigen des Gesundheitsdienstes in Gefängnissen und KZ's eingesperrt. Sie teilen die Leiden der noch Tausende zählenden übrigen politischen Gefangenen, von denen nur wenige Aussichten haben, mit dem Leben davonzukommen: Hinrichtungen und Folterungen, ausgeführt unter der Anleitung brasilianischer und ehemals deutscher Folterspezialisten sind an der Tagesordnung. Viele sterben einen „wissenschaftlichen" Hungertod – sie bekommen genug Kalorien, aber keine Vitamine.

Solidarität fortschrittlicher deutscher Ärzte von der Bundesärztekammer boykottiert.

Im Februar verschickten fortschrittliche deutsche Ärzte eine Liste mit den Namen der von der Militärjunta verfolgten, ausgewiesenen und ermordeten Angehörigen des chilenischen Gesundheitsdienstes.

Sie forderten die Bundesärztekammer auf, diese Liste im „Deutschen Ärzteblatt" zu veröffentlichen und ihren internationalen Einfluß einzusetzen, um den chilenischen Kollegen zu helfen und den Folterungen und Morden ein Ende zu setzen.

Am 1.4.74 antwortete die Bundesärztekammer: **„Der Vorstand der Bundesärztekammer sieht sich nicht in der Lage, Ihrem Wunsch zu entsprechen".**

Das Ärzteblatt hat also Platz für zwei faschistische Leserbriefe, die mehr als eine Seite einnehmen, und lehnt es ab, eine Liste der Opfer der faschistischen Militärjunta abzudrucken und sich für sie einzusetzen.

Die Führung der in der Nazi-Zeit gegründeten Reichsärztekammer – Bundesärztekammer – ist nie entnazifiziert worden.

Daß in der Führung der Ärzteorganisationen kein Gesinnungswandel stattfand, beweist am besten die Reaktion der Ärzteschaft auf das 1949 erschienene Buch „Medizin ohne Menschlichkeit". Darin hatte Dr. A. Mitscherlich Dokumente über „wissenschaftliche" medizinische Versuche an KZ-Häftlingen und über die Beteiligung von Ärzten am „Euthanasie"-Programm und an Massensterilisierungen zusammengetragen. A. Mitscherlich schreibt im Vorwort:

„Es war schon seltsam, daß keiner der damals prominenten Ärtze Deutschlands sich bereit fand, seine Zeit für diese qualvolle Unterrichtung über das zu opfern, was gerade noch unter dem Deckmantel der Eugenik oder anderer ärztlicher Forschung unmenschliche Wirklichkeit war. ...

Die Anschuldigungen gegen uns (Mitscherlich und den Mitautor F. Mielke) *nahmen schließlich ein groteskes Ausmaß an, und man konnte in der Folge manchmal glauben, wir hätten alles was hier verzeichnet ist, erfunden, um unseren ehrwürdigen Stand zu erniedrigen. ... 10.000 Exemplare gingen an die Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammern zur Verteilung an die Ärzteschaft. Im Gegensatz zum „Diktat der Menschenverachtung"* (Ein Vorläufer dieses Buches) *blieb jetzt die Wirkung völlig aus. Nahezu nirgends wurde das Buch bekannt, keine Rezensionen, keine Zuschriften aus dem Leserkreis. Unter den Menschen, mit denen wir in den nächsten zehn Jahren zusammentrafen, keiner, der das Buch kannte. Es war und blieb ein Rätsel – als ob das Buch nie erschienen wäre. Nur von einer Stelle wissen wir, daß ihr das Buch vorlag: dem Weltärztebund, der, wesentlich auf unsere Dokumentation gestützt, in ihm einen Beweis erblickte, daß die deutsche Ärzteschaft von den Ereignissen der verbrecherischen Diktatur abgerückt sei und sie wieder als Mitglied aufnahm."*

Bei einer solchen „Bewältigung der Vergangenheit" ist es kein Wunder, daß die Ärztekammer heute die chilenischen Faschisten unterstützt.

Forts. Chile

schisten Ende 1944/Anfang 1945 erinnert. An den Gesprächen wird andererseits deutlich, daß der chilenische Widerstand stärker wird und die Imperialisten über kurz oder lang zu einer taktischen Umorientierung im Sinne einer Scheindemokratisierung schon deswegen gezwungen sind, weil sie auf den Einfluß bürgerlicher Ideologie und Politik auf die Massen nicht verzichten können.



Das Hauptaugenmerk des chilenischen Widerstandes ist heute noch darauf gerichtet, seine Kräfte zu reorganisieren, die Lücken, die der faschistische Terror in seine Reihen gerissen hat, wieder aufzufüllen und nach einem geschlossenen Weg zum Sturz der Junta und der gesamten imperialistischen Herrschaft zu suchen. Unmittelbar nach dem Putsch vom 11. September wurde auch mit den Bemühungen begonnen, eine einheitliche Kampffront zwischen den Parteien der zerschlagenen Unidad Popular sowie dem MIR und weiteren Kräften zu suchen. Dies ist jedoch, trotz einiger Fortschritte, aufgrund der weiterbestehenden tiefgreifenden Differenzen zwischen den verschiedenen Organisationen bislang nicht im erhofften Maße gelungen. Der MIR stellte in seiner Erklärung vom Mai dieses Jahres fest, daß *„noch keine grundsätzliche Koordinierung in Hinsicht auf den Aufbau einer politischen Front des Widerstands erreicht werden"* konnte. Der MIR ist nach Angaben von unterschiedlicher Seite die unter den Schlägen des Faschismus am meisten intakt gebliebene Organisation, weil sie politisch wie organisatorisch auf diese Situation vorbereitet war. Die Bestätigung ihrer Analyse und ihrer Auffassungen durch die tragischen Ereignisse hat wesentlich dazu beigetragen, daß Teile der ehemaligen Unidad Popular, wie vor allem der MAPU, selbstkritisch die Fehler des Reformismus korrigiert haben und heute ihrerseits den gemeinsamen Kampf zum r e v o l u t i o n ä r e n Sturz des Faschismus betonen und in dieser Richtung arbeiten.

Andererseits hat namentlich die revisionistische „KP" Chiles ihre Verleumdungen über den MIR, daß er „den Putschisten in die Hände gearbeitet" hätte, und die uneinsichtige Rechtfertigung und Beschönigung der Politik der Allende-Regierung nicht aufgegeben. Ja, mehr noch: von Seiten der revisionistischen Führer werden heute die Arbeiter- und Bauernmassen Chiles in arrogantester Manier angepöbelt, daß sie die Schuld am faschistischen Putsch tragen würden! So schrieb z.B. Rene Castillo, Mitglied der „KP"-Leitung, in einem Brief aus Chile an eine internationale theoretische Zeitung der Revisionisten, daß *„die Mehrheit der Bevölkerung nicht bereit war, die legitime Regierung zu verteidigen"*. Weiterhin leugnen die Revisionistenführer selbst unter der Wirklichkeit brutalster Terrorschläge des Faschismus, daß ihre Illusion des „friedlichen Übergangs" zum Sozialismus widerlegt ist; streiten weiterhin die unausweichliche Notwendigkeit des bewaffneten Sturzes des Faschismus ab und gehen sogar so weit zu behaupten, daß es selbst für die D i s k u s s i o n der Frage des bewaffneten Kampfes in Chile h e u t e immer *„noch zu früh"* sei (so das Politbüromitglied der „KP" Chiles, V. Teitelboim). Die Strategie der „KP" Chiles geht dagegen in die Richtung, daß *„sich die Gesamtheit (!) der Christdemokratie in den antifaschistischen Widerstand integriert"* – die chilenischen Revisionisten sich also in genau dem Augenblick, wo der Imperialismus selbst auf eine Wiedereinsetzung der Christdemokratie in die Regierung hinorientiert, zum Hilfssheriff dieses Manövers machen, statt die chilenischen Arbeiter und Bauern auf den Sturz der Junta v o n u n t e n zu orientieren und sie dafür zu organisieren, weil nur so dieser Sturz der Junta mit dem Sturz der gesamten

Junta mit dem Sturz der gesamten

imperialistischen Herrschaft (und nicht nur einer seiner Regierungsformen) verbunden werden kann – weil die Arbeiterklasse dem Imperialismus nur den Kampf für den Sozialismus und nicht den Kampf für eine neue b ü r g e r l i c h e Demokratie wirksam entgegensetzen kann. Daß die Revisionisten zur Durchsetzung ihrer alten (und noch einen Riesenschritt rechtsopportunistischer gewordenen) Politik nicht einmal mehr vor der offenen Spaltung der Widerstandskräfte und der offenen Sabotage an ihrem Kampf zurückschrecken, zeigt die Tatsache, daß die oben wiedergegebene „Orientierung" in einem von den Revisionisten unter dem Namen der „Unidad Popular" veröffentlichten Dokument enthalten ist, das mehrere andere Parteien der ehemaligen Unidad Popular aber gar nicht mitunterzeichnet haben, sondern bei dessen Erörterung ihre Nichtübereinstimmung mit wesentlichen Passagen des Dokuments erklärt haben. Die MAPU z.B. hat sofort öffentlich gegen das spalterische Vorgehen der Revisionisten unter dem Namen „UP" Stellung bezogen!

(In der „Erklärung" heißt es z.B. zur Christdemokratie:

„Vom politischen Standpunkt ist die immer aktivere Teilnahme der Christdemokratie am antifaschistischen Kampf unbedingt notwendig. Wir wünschen, daß sich die G e s a m t h e i t der Christdemokratie in den Widerstand und in die antifaschistische Front integriert." Warum eigentlich nicht auch die Generäle??)

Wir meinen, daß nur der Weg zu einem tatsächlichen Sieg über den Faschismus führen kann, den der MIR in seiner Erklärung vom Mai '74 noch einmal so angegeben hat:

„ ... Kampf um die proletarische Revolution und um die Erringung einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung in Chile, die die einzige sein wird, die der Arbeiterklasse und dem Volk die Erringung seiner wahrhaften Befreiung erlauben wird. Wir wissen, daß die Gorilladiktatur nicht allein durch sich selbst, als Opfer ihrer internen Widersprüche und Schwierigkeiten fallen wird. Die Gorilladiktatur wird vernichtet werden müssen. Die Bewegung des Volkswiderstands wird in ihrer Entwicklung das revolutionäre Volksheer schaffen müssen, das einzige, das fähig ist, dem Gorillaheer zu begegnen und es zu vernichten durch einen lang dauernden Volkskrieg, der nur Sinn haben wird, wenn er getragen wird von einer mächtigen Massenbewegung auf dem Land und in der Stadt, im Einverständnis mit den besonderen Charakteristika, die die ökonomische, soziale und politische Entwicklung in Chile aufweist."

Internationale Solidarität

Der revolutionäre Widerstand in Chile, der Kampf des chilenischen Volkes gegen Faschismus und Imperialismus fordert die Arbeiterklasse international zu uneingeschränkter und aktiver Solidarität auf. In vielen Ländern fordern daher revolutionäre und andere linke Organisationen in den Tagen um den 11. September, den Jahrestag des faschistischen Putsches, zum Besuch von Solidaritätsveranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen usw. auf. Der Kampf des chilenischen Volkes braucht sowohl unsere materielle als auch unsere politische Unterstützung.

Die Hamburger Gruppe des KB ruft zu einer Demonstration am 11.9., 17.00 Uhr Landungsbrücken auf. Für Freitag, den 13.9. ist im Audimax eine Chile-Solidaritätsveranstaltung vorgesehen.

vorgesehen.

Politische Unterstützung heißt dabei nicht nur, daß wir Solidaritätsveranstaltungen machen und möglichst viele Menschen dabei einzubeziehen versuchen. Politische Unterstützung heißt darüber hinaus, daß die Arbeiterklasse sich in allen Ländern die Lehren der chilenischen Erfahrung zu ihrer e i g e n e n Erfahrung macht, daß sie aus dieser Erfahrung für ihren eigenen Kampf lernt, wie sie den Imperialismus bekämpfen muß, um erfolgreich zu sein. Die chilenische Arbeiterklasse ist durch den i n t e r n a t i o n a l e n Imperialismus geschlagen worden – eine verlorene und durch die reformistischen Illusionen besonders verlustreiche Schlacht, aber noch kein verlorener Krieg. Dieser Krieg wird dann nicht verloren gehen, wenn die Arbeiterklasse einen r e v o l u t i o n ä r e n Weg beschreitet und wenn sie diesen Krieg i n t e r n a t i o n a l führt – auf der Ebene, wo ihn auch der Imperialismus führt. In Chile hat auch der westdeutsche Imperialismus seine Finger im Spiel und die westdeutsche Arbeiterklasse wird sowohl eine gewaltige Unterstützung für den Kampf des chilenischen Volkes als auch für ihren eigenen Kampf leisten, wenn sie diesen Imperialismus „im eigenen Haus" schwächt und damit die internationale Krise des Imperialismus einen Schritt weiter ihrem endgültigen Ende entgegenbringt: dem Ende der imperialistischen Herrschaft selbst. In der BRD wie auch in anderen westeuropäischen Ländern rüstet sich der Imperialismus wieder zu größeren Auseinandersetzungen mit seiner „eigenen" Arbeiterklasse, verschärft sich die wirtschaftliche Auspressung der arbeitenden Bevölkerung, verschlechtern sich ihre sozialen Lebensumstände und nimmt die politische Rechtsentwicklung zu. Die westdeutsche Bourgeoisie hat in den letzten Jahren den staatlichen Terror verstärkt (Kommunistenverfolgung im öffentlichen Dienst, Knüppeleinsätze der Polizei gegen streikende Arbeiter, Wohnungskämpfe, usw.) und läßt am Horizont die Gefahr eines neuen Faschismus auch in unserem Land auftauchen. In Italien beispielsweise ist diese Gefahr bereits sehr weit entwickelt und die italienische Arbeiterklasse hat gerade in der letzten Zeit dagegen verstärkt den Kampf aufgenommen.

Was Clara Zetkin 1923 in bezug auf den internationalen Kampf gegen den italienischen Faschismus sagte, gilt heute ebenso in bezug auf den internationalen Kampf gegen den chilenischen Faschismus:

„Wenn es unsere Pflicht ist, international an die Überwindung des Faschismus in Italien unsere ganze Kraft zu setzen, so dürfen wir dabei nicht vergessen, daß die erfolgreichste Überwindung des Faschismus im Auslande zur Voraussetzung hat, daß wir auch den sich organisierenden Faschismus in unserem eigenen Lande mit aller Macht bekämpfen und gründlich besiegen."

Genossen des Hamburger Chemie-Komitees und der Frankfurter Ortsleitung des KB ●

CIA-Putschagenten wurden in Westdeutschland ausgebildet!

Die „Chile-Nachrichten" enthüllten kürzlich ein Dokument, das beweist, daß der US-Geheimdienst CIA Spezialagenten für den chilenischen Militärputsch in Westdeutschland ausgebildet hat: und zwar im bayrischen Bad Tölz, in der Flint-Kaserne, wo die 10. Special Forces Group der US-Armee stationiert ist.

Es ist wohl anzunehmen, daß westdeutsche Behörden im Rahmen des NATO-Bündnisses zumindest über derartige Tatsachen informiert sind, da sie sich auf westdeutschem Boden abspielen. Bislang liegt jedoch von keiner Regierungsstelle irgendeine Stellungnahme dazu vor.

Das Dokument hat in der Übersetzung folgenden Wortlaut:

Ministerium für die Armee. Hauptquartier der US-Streitkräfte, Distrikt Südbayern, APO 09178 AEZAU/SF, US-Army, zentrales Finanz- und Buchhaltungs-Büro, eur.zu Händen Zivilistenentlohnung, 69, Heidelberg1.

In bezug auf die Befehle, die dem regionalen Kommando der Special Forces ausgegeben wurden, erbitte ich die Überweisung an die US-Streitkräfte SUPDIST, Süd-Bayern-Kommando, APO 09178: Zahlungen an Sold für sechs Monate bis 30. Oktober 72, zahlbar in chilenischen Escudos, an Charles D.Bing-Dons (o72226943) und an George D. Darling (4443852o7) von meiner Einheit, die beide von meiner Einheit sind und eine Spezialausbildung erhalten haben sowie in Kürze eingesetzt werden. Ich füge ihre Lochkarten bei. Die für die Spezialausbildung aufgebrachte Zeit sowie die Angaben auf den Lochkarten sollen überall als Ferien deklariert erscheinen, um die Geheimhaltung zu gewährleisten. Die Zahlung in chilenischen Escudos soll gemäß den Bestimmungen über höchste Geheimhaltung behandelt werden.
J.L. Mc Bennet, 1 LT, AGC Adjutant, Tel. 4o88/8395.

Auch der westdeutsche Imperialismus hat seine Finger im Spiel

Auch der westdeutsche Imperialismus hatte seine Finger im Spiel, als der Sturz der Allende-Regierung vorbereitet wurde und er ist ebenso einer derjenigen, der heute mit der faschistischen chilenischen Junta paktiert und vom chilenischen Faschismus profitiert.

● So kontrollierte deutsches Kapital bereits 1890 18 % der chilenischen Salpeterproduktion, 1910 20 %. Bei Ausbruch des ersten imperialistischen Raubkrieges 1914 war Deutschland bereits der zweitgrößte Handels-„Partner" Chiles. Damals wurde die chilenische Armee durch preußische Generäle ausgebildet. Zu Spottpreisen erwarben deutsche Großgrundbesitzer riesige Grundstücke in Chile, die der Urbevölkerung, den Araucanern, in blutigen Raubkriegen abgenommen worden waren. Diese Aktion legte den Grundstein für die deutsche Kolonie in Chile, die zu der Kaste der privilegiertesten Großgrundbesitzer aufstieg, die mit unterbezahlter Lohnarbeit die Mapuche-Indianer und armen Mestizen auf ihren großflächigen Gütern im Süden Chiles auspreßten.

Das NS-Regime unterhielt zu dieser deutschen Großgrundbesitzerkaste die besten Beziehungen und tat alles, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Chile auszubauen und den Aufbau faschistischer Organisationen in Chile zu ermöglichen. Das sind übrigens die „traditionell guten Beziehungen" zwischen Westdeutschland und Chile, deren sich die CDU/CSU-Führer ebenso wie dann die SPD/FDP-Regierung rühmten!

Auch heute noch zählt die deutsche Kolonie zur herrschenden Klasse des Landes. Sie verkörpert den traditionell reaktionär-faschistischen Flügel der chilenischen Agrarbourgeoisie und war an den konterrevolutionären Plänen nicht unbeteiligt. In der Konterrevolution kamen dann auch zig Alt-Nazis zum Zug, die nach 1945 bei ihren Freunden der deutschen Kolonie in Chile Unterschlupf gefunden hatten.

● Schon während des Präsidentschaftswahlkampfes 1970 hatte die CDU/CSU (ebenso wie die italienische DC) der chilenischen Christdemokratie mit kräftigen Finanzspritzen beigestanden, um einen Sieg der Unidad Popular zu verhindern.

● Die SPD-Regierung wurde über ihren Botschafter Lahn und andere Kanäle mehrfach tätig, um die Allende-Regierung von der Verstaatlichung von Betrieben, in denen westdeutsches Kapital investiert war, abzuhalten oder von Arbeitern selbständig übernommene Betriebe zurückzufordern (zur UP-Zeit waren 260 Mio DM westdeutsches Kapital in Chile investiert; die BRD ist nach den USA der zweitgrößte Handels„partner" Chiles und mit 30 % Hauptabnehmer des chilenischen Kupfers, was natürlich ein erhebliches Erpressungsmittel beinhaltet). So erpreßte die SPD-Regierung beispielsweise die Reprivatisierung der zum Preussag-Konzern gehörigen Lackfabrik Ceresita S.A. – die im übrigen die niedrigsten Löhne der Branche gezahlt hat, was einer der Gründe war, daß der „staatliche Interventor" Chiles auf Druck der dort beschäftigten Arbeiter zur Verstaatlichung geschritten war.

● Gleichfalls hatte die SPD-Regierung der Allende-Regierung verschiedene Kredite gesperrt und auch Verhandlungen über die Stundung der Auslandsschulden Chiles an die BRD abgelehnt – der faschistischen Junta jedoch haben diese sauberen Sozialdemokraten jetzt die Rückzahlung von Krediten und Zinsen in Höhe von 100 Millionen DM gestundet! Eine mit der Allende-Regierung vereinbarte Lieferung Getreide (die das Volk nötig gebraucht hätte), wurde bis zum Putsch verzögert, dann aber den Faschisten prompt geliefert.

● Ebenso wie die US-Regierung hat auch die westdeutsche Regierung bei der Ausstattung des chilenischen Militars mitgeholfen. In der Zeit vom November 1970 bis zum September 1973 sind 840 Schnellfeuergewehre, 500 Maschinengewehre, 117 Maschinenpistolen sowie 741.000 Gewehrpatronen von der BRD an die chilenische Armee geliefert worden – Waffen, mit denen später chilenische Arbeiter, Bauern und Studenten ermordet wurden. Es ist wohl auch deutlich genug und bedarf keiner zusätzlichen Erklärung, wenn einerseits Wirtschaftskredite gedrosselt werden und andererseits die niemals unter Kontrolle der Unidad Popular gewesene chilenische Armee Waffenlieferungen erhält.

● Eine sehr deutliche Sprache zeigte auch der bekanntgewordene interne Brief der westdeutschen Hoechst-Niederlassung in Chile an die Frankfurter Konzernleitung, wo es u.a. (kurz nach dem 11. September letzten Jahres) heißt: *„Der so lange erwartete (!) Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden... Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war und glänzend ausgeführt' wurde... Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt sein..."*.

● Daß der westdeutsche Kapitalstrom, wenn auch im einzelnen öffentlich nicht bekannt, seit dem 11. September letzten Jahres wieder verstärkt nach Chile geht, machte auch eine Notiz des „Handelsblatt" vom 10. April deutlich: *„...auch aus der Bundesregierung werden Bankvertreter erwartet..."*.

● Deutsche Mord- und Folterexperten stehen im Dienst der chilenischen Militärjunta. So z.B. Christian Ackerknecht, der Militärbefehlshaber der Bergbauprovinz Higgins ist und der vor vier Jahren (obwohl er seit seiner Geburt in Chile lebt) noch einen Kursus an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese und bei der 14. Panzerbrigade in Koblenz absolvierte. Ein anderer ist z.B. Walter Julius Rauff: ehemals einer der engsten Mitarbeiter Adolf Eichmanns während des Nazi-Faschismus und direkt an Massenmorden in den damaligen Konzentrationslagern beteiligt – heute Folterchef der chilenischen Gestapo DINA. Solche Leute werden sicher auch ihre Verbindungen zur Bundesrepublik nicht ganz abgebrochen haben.

● Westdeutsche Verfassungsschutzagenten haben in Chile politische Flüchtlinge verhört, ehe über eine Einreiseerlaubnis in die Bundesrepublik entschieden wurde. Nach Aussagen mehrerer Flüchtlinge war an den Informationen der westdeutschen VS-Agenten deutlich zu erkennen, daß sie eng mit den faschistischen Staatsorganen der chilenischen Militärdiktatur zusammenarbeiten.

● Erst kürzlich wurde ein Dokument enthüllt, woraus hervorgeht, daß einige in Chile eingesetzte CIA-Agenten auf westdeutschem Boden ihre „Spezialausbildung" dafür erhalten haben: in Bad Tölz, in der Flint-Kaserne der 10. Special Forces Group der US-Armee (mindestens dieser Fall ist bekannt!). Es ist wohl anzunehmen, daß westdeutsche Behörden im Rahmen des NATO-Bündnisses darüber zumindest auch informiert gewesen sind. Die Bundesregierung hat zu dieser Enthüllung bislang noch keine Stellungnahme abgegeben.

GIM zur Chile-Solidarität: Trotzkistisches Aposteltum

Wie schon bei ähnlichen Aktionen in der Vergangenheit, haben sich auch die Organisatoren der „Nationalen" Chile-Demonstration am 14. September wieder kräftig bemüht, allerlei krause Argumente aufzubieten, warum unbedingt eine „nationale" Demo der Chile-Solidarität „am besten entspricht". Es scheint uns, daß hier eine Art inoffizieller Wettbewerb ausgetragen wird, wer dazu die am meisten bekloppten „Gründe" vorweisen kann – und es scheint uns weiter, daß es der GIM („Gruppe Internationaler Marxisten," westdeutsche Sektion der trotzkistischen sog. „IV. Internationale") gegenwärtig gelungen ist, den KBW darin um eine Nasenlänge zu überholen. Aber es besteht kein Grund zum vorzeitigen Verlassen der Tribünen: Das Rennen ist sicher noch nicht zu Ende!

In der GIM-Zeitung „Was tun" vom 7.8.74 (Nr.57/58) wird folgendes Hauptargument für die „nationale Demo" unterbreitet:

Eine nationale Mobilisierung *„entspricht am ehesten den Bedürfnissen der Widerstandsbewegung in Chile* (Dieser Satz ist in der „Was tun" fettgedruckt; AK-Red.). *Eine breite Mobilisierung wird ein Echo in der nationalen und internationalen Presse finden, während lokale und regionale Demonstrationen diesen Radius gar nicht erreichen können und von der bürgerlichen Presse bereits auf nationaler Ebene verschwiegen werden. Und das ist nicht unwichtig, wenn man weiß, wie aufmerksam die chilenischen Genossen die internationale Solidaritätsbewegung verfolgen und als welch wertvolle Unterstützung sie diese ansehen, welche Ermutigung für die Fortführung ihres Kampfes sie in ihr erblicken."*

Das vermeintliche „Echo in der nationalen und internationalen Presse" ist eines der Standardargumente für alle bisherigen „nationalen" Demonstrationen in unserem Land – wir haben mehrfach zu solchen Vorstellungen, die die gegenwärtigen Hauptaufgaben von internationalistischen Demonstrationen verwischen, Stellung genommen und wollen das hier nicht noch einmal wiederholen. Was die GIM dieses Mal jedoch neu hinzuphantasiert hat, das ist die direkte Kopplung der „Notwendigkeit" einer „nationalen" Demo nicht nur mit den „Bedürfnissen" der Solidaritätsbe- [illegible] wegung und des Kampfs in unserem Land, sondern mit den „Bedürfnissen" des chilenischen Widerstands selbst – und die direkte Kopplung des erhofften „Presse-Echos" mit der Aufmerksamkeit des chilenischen Widerstands gegenüber der internationalen Solidaritätsbewegung. Zweifellos ist diese „Weiterentwicklung" des bisherigen Standardarguments nicht ohne eine gewisse gebieterische Genialität – wenngleich wir der GIM andererseits auch nicht den Vorwurf der Inkonsequenz ganz ersparen können (vielleicht handelt es sich aber auch nur um ein bedauerliches Versehen bei der Endredaktion ihres Textes?): Hätte es nicht logischer heißen müssen, daß dieses „Echo in der nationalen und internationalen Presse" deswegen „nicht unwichtig" ist, „wenn man weiß, wie aufmerksam die chilenischen Genossen die internationale Solidaritätsbewegung über die nationale und internationale Presse verfolgen"??

Wir meinen, daß die GIM hier nicht zögern sollte, einen aufrechten Bekennermut zu zeigen – auch auf die Gefahr hin, daß sie sich damit den zu erwartenden Pöbeleien irgendwelcher Haarspalter und Sophisten aussetzt, die so oder so behaupten werden, daß in Chile doch ein faschistisches Regime herrscht, wo das „Presse-Echo" den chilenischen Widerstand gar nicht erreicht, sondern wo die chilenischen Genossen ihre Informationen über die internationale Solidaritätsbewegung nur über illegale Verbindungen ins Ausland erhalten (soweit überhaupt). Unanfechtbare Erhabenheit gegenüber derart kleinlichen Einwendungen gehört doch eh zur trotzkistischen Tugend!

Den großen Federstrich trotzkistischer Begabung und Erhabenheit spürt man dagegen weitaus besser, wo „Was tun" berichtet„ *daß längst totgeglaubte* (Chile-) *Komitees wieder belebt wurden, als die Initiative, in Frankfurt am 14.9. eine Demo als Höhepunkt einer gemeinsam untereinander koordinierten Chilewoche durchzuführen, publik wurde."* Und weiter: So hat *„durch die gemeinsame Initiative der westdeutschen Chile-Komitees die Bewegung zumindest kurzfristig eine Perspektive bekommen ..."*

Ist das nicht Bilderbuch-Trotzkismus, an dem sich stundenlang das Auge weiden kann? Was schert es uns, sagen die Trotzkisten, überhaupt einen Gedanken über die Schaffung einer langfristigen, tragfähigen Grundlage des proletarischen Internationalismus zu verschwenden (z.B. durch die Entwicklung des Klassenkampfs im eigenen Land und der Verbindung der brennenden Fragen der westdeutschen Arbeiterbewegung mit denen der chilenischen, griechischen, italienischen usw.; z.B. dadurch, daß wir in dieser Weise den Hauptschwerpunkt darauf legen, die Lehren der chilenischen Erfahrung zum verarbeiteten Bewußtsein der westdeutschen Arbeiterbewegung zu machen) – Hauptsache, „die Bewegung" (der Chile-Komitees, die über keinerlei realen Einfluß in der Arbeiterschaft verfügen! der rechtsopportunistischen Fassaden-„Internationalisten" des KBW und der GIM!) hat mit der „nationalen" Demo am 14. September **„zumindest kurzfristig"** (!!) eine „Perspektive" bekommen. Wenn die GIM mit ihrer „Wiederbelebung der längst totgeglaubten Komitees" schon selbst den Boden biblischer Geschichtchen betritt – so wollen wir auch bei der Kennzeichnung dieser Politik gerne auf diesem passenden Boden verbleiben: Steh auf, nimm dein Bett und Steh auf, nimm dein Bett und gehe, sagt die GIM zur Chile-Solidarität – mit Krücken bis zum 14. September, dann hast du „zumindest kurzfristig eine Perspektive" – und wer weiß, vielleicht findet sich ja bald wieder eine solch segensreiche „Initiative".

Daß dies in der Tat die Politik der GIM (und auch des KBW) in der Chile-Solidarität ist, das basteln wir nicht ausschließlich aus dem zitierten Artikel der „Was tun" heraus – sondern wir erinnern daran, daß GIM (und ihre französische Schwester rouge) ebenso wie KBW bereits vor einigen Monaten, als es darum ging, auf internationaler Ebene eine Diskussion über die chilenische Erfahrung und die Aufgaben eines echten (und nicht nur oberflächigen) proletarischen Internationalismus einzuleiten, allerlei scheinheilige „Gründe" erdachten, um dieser Aufgabe auszuweichen. Wir meinen die internationale Chile-Konferenz vom April dieses Jahres in Frankfurt, die GIM und KBW durch hanebüchene „Argumente" zu torpedieren und diffamieren versuchten, und wo sie offiziell ihre Teilnahme verweigerten – inoffiziell dann aber (als „Vertreter von Chile-Komitees") doch auftraten und ein großes Geschrei darüber erhoben, daß dort nur (!!) eine politische Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Organisationen (über gemeinsam interessierende Fragen des Kampfes gegen Imperialismus und Faschismus!) stattfand, und die Komitees zu kurz kämen (siehe dazu unseren Bericht in UNSER WEG Nr. 23). Wahrhaft große „Internationalisten" haben wir hier vor uns, die ihre „Initiativen" danach ausrichten, was „am ehesten den Bedürfnissen der Widerstandsbewegung in Chile entspricht"! Die westdeutsche Arbeiterklasse sollte rechtzeitig und unmißverständlich klarmachen, daß sie auf solche Fürsprecher und päpstliche Stellvertretungsapostel gerne verzichten will, wenn es dereinst mehr als heute um die Unterstützung ihres Kampfes geht – und zwar nicht nur im Ausland, sondern vor allem im eigenen Land! ●

Ein Genosse des KB/ Gruppe Frankfurt

Westberlin
Wer verhindert die Aktionseinheit?

Am 3.9. fanden Aktionseinheitsverhandlungen zwischen uns und der „KPD" statt. Es ging dabei um einen gemeinsamen Aufruf zur Chile-Demonstration am 11. September in West-Berlin.

Anwesend waren außer einem Vertreter von uns und der „KPD" u.a. Vertreter der Liga, des KSV, der Roten Hilfe sowie Vertreter der Ausländerorganisation EKKE und ATÖF. Wir sind bei diesen Aktionseinheitsverhandlungen von folgenden Prinzipien ausgegangen:

1. Es gibt keine Aktionseinheitsplattform, in der eine der Organisationen ihre Linie voll verwirklichen kann. Wenn das die Voraussetzung wäre, wären grundsätzlich nur Aktionseinheiten zwischen den Organisationen eines „Partei"konzerns möglich.
2. Es muß ein Kompromiß gefunden werden, der in einer Plattform liegt, in der keine der Organisationen ihre Linie voll verwirklicht hat, die aber so verfaßt ist, daß sie von keiner Position aus betrachtet offensichtliche Fehler enthält.
3. Eine derartige Aktionseinheit ist sinnvoll zur Förderung der solidarischen Auseinandersetzung mit dem Ziel der Zusammenarbeit. Das ist aber nur möglich, wenn die selbständige Propaganda der beteiligten Organisationen möglich bleibt und gefördert wird, so daß jede der Organisationen ihre spezielle Stoßrichtung in eigener Propaganda herausarbeitet.

Als Grundlage für die Verhandlungen lag ein Flugblatt-Entwurf der „KPD" vor.

Wir kritisierten den Entwurf in zwei Punkten.

1. In der Vorlage wurde ausgeführt, daß das chilenische Volk die Lehren aus der Entwicklung gezogen habe, daß dem ganzen Volk klar geworden sei, daß der Weg des „friedlichen Übergangs" ein Weg in die Sackgasse sei, daß der Faschismus nur endgültig zu zerschlagen sei durch den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse, ein Kampf, der mit dem strategischen Ziel des Sozialismus geführt werde. Wir sind der Meinung, daß das zwar die Lehren sind, die die Kommunisten aus der Entwicklung in Chile gezogen haben, daß aber die Frage, ob das chilenische Volk auf dieser Linie zu vereinheitlichen ist, noch nicht entschieden sei. Das chilenische Volk hat eine bittere Erfahrung gemacht, jetzt ist es die sationen, die richtigen Lehren und die zukünftige Strategie zu entwickeln. Sie haben dabei zu kämpfen gegen den Einfluß reformistischer Strategien, wie etwa die Strategie der KP Chiles, den Faschismus „friedlich" durch ein Bündnis mit der Christdemokratie zu überwinden. Wir machten einen Änderungsvorschlag, der die Frage, ob zunächst die revolutionäre oder die reformistische Linie sich in der chilenischen Arbeiterbewegung durchsetzt, offenließ. So wäre es den Organisationen möglich geblieben, diesen Punkt in ihrer eigenständigen Propaganda zu vertiefen. Die „KPD" lehnte diesen Änderungsvorschlag ab.
2. kritisierten wir an dem Entwurf, daß der Putsch charakterisiert wurde als eine Maßnahme, die einzig und allein im Interesse des US-Imperialismus lag und daß er ausschließlich ökonomisch begründet wurde. Wir kritisierten, daß Fakten wie die faschistische Bewegung in Chile selbst, die aktive Politik der chilenischen Bourgeoisie zur Vorbereitung des Putsches und das Interesse, einem möglichen Erstarken der revolutionären Bewegung in Chile zuvorzukommen, im Entwurf nicht erwähnt wurden. Wir machten auch diesbezüglich einen konkreten Änderungsvorschlag, der aber von der „KPD" mit dem Argument abgelehnt wurde, daß dadurch die „antiimperialistische Stoßrichtung" verlorenginge. Das ist nicht wahr, da alle Fakten über die Politik der USA im Flugblatt enthalten blieben. Was „verloren ging", war allein die spezielle Gewichtung, die die „KPD" in dieser Frage für richtig hält und die unserer Auffassung widerspricht.

Nachdem die „KPD" beide von uns vorgeschlagenen Änderungsvorschläge abgelehnt hatte und auch selber keine ernstzunehmenden Lösungen angeboten hatte, stellte sie uns die Frage, ob wir den Aufruf auch unverändert unterzeichnen würden. Das mußten wir leider ablehnen. Die „KPD" hat die Aktionseinheit verhindert. ●

KB/Gruppe West-Berlin

KBW vermittelt Kleinkredite

— Leserbrief —

Am 31. August hatte ich kurz Gelegenheit, mit zwei KBW'lern die ihre „KVZ" und eine Chile-Schrift anboten, über die gegenwärtige Kampagne zur Solidarität mit dem chilenischen Volk zu diskutieren.

Die beiden legten dar, warum ihrer Meinung nach keine Aktionseinheit zwischen dem KBW und dem „KB-Nord" zustande gekommen sei: Der KBW habe die Parole ausgegeben „Kampf für den Sozialismus", der KB hingegen „Kampf gegen den Imperialismus". Woher sie diese skurile Behauptung hatten, war nicht zu ermitteln (dieser Blödsinn wird offenbar „zentral" im KBW verbreitet – Anm. AK).

Außerdem seien die „KB-Nord-Führer" bei ihren Mitgliedern isoliert, deshalb hätten sie Angst vor einer Aktionseinheit mit dem KBW, daß die Mitglieder nach einer gemeinsamen Aktionseinheit „massenhaft" zum KBW überlaufen würden.

Ich wies dann daraufhin, daß eine zentrale Demo (in Frankfurt) doch kaum ein Mittel sei, um Arbeiter zu mobilisieren. Die KBW'ler verstanden das offenbar nur „technisch" und meinten, die Arbeiter könnten ja zur Finanzierung der Fahrt nach Frankfurt einen Kleinkredit aufnehmen; das Chilekomitee würde das auch vermitteln. ●

Ein Hamburger Chemie-Genosse

Anmerkung der Redaktion

Intellektuelle Massenfeindlichkeit scheint überhaupt beim KBW Trumpf zu sein. Als eine Genossin (Bauzeichnerin) vor einiger Zeit einen Flugblattverteiler des KBW ansprach, warum denn der KBW eine Demonstration während der Arbeitszeit machte, wo doch die Arbeiter gar nicht teilnehmen könnten, antwortete dieser Vogel ihr tatsächlich: sie könne sich dann ja einen Tag Urlaub nehmen . . .!

Schmierig, schmierig ...
Neue Lügen des KBW

Mit der Ehrlichkeit des KBW in der politischen Auseinandersetzung war es noch nie weit her. Ein besonders übles Beispiel seiner Verdrehungskünste findet sich jetzt in einem Hamburger Flugblatt zur „Aktionseinheit" wegen Chile. Es heißt dort u.a.:

„Ebenso appellieren wir an den KB-Nord (Arbeiterkampf) und die KPD (Rote Fahne), ihre bisherige Haltung zu überprüfen. Diese Organisationen lehnen die Plattform mit falschen Argumenten ab (gemeint ist die „Plattform" westdeutscher Chile-Komitees, zu der in AK 47, S. 15, Stellung genommen wurde – Anm. AK). *Sie halten die Junta lediglich für eine Marionette der US-Imperialisten. Sie sehen nicht, daß die Junta gerade von der chilenischen Kapitalistenklasse in den Sattel gehoben wurde und bis heute gestützt wird. Dementsprechend wird von ihnen auch nicht der Kampf gegen die chilenische Bourgeoisie und der Sozialismus, die Inbesitznahme der Produktionsmittel durch die Arbeiterklasse und die Bauern anstelle der Kapitalisten und Grundherren als erklärtes nächstes Ziel des Kampfes des chilenischen Volkes anerkannt. Sie versuchen, die Solidaritätsbewegung auf die Befreiung des Landes vom US-Imperialismus festzulegen, wobei ein Bündnis der Arbeiter und Bauern mit ihren Schlächtern, der chilenischen Kapitalistenklasse nicht ausgeschlossen wird ..."*

Wahr ist daran lediglich, daß wir den KBW kritisiert haben, der heute die Rolle des US-Imperialismus beim faschistischen Putsch in Chile verharmlost und den Putsch für eine „weitgehend nationale Angelegenheit" erklärt. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß KBW-Führer Schmierer in der „KVZ" vom 22.11.73 der Sowjetunion vorwarf, *„vom* **eigentlichen Drahtzieher des Putsches** *abzulenken. Nicht umsonst wurde in der russischen* (? !) *Presse großer Wert darauf gelegt, daß eine Beteiligung der USA am Putsch nicht nachgewiesen werden könne."* – Hier haben wir wieder ein Beispiel dafür, wie der KBW heute dies und morgen das sagt, wenn es ihm in den Kram paßt.

Im Übrigen baut die Polemik des zitierten Flugblatts auf freien Erfindungen auf. Das läßt sich leicht an Hand von AK 47 überprüfen, wo auf S. 15 die „Plattform" der Chile-Komitees und unser Standpunkt dazu gegenübergestellt sind:

In der ‚Plattform' ist mit keinem Wort vom Kampf um den Sozialismus die Rede. Das haben wir in AK 47 kritisiert.

In der ‚Plattform' wird unterschiedslos an „alle Parteien und politischen Organisationen" der BRD appelliert, die Chile-Solidarität zu unterstützen, also auch z.B. an die CDU/CSU. Das haben wir in AK 47 kritisiert.

Außerdem verdient es angesichts der scheinradikalen Töne, die der KBW jetzt in seinem Hamburger Flugblatt anschlägt, Erwähnung, daß in der gesamten ‚Plattform' der Chile-Komitees mit keinem Wort überhaupt von der chilenischen Bourgeoisie und der Christdemokratischen Partei Chiles die Rede ist, sondern immer nur von der Junta.

Wir haben ganz klar die ‚Plattform' der Chile-Komitees als Ausdruck des Rechtsopportunismus kritisiert; der KBW aber will offenbar in seiner Polemik gegen uns jetzt den gegenteiligen Eindruck erwecken. Hierbei kann er sich nur auf Lügen und Erfindungen stützen.

Übrigens hat der KBW auf den zentralen „Aktionseinheits"-Gesprächen in Frankfurt (27.7. – vgl. dazu Artikel in AK 48, S. 3) erklärt, er habe der ‚Plattform' der Chile-Komitees nur *„schweren Herzens"* zugestimmt. Außerdem hat die trotzkistische GIM (in einem Brief an die Westberliner Gruppe des KB) erklärt: *„Wir haben gegen den politischen Inhalt des Aufrufs zur nationalen Chile-Demonstration* (das ist die ‚Plattform' – Anm. AK) *gleichfalls Vorbehalte."* – Da aber KBW und Trotzkisten die wesentlichen Träger der meisten Chile-Komitees sind, ist die Frage angebracht, wer denn nun eigentlich für die opportunistischen Mängel der „Plattform' verantwortlich ist ? ! ●

Sage mir, mit wem du umgehst......

Leute von heute

HANS-DIETRICH GENSCHER, Bundesaußenminister, bevorzugt für seinen Sommerurlaub das Berchtesgadener Land: Mit seiner Familie macht er Urlaub im Hause „Bogensberglehen" des chilenischen Generalkonsuls Schubert. Hier auch sind am Dienstag die beiden Bonner Parlamentarischen Staatssekretäre Wischnewski und Moersch von ihrem Dienstherrn zu Staatsministern ernannt worden.

Diese Meldung fand ich in der „Süddeutschen Zeitung" vom 14.8.74. Einen Tag zuvor brachte dieselbe Zeitung einen langen Artikel unter der Überschrift „Der starke Mann mit neuem Gewicht" über Genscher, in dem seine Rolle als früherer Innenminister gepriesen wird. „Genscher schwang sich zu einem leidenschaftlichen Verteidiger des Rechtsstaates auf", meint die Zeitung. Und über seinen neuen Job im Dienste der westdeutschen Kapitalistenklasse: „Ohne viel Aufhebens hat Walter Scheels Nachfolger in den ersten drei Monaten auf internationaler Bühne sein taktisches Geschick bewiesen." Zweifellos wird er sich im Hause des chilenischen Generalkonsuls bestens erholen, verbunden mit einem kleinen Erfahrungsaustausch, z. B. über die „Verteidigung des Rechtsstaates" ...... **In Chile rollen die Verhaftungswellen unvermindert weiter. Die Faschisten wollen den Gedanken an Sozialismus und Freiheit im Volk ausrotten, indem sie Tausende Demokraten und Kommunisten in Gefängnisse und Folter-KZ's verschleppen.**

Da kann er noch was lernen, der Genscher! ●

Ein Lehrlingsgenosse

Frankreich
Zehntausende in Larzac

Am 17./18. August trafen sich in Larzac 80 – 100 000 Menschen, um ein „Erntefest für die dritte Welt" zu feiern.

Larzac ist ein Hochplateau in Südfrankreich, auf dem sich ein Truppenübungsplatz und Militärlager befindet, das von 3.000 auf 17.000 ha ausgedehnt werden soll.

Seit 1971 kämpfen 103 davon unmittelbar betroffene Bauern gegen die Ausweitung des Militärlagers und damit gegen den Raub ihres Landes. Im September 1973 trafen sich nach einem Sternmarsch an die 80 000 Menschen in Larzac, das zum Symbol einer sich ausweitenden antimilitaristischen Bewegung in Frankreich und darüber hinaus wurde (vgl. AK 32).

Mit dem „Erntefest für die dritte Welt" vom 17./18. August wurde der Kampf fortgesetzt. Aufgerufen dazu hatten die „103 von Larzac" und das „Comite von Millau für die Verteidigung von Larzac" (Millau ist die größte Stadt in Larzac), in dem u. a. die „Sozialistische Partei", die „Kommunistische Partei" und die Gewerkschaften CGT und CFDT vertreten sind.

Die Hauptparolen waren **„Nein zum Verkauf von Waffen", „Nein zu den Atomversuchen", „Nein zur Ausweitung des Militärlagers", „Nein zur Ausbeutung der dritten Welt".**

Während des „Erntefestes" wurde ein Getreidefeld abgeerntet, das symbolisch für die Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt angelegt worden war. Es wurden Ähren für 5 Franc (3,– DM) verkauft. Der Ertrag soll den Völkern der Dritten Welt, vor allem der Sahel-Zone (im nördlichen Zentralafrika) und Äthiopiens – die von schweren Hungersnöten bedroht sind –, zur Verfügung gestellt werden.

(Ein ausführlicher Bericht von einem Genossen, der am „Erntefest für die Dritte Welt" in Larzac teilnahm, findet sich in unserer Zeitung DIE INTERNATIONALE, Nr. 7) ●



Larzac: Das „Getreidefeld für die Dritte Welt" wird abgeerntet

Eine Hamburger Agitproptruppe
Arbeiter! Genossen!

Italien
Faschistischer Rechtsanwalt verhaftet

von A bis Z. Ich habe alles erfunden, weil ich Geld brauchte. Almirante hat

Italien
Faschistischer Rechtsanwalt verhaftet

In Italien wurde Ende August der faschistische Rechtsanwalt Basile, zusammen mit seinem Assistenten, verhaftet. Basile ist Mitglied des „Disziplin-Rats" der faschistischen Partei MSI und Freund von MSI-Chef Almirante.

Dieser Verhaftung liegt folgende Geschichte zugrunde: Nachdem am 4. August im D-Zug Rom-München („Italicus") eine von Faschisten gelegte Bombe explodiert war (12 Tote), gab Innenminister Taviani (DC) vorm Parlament bekannt, daß bereits am 17. Juli (!) MSI-Chef Almirante den Leiter des neugegründeten „Antiterrorismus-Inspektorats", Santillo, über angeblich geplante Bombenanschläge der „Roten" (!!) auf Züge „informiert" habe.

Diese zunächst mit viel Geheimnistuerei umgebene „rote Spur Almirantes" entpuppte sich dann als klassischer Bumerang. Als „Informant" stellte sich ein gewisser Francesco Sgro heraus, Universitätsangestellter in Rom. Er hatte die „Information" gegeben, daß an der Physikalischen Fakultät „Linksradikale" Anschläge vorbereiten würden. Als Vermittler zwischen Sgrò und Almirante (der dann persönlich zu Santillo gerannt war, um die „Information" zu überbringen) hatte Rechtsanwalt Basile fungiert.



Am 13. August kam Sgro dann mit der Erklärung heraus, er habe alles nur erfunden: *„Alles ist falsch, von A bis Z. Ich habe alles erfunden, weil ich Geld brauchte. Almirante hat mir durch den Anwalt Basile eine Million überweisen lassen* (etwa 4.000 – Anm. AK) ... *Aber ich hatte gemeint, mehr zu bekommen, viel mehr: 40-50 Millionen"* (zit. nach „Corriere della Sera", 14.8.74).

Diese Erklärung führte zunächst zur Verhaftung von Sgro wegen falscher Aussagen, später war auch Anwalt Basile dran.

Auftraggeber Almirante läuft dagegen noch frei rum. Aber auch seine Aktien fallen rapide. Schon hat das Parlament seine „Immunität" als Abgeordneter aufgehoben, damit ein Strafverfahren gegen den MSI-Chef wegen „Aufruf zur Gewalt" geführt werden kann. Außerdem droht Almirante, der übrigens in Italien laut Gerichtsurteil als „Mörder italienischer Partisanen" (im 2. Weltkrieg) bezeichnet werden darf, möglicherweise ein Verfahren wegen „Neugründung der aufgelösten Faschistischen Partei". Schon gibt es auch Gerüchte um einen außerordentlichen Parteitag der MSI, auf dem Almirante vom Parteivorsitz abgelöst werden soll, weil er allzu sehr nach Terror und Bomben stinkt.

Die faschistische Gefahr ist in Italien, vor allem langfristig, sicher nicht gebannt. Aber gegenwärtig geht es mit den Faschisten steil bergab. ●

Kapitalist Piaggio endlich im Knast
Er finanzierte die Faschisten



Während der Metallerdemonstration am 22. November 1972 marschierten Arbeiter von Piaggio unter der Parole „Nein zum Faschismus"

Ende August wurde Mario Piaggio, einer der reichsten Kapitalisten Italiens, endlich verhaftet. Damit wurde ein seit dem 29. März bestehender Haftbefehl vollstreckt, dem Piaggio bisher mit Hinweisen auf seinen „schlechten Gesundheitszustand" etc. entgangen war.

Piaggio wird beschuldigt, die sogenannte „Windrose" finanziert zu haben – eine im letzten Jahr aufgeflogene faschistische Verschwörergruppe, die einen Militärputsch vorbereitete (der AK berichtete mehrfach darüber, vgl. vor allem AK 39).

Zu dieser faschistischen Gruppe gehörten u.a. Giancarlo De Marchi, Fraktionsführer der neofaschistischen Partei MSI im Provinzrat von Genua; Amos Spiazzi, Offizier der Artillerie und „Mitarbeiter" des Geheimdienstes SID, Elio Massagrande, Fallschirmspringer-Offizier, einer der Führer der verbotenen faschistischen Terrororganisation „Ordine nuovo" („Neue Ordnung"), General Pasquale Calabrese, Präsident des territorialen Militärtribunals von Verona; General Ugo Ricci, bis zum 31. Dezember 73 Kommandant eines Panzerregiments.

Piaggio verkaufte 1971 sein gewaltiges wirtschaftliches Imperium und besitzt nur noch eine Finanzierungsgesellschaft, die sich u.a. mit Bodenspekulation befaßt.

So wollte er wahrscheinlich mehr Zeit gewinnen, um sich ganz seinem „Hobby", Finanzierung faschistischer Putsch- und Mordpläne, hingeben zu können.

Das Vermögen Piaggios wird auf mehr als 5 Milliarden Mark geschätzt. Der „Windrose" hatte er angeblich rund 700 000 Mark versprochen aber nur etwa 80 000 ausgezahlt, da sie seinen Wunsch nach der Ermordung des bekannten früheren Partisanen-Kommandeurs Saetta nicht erfüllt hatte. ●

Indien annektiert Sikkim

Das im Himalaya zwischen Indien und der VR China gelegene Königreich Sikkim soll durch eine Verfassungsänderung in den indischen Staat integriert werden.

Solange der indische Subbkontinent vom britischen Imperialismus beherrscht wurde, gehörte Sikkim zu seinen „Protektoraten", d.h. Halb-Kolonie mit begrenzter Scheinunabhängigkeit.

Als der britische Imperialismus sich nach dem zweiten Weltkrieg zurückziehen mußte, übernahm die indische Bourgeoisie diese Funktion: Ein 1950 geschlossener Vertrag sicherte Indien die Kontrolle über die Außen- und Militärpolitik Sikkims sowie weitgehende Eingriffsrechte in die Innenpolitik. Als der König von Sikkim 1973 eine gewisse Lösung von der indischen Vorherrschaft versuchte, setzte Indien manipulierte „Wahlen" und eine Verfassungsänderung durch. Unter Hinweis auf den angeblichen „Wunsch des Volkes von Sikkim" soll nunmehr die endgültige Einverleibung Sikkims durch die indischen Expansionisten vor sich gehen.



Auch der Sikkim benachbarte Himalaya-Staat Bhutan steht unter indischer Kontrolle. In einem 1949 abgeschlossenen Vertrag heißt es u.a.: *„Die Regierung von Bhutan . . . ist damit einverstanden, daß sie in ihren auswärtigen Beziehungen dem Rat der Regierung von Indien folgt."* Die Verwaltung Bhutans ist mit indischen Beamten durchsetzt. Etwa 12 - 15.000 indische Soldaten halten Bhutan auch militärisch besetzt. Die wesentlich kleinere eigene Armee Bhutans (etwa 6000 Mann) wird zudem von Indern „ausgebildet".

Die Annektion Sikkims ist ein weiterer Versuch der indischen Expansionisten (nach der Loslösung Ostpakistans und der Gründung von Bangla Desch), die Situation im indisch-chinesischen Grenzbereich zu ihren Gunsten zu verändern. Diese Bestrebungen werden von den Sowjetrevisionisten unterstützt und geschürt, die jetzt die Annektion Sikkims als „Demokratisierung des politischen Lebens von Sikkim" feiern. Ihnen geht es darum, den Einkreisungsring um die VR China enger zu schließen und ihre Ausgangspositionen für eine Aggression gegen die VR China zu verbessern. ●

Argentinien

Politischer Kampf und bewaffnete Aktion

Als Peron am 1. Mai dieses Jahres auf einer Massenkundgebung in Beunos Aires plötzlich die Linken wild zu beschimpfen begann, rückten die linksperonistischen und revolutionären Organisationen geschlossen ab: Der Platz leerte sich fast zur Hälfte! –

Nach dem Tod Perons verschärfen sich die Klassenwidersprüche weiter. Höhepunkt waren im August die Streiks von 20.000 Auto-Arbeitern (Renault und Fiat) in Cordoba, dem traditionellen kämpferischen Zentrum der argentinischen Arbeiterbewegung. Die seit mehr als zwei Monaten immer wieder stattfindenden „wilden" Streiks vor allem für eine Lohnerhöhung von 60% verbanden sich mit einem politischen Streik gegen den Versuch der rechten Gewerkschaftszentrale, die linksperonistischen Führer der Metaller-Gewerkschaft in Cordoba auszuschließen.

Der Staat setzte in Cordoba die Polizei zur Besetzung von Betrieben und zur Räumung der von den Arbeitern geschützten Gewerkschaftsbüros ein. Viele Arbeiter wurden verletzt, mindestens einer getötet. Dieser Arbeitermord blieb nicht lange ungesühnt: Kurz darauf wurde der Personaldirektor des Renault-Werkes von Cordoba entführt und später erschossen aufgefunden. Zu dieser Aktion bekannte sich die bewaffnete linksperonistische Organisation FAR.

In Buenos Aires kam es bei Demonstrationen mehrmals zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Anhängern der Linken. So Anfang August beim Begräbnis des von Rechtsradikalen ermordeten linksperonistischen Abgeordneten Ortega Pena. So gegen Ende August am Jahrestag des Massakers von Trelew (wo 1972 das Militär 16 Guerilla-Kämpfer als „Vergeltung" für die Flucht anderer Kämpfer ermordete).

Bemerkenswert ist außerdem das Zunehmen bewaffneter Aktionen, an denen sich verstärkt auch linksperonistische Gruppen beteiligen. 1973 sind in Argentinien 190 Entführungsaktionen bekannt geworden, die im wesentlichen von der revolutionären Gruppe ERP getragen wurden. Seit Beginn dieses Jahres hat die Zahl dieser Aktionen stark zugenommen.

Die „FAZ" berichtet von durchschnittlich zwei Entführungen pro Tag. Diese Aktionen richten sich in den meisten Fällen gegen die Manager und Direktoren der imperialistischen Konzerne in Argentinien. Die revolutionären Organisationen erringen damit die finanziellen Mittel für ihren Kampf und für die Unterstützung der Bevölkerung in den Elends- und Arbeitervierteln des Landes.

So brachte allein die Entführung des Esso-Managers Samuelson Ende letzten Jahres 14,2 Mio. Dollar Lösegeld, die der Konzern in Form von Lebensmitteln, Kleidung und Baumaterialien in armen Gemeinden verteilen mußte. Die Entführungen sind dabei zugleich ein wichtiger Teil der politischen Agitation und Propaganda: Sie zeigen auf, wo der Feind steht und wer für die Unterdrückung verantwortlich ist. Nach der Entführung Samuelsons gab die ERP eine Presseerklärung heraus, in der das Lösegeld als *„teilweise Rückzahlung der gewaltigen Reichtümer, die die Gesellschaft aus unserem Land gezogen hat"*, bezeichnet wird.

Die Veröffentlichung solcher Presseerklärungen ist meist neben dem Lösegeld die wesentliche Bedingung für die Freilassung der Entführten.

Der gewaltsame Kampf der revolutionären Gruppen in Argentinien beschränkt sich aber nicht auf Entführungen. Eine andere Form sind Bombenanschläge gegen imperialistische Konzerne. Diese Aktionen sind zum großen Teil keine isolierten „Terrorakte", sondern stehen im engen Zusammenhang mit den Kämpfen der argentinischen Arbeiterklasse. Deutlichstes Beispiel dafür sind die Brandbomben, die in einem Renaultwerk, nahe Buenos Aires, hochgingen. Dort streikten die Arbeiter, unterstützt von der linksperonistischen Mechanikergewerkschaft, mehrere Wochen für höhere Löhne.

Solche Bomben fördern die Bereitschaft der Kapitalisten zum Einlenken auf die Arbeiter-Forderungen, was von den Streikenden auch begrüßt wird.

Ebenfalls Anfang August gingen weitere Bomben hoch: In einer Firma für Kühlanlagen in Cordoba und in einer Porzellanfabrik in Rosario. *„Bei allen betroffenen Firmen herrschen Unstimmigkeiten zwischen Personal und Werksleitung"*, wie die „FAZ" (15.8.74) es in der ihr eigenen „Vornehmheit" formulierte.

In diesem Zusammenhang sind auch Aktionen wie Erschießungen von reaktionären Politikern oder Gewerkschaftsführern, die sich durch besonders arbeiterfeindliche Maßnahmen hervorgetan haben, zu sehen.

Die dritte Form des bewaffneten Kampfes besteht aus Angriffen auf Polizeiwachen, militärische Stützpunkte und Rüstungsbetriebe – in erster Linie, um Waffen zu erbeuten. Von einem erfolgreichen Angriff der ERP auf eine Munitionsfabrik berichteten wir im letzten ARBEITERKAMPF. Anfang August gelang eine ähnliche Aktion in Bahia Blanca, wo von einer Station der Küstenwacht Waffen erbeutet werden konnten. In Virreyes griff eine ERP-Einheit eine Polizeistation mit Tankabwehrgeschossen an und konnte sich nach längerem Kampf geschlossen zurückziehen, allerdings ohne Waffen zu erbeuten.

Getragen werden diese Aktionen im wesentlichen von der ERP. Seit Anfang dieses Jahres, d.h. mit der zunehmenden Entlarvung der peronistischen Demagogie, führen auch die militärischen Organisationen der Linksperonisten (hier vor allem die FAR) wieder bewaffnete Aktionen durch. (Diese Organisationen hatten zunächst bei Amtsantritt Perons eine Art Stillhaltezusage gegeben)

Diese gewaltsamen Aktionen sind in der Regel keine isolierten Terror-Akte, wie es die bürgerliche Presse glauben machen will. Vielmehr können die Aktionen in diesem Umfang nur deswegen erfolgreich durchgeführt werden, weil sie auf Zustimmung und Rückhalt in der Bevölkerung stoßen, insbesondere in den Gebieten, wo die Arbeiterklasse schon selber militant gekämpft hat wie in Cordoba, oder wo die Militanz der Massenkämpfe insgesam zunimmt. So griff Anfang August in La Plata eine Menschenmenge ein Büro der reaktionären Zeitung „La Prensa" an und steckte es in Brand.

Die argentinische Bourgeoisie hatte die Verschärfung der Klassenkämpfe und die Ausbreitung der bewaffneten Aktionen insbesondere nach dem Tode Perons erwartet und sich darauf durch den Ausbau des Polizei- und Militärapparates und die massive „Säuberung" der peronistischen Reihen vorbereitet. Dieser Prozeß wird weiter vorangetrieben. Der Kampf gegen alle fortschrittlichen und liberalen Kräfte in der peronistischen Bewegung geht bereits so weit, daß sogar dem früheren Präsidenten Campora wegen angeblicher Unterstützung marxistischer Kräfte der Prozeß gemacht werden soll und er mit seinem Ausschluß aus der peronistischen Bewegung zu rechnen hat. Campora war noch vor gut einem Jahr gut genug gewesen, den Wahlsieg der Peronisten einzuleiten, vorübergehend die Präsidentschaft zu übernehmen und die linken Kräfte in die peronistische Bewegung zu integrieren – was aber gescheitert ist.

Ferner änderte die Präsidentin Peron Mitte August die Regierung. Alle Minister mit einem etwas liberaleren Image, die mehr auf die Taktik der Integration als des offenen Kampfes gegen die Linksperonisten setzten, wurden rausgeschmissen, das Kabinett wurde ausschließlich mit erzreaktionären Peronisten besetzt.

Daraufhin fanden im ganzen Land Studentendemonstrationen statt. In Buenos Aires wurden fast alle Teile der Universität besetzt, um gegen diesen „Rechtsruck", vor allem im Erziehungsbereich, zu protestieren.

Neben diesen Maßnahmen wird weiter versucht, die Ideologie von der „Aussöhnung der Klassen" durchzusetzen. Der Sozialpakt, dessen arbeiterfeindlichen Charakter die Massen immer mehr durchschauen, soll durch die Einrichtung einer Nationalen Kommission gerettet werden, die über Preise, Einkommen und Lebensstandard beraten soll. Zusätzlich sollen sogenannte „Arbeitstische" eingerichtet werden, wo Bezirksorganisationen (wie Schulausschüsse, Nachbarschaftsvereinigungen usw.) Vorschläge und Beschwerden feststellen und weitergeben können. Die „Arbeitstische" sind zum einen als ein Mittel des Betrugs zu begreifen, um die Bevölkerung in die Bahnen der scheinbaren Mitbestimmung und des Ausgleichs zwischen den Klassen zu lenken; zugleich sind sie ein Instrument zur massiven ideologischen Kontrolle und Formierung der Bevölkerung.

Der offene Kampf und die Versuche einer reaktionären Mobilisierung drücken sich immer mehr in der Förderung und Unterstützung der verschiedenen faschistischen Gruppen aus. So leitet Lopez Rega, „Berater" und Vertrauter Perons und seiner Frau persönlich die rechtsradikale „Gewerkschafts"-jugend an, deren Funktion als Kampftruppe gegen die Linksperonisten offen zugegeben wird. Aber auch andere faschistische Gruppen wie die „Montoneros-Soldaten Perons" (eine Abspaltung von den linksperonistischen Montoneros) werden von der Regierung und führenden rechten „Gewerkschafts"funktionären gezielt gegen die fortschrittlichen Kräfte eingesetzt:

Als – noch zu Lebzeiten Perons – die linksperonistische Reporterin Anna Maria Gucetti auf einer Pressekonferenz Perons die Frage stellte, was die Regierung gegen die faschistischen Schlägertruppen zu tun gedenke, wurde sie als Anarchistin bezeichnet; einige Tage später flogen mehrere Bomben in die Redaktion ihrer Zeitung. „Unbekannte" schossen mit Schnellfeuergewehren durch die Fenster, und schließlich wurde die Zeitung verboten.

Anfang August erschossen die „Montoneros-Soldaten Perons" auf offener Straße den linksperonistischen Abgeordneten Ortega Pena, der auf völlig legalem, demokratischem Wege für Reformen eingetreten war. Die Faschisten begründeten die Ermordung Penas öffentlich, er habe „Perons Namen mißbraucht" und „die Doktrin entleert".

Immer wieder werden zur Einschüchterung der Linken einzelne ihrer Anhänger von Rechtsradikalen ermordet. So wurden z.B. im August zwei linksperonistische Jugendliche von Männern in Polizei-Uniform „verhaftet" und später ermordet aufgefunden. Unklar ist, ob sie tatsächlich von der Polizei oder aber von kostümierten Rechtsperonisten erschossen wurden. Zum rechtsradikalen Terror gehören ferner Bombenanschläge gegen Büros der Linksperonisten und der revisionistischen „KP".

Um die derzeitige Klassenkampfsituation in Argentinien genauer einzuschätzen, ist es notwendig, die Politik der revolutionären und linksperonistischen Gruppen über die bewaffneten Aktionen hinaus zu untersuchen. Das wollen wir in einem der nächsten ARBEITERKÄMPFE untersuchen. ●

Eine Genossin der BO Harburg/Wilhelmsburg

Spanien

Die Angst um die Macht – wo sie absurd wird

Kaum von seinem Ärztestab „gesundgeschrieben", wankt der 82jährige senile Franco nochmal an die Regierungsgeschäfte, um „zu retten was zu retten ist". Der während Francos Krankheit bereits zum Staatschef ernannte Bourbonenprinz Juan Carlos wurde kurzerhand wieder abgesetzt.

Während Francos Krankheit hatten bereits die Prügeleien zwischen den verschiedenen Strömungen des faschistischen Regimes eingesetzt und es bestehen sogar Spekulationen, daß Franco zusammen mit dem erzreaktionären Falange-Flügel nochmal zum „Rundumschlag" gegen alle „Abtrünnigen" ausholen will. Die Erzreaktionäre um Franco kämpfen darum, auch nur die geringfügigste Liberalisierung im innenpolitischen Leben zu verhindern, während sich der Falange-Flügel von einer schrittchenweisen „Politik der Öffnung" eine Stabilisierung des Systems erhofft.

(Wir berichteten im ARBEITERKAMPF Nr. 48 ausführlich über die Fraktionskämpfe innerhalb der spanischen Faschisten). ●

Spanien/Portugal-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Putschvorbereitungen in England

Unter der Überschrift „In ihren Clubs planen Ex-Offiziere die Rettung Großbritanniens" berichtete die „Frankfurter Rundschau" am 27. August von Bemühungen britischer Offiziere, Schläge gegen die Arbeiterbewegung und letztlich einen Staatsstreich vorzubereiten.
Bereits Anfang August war in der „Times" ein Artikel erschienen, in dem der ehemalige Labour-„Verteidigungs"minister Chalfont auf diese Dinge hingewiesen hatte.



Colonel david Stirling:
- Gründer des englischen Geheim; dienstes im 2. Weltkrieg
- 14 Jahre lang für die Imperialisten in Afrika gegen die Befreiungsbewegungen gekämpft
- Ende der 60er Jahre Direktor der Firma Watchguard Ltd., die laut 'Daily Telegraph' "Afrikanischen und Mittel-Ost–Regimes Leibwächter und Privatarmeen geliefert hat".

Am 22.8.74 veröffentlichte dann eine Sonderausgabe der „Peace News" die als „streng vertraulich" bezeichneten Briefe eines Colonel David Stirling, Gründer des britischen Geheimdienstes SAS. In diesen Briefen wirbt Stirling um Unterstützung für eine von ihm aufgebaute Organisation „Großbritannien 75" (GB 75).

GB 75 sei eine Organisation von „patriotischen Freiwilligen", die im Falle eines Generalstreiks dafür sorgen will, daß „das Land weiter funktioniert" und zu diesem Zweck Spezialisten ausbildet, die in der Lage sind, „Schlüsselpositionen" in der Industrie und im öffentlichen Leben zu übernehmen.

Auf einer Pressekonferenz erklärte Stirling, daß er es bedauere, daß die Sache rausgekommen sei, „bevor wir fertig waren". Allerdings würde er trotz der Veröffentlichung „weitermachen".

Er erklärte weiterhin, daß er Anfang des Jahres (zur Zeit der Drei-Tage-Woche und des ausgerufenen Notstandes!) festgestellt habe, daß es keinen Plan seitens der Regierung gebe, um mit einem eventuellen Generalstreik fertig zu werden. Er habe sich deshalb, weil jede Regierung davor zurückschrecken würde, die Armee direkt einzusetzen und dann als Streikbrecher dazustehen, dafür entschieden, eine „Freiwilligenorganisation" aufzubauen, die in einem solchen Fall einspringen solle.

Die konterrevolutionäre Streikbrechertruppe soll mehrere hundert Mann stark sein – bis Weihnachten dieses Jahres hofft Stirling damit so weit zu sein – und wird an Wochenenden und Abenden bereits von zwei Offizieren, die von GB 75 bezahlt werden, trainiert. Stirling berichtete, daß zwei Einsatzübungen ausgearbeitet werden – eine in einer industriellen, die andere in einer ländlichen Gegend – um festzustellen, was an Spezialisten und Mannschaften benötigt wird. Der Einsatz von Hubschraubern zum Transport von Streikbrechern wird ausdrücklich erwähnt.

Offensichtlich war GB 75 nicht auf Dauer als Geheimorganisation konzipiert. In einem Brief von Colonel Stirling vom Mai dieses Jahres heißt es: *„Wenn die vorbereitenden Studien abgeschlossen sind, und die Rekrutierung gut läuft, sollten wir unsere Organisation enthüllen und tatsächlich dafür sorgen, daß die Kommunikationsmittel über unsere Aktivitäten berichten."* Offensichtlich hat Stirling vor, GB 75 zu einer faschistischen Massenorganisation auszubauen, sobald ein Kaderstamm herangezogen ist.

Er schreibt in einem Brief im Juni 74: *„Ich glaube, daß die GB-75-Organisation und die Durchschlagkraft ihrer nationalen Kampagne, sich mit dem einfachen Volk der Nation zu verbinden, . . ., der einzige uns offen stehende Weg ist, um mitzuhelfen, die Autorität des Parlaments über die Gewerkschaften wiederherzustellen. Unsere Organisation muß eine total unpolitische Basis-Organisation (grassroots organisation) sein, die in der Mitgliedschaft der Gewerkschaften selbst wurzelt und im gesunden Menschenverstand des Volkes als einem Ganzen . . . "*

Nicht die einzige paramilitärische Organisation

General Sir Walter Walker, früherer Nato-Kommandant für Nordeuropa, sprach davon, daß in Großbritannien 25 paramilitärische Organisationen und Gruppen bereitstünden, um **„einzugreifen, wenn es Chaos im Land gibt"**. General Walker selbst leitet einen dieser Anti-Arbeiterverbände, mit Namen „Unison".

Die Tätigkeit dieser arbeiterfeindlichen Verbände wird sich allerdings kaum auf die noch vergleichsweise „harmlosen" Aufgaben wie Vorbereitung des Streikbruchs beschränken, sondern auch den bewaffneten Kampf gegen die Arbeiterklasse einbeziehen.



Panzertruppen am Londoner Flughafen Heathrow

In der kritischen Situation der britischen Bourgeoisie sind solche Unternehmen sicher nicht zu unterschätzen. Sie passen zu den Bürgerkriegsmanövern, die von Armee- und Polizeitruppen bereits mindestens sechsmal in diesem Jahr in der Umgebung des Londoner Flughafens Heathrow durchgeführt wurden, angeblich ‚zum Schutz vor arabischen Terroristen'.

Die ‚Frankfurter Rundschau' versucht allerdings listig, den Eindruck zu erwecken, als handle es sich bloß *‚um das erneute Auftauchen von schrulligen Charakteren aus dem Kuriositätenkabinett der britischen Society"*. Zu diesem Zweck wird Labour-„Verteidigungsminister" Roy Mason erwähnt, der die reaktionären Militärs mit einer Witzfigur verglichen habe. Tatsächlich kann man der britischen Presse entnehmen, daß Mason auch von **„neofaschistischen Kräften"** sprach und daran die Aufforderung schloß: *„Es ist jetzt Zeit für Ted Heath* (Führer der ‚Konservativen'), *seine Position zu erklären"*.

An diesem Beispiel wird wieder einmal die Verniedlichung von Faschismus und Reaktion durch die ‚liberale' Presse der BRD deutlich. ●

Portugal:

Regierung verabschiedet reaktionäres Streikgesetz

Mit dem im Juni erlassenen Pressegesetz hatte die portugiesische Bourgeoisie die entscheidenden Voraussetzungen für ein schärferes Vorgehen gegen die Arbeiterklasse geschaffen. Die Zeitung der revolutionären Organisation MRPP, „Luta Popular", wurde auf unbestimmte Zeit verboten – eine weitere Maßnahme aus dem Katalog der Repressalien, die gegen diese kommunistische Organisation angewendet werden. Bürgerliche Tageszeitungen, die in den ersten Wochen nach dem Militärputsch ausführlich über Arbeitskämpfe, Hausbesetzungen, Demonstrationen und Veranstaltungen der revolutionären Linken berichtet hatten, wurden an die Kandare genommen und mit teilweise empfindlichen Geldstrafen auf eine „ausgewogene" Berichterstattung orientiert. Entlassungen von Kommentatoren von Rundfunk und Fernsehen und die Absetzung oppositioneller Sendungen gewährleisten auch für diesen Bereich die Unterdrückung wichtiger Informationen.

Unter diesen Bedingungen geht die Bourgeoisie jetzt zielstrebig daran, die Streikbewegung zu unterdrücken. Bisher hatte sie diese Aufgabe hauptsächlich der revisionistischen P"C"P übertragen, die sich nach Kräften bemühte, jeden Streik abzuwürgen. Ihr Hauptargument war dabei immer, die Arbeiter müßten jetzt „vernünftig" sein, sie dürften nicht auf die „verantwortungslosen Linksradikalen hereinfallen", denn jede „überzogene" Forderung würde nur die Reaktion herausfordern.

Zusammen mit der Sozialistischen Partei des Mario Soares bemühen sie sich seit dem Putsch, reformistische Gewerkschaften aufzubauen, die dann als Verhandlungspartner der Kapitalisten, zusammen mit Regierungsvertretern, die Löhne aushandeln sollen.

Alles deutet darauf hin, daß die Führer von P"C"P und PSP dieses Ziel bisher nicht erreicht haben.

Portugiesisches Militär sperrt einen Platz in Lissabon, auf dem eine öffentliche Kundgebung von antikolonialistischen Kräften erwartet wurde

Portugiesisches Militär sperrt einen Platz in Lissabon, auf dem eine öffentliche Kundgebung von antikolonialistischen Kräften erwartet wurde

In vielen Betrieben halten die Kämpfe seit dem Putsch an. Herausragendes Beispiel ist TIMEX, wo die Arbeiter unmittelbar nach dem Putsch den Betrieb besetzt haben und die Besetzung bis heute aufrechterhalten. Aber auch die Fischer im Süden des Landes halten ihren Streik aufrecht und bei den Landarbeitern brechen immer wieder neue Streiks aus.

In der bürgerlichen Presse findet man seit dem Erlaß des Pressegesetzes kaum noch eine Berichterstattung über die Streikbewegung. Stattdessen wurde eine Zeitlang täglich eine Liste von Betrieben abgedruckt, deren Arbeiter „freiwillig" einen Tageslohn an das Arbeitsministerium für den „nationalen Aufbau" gespendet hatten. Diese Bewegung war insbesondere von der P"C"P stark unterstützt worden, um ein Gegengewicht zur Streikbewegung zu schaffen und die ideologische Bindung der Arbeiterklasse an den Staat und damit an die Bourgeoisie zu verstärken.

Es fiel jedoch auf, daß es sich bei diesen Betrieben ausschließlich um kleine und mittlere Betriebe handelte. Seit einiger Zeit gibt es in der Presse auch keinerlei Hinweise auf diese Kampagne mehr.

Stattdessen wurde am 27. August das lange vorher angekündigte Streikgesetz erlassen, dessen Verabschiedung die Regierung wegen der befürchteten Auseinandersetzungen immer wieder aufgeschoben hatte. Ursprünglich sollte der revisionistische Arbeitsminister der ersten Regierung dieses Gesetz mit Unterstützung der reformistischen Gewerkschaften „im zähen, harten Ringen" durchsetzen.

Inzwischen hat sich jedoch gezeigt, daß der Aufbau dieser Gewerkschaften nicht so zügig vonstatten geht, wie sich die Bourgeoisie das erhofft hatte. Immer noch gibt es in den meisten Betrieben die von den Beschäftigten gewählten Arbeiterkomitees, die sich zum großen Teil erfolgreich den Versuchen der Revisionisten und Reformisten widersetzen, ihre weitreichenden politischen und ökonomischen Forderungen (Rausschmiß der Faschisten aus dem Betrieb, Wiedereinstellung der bei den früheren Streiks entlassenen Kollegen, Mindestlohn von 600 DM, 40 Stunden Woche, Abschaffung von Akkordarbeit und Überstunden, 4 Wochen Urlaub mit 100% Urlaubsgeld) vom Tisch zu wischen.

Militär räumt das besetzte Verlagsgebäude des „Jornal de Comercio". Dabei wird das gesamte Viertel umstellt

Unter diesen Umständen will die Bourgeoisie offenbar nicht darauf warten, bis es den Reformisten und Revisionisten gelingt, die spontane Bewegung zu vereinnahmen und ihr die Spitze abzubrechen, sondern sieht jetzt den Zeitpunkt gekommen, notfalls unter Einsatz von Militär ihr Streikgesetz durchzusetzen.

Das Streikgesetz als Mittel zur Illegalisierung und Kriminalisierung von Streiks

In diesem Streikgesetz, das man wohl eher als Antistreikgesetz bezeichnen muß, wird das Streikrecht zwar formal „gewährt", doch zugleich so erheblich eingeschränkt, daß für die Zukunft kaum mit legalen Streiks zu rechnen ist. So kann ein Streik nur von den offiziellen Gewerkschaften, die zumeist von den Reformisten und Revisionisten beherrscht sind, beschlossen werden, es sei denn, die Mehrheit der Arbeiter des Betriebes ist nicht gewerkschaftlich organisiert. Dann müssen in Anwesenheit eines Vertreters des Arbeitsministeriums mehr als die Hälfte der Arbeiter für den Streik stimmen. In jedem Fall müssen Schlichtungsverhandlungen von mindestens 30 Tagen einem Streik vorausgehen, der außerdem mindestens sieben Tage vor der Arbeitsniederlegung angekündigt werden muß.

Grundsätzlich verboten sind politische Streiks (wobei natürlich alle Streiks, die seit dem 25. April in Portugal stattfanden, unter diese Kategorie fallen, denn schließlich war die Entfernung von Faschisten eine immer wiederkehrende Hauptforderung). Solidaritätsstreiks, außer wenn sie von Arbeitern anderer Betriebe desselben Konzerns geführt werden, Streiks in Teilen eines Betriebes und natürlich Fabrikbesetzungen.

Schließlich behält sich die Regierung auch noch die Möglichkeit vor, „zur Vermeidung gefährlicher Situationen für die nationale Wirtschaft", streikende Arbeiter dienstzuverpflichten. Und selbstverständlich wird ausdrücklich das Recht der Kapitalisten auf Aussperrung festgelegt.

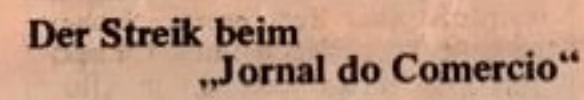
Der Streik bei TAP

Zwei Streikbewegungen der letzten Tage veranschaulichen geradezu exemplarisch, daß die portugiesische Bourgeoisie jetzt zur Sache kommt und wesentlich härtere Kampfmittel anwendet als in den letzten Monaten.

Am 26. August traten die Arbeiter der staatlichen Fluggesellschaft TAP (Transportes Aereos Portugueses) in den Streik (vgl. dazu auch Artikel in DIE INTERNATIONALE Nr. 7). Ausgegangen war der Ausstand von den Mechanikern der Wartungsabteilung. Ihre Forderungen bezogen sich auf Lohnerhöhungen, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und Entfernung von Faschisten aus der Betriebsleitung.

Als die Versuche der Regierung, die Auseinandersetzung „gütlich" beizulegen, scheiterten, besetzten noch am gleichen Tage Truppen des COPCON (Comando Operacional do Continente, eine Elite-Einheit der Armee, die erst kürzlich für solche Zwecke speziell geschaffen wurde) den Flughafen. Einen Tag darauf wurden die Arbeiter dienstverpflichtet – mit der demagogischen Begründung, ihr Streik verhindere den Rücktransport portugiesischer Soldaten aus Guinea-Bissao und brächte den Gastarbeitern, die pünktlich in die BRD und nach Frankreich zurückkehren müßten, schweren Schaden.

Dennoch wurde der Streik fortgesetzt. Erst nachdem am 29. August eine Streikversammlung vom Militär „kontrolliert" wurde, das Arbeiter, die zu dieser Zeit keine Schicht hatten, wegschickte und die übrigen „beaufsichtigte", wurde der Streik abgebrochen, ohne daß die Forderungen TAP-Arbeiter durchgesetzt werden konnten.



Der Streik beim „Jornal do Comercio"

Beim „Jornal do Comercio", einer Lissaboner Tageszeitung, die sich im Besitz des Banco Borges & Irmao und damit der Quina-Gruppe befindet, die außerdem noch das „Diario Popular" und den „Comercio do Porto" kontrolliert, traten die Arbeiter am 22. August in den Streik. Sie verlangten die gleichen Löhne und Gehälter wie ihre Kollegen vom „Diario Popu-

22. August in den Streik. Sie verlangten die gleichen Löhne und Gehälter wie ihre Kollegen vom „Diario Popu-

lar" und die Abberufung des faschistischen Direktors der Zeitung. Als angesichts der unnachgiebigen Haltung der Konzernleitung erwogen wurde, eine Streikzeitung herauszugeben, um die erzwungene Isolierung von der Bevölkerung zu überwinden, riegelten Militär- und Polizeieinheiten alle Zufahrtsstraßen zum Verlagsgebäude ab, um „die Einmischung fremder Elemente in den Streikprozeß zu vermeiden". Mit solchen schlagkräftigen „Argumenten" gelang es den Militärs dann in einer Unterredung mit der Streikleitung, die Arbeiter zu „überzeugen", und sie zunächst von der Herausgabe einer Streikzeitung abzubringen.

Am 28. August brachten die Arbeiter dann trotzdem ihre Streikzeitung heraus, und obwohl das Militär sofort mit einer Besetzung des Verlagsgebäudes antwortete, gelang es den Arbeitern, die Zeitung aus der Druckerei zu schaffen und zu vertreiben.

Beim Verkauf ihrer Zeitung wurden sie von den Kollegen von TIMEX unterstützt, die ihren Betrieb schon seit Monaten besetzt haben und ebenfalls eine Streikzeitung in der Stadt verkaufen.

Das Militär versiegelte die Räume des Verlagsgebäudes, so daß die Arbeiter jetzt ausgesperrt sind.

Am gleichen Abend organisierten die Arbeiter in einem Raum der Druckergewerkschaft eine Versammlung von Delegierten aus allen Lissaboner Betrieben der Quina-Gruppe. Ziel dieser Versammlung war es, den Kampf der Arbeiter des gesamten Konzerns zusammenzufassen. Daran nahmen Delegierte von Banco Borges & Irmao, Data, Mabor, Superpracas, Regedos, Eurofil, Icesa, „Jornal do Comercio" und „Diario Popular" teil.

Gleichzeitig fand im selben Gebäude eine Delegiertenversammlung aller Druckbetriebe Lissabons statt.

Diese beiden Versammlungen tagten zeitweilig zusammen. Sie drückten ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter des „Jornal do Comercio" aus und forderten die Delegierten der Quina-Betriebe auf, eine Arbeiterkommission für den gesamten Konzern zu bilden, um den gemeinsamen Kampf künftig wirkungsvoller führen zu können.

In der Streikzeitung hatten die Arbeiter die Haltung des Vorstandes der Journalistengewerkschaft kritisiert, der sich äußerst vorsichtig und lediglich verbal mit dem Streik solidarisiert hatte.

Inzwischen liegt ein Kommunique des Vorstands der Journalistengewerkschaft vor, in dem die Kritik der Arbeiter völlig akzeptiert wird. Insbesondere wird in diesem Schreiben darauf hingewiesen, daß die Arbeiter in den Zeitungsverlagen eine besondere Verantwortung vor dem ganzen Volk tragen, da die Zeitungen wichtige Meinungsbildungsinstrumente sind. Ausserdem wird darauf hingewiesen, daß die Journalisten die Meinungsfreiheit nur so lange genießen, wie sie von den Arbeitern verteidigt wird. Damit werde erst deutlich, daß der Streik der Arbeiter des „Jornal do Comercio" im Interesse des ganzen Volkes ist.



Portugiesische Bullen im Einsatz gegen streikende Arbeiter

Das Kommunique schließt mit der Zusicherung der uneingeschränkten Solidarität der Journalistengewerkschaft für den gerechten Kampf der Arbeiter. Der Streik dauert immer noch an.

Bei beiden Streiks ging die Bourgeoisie unter Einsatz von Spezialeinheiten seitens der Armee gegen die Streikenden vor. Dabei kam ihr die inzwischen gefestigte Kontrolle über die Nachrichtenorgane zustatten: beim TAP-Streik wurden Fernsehen



Portugiesische Elite-Einheiten (PSP) im Einsatz gegen Streiks und Demonstrationen

und Tagespresse gezielt eingesetzt, um das Volk gegen die Streikenden aufzuhetzen, wobei die von den Revisionisten beherrschte Gewerkschaftskommission der TAP ihr Scherflein zur Diffamierung der Streikenden beitrug (unter anderem mit der „Anklage", es habe sich von Anfang an um einen politischen Streik gehandelt!). Andererseits scheute die Bourgeoisie auch nicht mehr dafür zurück, das Militär unmittelbar zur Unterdrückung von Streiks einzusetzen – selbst auf die Gefahr hin, daß der Mythos von der „unverbrüchlichen Einheit von Volk und Streitkräften" dabei allmählich vor die Hunde geht.

Die portugiesische Bourgeoisie drängt in die EG

Die scharfen Maßnahmen zur Unterdrückung der Streikbewegung haben zum Ziel, die Arbeiterklasse auf dem selben niedrigen Lohnniveau zu halten wie unter dem Faschismus. Die portugiesische Bourgeoisie drängt zielstrebig in die EG. Hieß es noch vor einigen Wochen in Regierungsverlautbarungen, an einen EG-Beitritt Portugals könne erst im Laufe der nächsten acht bis zehn Jahre gedacht werden, so wird nun immer deutlicher, daß dieses Ziel schon für das nächste Jahr anvisiert wird. Die Industrie ist jedoch – insbesondere durch die ökonomische Krise, die hauptsächlich durch den jahrelangen Kolonialkrieg verursacht wurde – keineswegs für die Konkurrenz auf dem europäischen Markt gerüstet. Dazu müssen die portugiesischen Kapitalisten ungeheure Investitionen vornehmen. Das gilt natürlich ohnehin nur für die wenigen Konzerne, die überhaupt in der Lage sind, riesige Investitionen für Erneuerungen des Maschinenparks, Technologieimport, Ausbau der Schwerindustrie usw. zu tätigen, weil sie über genügend Eigenkapital bzw. ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten verfügen (so kontrolliert die CUF-Gruppe Melo den Banco Totta & Acores; die Champalimaud-Gruppe den Banco Pinto & Sotto-Maior; die Cupertino de Miranda-Gruppe den Banco Portugues do Atlantico; die Quina-Gruppe den Banco Borges & Irmao usw.) Im Interesse dieser Konzerne liegt es aber, kleine und mittlere Industrie- und Handelsunternehmen auszuschalten – was teilweise über gezielte Kreditverweigerung praktiziert wird – und infrastrukturelle Investitionen auf den Staatshaushalt abzuwälzen, der zu diesem Zweck von „unnötigen Ausgaben" entlastet werden muß.

Für dieses Ziel reicht es der Bourgeoisie also nicht, das gegenwärtige niedrige Lohnniveau der arbeitenden Bevölkerung festzuschreiben, sondern es müssen außerdem die ohnehin schon niedrigen staatlichen Sozialausgaben weiter gesenkt werden.

Mitte August gab Premierminister Goncalves eine Grundsatzerklärung zur wirtschaftlichen Lage des Landes ab, in der er vom Volk „Opfer" verlangte, damit sich der „nationale Wiederaufbau" in einem „wahren Klima demokratischer Ordnung und sozialen Friedens" vollziehen könne. Gleichzeitig kündigte er unter der Devise „Die Faschisten haben die Preise mit Subventionen künstlich niedrig gehalten, um das Volk zu betrügen, wir aber haben solche Manipulationen nicht nötig!" Erhöhungen der Brot-, Milch- und Zuckerpreise um bis zu 100 % an. Diese Maßnahme wurde damit begründet, daß der staatliche „Fundo de Abastecimento" (Versorgungsfonds), der bisher mehrere Grundnahrungsmittel subventioniert und seine Einnahmen aus billigen Weizenkäufen im Ausland bezogen hatte, wegen der gestiegenen Weizenpreise auf dem Weltmarkt im Juni 74 bereits ein Defizit von 540 Millionen Mark aufgewiesen habe. Man könne aber nicht für den Konsum verschwenden, was dringend für langfristige Investitionen in produktiven Bereichen benötigt werde. Die Einstellung der Subventionierung von Grundnahrungsmitteln stellt natürlich eine Entlastung des Staatshaushaltes dar, die vom Volk bezahlt wird – mit dem für die Konzerne angenehmen Nebeneffekt, daß über diese Lohnsenkung durch die Hintertür natürlich auch zahlreiche kleinere Betriebe des Nahrungsmittel-Sektors in Schwierigkeiten geraten werden.

Außerdem hoffen die Kapitalisten, nach Beendigung des Kolonialkrieges größere Einsparungen im Militärhaushalt vornehmen zu können.

nach Beendigung des Kolonialkrieges größere Einsparungen im Militärhaushalt vornehmen zu können.

Eine Vermeidung hoher Staatsausgaben zeichnet sich auch im Ausbildungssektor ab. Die Versprechungen umfassender Reformen sind schon als inhaltsloses Geschwafel enthüllt worden. Als einzige konkrete Maßnahme wurden bisher Studenten in den Semesterferien zur Alphabetisierung auf die Dörfer geschickt, was einerseits so gut wie nichts kostet und andererseits den Vorteil hat, daß damit die Aktivitäten vieler fortschrittlicher Intellektueller in ungefährliche Bahnen gelenkt wird.

Die portugiesische Bourgeoisie hat zielstrebig ihre Kampfmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse verschärft, um aus der Arbeiterklasse durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Verweigerung von Lohnerhöhungen die Mittel herauszupressen, die sie für ihre langfristigen Investitionen benötigt. Dabei ist ihr natürlich klar, daß die Arbeiter weiter für ihre ökonomischen und politischen Forderungen kämpfen werden. Das größte „Zugeständnis" der Bourgeoisie nach dem 25. April, der monatliche Mindestlohn von 3300 Escudos (etwa 330 Mark) – ohnehin völlig unzureichend bei einer Inflation von 26 % – gilt nur für etwa die Hälfte der Arbeiterklasse: große Gruppen wie Landarbeiter, Hausangestellte, Arbeiter in Kleinbetrieben usw. sind davon ausgenommen.

In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob es der Bourgeoisie weiterhin gelingen wird, mit Unterstützung durch die Revisionisten und Reformisten die Kämpfe der Arbeiter in Niederlagen münden zu lassen, oder ob die Arbeiterklasse aus den vielfältigen spontanen Kämpfen eine einheitliche Kampffront aufbauen kann.

Wie das Beispiel des Streiks beim „Jornal do Comercio" zeigt, haben viele Arbeiter den Erlaß des Streikgesetzes jedenfalls als einen scharfen Angriff auf ihre Rechte und ihre Lebensbedingungen begriffen. ●

Spanien/Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Bonn kauft sich in Italien ein

Nach den Gesprächen zwischen Kanzler Schmidt und Italiens Ministerpräsidenten Rumor Ende August wurde bekanntgegeben, daß Italien von der BRD einen Kredit in Höhe von 5,2 Mrd. DM erhalten wird. Der Kredit gilt zunächst für ein halbes Jahr und kann bis zu zwei Jahren verlängert werden. Der Zinssatz ist 8 %.

Für den Kredit muß Italien etwa 25 % seiner Goldreserven verpfänden. Dabei werden die Goldreserven zu 80 % des freien Goldpreises bewertet. Das heißt: Sollte Italien den Kredit nicht zurückzahlen können, so kann sich die BRD-Regierung am italienischen Gold schadlos halten und dabei noch die 20 % Differenz zwischen dem freien Goldpreis und der vereinbarten Bewertung als Gewinn verbuchen.

Schmidt hat außerdem zugesagt, daß sich die BRD-Regierung dafür einsetzen wird, daß ein im September auslaufender Kredit der EG für Italien in Höhe von 7,6 Mrd. Mark verlängert wird.

5,2 Mrd. Kredit

Noch aus Anlaß der Gespräche zwischen den Wirtschaftsministern beider Länder, Apel und Colombo, eine Woche zuvor, und selbst unmittelbar vor der Abreise Schmidts zu den Gesprächen in Como waren von westdeutscher Seite alle „Gerüchte" über einen Milliarden-Kredit für Italien hartnäckig dementiert worden. Die italienische Presse allerdings spekulierte bereits über einen BRD-EG-Kredit von 12 - 15 Mrd. Mark, was der Gesamtsumme der beiden jetzt behandelten Kredite (12,8 Mrd. Mark) nahe kommt.

Die westdeutsche Regierung hatte um den Milliarden-Kredit für Italien bewußt ein Klima der Verunsicherung und Vernebelung geschaffen. Schon vor Monaten hatte sich die italienische Regierung bei der BRD um einen Kredit bemüht, diesen aber damals nicht erhalten, weil Italien „sich zunächst selber helfen" müsse. Darunter wurden vor allem die Einsparungsmaßnahmen auf dem sozialen Sektor und die Steuererhöhungen verstanden, die dem italienischen Staat zusätzliche 12 Mrd. Mark bringen sollen (vergl. AK 46). Diese Maßnahmen sind etwa eine Woche vor dem Besuch Schmidts vollständig vom italienischen Parlament verabschiedet worden, womit offenbar für den westdeutschen Kredit „grünes Licht" gegeben war. Die Imperialisten der BRD und der USA sind es nämlich vor allem, die von der italienischen Bourgeoisie diese Maßnahmen verlangt haben, „um Italien den Gürtel enger zu schnallen."

Für die italienischen Werktätigen bedeuten diese Maßnahmen sinkenden Lebensstandard beim privaten Konsum und bei den sozialen Leistungen (Krankenhäuser, Schulen u. a.), Entlassungen und drohende Massenarbeitslosigkeit.

Angesichts eines geschätzten Defizits der italienischen Handelsbilanz von 28 Mrd. Mark für 1974 ist der vereinbarte westdeutsche Kredit von 5,2 Mrd. Mark natürlich nur ein „Tropfen auf den heißen Stein", zumal er be-

mus, dessen Handelsbilanz in den ersten sieben Monaten von 1974 einen Überschuß von rund 30 Mrd. Mark aufwies, kaum, sondern erscheint eher als gute Gelegenheit, einen Teil der Überschüsse politisch gewinnbringend anzulegen.

Der BRD-Kredit für Italien ist sicher eng mit italienischen Zusagen über die vollständige Aufhebung der im Frühjahr eingeführten „Bardepot-Pflicht" verknüpft. Dieses Gesetz verlangte von den italienischen Importeuren, 50 % des Wertes der von ihnen importierten Waren auf ein halbes Jahr unverzinst bei der Staatsbank zu hinterlegen. Die „Bardepot-Pflicht" zielte also darauf, Importe nach Italien zu verteuern und zu erschweren, somit den Import einzuschränken und das Defizit der italienischen Handelsbilanz zu verringern.

Wegen dieser Maßnahmen geriet Italien sofort unter Druck der anderen EG-Staaten, vor allem BRD und Frankreich, die eine Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der EG befürchteten, falls dieser „Alleingang" nicht gebremst würde.

Im Juni und im August wurde die „Bardepot-Pflicht" für eine Reihe von Waren (besonders landwirtschaftliche Produkte) aufgehoben, und im September soll voraussichtlich die „Bardepot-Pflicht" vollständig fallen.

Ferner wird bei der Vereinbarung des Kredits die von der BRD gewünschte Rückkehr Italiens in den westeuropäischen Währungsblock („Währungsschlange") eine Rolle gespielt haben. Dieser Währungsblock war im März 1973 „als Vorstufe für die politische Union Europas" eingerichtet worden; Frankreich und Italien waren aber später aus diesem Währungsblock wieder ausgeschieden. Praktisch geht es bei diesem Währungsblock, in den Italien jetzt wieder hineingezogen werden soll, darum, die EG stärker an die Mark als „Leitwährung" zu binden und damit dem Ziel der Hegemonie des BRD-Imperialismus in Westeuropa einen Schritt näher zu kommen.

Zum Hintergrund der Kredit-Vereinbarung zum jetzigen Zeitpunkt gehört auch die internationale Entwicklung im Mittelmeerraum, worauf in der italienischen Presse direkt hingewiesen wurde. So hält die Zeitung „Il Giorno" es für *„möglich, daß Bonns ‚größere Konzilianz' auch durch die Zypern-Krise und das neu erwachte Interesse der NATO an der strategischen Position Italiens ausgelöst worden sei"* (nach „Frankfurter Rundschau" vom 2.9.)

Nach dem formellen Austritt Griechenlands aus der militärischen Integration der NATO planen die NATO-Imperialisten, vor allem die US-Imperialisten, eine Verlegung wichtiger NATO-Stützpunkte von Griechenland nach Italien, das ohnehin schon mit NATO-Stützpunkten übersät ist.

Der westdeutsche Kredit könnte die italienische Regierung, die in dieser Frage unter starkem Druck der Volksmeinung und der reformistischen Parteien (PCI und PSI) steht, dem Ansinnen der NATO „geneigter" machen und zugleich für eine entsprechende Berücksichtigung der Interessen der westdeutschen Militaristen garantieren.

Der Kredit hat noch einen weiteren politischen Aspekt, der sich auf die

daß die Inflation und Wirtschaftskrise auch eine „Gefahr für die Demokratie", d. h. für die kapitalistische Gesellschaftsform sei. *„Wenn sie von Skandinavien bis nach Italien gucken: Wieviel Regierungen in Europa stützen sich eigentlich auf solide Mehrheiten innerhalb ihrer eigenen innenpolitischen Landschaft? Wirtschaftliche und politische Stabilität sind unmittelbar miteinander verknüpft."* (Interview mit Schmidt in „Spiegel" 34/74).

Ganz besonders gilt das zweifellos für Italien, dessen starke Arbeiterbewegung seit den Streiks des „heißen Herbst" 1969 durch „Strategie der Spannung" (faschistische Bombenanschläge etc.) und wirtschaftliche Angriffe nicht zu „zähmen" war. Italien hat nicht nur die stärkste reformistische Linke Westeuropas (die PCI), sondern wahrscheinlich auch die stärkste r e v o l u t i o n ä r e Linke, die die wirtschaftlichen und politischen Massenkämpfe vorantreibt.

Der westdeutsche Kredit soll in diesem Sinn „stabilisierend" wirken. Andererseits werden aber die gerade vom BRD-Imperialismus verlangten wirtschaftlichen Ausplünderungsmaßnahmen der Rumor-Regierung zu einer Verschärfung der Klassenwidersprüche führen. Der „Erfolg" des BRD-Kredits und der wirtschaftlichen Maßnahmen der Rumor-Regierung wird von der Antwort der italienischen Werktätigen abhängen, die klare und unvergessene Erfahrungen mit dem deutschen Imperialismus haben. ●

SPAGETTIS KNAPP

Das traditionelle italienische Lebensmittel pasta (Teigwaren, also Spaghetti, Nudeln u.ä.) wird immer teurer und ist oft gar nicht erhältlich. Auch Öl und Zucker sind teuer und oft knapp.

Allein zwischen Juli und August stiegen die Preise um 5 - 10 %. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Preise um gut 25 % gestiegen.

Die pasta gehört zu den „überwachten" Lebensmitteln, deren Preis amtlich festgesetzt wird, angeblich zum „Schutz der Verbraucher". Tatsächlich ist diese angebliche Preis-„Überwachung" nur ein Trick, der es leichter machen soll, die Arbeiterklasse zum „Lohnverzicht" zu überreden. Die Inflationsrate spricht eine deutliche Sprache!

Der Preis für die pasta wurde, im Verlauf der „Überwachung", immer höher festgesetzt. Nunmehr soll der Preis womöglich auf 500 Lire (etwa 2 Mark) je Kilo festgesetzt werden (bisher etwa 400 - 450 Lire mit örtlichen Unterschieden). In Erwartung der Preiserhöhung halten die Lebensmittelkonzerne die pasta vom Markt zurück. Es wird auch über Fälle berichtet, wo Pasta-Produzenten ihre Arbeiter vorübergehend nach Haus schickten, „bis zur Preiserhöhung".

Wo die pasta überhaupt noch zu haben ist, da jetzt meist schon zu Wucherpreisen. So berichtete „Lotta Continua" (kommunistische Tageszeitung) am 30.8. von einem Laden in Montecucco (Be-

Dort wurde daraufhin von einer Gruppe Frauen die pasta abgeräumt. Bevor der Ladenbesitzer die Polizei rufen konnte, waren die Frauen mit der pasta verschwunden. ●

BDA-„Grundsatzprogramm"

Mitte August legte Oberscharfmacher Martin Schleyer (Präsident des „Bundes Deutscher Arbeitgeber, BDA) seinesgleichen und der bürgerlichen Presse den Vorschlag einer „Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen" vor. Dieses „Grundsatzprogramm" der westdeutschen Kapitalisten „hat zum Ziel" – so Schleyer – „einen Beitrag zur ordnungspolitischen Grundsatzdiskussion aus unternehmerischer Sicht zu leisten" und das bei den Kapitalisten „vorhandene Theoriedefizit aufzuarbeiten".

Der Entwurf wurde der Öffentlichkeit vorgestellt und soll Ende des Jahres nach Beratungen in den einzelnen Kapitalistenverbänden auf der Jahresversammlung des BDA verabschiedet werden.

In den Diskussionen innerhalb der Kapitalistenklasse ist in den vergangenen Jahren von ihren führenden Vertretern und ihren Ideologen in den bürgerlichen Parteien immer wieder die Forderung nach einem *„politischen offensiven Gegenprogramm der vernünftigen Gesellschaft und der soliden Reform"* (so Schleyers Vorgänger, Otto A. Friedrichs) erhoben worden. Dieses „Gegenprogramm" soll in der *„Auseinandersetzung um die Zukunft des Unternehmers"*, über deren *„Härte noch nicht überall* (bei den Kapitalisten) *eine klare Vorstellung besteht"*, den politischen Forderungen der Arbeiterklasse entgegengestellt werden.

Dieser Leitlinie entsprechend soll das *„Grundsatzprogramm"* ein *„Gerippe von Grundsätzen* (sein), *um einen Maßstab für alle Fragen zu haben, die auch in Zukunft"* auf die Kapitalisten zukämen.

Im Entwurf wird von den Kapitalisten mehr *„politische Festigkeit in den politischen Grundsätzen und politisches Engagement"* gefordert. Die *„aus der Defensive* (!) *streitende"* und *„in einem Mehrfrontenkrieg* (!) *hart* (!) *bedrängte Unternehmerschaft"* (nach „Handelsblatt", 20.8.) wird aufgerufen, verstärkt für den Erhalt ihrer Ausbeuterordnung einzutreten und *„energischen Widerstand gegenüber jenen, die unsere freiheitliche Ordnung offen oder versteckt* (!) *in eine sozialistische Ordnung zielstrebig umkehren wollen"*, zu leisten.

Eine Gefahr für die kapitalistische Ordnung sehen dabei die Unternehmer *„heute nicht nur in jenen Kräften, die sich die sogenannte Systemveränderung zum Ziel gesetzt haben. Gefahr geht nach unserer Auffassung auch von einer Politik aus, die den Sozialismus in Raten einführen will"* (Schleyer zum Entwurf).

Gemeint ist damit die *„linkslastige"* (!) *Politik der SPD/FDP-Regierung* (!) und der *„Machtanspruch der Gewerkschaften und ihren syndikalistischen* (? !) *Ambitionen"* (nach „Welt", vom 20.8.74).

Ausgerechnet die „paritätische Mitbestimmung" und die „Vermögensbildung" müssen dabei mal wieder als „Beleg" für die „linkslastige Politik" und die „schleichende Sozialisierung" herhalten.

Als Konzept zur Erhaltung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und zur politischen Desorientierung der Arbeiterbewegung schlagen die Kapitalisten eine freiwillige Form der „Vermögensbildung" vor. *„Im Entwurf heißt es dazu, daß das Privateigentum in seinen vielfältigen Funktionen um so eher erhalten bleibe, je mehr es anerkannt werde. Dazu müsse es aber so breit wie möglich gestreut sein"* („FR" vom 20.8.74).

Eine klare Kampfansage an die Arbeiterklasse und ihre Forderungen sind auch die Aussagen des „Grundsatzprogramms" zur Sozial- und Tarifpolitik der Kapitalisten. Hier sollen die *„überzogenen* (!) *Ansprüche und Erwartungen in der Bevölkerung"* nach unten geschraubt werden. Würde das „Inflationsdenken" und die „Inflationsquellen", womit die Lohn- und anderen Forderungen der Arbeiterklasse gemeint sind, nicht verstopft, drohten auch hier Gefahren für die bestehende „Ordnung".

In den bevorstehenden Lohnrunden sollten *„nur solche Preiserhöhungen mit Tarifaufbesserungen abgedeckt werden, die von allen am Wirtschaftsprozeß Beteiligten als unvermeidbar angesehen werden"* (nach „FR").

Schleyer und Konsorten fällt es natürlich nicht im geringsten ein, selbst an eine aktuelle Bedrohung ihrer Ausbeuterordnung zu glauben. Dennoch sind sie sich darüber klar, daß es zu härteren *„Auseinandersetzungen um die Zukunft des Unternehmers"* kommen wird und bereiten sich schon heute darauf vor. Dazu gehört es auch, die eigene (Kapitalisten)Klasse auf diese Auseinandersetzungen vorzubereiten. Die maßlose Übertreibung ihrer Lage („Mehrfrontenkrieg" usw.) soll die noch „unschlüssigen" Teile der Bourgeoisie für eine Politik der beschleunigten Faschisierung und offenen Unterdrückung der Arbeiterklasse gewinnen. Die Hetze gegen die SPD-Regierung und solche „Reformen" wie die „Mitbestimmung", die die Positionen der Arbeiterklasse in keiner Weise verbessern, soll den Boden bereiten für die Ablehnung aller Reformzugeständnisse und Scheinreformen an die Arbeiterklasse und die übrige Bevölkerung.

Gleichzeitig dient die Hetze gegen die Forderungen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen („Übermachtanspruch der Gewerkschaften", „syndikalistische Ambitionen" usw.) der reaktionären Mobilisierung von Teilen der Bevölkerung, besonders des Kleinbürgertums, für die brutalere Unterdrückung der Arbeiterbewegung. ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Forts. Arbeitslose

im Ausland, näher an die ausländischen Absatzmärkte heran.

So ist z.B. das geplante VW-Werk in den USA zu betrachten (vgl. Artikel in diesem AK). Es ist wohl kein Zufall, daß westdeutsche Auto-Fabriken in Ländern wie Brasilien oder Iran gebaut wurden bzw. geplant werden, wo nicht nur billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, sondern wo außerdem eine hastige schwerpunktmäßige Industrialisierung eine „Mittelschicht" schafft, die als Käufer der Autos in Erscheinung treten kann.

Auf der Strecke bleiben z.B. einige Zehn- oder Hunderttausend Automobil-Arbeiter in der BRD, die den Beruf werden wechseln müssen.

Sehr klar hat diese Linie, nicht nur für die Auto-Industrie, der Kapitalist von Menges, Chef der „Gutehoffnungshütte" Oberhausen (größter Maschinenbaukonzern der EG), in einem „Spiegel"-Interview dargelegt („Spiegel" 7/74):

„... wir müssen rasch versuchen, diese Überschüsse (die Exportüberschüsse – Anm. AK) *in einen Umstrukturierungsprozeß zu stecken, der für unser Land entscheidend sein wird. Wir müssen dabei im Ausland investieren, weil sich bei uns wegen der Lohnkosten manche arbeitsintensiven Produktionen nicht mehr lohnen ... Wir können auf Dauer in der Bundesrepublik nur high sophisticated technology behalten, also Fertigung von technisch hochwertigen Produkten. Simplere Massenfertigung wird bei uns unrentabel, weil die Lohnkosten einfach zu hoch werden. Alles, was unter dieser Schwelle liegt, werden wir ins Ausland verlegen müssen."*

Diese „Umstrukturierung" wird von den Kapitalisten sehr zielstrebig betrieben. Sie „setzt" nicht nur Arbeitskräfte in der BRD „frei" (macht sie also zu gut Deutsch arbeitslos), sondern soll auch langfristig im Ausland Reservearmeen von Lohndrückern schaffen, also unmittelbar auf das allgemeine Lohnniveau in der BRD zurückwirken.

Die durch die „Umstrukturierung" bedingte Krise wird verschärft durch das Zusammentreffen mit einer internationalen Wirtschaftskrise in der gesamten kapitalistischen Welt, deren Entwicklung noch gar nicht abzusehen ist.

Die Krise wird dazu benutzt, um die Arbeiterklasse einzuschüchtern und ihr die angebliche Notwendigkeit von „Opfern" einzureden:

– Strauß sagt: Der *„Kostendruck ... muß verschwinden ... Der hauptsächliche Kostendruck kommt zur Zeit von der Lohnseite"* („Bild", 6.8.74)

– Schmidt sagt: Die Unternehmer sind *„einem erheblichen Kostendruck ausgesetzt"*. Das *„sollte bei der nächsten Lohnrunde berücksichtigt werden."* („FAZ", 19.8.)

Von Amerongen, Präsident des Industrie- und Handelstages (DIHT), sagt: Es ist *„mit noch höherer Arbeitslosigkeit zu rechnen"*. Das ist *„nicht zuletzt die Folge einer übersteigerten Lohnpolitik"*. („FAZ", 8.8.).

Der Gesamtverband der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände sagt: Die *„Ursache für die gegenwärtige Konjunkturschwäche"* liegt im *„Druck einer aggressiven Lohnpolitik"*. („FAZ", 23.8.).

Kapitalisten und bürgerliche Politiker – ob Regierung oder „Opposition" – ziehen, wie man sieht, am selben Strang. Die Arbeiter müssen am a n d e r e n Ende ziehen! ●

Frankfurt:

Festnahmen und Hausdurchsuchungen von „KPD"-Genossen

Am Mittwoch, den 31. Juli 74, wurden zwei Genossen der „KPD" beim Verteilen eines Flugblattes über die Ermordung des Mannheimer Arbeiters H.-J. Remiszko (siehe letzten AK) von der Polizei festgenommen. Bei der Festnahme wurden Exemplare der „KPD"-Zeitung „Rote Fahne", Flugblätter und Unterschriftenlisten für die Hessische Landtagswahl beschlagnahmt. Noch bevor die Genossen wieder freigelassen wurden, durchsuchte die Polizei ihre Wohnungen: Natürlich ohne Hausdurchsuchungsbefehl. Acht Beamte durchwühlten das Zimmer eines Genossen. Als ihnen dort nichts in die Hände fiel, durchwühlten sie auch die übrigen Zimmer der Wohnung, ohne dabei auf die übrigen Bewohner Rücksicht zu nehmen. Außerdem hinderten die Polizisten den Genossen daran, Zeugen für die illegale Hausdurchsuchung herbeizuholen, indem sie ihn in ein Zimmer sperrten.

Die Pressestelle der Polizei begründete diese Maßnahme mit einem Beschlagnahmebeschluß, der im ganzen Bundesgebiet für Druckerzeugnisse der „KPD" bestehe, und damit, daß nach Ansicht der Staatsanwaltschaft die Aussagen in den Flugblättern den Tatbestand der Beleidigung erfüllen. Außerdem erklärte der Polizeisprecher gegenüber der „Frankfurter Rundschau" (3.8.74): Es sei „Gefahr im Verzug" (?) gewesen – eine juristische Formulierung, die eine Hausdurchsuchung auch ohne Durchsuchungsbefehl rechtfertigt. Zynisch heißt es dann weiter, daß *„die sofortige Aktion, bei der mehrere Zeitschriften und ein Feuerlöscher (!) beschlagnahmt wurden, ermöglicht* (habe), *daß die beiden Festgenommenen inzwischen wieder auf freiem Fuß sind"*.

Die nahezu lächerliche Begründung „Gefahr im Verzug" genügt heute bereits wieder, um sich von Seiten des „freiheitlichen" Staates derart offen über demokratische Rechte wie „Meinungsfreiheit", „Pressefreiheit" usw. hinwegzusetzen.

Den Genossen der „KPD" aber wollen wir folgendes sagen: Diese Vorgänge sind nicht, wie einige von euch glauben, nur gegen die „KPD" wegen ihrer „konsequenten Politik" und der daraus resultierenden „Gefahr für die Bourgeoisie" gerichtet, sondern sie richten sich vielmehr gegen die gesamte kommunistische Bewegung. Notwendig ist daher ein verstärktes Bemühen um einen gemeinsamen Kampf gegen die zunehmende staatliche Willkür. ●

KB/Gruppe Frankfurt
Bezirkskollektiv

13. August – Die Ratten kriechen aus ihren Löchern

Der 13. August ist den Faschisten in Westberlin jedes Jahr ein willkommener Anlaß, ihre Propaganda zu entfalten. In diesem Jahr hatten die NPD und die Deutsche Volksunion Veranstaltungen in zwei Kneipen und die JU und BSU eine Demonstration zur sowjetischen Militärkommandantur angekündigt. Die NPD rief zu ihrer Veranstaltung mit ihren demagogischen Parolen „Mauer, Stacheldraht und Minen können nicht dem Frieden dienen" und „Gebt dem Volk das freie Wort und morgen ist die Mauer fort" auf.

Unsere Organisation rief in einem Flugblatt zur Verhinderung der Veranstaltung auf, wobei wir vor allen Dingen klar machten, wer die Faschisten wirklich sind, welche Interessen der Bourgeoisie dahinterstekken und daß die Faschisten mit Menschenrecht und Freiheit bestimmt nichts zu tun haben. Außer unserer Organisation haben auch der Spartacusbund, die „KPD" und die „KPD/ML" zur Verhinderung dieser Veranstaltung aufgerufen. Der KBW war natürlich nicht erschienen. Ein KVZ-Verkäufer sagte dazu, es sei nicht die Art des KBW, Aktionen stellvertretend für die Massen durchzuführen (seit wann denn das?).

Als wir ankamen, war das Lokal geschlossen. Der Wirt gab an, er habe sich, nachdem er herausbekommen habe, daß es sich um eine Veranstaltung der NPD handelte, entschlossen, die Veranstaltung abzusagen. Aus diesen Angaben entnehmen wir, daß die Alliierten – unseres Wissens zum ersten Mal – eine Veranstaltung der NPD in Westberlin nicht verboten haben (!).

Zu Zwischenfällen kam es mit der „KPD/ML". Sie stürmten plötzlich auf die Genossen vom Spartacusbund los, entrissen ihnen Plakate und Zeitungen. Ihre „Begründung": „Das sind Trotzkisten, die gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse wie die Faschisten". Unsere Genossen und die Genossen der „KPD" waren gezwungen, Ketten zwischen den Reihen der „KPD/ML" und des Spartacusbundes zu bilden, um eine Massenschlägerei zu verhindern!

Auch in der Propaganda der „KPD/ML" drückt sich dieses provokatorische Wesen deutlich aus. Ihr Flugblatt (Überschrift: „Die Mauer muß weg! Deutschland dem deutschen Volk!") bestand zur Hälfte aus Hetze gegen die DDR: *„Die heutige DDR gleicht eher einem finsteren Gefängnis, einer Diktatur wie unter Hitler"*, und weiter im Nazi-Jargon: Die *„Mauer"* sei *„das schandhafte Dokument, das die Teilung Deutschlands untermauert"*. Und die Schlußparole *„Nieder mit der ‚SEW/DKP', den Verrätern am Sozialismus, den schlimmsten Feinden in der Arbeiterbewegung"!*

Die Faschisten hatten sich in kleinen Trupps in den Seitenstraßen versammelt. Sie wurden vor den Antifaschisten durch Polizeispitzel in Zivil, die auf der anderen Straßenseite Posten bezogen hatten, geschützt. Außerdem warteten mehrere Mannschaftswagen in den Seitenstraßen. Als die Genossen bemerkten, daß sie von einem Polizeispitzel fotografiert wurden, entrissen sie ihm den Fotoapparat und trieben ihn in die Flucht. Als die Genossen ihn verfolgten, drehte er sich um und zog die Pistole. Dazu schrieb die „BZ" tags darauf unter der Überschrift „Polizist niedergeschlagen": *„Ein Beamter einer Zivilstreife wurde gestern von mehreren Kommunisten in Alt-Tempelhof niedergeschlagen. Die Kommunisten, die eine NPD-Versammlung stören wollten, waren von dem Beamten fotografiert worden."*

Kurz darauf kamen mehrere Mannschaftswagen der Polizei. Sie wollten vermutlich die antifaschistische Demonstration zerschlagen und die „Täter" schnappen. Wir zogen darum in geschlossenen Reihen ab. Die Veranstaltung war verhindert worden.

Ein Genosse wurde noch nach Auflösung der Demonstration von der Polizei geschnappt, als er sein Motorrad holen wollte, das er in der Nähe geparkt hatte. Er wurde in ein Polizeiauto gezerrt. Dort wurde von ihm das „Geständnis" erpreßt, daß er sich an der Kundgebung beteiligt habe. Der Genosse muß mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen. Dies ist nach den Vorfällen in Frankfurt ein neuer drastischer Beweis, wie die Polizei die Faschisten schützt und die Antifaschisten angreift.

Nach der Demonstration suchte die Polizei noch an mehreren U-Bahn-Ausgängen in der Umgebung nach Demonstranten, speziell nach den Genossen, die dem Spitzel den Fotoapparat entrissen hatten. Sie haben keinen gefunden.

Auch die Veranstaltung der Deutschen Volksunion war von Genossen der „KPD" verhindert worden. Sie machten eine spontane antifaschistische Veranstaltung in den Räumen, die für die Faschisten reserviert gewesen waren. ●

KB/Westberlin

192 Seiten (Buchformat) **Preis 8.- DM**

Schlimmer gehts nimmer! – KBW und antifaschistischer Kampf –

Eine Aktionseinheit kommunistischer und anderer fortschrittlicher Gruppen führte am 10. August eine antifaschistische Demonstration in Frankfurt durch. Der Protest richtete sich gegen den Terroranschlag italienischer Faschisten auf den Reisezug „Italicus", der am 4. August in der Nähe von Bologna zwölf Menschenleben und 50 zum Teil schwer Verletzte forderte. Etwa 300 italienische und westdeutsche Antifaschisten beteiligten sich an der abschließenden Kundgebung (Genossen unserer Gruppe ten sich an der abschließenden Kundgebung (Genossen unserer Gruppe nahmen auch daran teil; ein offizieller Aufruf unserer Gruppe war jedoch wegen der Urlaubs-Abwesenheit mehrerer unserer Genossen nicht zustandegekommen – auch das ist ein leider bezeichnender Ausdruck für das noch mangelhaft entwickelte Niveau unserer Arbeit!).

Der KBW jedoch hielt sich offiziell aus dieser Demonstration heraus und bastelte sich dafür eine recht bemerkenswerte „Begründung" zurecht. Unter der Überschrift „Den Antifaschistischen Kampf richtig führen" (d. h.: gar nicht führen!) bezeichnet der Frankfurter Ortssekretär des KBW es als *„gefährliche und irreführende Parolen und Einschätzungen"*, daß in dem Demonstrationsaufruf auf die drohende Gefahr einer „faschistischen Machtergreifung" hingewiesen wurde* –

* (Genaugenommen gibt es das vom KBW unterstellte Wort „faschistische Machtergreifung" in diesem Aufruf nicht einmal; im Aufruf ist von einer „reaktionären Wende" die Rede, die die Faschisten herbeiführen wollen, und vom vor einiger Zeit enthüllten „genau ausgearbeiteten Putschplan der „Rosa dei Venti".)

denn, so der KBW-Ortssekretär: *„das zu einem Zeitpunkt, wo die faschistischen Regimes in Südeuropa der Reihe nach purzeln und der Kampf der Arbeiter und arbeitenden Massen sich in Italien genauso wie in Portugal, Spanien, Griechenland und der Türkei stürmisch entfaltet!"*.

Lassen wir hier mal außer acht, daß der KBW und wir eine sehr unterschiedliche Einschätzung davon haben, w a r u m „die faschistischen Regimes in Südeuropa der Reihe nach purzeln" (siehe dazu die entsprechenden Artikel in den letzten AK-Ausgaben). Aber vielleicht sollte der KBW mal deutlich sagen, ob es auch „irreführend und gefährlich" gewesen ist, daß der chilenische MIR unter der UP-Regierung auf die Gefahr eines faschistischen Putsches hingewiesen hat, denn schließlich hatte sich die Massenbewegung dort doch noch v i e l s t ü r m i s c h e r entfaltet. Oder?

Dem KBW mißfällt besonders auch s t ü r m i s c h e r entfaltet. Oder?

Dem KBW mißfällt besonders auch die Forderung nach einem Verbot der neofaschistischen MSI (eine Forderung, die in Italien millionenfach von den Arbeitern erhoben wird!), was er nur noch mit einem empörten Ausrufezeichen zu kommentieren weiß, da diese Forderung doch *„gegenüber den bürgerlichen Parteien und einem Staat, der immer noch* (?) *Hauptstütze der italienischen und ausländischen Kapitalisten und Monopole ist"* gestellt wird. Da scheint es denn wohl nach KBW-Meinung am besten zu sein, daß die Arbeiter sich mit der Legalität faschistischer Terrortruppen abfinden. Hier zeigt sich doch eine nette Parallele zu den italienischen Revisionisten, die sich gleichfalls mit Händen und Füßen gegen die Forderung der Arbeiter nach Verbot des MSI stemmen und ihr die allgemeine Floskel entgegenstellen: „Man muß den Faschismus politisch bekämpfen".

Aber das Herzstück dieser KBW-Erklärung kommt noch:

„Dieser Aufruf und diese Demonstration (in Frankfurt) *lenken die italienische* (!!!) *Arbeiterklasse in gefährlicher und irreführender Weise von ihren eigentlichen Aufgaben ab, selbst die Macht zu ergreifen und die soziale Revolution durchzuführen. Stattdessen soll sie zunächst* (?) *einen ‚Antifaschistischen Kampf' führen, was bedeutet, die Hauptträger der Macht der Kapitalistenklasse, die korrupten und bürgerlichen Politiker solange zu schonen* (? !) *und sogar an sie zu appellieren, die Faschisten zu verbieten."*

Man fragt sich wirklich, ob man hier mehr lachen oder mehr den Kopf schütteln soll. Es ist doch wohl der KBW selbst, der ein nicht nur durch und durch b ü r g e r l i c h e s, sondern direkt idiotisches Verständnis des antifaschistischen Kampfes offenbart, der nicht sehen und nicht begreifen will, daß der antifaschistische Kampf weder Ersatz noch Vorstufe des Kampfes gegen den bürgerlichen Staat und gegen die Kapitalistenklasse ist, sondern daß dies genau die S t o ß r i c h t u n g dieses Kampfes ist – und gerade von einem großen Teil der italienischen Arbeiterklasse auch bereits so begriffen wird. Was meint der KBW wohl, warum die italienischen Arbeiter die christdemokratischen Parteiführer bei den Trauerfeiern der letzten faschistischen Bombenatten- Parteiführer bei den Trauerfeiern der letzten faschistischen Bombenatten- tate nicht zu Wort kommen ließen? Vielleicht um die DC, die die geschäftsführende Partei der italienischen Kapitalisten ist, zu „schonen"?! Und warum haben die Arbeiter bei ihren antifaschistischen Demonstrationen Transparente bei sich getragen, die z. B. die Aufschrift trugen „Die Auftraggeber (!) des Terrorismus schlagen!"? Vielleicht, um die Kapitalisten zu „schonen"?!

Man kann dem KBW nur empfehlen, mal bei der italienischen Arbeiterklasse auf ein paar Monate in die Lehre zu gehen – vielleicht würde er dann endlich seinen Laden „umorientieren" ... oder dicht machen! ●

KB/Gruppe Frankfurt

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 12.500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Flohmarkt Hannover:

„Wenn Sie so wollen, ist es hier genauso wie bei Hitler!"

Aktion gegen Einschränkung der Informationsfreiheit

Der Stadtrat von Hannover versucht seit ca. fünf Jahren, das miese Image der Stadt („tiefste Provinz") aufzumöbeln. Hierzu soll ein großangelegtes und aufwendiges „Straßenkunst"-Programm dienen; in diesem Rahmen wurden erst vor wenigen Monaten drei riesige abstrakte Figuren, sogenannte „Nanas", angeschafft, für die die Stadt DM 150.000,- (!) rausschmiß. Außerdem veranstaltet die Stadt jedes Jahr ein „Altstadtfest", einen Mammut-Rummel, zu dem dieses Jahr an zwei Tagen 400.000 Menschen kamen. Wichtigster Punkt der „Imagepflege" aber ist der Flohmarkt, der jeden Sonnabend an einem Abschnitt des Leineufers stattfindet. Hier treffen sich regelmäßig breite Teile der Bevölkerung, man kann allerlei Trödel und Kram kaufen, es wird geredet und gehandelt usw.

Diese ganze Imagepoliererei hat nun aber keineswegs das Ziel, die Lebensverhältnisse der werktätigen Bevölkerung zu verbessern. Ganz im Gegenteil soll sie von den Problemen der Anwohner ablenken. Z.B. die Sanierungs- und Jugendpolitik sind sehr dunkle Seiten im Schaffen der Ratsherren. Im Stadtteil Linden-Süd, einem alten Arbeiterviertel, zeigt ihre Politik deutlich, was „Sanierung" im Kapitalismus heißt: Die Bewohner werden in teure Wohnungen am Stadtrand vertrieben, die Häuser abgerissen und stattdessen Büros und Luxuswohnungen hingesetzt. Und als kürzlich eine Initiative von Jugendlichen einen Bunker, der seit Jahren leersteht, besetzte, zeigte die Stadtverwaltung ebenfalls, wie „lebensnah" und „aufgeschlossen gegenüber den Problemen der Jugendlichen" sie ist: Der Bunker wurde vom „Mobilen Einsatzkommando" (MEK) geräumt und steht heute wieder leer (s.a. AK 44). Der Stadtrat hat indes sehr plastische Beispiele dafür gezeigt, welchen Interessen er sich verpflichtet fühlt und auf wen das „verbesserte Image" Hannovers wirken soll. Vor einigen Jahren wollte der IBM-Konzern auf dem Gelände der damaligen Pferderennbahn ein neues Werk errichten. Sofort gab die Stadt mehrere Millionen DM für die Verlegung der Rennbahn und die Erschließung des Geländes aus. Als dies alles geschehen war, hatte IBM plötzlich kein Interesse mehr an einem Werk in Hannover. Seither versucht die Stadt, das Grundstück zu verkaufen. Einen ähnlichen Vorgang gibt es heute um das „Kröpcke-Center", einen großen Gebäudekomplex in der Innenstadt, in das nun nach langem Hin und Her, nach der publikumswirksamen „Planung" von sozialen Einrichtungen, ein Kaufhaus für den „gehobenen Bedarf" hinein soll. Schlicht zusammengefaßt: Der Stadtrat ist bereit, in jedes angebotene Kapitalistenarschloch zu kriechen. Auch so ungemein „lebensfrohe" Dinge wie Straßenkunst, Flohmarkt und Altstadtfest sind in diesem Zusammenhang zu sehen: Förderung des Fremdenverkehrs, Aufbau des Images einer „lebensfrohen Metropole, die allen etwas zu bieten hat" (besonders natürlich den standortsuchenden Kapitalisten).

Daß es der Stadt nur um die Interessen der Kapitalisten geht, zeigt sich sehr direkt auch auf dem Flohmarkt, der für Hannover ein wichtiges Forum der politischen Information ist: Seit einigen Wochen versuchen Vertreter der Stadtverwaltung, gegen politische Informationsstände und den Verkauf von Zeitungen vorzugehen und sprechen Verbote gegen sie aus. Betroffen hiervon waren der „ARBEITERKAMPF", die „Rote Fahne" und die „KVZ". Dies Vorgehen wird mit angeblichen „Beschwerden" über den Verkauf linker Literatur begründet. Außerdem gebe es auf dem Flohmarkt „keine Demokratie; wenn sie so wollen, ist es hier genauso wie bei Hitler" (so ein Flohmarktwächter). In typisch faschistischer Manier versuchte derselbe Vogel auch, seinen Antikommunismus mit Hilfe eines Schlägers in die Tat umzusetzen. Dies gelang ihm aber aufgrund der Solidarisierung der Flohmarktbesucher mit den angegriffenen Verkäufern bisher nicht. Bei diesen Angriffen setzten sich die Flohmarktwächter sogar bewußt über ihre eigene Flohmarktordnung hinweg. Nach dieser Ordnung ist es nämlich durchaus noch erlaubt, Informationsstände zu errichten und Flugblätter zu verteilen. Dieses Recht nutzten die bürgerlichen Parteien während des letzten Landtagswahlkampfes auch weidlich aus. Sie waren allerdings nicht die einzigen und bei weitem nicht die ersten: Seit Jahren wird auf mehreren Ständen alter Fascho-Kram, wie z.B. NS-Literatur, Orden, Hoheitszeichen, ganze Uniformteile („SS-Ehrendolche"), Aufrisse und Bilder von „ruhmreichen" Panzern, Kreuzern usw. verkauft. Alles natürlich „antiquarisch", mithin „unpolitisch" und nur noch für den „Liebhaber" interessant...

Um sich gegen die Angriffe der Stadt zu wehren, schlossen die Sympathisanten des KB, die „KPD", der KBW und die Ernst-Thälmann-Buchhandlung eine Aktionseinheit. Es wurde ein gemeinsames Flugblatt geschrieben, in dem die Verbindung zwischen den Angriffen der Stadt gegen Kommunisten und ihre Unterstützung der Faschisten aufgezeigt wurde. Der KBW hielt die Stoßrichtung des Flugblattes zunächst für falsch: Die Angriffe der Stadt auf dem Flohmarkt seien gegen die Informationsfreiheit der Massen gerichtet und nicht gegen die Meinungsfreiheit der Kommunisten; die Kommunisten würden nur deshalb angegriffen, weil sie die einzigen seien, die dort Zeitungen verkaufen. Außerdem gebe es überhaupt keine Verbindung zu der Unterstützung der Faschisten. Dieser Standpunkt wurde dann aber ohne Selbstkritik aufgegeben.

Seit der Veröffentlichung des Flugblattes ist die Stadt nicht mehr gegen die Informationsstände und den Zeitungsverkauf vorgegangen.

Der Versuch der Einschränkung der Meinungsfreiheit für fortschrittliche und kommunistische Organisationen (bei gleichzeitiger Duldung bis Bevorzugung der Faschisten) findet nicht nur auf dem Flohmarkt in Hannover statt. Im ganzen Bundesgebiet werden Verkäufer kommunistischer Zeitungen zunehmend belästigt, von Spitzeln fotografiert und gefilmt. Nachdem verschiedene Zeitungen im Juni und Juli über den Polizeimord an Günther Routhier berichteten, wurden viele Exemplare beschlagnahmt.

Diese zunehmende politische Zensur ist die Vorbereitung des bürgerlichen Staates auf kommende Klassenkämpfe, sie soll der Arbeiterklasse jede Möglichkeit zur Meinungsäußerung nehmen. ●

SdKB in Hannover

Forts. Guinea-Bissau

schen Außenminister Soares und dem Frelimo-Präsidenten Samora Machel unterzeichnet. Das Abkommen sieht eine provisorische Regierung unter Führung der Frelimo bis zum Juni 75 vor. Dann soll Mosambik endgültig unabhängig werden. Die Zusammensetzung der Übergangsregierung ist ein Zeichen der militärischen und polischen Stärke der Frelimo in Mosambik und ein Ausdruck der (augenblicklichen) Schwächesituation Portugals: In der Übergangsregierung werden zwei Drittel der Minister von Frelimo gestellt werden; einem Präsidenten, den die Frelimo stellt, wird ein portugiesischer Hochkommissar zur Seite gestellt werden. Von einer sogenannten „Volksabstimmung" vor der Unabhängigkeit (also unter portugiesischen Truppen-Hoheit in den großen Städten) – von der sich Portugal versprach, verschiedene afrikanische Marionettengruppen und die weiße Minderheit mehr ins Spiel zu bringen – war zuletzt auch nicht mehr die Rede.

Die Unterzeichnung des Abkommens war für die weißen Faschisten in Mosambik das Signal, einen – offenbar bis ins Detail genau vorbereiteten Bürgerkrieg zu entfesseln.

Die „heute"-Nachrichten des ZDF meldeten in der Nacht vom 7. auf



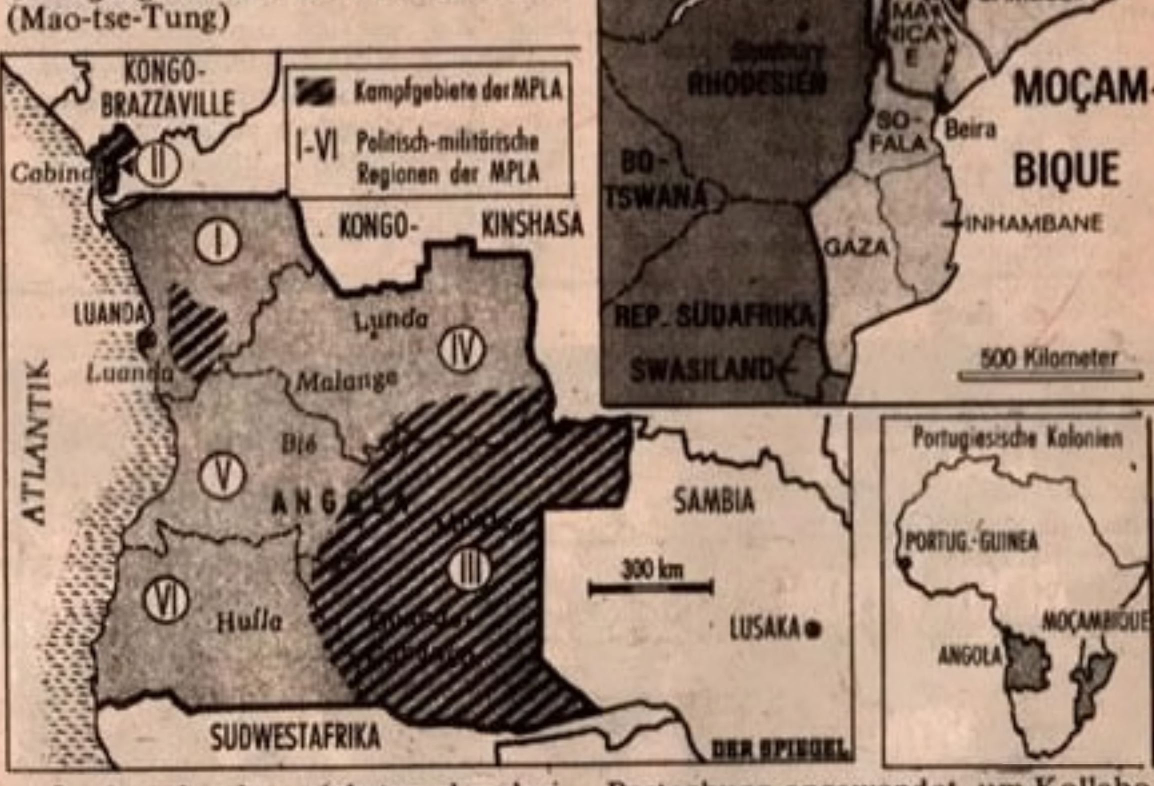
den 8. September (1Uhr), daß in der Hauptstadt Mosambiks, Lourenco Marques, Tausende von Weißen mit Anti-Frelimo-Plakaten und Sprechchören demonstrieren. Von „ehemaligen Soldaten der portugiesischen Armee" (!) wurde der Rundfunksender besetzt, die weißen Faschisten stürmten das Gefängnis von Lourenco Marques und „befreiten" die 200 noch inhaftierten Folterknechte der portugiesischen Geheimpolizei DGS.

Das portugiesische Militär ließ die Faschisten in Ruhe wüten ohne einzugreifen! Der „Deutschland-Funk" meldete am Sonntag (8.9.74) 13 Uhr, daß sich „Teile der portugiesischen Armee" den „aufständischen" Faschisten angeschlossen haben.

Radio DDR dagegen meldete am 8.9. um 12 Uhr mittags, die portugiesische Regierung habe erklärt, die Propaganda der Weißen, sie würden alle wichtigen Städte in Mosambik unter Kontrolle haben, sei falsch. Der „Aufstand" sei auf Lourenco Marques beschränkt und die portugiesischen Behörden würden *„Maßnahmen treffen, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen"*. Die portugiesische Regierung bemüht sich also, die zu erwartende große Offensive der Faschisten herunterzuspielen.

Weiße Kolonialisten haben sich auf den Zeitpunkt ihres „Aufstandes" gut vorbereitet. Sie haben schon seit Monaten fieberhaft paramilitärische Organisationen (wie „Fico" = „Wir bleiben") aufgebaut, mit Drohungen und Attentaten gegen weiße Demokraten gearbeitet, um eine militantfaschistische Ausrichtung der weißen Minderheit zu erreichen.

Die Weißen Mosambiks stehen keineswegs allein. Schon seit langem ist bekannt, daß eine Söldnerarmee auf dem Gebiet von Malawi und Rhodesien zusammengestellt wird, die nach dem Waffenstillstand mit Portugal gegen Frelimo weiterkämpfen soll. Geldgeber dieser Killertruppe ist der berüchtigte Kapitalist Jorge Jardim – in Portugal steckbrieflich gesucht – eine der Schlüsselfiguren im derzeitigen Kampf der Weißen. Jardim wird u.a. unterstützt vom Rassistenregime in Südafrika. Südafrika hat in den letzten Monaten ernorme Anstrengungen in seiner militärischen Aufrüstung gemacht und ist entschlossen, ein sozialistisches Mosambik und Angola um jeden Preis zu verhindern. Frelimo und das Volk von Mosambik steht vor weiteren schweren Kämpfen, denn *„die Imperialisten* (werden) *ihr Schlächtermesser bis zu ihrem Untergang nie aus der Hand geben"*. (Mao-tse-Tung)



In Angola, der reichsten der drei Kolonien, werden die alten portugiesischen Kolonialherren durch die Befreiungsbewegungen militärisch noch nicht ernsthaft bedroht. So können sie bisher die Bedingungen der „Unabhängigkeit" dem Volk von Angola noch weitgehend nach ihren Interessen diktieren. Am 4. September wurde in Luanda (Hauptstadt Angolas) eine provisorische Regierung gebildet, die aus 14 portugiesischen Staatssekretären besteht und die dem Oberkommando des Admirals Coutinho untersteht. Eine etwaige Beteiligung der drei in Angola operierenden Befreiungsbewegungen wurde bisher nicht erwähnt!

Die Imperialisten haben von jeher besonderes Interesse an Angola gehabt wegen der reichen Bodenschätze dieser Kolonie und sie haben auch von jeher die Befreiungsbewegungen in diesem Land besonders hart bekämpft und auch massive Mittel der Bestechung angewendet, um Kollaborateure innerhalb dieser Organisationen zu finden. Das Volk von Angola wird noch einen langen Kampf um seine Befreiung führen müssen.

(In einem der nächsten AK's werden wir einen ausführlicheren Artikel zur Entwicklung in den portugiesischen Kolonien veröffentlichen). ●

KB/Gruppe Hamburg
Spanien/Portugal-Kommission

Internationale faschistische Zentrale aufgedeckt

Die portugiesische Zeitung „Expresso" berichtete kürzlich weitere Einzelheiten über eine faschistische Zentrale in Lissabon, die nach dem Sturz des Caetano-Regimes durch die „Bewegung der Streitkräfte" aufgedeckt wurde.

Die Zentrale war als Nachrichtenagentur „Aginter" getarnt; dahinter versteckte sich eine faschistische Organisation namens „Ordnung und Tradition". Laut „Expresso" unterhält die „Aginter" Filialen in Bonn, Buenos Aires, Genf, Saigon, Rom, Tel Aviv, Washington und Stockholm u.a.

Chef der „Aginter" ist ein ehemaliger OAS-Führer (die OAS war eine faschistische Terrororganisation, die gegen die Unabhängigkeit Algeriens mit Bomben auf arabischen Märkten u.a. kämpfte), der sich verschiedener Namen bedient, von dener sein Pseudonym Ives Guerin-Serac der bekannteste ist.

Die „Aginter" befaßte sich u.a. mit der Anwerbung von Söldnern für die Kolonialisten in Afrika, mit Spionage gegen afrikanische Staaten und mit Mordaufträgen. Der Name „Guerin-Serac" wurde seit längerem auch in Verbindung mit der „strage di stato" (faschistischer Bombenanschlag auf eine Mailänder Bank am 12.12.69) genannt.

In den Räumen der „Aginter" wurde bei der Durchsuchung auch eine Werkstatt zur Herstellung falscher Pässe gefunden.

Inzwischen soll die „Aginter" nach Spanien umgezogen sein, wo die Arbeitsbedingungen für die Faschisten günstiger sind.

Ein wesentliches Arbeitsgebiet der „Aginter" ist die Anwerbung von Söldnern, die im Auftrag des portugiesischen Millionärs Jorge Jardin in Mosambik eingesetzt werden sollen, um die Unabhängigkeit des Landes zu verhindern.

Von einer weiteren faschistischen Zentrale, die offenbar mit der „Aginter" auch zusammenarbeitet, berichtet die italienische Wochenzeitung „Panorama".

Diese Zentrale nennt sich „Paladin" und soll Filialen u.a. in Paris, London und Rom unterhalten. Sie warb offen mit Zeitungsanzeigen, in denen es etwa hieß: *„Risiko ist kein Problem für uns. Die Gruppe Paladin führt ihre Aufträge auf nationalem und internationalem Feld aus, einschließlich der Zonen hinter dem Eisernen und dem Bambus-Vorhang* (d.h. Sowjetunion und China – Anm. AK)*.Hochspezialisierte Leute stehen zu ihrer Verfügung."*

Chef der Gruppe „Paladin" soll ein gewisser Schubert sein, ehemaliger Mitarbeiter von Goebbels. Die „Paladin" beschäftigt sich mit Mordaufträgen und Arbeit für imperialistische Geheimdienste. ●

Zur Lage in der Türkei

— ein Leserbrief —

Während des griechischen Putsches auf Zypern war ich in der Türkei. Auch wenn die Kommunikation mit der Bevölkerung aufgrund der Sprachschwierigkeiten äußerst kompliziert und spärlich war – nur mit in Deutschland arbeitenden Türken kamen manchmal konkretere Gespräche zustande – so sprachen doch die Beobachtungen, die ich machte, eine deutliche Sprache.

Was mir gleich am ersten Tag in Istambul auffiel, noch vor dem Zypernputsch, war der aufgeblähte Polizeiapparat. Immer wieder Doppelstreifen der Polizei; mit offenen Revolvertaschen und Gummiknüppeln. An allen großen Kreuzungen Posten mit Maschinenpistolen. Es war kein großer Menschenauflauf möglich, der nicht von der Polizei argwöhnisch beobachtet wurde.

Das brutale Vorgehen der Polizei konnte ich selbst beobachten: auf meinem Campingplatz war eine Schlägerei ausgebrochen. Innerhalb kürzester Zeit war ein Mannschaftswagen da, dessen Besatzung, ohne die Streitenden anzurufen, sofort in die Menge mit Schlagstöcken hineindrosch.

Warum aber diese große Polizeiapparat? Hierauf eine Antwort zu finden, ist sogar dem Touristen möglich, der keinen tieferen Einblick in die ökonomische und politische Situation der Bevölkerung hat. Die Widersprüche prallen sozusagen auf der Straße zusammen: Große Bankpaläste und Türken, die mit Personenwagen auf der Straße sitzen und ihren Lebensunterhalt dadurch verdienen, daß man sich für ein paar Pfennige wiegen läßt; große Villen und zerlumpte Kinder, die auf der Straße Streichhölzer und Ansichtskarten verkaufen.

Da die türkische Bourgeoisie ökonomisch nicht in der Lage ist, eine breite Arbeiteraristokratie zu bestechen und für ihre Ziele einzusetzen, müssen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse mit Polizeigewalt konserviert werden.

Während der griechisch-türkischen Auseinandersetzung das übliche Kriegsgeschrei: Panzerkolonnen und siegessichere Soldaten im Fernsehen – die Stärke der türkischen Armee wurde demonstriert –, Kriegsfilme, Ausgangssperre und Verdunkelung. Vergessen bei der Bevölkerung die krassen sozialen Unterschiede und die Arbeitslosigkeit. Den Nationalismus, der in der Bevölkerung jetzt herrschte, geben wohl am besten die Worte eines in Deutschland arbeitenden Türken wieder, den ich in einem Gespräch auf den Krieg ansprach: „Alle Türken müssen jetzt zusammenhalten, wir sind wie eine große Familie."

Doch kann man etwas anderes erwarten, wenn mit demagogischen und nationalistischen Phrasen der wahre imperialistische Charakter des Krieges verschleiert wird? Wenn die Vertreter des BRD-Imperialismus, der nach meinen Beobachtungen großen Einfluß in der Türkei hat, das türkische Interventionsrecht anerkennen?

In der Türkei scheint mir dieser Krieg die tiefen Widersprüche des Systems wieder einmal mit nationalistischem Gedankengut verschüttet zu haben. So hat der Krieg zwei „positive Seiten". Er zieht Zypern noch stärker in den Einflußbereich der Nato und er erschwert auf unbestimmte Zeit die Bewußtseinsbildung breiter proletarischer Schichten in der Türkei. ●

Ein Genosse

Anmerkung der Redaktion:

Der Redaktion mißfällt eine leicht anti-türkische Tendenz, die unbewußt in diesem Leserbrief mitklingt, ebenso wie in dem Leserbrief „Ein Beispiel für die nationalistische Verhetzung der türkischen Kollegen" im vorigen AK. Die Redaktion hatte bereits die einseitige Stoßrichtung der Überschrift jenes Leserbriefes ersetzen wollen durch „So sollen griechische und türkische Kollegen gegeneinander gehetzt werden" (o.ä.), was durch einen technischen Fehler bei der Erstellung der Zeitung nicht berücksichtigt wurde.

Der Fehler der Genossen liegt u.E. darin, die nationalistischen und Kriegsstimmungen unter türkischen Kollegen n u r unter dem Aspekt der ‚Verhetzung' zu sehen – und nicht a u c h als eine verständliche Reaktion auf die Tatsache, daß die türkischen Landsleute auf Zypern als Minderheit jahrelang dem Terror der griechisch-zypriotischen Nationalisten und Faschisten ausgesetzt waren, die unendliche Verbrechen an der türkischen Bevölkerung Zyperns begingen und nach dem faschistischen Putsch neue Massenmorde, Plünderungen, Vergewaltigungen und Zerstörungen verübten. Es ist also nicht einfach ‚nationalistische Verblendung', wenn türkische Kollegen im Eingreifen „ihrer" Armee zunächst einmal den Schutz ihrer zyprischen Landsleute sehen.

Texaco, Hamburg

Linker Vertrauensleute-Vorsitzender abgeschossen

Die IG Chemieführung setzt bei Texaco ihre Versuche, die fortschrittliche Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit zu zerschlagen, fort. Nach dem eingeleiteten gewerkschaftlichen Ausschlußverfahren gegen die Betriebsräte Kynast und Trampert, denen dadurch die formalgewerkschaftlichen Rechte genommen wurden, erhielt jetzt der Vertrauenskörper-Vorsitzende der Texaco-Hauptverwaltung, W. Henze, im Zuge ihrer Salamitaktik Funktionsverbot. Die Kollegin M.R., Mitglied der VK-Leitung Wilhelmsburg und M.W., VK-Leitung Texaco-Hauptverwaltung, wurden „nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht", daß sie „gegen die Richtlinienbestimmungen für gewerkschaftliche Vertrauensleute der IG-Chemie eindeutig verstoßen" haben.

Am 8. August nahmen die Betriebsräte Kynast und Trampert an der Vertrauensleutesitzung der Texaco-Hauptverwaltung teil. Freiherr von Kodolitsch (IG Chemie-Sekretär) forderte die 18 anwesenden Kollegen auf, den Gewerkschaftsraum mit ihm zu verlassen, weil die beiden „ohne Rechte und Pflichten" seien und deshalb zu „keiner gewerkschaftlichen Veranstaltung mehr erscheinen dürften". Der Abend endete mit einer Niederlage der Gewerkschaftsführung: nur ganze vier „Kollegen" begleiteten von Kodolitsch bei seinem Abgang; 14 blieben und machten die Gewerkschaftsarbeit.

So wie die Gewerkschaftsführung auf ihren Prestigeverlust anläßlich der Aufsichtsratkampagne der Betriebsräte Kynast und Trampert ein Ausschlußverfahren folgen ließ (nach der Kampagne waren in der Hauptverwaltung nur 40 % der Kollegen zur Wahl gegangen), beantwortete sie auch diese politische Schlappe mit ihrer Satzungsgewalt.

In einem Brief vom 29.8. beschuldigte der IG Chemie-Verwaltungsstellenvorstand den VK-Vorsitzenden, er sei in einem Schreiben darauf aufmerksam gemacht worden, *„daß... alle Rechte und Pflichten der beiden mit Ausschluß bedrohten Mitglieder* (Kynast und Trampert -AK) *ruhen, d.h. sie können an keinen Sitzungen gewerkschaftlicher Gremien mehr teilnehmen und können keinerlei Handlungen als Mitglieder der Funktionäre vornehmen"* und trotz dieses ausdrücklichen Hinweises hätten die beiden an der Sitzung teilgenommen. Und weiter heißt es in dem Brief: *„Kollege von Kodolitsch* (der Brief wurde von G. Paulsen als stellv. Vorsitzender der Verwaltungsstelle unterschrieben) *bat daraufhin mit Hinweis auf die Satzungsbestimmungen und Richtlinien, daß alle die, die dagegen nicht verstoßen wollten, mit ihm den Raum verlassen sollten.*

Dieses Verhalten stellt einen eklatanten Verstoß gegen die Satzungsbestimmungen und Richtlinien für gewerkschaftliche Vertrauensleute dar. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit als Voraussetzung gewerkschaftlicher Arbeit ist unter diesen Umständen nicht mehr gewährleistet".

> Bei der Texaco werden derzeit, wie in früheren AK-Ausgaben berichtet, zwischen den Linken und den Reaktionären um Kodolitsch und seinem Anhang eine Reihe von Prozessen geführt. Dabei hat z.B. Kodolitsch im Prozeß gegen Kynast, in dem er diesem untersagen lassen will, „weiter zu behaupten", daß Kodolitsch in seinen antikommunistischen Broschüren aus Hitlers „Mein Kampf" abschreibe, einen Streitwert von 20.000,– DM bei Gericht beantragt, der zu riesigen Prozeßkosten führt.
>
> Die AK-Redaktion ruft daher auf, auf das Konto der Texaco-Linken bei der
> **Hamburger Sparkasse**
> **Konto-Nr. 1315/453876**
> **Helmut Kynast**
> zu spenden.

Wir geben G. Paulsen recht, denn in dieser Passage des Schreibens bezeichnet er die „Bitte" des profilierten Kommunistenjägers als einen Verstoß gegen gewerkschaftliche Bestimmungen und bestreitet ihm sehr richtig die Voraussetzung gewerkschaftlicher Arbeit. Aber wer Paulsen kennt und den Brief weiterliest, weiß, daß es sich bei dieser Verbindung nicht einmal um eine freud'sche Fehlleistung handelt. Er hat einfach einen Satz vergessen.

Dieser „eklatante Verstoß" trifft natürlich alle 14 Kollegen, die solidarisch den Raum weiter besetzt hielten.

Im Sinne ihrer Salami-Taktik „schonte" die Gewerkschaftsführung noch die meisten Vertrauensleute und griff sich deren Vorsitzenden heraus:

„Darüberhinaus muß man von Funktionsträgern mit gestaltender Funktion (? !), *wie es der Vorsitzende der Vertrauenskörperleitung ist, erwarten können, daß er sich über die Tragweite seines Verhaltens, daß offensichtlich überlegt kalkuliert war, im Klaren sein müßte."* (Schreiben der IG-Chemie-Führer an den VK-Vorsitzenden, W. Henze).

Der Schluß der Briefes an den VK-Vorsitzenden heißt:

„Der Verwaltungsstellenvorstand macht nachdrücklich darauf aufmerksam, daß Du damit nicht mehr Mitglied des Vertrauenskörpers der Texaco Hauptverwaltung bist und auch keinerlei Funktionen in diesem gewerkschaftlichen Gremium ausüben kannst."

Wir wollen hier nicht klären, ob der VK-Vorsitzende gegen irgendeinen Satzungsparagraphen verstoßen hat oder nicht. Tatsache ist, daß die Gewerkschaftsführung die Meinungsbildung der Kollegen ignoriert, wenn es um die Behinderung fortschrittlicher Kollegen geht. Sie kann es sich eben noch leisten.

Den Kollegen muß klargemacht werden, daß die Gewerkschaftsführung sich gern auf die Mehrheitsverhältnisse beruft, wenn es um die Durchsetzung ihrer Politik geht. Andererseits ignoriert sie die Mehrheit der Kollegen, wenn sie ihren Zielen entgegenläuft und bezichtigt diese Mehrheit sogar des fehldenden Überblicks. Ihr kommt es eben nicht auf die Kollegen und deren Interessen an sondern ausschließlich auf ihre Ordnungsfunktion im kapitalistischen Staat, die sie mit prinzipienlos wechselnder „Begründung" durchzusetzen versucht.

Der IG-Chemieführung ist es zwar bis heute gelungen, drei linke Kollegen aus betriebsrätlichen und gewerkschaftlichen Funktionen herauszudrängen. Andererseits formiert sich aber um diese Kollegen eine Gruppe von Betriebsräten, Vertrauensleuten, Jugendsprechern und aktiven Gewerkschaftern, die bereit ist, den Kampf für die Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft fortzusetzen.

Die Gruppe gibt eine eigene Zeitung „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft" heraus, die von allen Mitgliedern (z.Zt. 21 Kollegen) unterzeichnet ist. ●

Gericht verfügt die Schließung von Reynolds
Eine Kraftprobe bahnt sich an

Am 27.8. erreichten die Auseinandersetzungen um die Produktionsaufnahme der Reynolds-Hütte in Hamburg einen neuen Höhepunkt. Das Verwaltungsgericht hatte entschieden, daß Reynolds innerhalb von vierzehn Tagen die Hütte dichtmachen muß. Die Rücksichtslosigkeit, mit der der vor vier Jahren begonnene Bau durchgezogen wurde, veranlaßte das Gericht zu diesem Urteil.

Hetze in der Bevölkerung gegen Umweltschutz

In der bürgerlichen Presse versucht der Reynolds-Konzern samt Anhang (SPD-Senat und Gewerkschaftsführung), mittels einer großen Hetzkampagne seine Interessen durchzusetzen. *„Sind Blumen wichtiger als 1.000 Arbeitsplätze?"* („Mopo") oder *„Sind 12.000 Gladiolen mehr wert als 1.100 Arbeitsplätze?"* („Hamburger Abendblatt"). So wollen sie uns weismachen, es ginge nur um ein paar Blumen. Kern, der SPD-Senator für Wirtschaft und Verkehr, besitzt sogar die Frechheit, davon zu sprechen, es gehe um *„einen klagenden Landwirt einerseits, dem Werk mit mehr als 1.000 Arbeitern andererseits und dem Wohl der Allgemeinheit insgesamt."* Auf diese Art und Weise wollen sie alle Uninformierten gegen die Bauern und die protestierende Bevölkerung aufhetzen. Es geht aber nicht nur um die unmittelbar Betroffenen. So schreibt „Bild" am 30.8.74: *„Die Frage des Tages: Was ist Ihnen wichtiger: Saubere Luft oder die Erhaltung von 1.200 Arbeitsplätzen?"*. Die Befragung ergibt, daß fünf von sechs Bürgern die Erhaltung der Arbeitsplätze für vorrangig halten.

In den gleichen Tönen wie die Konzernleitung setzt sich der Hamburger Senat für die Kapitalisten ein. *„Senator Kern verteilt herbe Richter-Schelte"* („Hamburger Abendblatt"). Schließlich haben sie den Konzern mit großen Versprechungen an die Elbe gelockt. Bausenator Dr. Bialas: *„Wir sind bestürzt und werden alles tun, um Reynolds bei seiner Beschwerde zu unterstützen."* („Mopo").

Gleichzeitig verbreiten sie optimistisch, daß es ihnen im Zusammenspiel mit den Reynolds-Kapitalisten und der bürgerlichen Justiz am Ende gelingen wird, ihre Interessen durchzusetzen. Bürgermeister Schulz: *„Die Gerichte werden sich am Ende dem Senatsstandpunkt anschließen"* („Hamburger Abendblatt"). Wirtschaftssenator Kern: *„Ich vertraue sehr auf die kühle Luft beim Oberverwaltungsgericht. Sie wird sicherlich zu einer sachlichen (!) Entscheidung beitragen"* („Abendblatt").

Kraftprobe zwischen Kapital und Arbeit im Werk

Natürlich zielt die von den Kapitalisten und ihren Vertretern im Hamburger Senat inszenierte Pressekampagne nicht nur auf „die Öffentlichkeit" schlechthin, sondern ist auch direkt auf die Belegschaft der Alu-Hütte gerichtet. Um die Wirksamkeit der „Argumente" auf die Kollegen zu erhöhen, ließ Springers „Abendblatt" am 29.8. fünf Angestellte zu Wort kommen. Diese Leute – darunter der Personalchef (!) Meyer und zwei weitere „Leitende" – wurden als Vertreter der „empörten" Belegschaft präsentiert, die um ihre Arbeitsplätze bangen müssen.

Als einen Tag später ein nicht namentlich genannter Betriebsrat von Reynolds gegenüber der „Hamburger Morgenpost" die Dinge aus seiner Sicht eingeschätzt hatte (dabei unter anderem auch erklärt haben soll, daß die Geschäftsleitung „mitverantwortlich" für das jetzige Dilemma sei), nahmen die Kapitalisten das zum Anlaß, um mit massiven Einschüchterungen und direkten Erpressungen gegen den gesamten Betriebsrat vorzugehen.

In großer Besetzung kreuzten Geschäftsleitungsvertreter – angeführt von Personalchef Meyer – auf der letzten Betriebsratssitzung auf und drohten dem „Morgenpost"-Informanten „gerichtliche Schritte" (sprich: Kündigung!) an. Dem Betriebsrat insgesamt wurde unverhohlen erklärt, daß ihm die sofortige fristlose Kündigung drohen würde, wenn er sich gegenüber der Presse etwa in ähnlicher Weise äußern sollte. Öffentliche Kritik an der Politik der Geschäftsleitung sei gegen das Betriebsverfassungsgesetz und bedeute einen Bruch der „vertrauensvollen Zusammenarbeit".

Weiterhin wurde der Betriebsrat aufgefordert, sich von den Äußerungen seines Kollegen „Unbekannt" zu distanzieren.

Zu diesen kapitalen Unverschämtheiten – die allerdings ihre Wirkung auf die noch unerfahrenen Betriebsräte nicht verfehlten – ist mehrererlei zu sagen:

1. Gibt es nach dem Betriebsverfassungsgesetz keinen Paragraphen, der den gewählten Belegschaftsvertretern ausdrücklich untersagt, zu einem i n d e r Ö f f e n t l i c h k e i t d i s k u t i e r t e n Problem des Betriebs den Standpunkt der Arbeiter und Angestellten auch öffentlich vorzutragen.
2. Wenn überhaupt jemand gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen hat, so ist das natürlich niemand anders als die Reynolds-Geschäftsleitung selbst. Sie hat in krimineller Weise die gesetzlichen Auflagen zur Vermeidung von Umweltschäden (durch Fluorausstoß) unberücksichtigt gelassen bzw. ist diesen nicht voll nachgekommen.

Sie hat – im wesentlichen über den Personalchef Meyer (FDP-Mann) – am laufenden Meter Stellungnahmen in die Presse gebracht, in denen die Dinge auf den Kopf gestellt werden.

3. Für den Betriebsrat besteht nicht nur keine Veranlassung, sich von den individuellen Äußerungen eines seiner Kollegen gegenüber der „Morgenpost" zu distanzieren, sondern für den Betriebsrat steht nach wie vor die Aufgabe, die gegenüber der Reynolds-Belegschaft abgegebene Erklärung vor der Presse zu wiederholen und auf deren Veröffentlichung zu dringen (diese BR-Erklärung wurde bereits im letzten AK auszugsweise zitiert – sie ist weitergehend (!) als das, was der unbekannte Kollege gegenüber der „Morgenpost" gesagt haben soll, weil sie den Kapitalisten v o l l für die jetzigen Schwierigkeiten verantwortlich macht!!!).

Unbeirrt gilt es, für die Forderungen einzutreten:

- **Keine Entlassungen bei Reynolds!**
- **Reynolds muß alle Auflagen erfüllen!**
- **Die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter im Werk und der Wohnbevölkerung sind untrennbar verbunden!** ●

Betriebszelle Reynolds
KB/Gruppe Hamburg

Betriebsbesetzung in Leer (Ostfriesland)



25 Arbeiter der kleinen Möbelfabrik Schulte in Leer besetzten am Freitag, den 9.8. den Betrieb, da ihnen seit Juli keine Löhne gezahlt worden waren.

Schon seit Jahren war die Firma in Schwierigkeiten und hatte wiederholt Schulden gemacht.

Als der Firmeninhaber im Krankenhaus lag, bestellten die beiden Mitgesellschafter der GmbH & Co. KG zwei „Notgeschäftsführer", die die Liquidierung der Firma vorbereiteten. Sie stellten fest:

- **in der Kasse ist kein Pfennig Geld**
- **alle Konten sind gesperrt**
- **alle Forderungen sind abgetreten**
- **eine nichtbezahlte Maschine ist vom Lieferanten abgebaut und abtransportiert worden**
- **Löhne sind seit Juli, „vermögenswirksame Leistungen" seit drei Monaten nicht mehr gezahlt worden.**

Die beiden „Notgeschäftsführer", die den Arbeitern nicht bekannt waren, machten sich eiligst daran, Lagerbestände an Käufer abzugeben, ohne ordnungsgemäße Lieferscheine und Rechnungen zu schreiben.

Als die Arbeiter beim Arbeitsamt erfuhren, daß ein Konkursantrag nicht vorläge und daß Gefahr bestünde, daß die Lagerbestände weit unter Marktwert verkauft würden, besetzten sie drei Tage lang den Betrieb, um sich selbst Pfänder für ihre ausstehenden Lohnzahlungen zu sichern.

Sie beendeten diese Betriebsbesetzung, weil sie erfuhren, daß schon vor geraumer Zeit der Inhaber der Firma das gesamte Inventar an Banken übereignet hatte, um weitere Kredite zu erhalten. Außerdem hatte die Firma mittlerweile den Konkurs angemeldet, so daß die Arbeiter ihre Lohnforderungen beim Arbeitsamt geltend machen konnten.

In Ostfriesland allerdings neue Arbeitsplätze zu finden, wird schwerfallen, zumal die Möbelfabrik in der letzten Zeit bis auf vier Tischler nur noch Hilfskräfte beschäftigte.

In Ostfriesland ist man so hohe Arbeitslosenquoten gewohnt, daß die 25 Schulte-Arbeiter statistisch kaum ins Gewicht fallen.

Entsprechend desinteressiert reagierte auch der Verwaltungschef der Stadt Leer, Oberstadtdirektor Klein, auf die Vorfälle:

„Wir haben andere, größere Sorgen." („FR" v. 14.8.74).

„In der Größenordnung ist die Sache zu geringfügig, als daß wir uns damit befassen müßten." („FR" 14.8.)

Klein hat aber auch noch einen zweiten Grund, sich um den Fall nicht zu kümmern:

„Die Sache ist ziemlich undurch-

„Die Sache ist ziemlich undurchsichtig." („FR", 14.8.).

Schon einige Tage nach der Betriebsbesetzung der Schulte-Arbeiter gab es eine zweite Betriebsbesetzung in Leer. 20 Beschäftigte der Firma Beton-Elementbau Jacob Schmidt errichteten eine Barrikade aus Beton-Fertigteilen und legten einen Baukran um, um den Abtransport von Bauteilen zu verhindern. Seit fünf Wochen haben die Arbeiter keinen Lohn erhalten.

Sie verlangen, daß bis zum 31.8. ein ordnungsgemäßes Verfahren eingeleitet wird, damit sie ihren Anspruch auf Konkursausgleichszahlungen des Arbeitsamtes geltend machen können. ●

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

LESERBRIEF
Über eine ganz „normale" Entlassung

Auf der HDW-Kiel werden durchschnittlich jeden Monat 130 Kollegen entlassen. Darunter befinden sich einmal die Kollegen, die „auf eigenen Wunsch" die Werft verlassen. Das heißt im Klartext, daß sie der Arbeitshetze, vor allem dem mörderischen Programmlohn, nicht gewachsen sind bzw. nicht zu den Kollegen gehören wollen, die fast täglich im Unfallwagen aus der Werft gefahren werden oder zu denen, für die diese Fahrt die letzte ist (traurige HDW-Weisheit: „Auf jeden Tanker kommt ein Toter").

Die anderen Entlassenen fallen unter die Kategorie „nicht tragbar" und „nicht geeignet".

Um aufzuzeigen, was sich dahinter verbirgt, haben wir den Fall eines Kollegen rausgegriffen, der als „nicht geeignet" entlassen wurde:

Ein Arbeiter bekam den Auftrag, Langlöcher in Bandstähle zu feilen. Pro Bandstahl 4 Löcher, das macht bei 96 Stück 384 Langlöcher. Damit war er für drei Tage beschäftigt (neun Stunden täglich – versteht sich!).

Dem Kollegen, der gerade seine Lehre als Autoschlosser beendet hatte und erst seit drei Wochen auf HDW war, wurde die Arbeit übergeben, ohne daß ihm der Arbeitsgang vorher erklärt worden war.

Man spekulierte offensichtlich darauf, daß er die Arbeit schon hinkriegen würde, da die meisten Autoschlosser eine „Feilausbildung" genossen haben.

Jedenfalls kam Meister Berner am dritten Tag, um sich die Arbeit anzusehen. Er stellte fest, daß 80 % der Langlöcher falsch befeilt waren und schrie daraufhin den Kollegen eine Viertelstunde lauthals an. Als er sein Geschrei beendet hatte, forderte er den Kollegen auf, sich „seine Papiere zu holen". Dann rief er einen Lehrling, der ihn in seiner „glorreichen Tat" noch bestätigen sollte, was dieser allerdings unterließ. Daraufhin wurde der Lehrling von ihm übel angemacht: „Werd' ja nicht auch so flusig, sonst stech' ich euch allen ein Messer in den Arsch" (solche und ähnliche Sprüche sind sowieso fester Bestandteil seines Repertoires).

An diesem Rausschmiß läßt sich gut das politische Ziel aufzeigen, daß die Kapitalisten mit ihren Entlassungen, Ermahnungen, Verwarnungen usw. erreichen wollen: Einschüchterung und Angst um den Arbeitsplatz. Damit wird – neben dem ökonomischen Zwang zur Arbeit – die kapitalistische Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin sowie Duckmäusertum und Nach-dem-Munde-Reden durchzusetzen versucht. In diesem Fall gelang das sogar soweit, daß einige Kollegen der Abteilung dem Meister Recht gaben.

Der Betriebsrat, als Interessenvertreter der Kollegen, hätte die Aufgabe, diesen zahlreichen Entlassungen im einzelnen nachzugehen. D.h., er hat die Kollegen der Abteilung aufzusuchen und nicht die Meister, Ingenieure usw., wie das üblich ist. Er hat die Kollegen zu befragen, ob er die Entlassung unterschreibt oder nicht.

Stattdessen ist es übliche Praxis des sozialdemokratischen Betriebsrates (BR), so gut wie jede ihm von der Geschäftsleitung vorgelegte Entlassung abzuhaken, bzw. sich sogar noch als Motor der kapitalistischen Entlassungsmaschine zu betätigen. Dies vor allem bei politischen Entlassungen. Solche Maßnahmen werden dann vom Oberdrahtzieher und BR-Vorsitzenden Otto Böhm höchstpersönlich mit zynischen Kommentaren begleitet wie: „Jetzt haben wir endlich einen Idioten weniger auf der Werft!"

Die Aufgabe der Kommunisten und klassenbewußten Kollegen ist es, in Zukunft verstärkt die Entlassungen im einzelnen zu enthüllen und den Kampf dagegen zu organisieren. Nur so können die Arbeiter auch die Kraft entwickeln, politische Entlassungen bei Streiks etc. zurückzukämpfen. ●

Ein Kieler Genosse

Frankfurt

Rationaliserungen bei Braun

Die Firma Braun AG mit ihren Hauptwerken in Frankfurt und Kronberg gehört zum amerikanischen Konzern Gillette.

In der Elektronikproduktion von Frankfurt werden Hifi-Geräte hergestellt; im Werk Kronberg befindet sich die Hauptverwaltung, einige Zulieferungsabteilungen und etwas außerhalb die Feuerzeugproduktion/Westerbachstraße.

Seit Anfang des Jahres führen die Braun-Kapitalisten schrittweise systematische Rationalisierungsmaßnahmen durch:

- In der ersten Januarwoche: drei Tage „Zwangsurlaub" für alle Kollegen des Elektronik-Bereiches in Frankfurt.
- Mitte Januar: es wird bekannt, daß in Frankfurt 85-90 Kollegen und
● Mitte Januar: es wird bekannt, daß in Frankfurt 85-90 Kollegen und
in der Westerbachstraße ca. 40 Kollegen entlassen werden sollen. Diese Maßnahme wird auch durchgeführt und zwar in drei Schüben von Januar bis März. Damit wird eine Meldung der Entlassungen beim Arbeitsamt umgangen.
- Gleichzeitig wird ein genereller Einstellungsstop für die gesamte Firma erlassen.
- Ebenfalls gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die Feuerzeugproduktion in der Westerbachstraße bis zum Herbst langsam auslaufen soll, mit der Begründung, die Räume dort seien nicht mehr anmietbar. Und das, obwohl den Kollegen schon seit langem die Verlagerung der Feuerzeugproduktion nach Irland bekannt ist.
- Ende März: die Geschäftsleitung stellt den BR vor die Alternative: entweder 50 weitere Entlassungen in der Westerbachstraße oder Kurzarbeit für diesen Bereich. Der BR stimmt einer Kurzarbeit vom 22.4. bis 27.9. zu.
- Anfang Juli: es zeigt sich, daß Kurzarbeit keine Sicherung der Arbeitsplätze bedeutet: die Feuerzeugproduktion wird ganz eingestellt, ca. 45 Kollegen entlassen.
- Zur gleichen Zeit wird den Kollegen in Frankfurt in einer außerordentlichen Betriebsversammlung mitgeteilt, daß für den Elektronikbereich Kurzarbeit beantragt worden ist. Und zwar voraussichtlich für ein halbes Jahr.

Als nächste Schritte sind die Entlassungen von 50 Angestellten in Frankfurt und weiteren 60 in Kronberg geplant.

Die Begründung der Geschäftsleitung für diese Maßnahmen besteht aus folgenden Punkten:

1. im Januar lag die Firma mit 12,8 % unter dem geplanten Umsatzsoll.
2. Es existieren Lagerbestände für 140 Mill. DM – normal seien Bestände von 100 Mill. DM.
3. Die „Ölkrise" und die augenblickliche Konjunkturschwankung habe zu einer Kaufzurückhaltung der Verbraucher und zu einem Preisanstieg der von Braun benötigten Kunststoffe geführt.
4. Die Aufhebung der Preisbindung habe ebenfalls zu einer Verbraucher-Zurückhaltung geführt.
5. Der Wettbewerb auf dem Elektronikmarkt habe sich verschärft. Siemens beispielsweise könne im Ausland billiger produzieren und deshalb auch preisgünstiger anbieten (so VO-Vorsitzender Dr. Herrmann auf der Betriebsversammlung).

Tatsache ist, daß Braun in „Absatzschwierigkeiten" steckt. Tatsache ist aber auch, daß die wirkliche Ursache für diesen Absatzschwund in einer wahnwitzigen Überproduktion der vergangenen Jahre liegt. Dies bedeutet für die Braun-Kapitalisten eine vorübergehende Profitstockung. Um trotz dieser veränderten Absatzlage weiter ihre Profite zu sichern und aus-
trotz dieser veränderten Absatzlage weiter ihre Profite zu sichern und aus-
zubauen, führen sie auf Kosten und zu Lasten der Arbeiter und Angestellten systematische Rationalisierungsmaßnahmen durch. Diese Rationalisierungswelle steht praktisch erst am Anfang; was noch weiter auf die Kollegen zukommt, ist ungewiß. Daß Kurzarbeit keine Sicherheit für die Arbeitsplätze bedeutet, haben die Kollegen der Westerbachstraße am eigenen Leib erfahren müssen.

Eine weitere Möglichkeit, aus diesen „Schwierigkeiten" herauszukommen, sehen auch die Braun-Kapitalisten in der Verstärkung des Kapitalexports.

Als erstes steht die Verlagerung der Feuerzeugproduktion nach Irland bevor. Daß dies nicht die einzige Produktionsverlagerung bleiben wird, erkennt man an den Äußerungen des VO-Vorsitzenden Dr. Herrmann, der auf der Betriebsversammlung am 13.5.74 in Frage stellte, „ob Deutschland als Produktionsland noch konkurrenzfähig bleibt". In seiner Rede besaß er den Zynismus, den Kollegen eine Produktionsverlagerung in Länder mit niedrigeren Löhnen als „Sicherung der Arbeitsplätze in der BRD" zu verkaufen.

Wie sicher die Arbeitsplätze durch solche Maßnahmen werden, können die Kollegen der Westerbachstraße, die von einem Tag auf den anderen entlassen wurden, am besten beurteilen.

Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt „zwingt" die Kapitalisten heute immer mehr, in Niedriglohnländern zu produzieren, wie Dr. Herrmann dies auf der Betriebsversammlung am Beispiel Siemens auch deutlich sagte.

Das bedeutet auch für die Braun-Kollegen, daß die Angst um ihren Arbeitsplatz keine Frage einer momentanen Krise ist, sondern zu einer Dauersituation werden wird. Dieses permanente Klima der Angst wird von den Braun-Kapitalisten noch dadurch geschürt, daß sie die gesamten Maßnahmen systematisch und schrittweise durchführen. ●

KB/Gruppe Frankfurt

Vom Elefanten zum Giganten

Thyssen-Konzern an die Spitze der Edelstahlproduktion gestartet!

Bereits im Juni dieses Jahres wurde öffentlich davon gesprochen, daß der Thyssen-Konzern im Zuge der weiteren Neuordnung, oder besser: Strukturbereinigung seines Wirtschaftsimperiums, die Edelstahlwerke Witten sich gänzlich einzuverleiben strebt. Begleitet von zahlreichen Dementis wurden die Verhandlungen mit dem bayrischen Schlotbaron August von Finck Ende August abgeschlossen. Für geschätzte 60 Mio. Mark verkauft der Edelmann sein Edelstahlpaket von rund 35 % an die August-Thyssen-Hütte (ATH). Man vermutet, daß er einen sogenannten Paketaufschlag von rund 10 Mio. Mark zu dem Börsenwert von 50 Mio. Mark der Aktien erhalten hat. Die ATH, die über die (vor einem Jahr geschluckte) Rheinstahl AG bereits einen Anteil von 62 % des Aktienkapitals (40 Mio. Mark) der Edelstahlwerke Witten hielt, wird die „alte Tochter" aus der Vorkriegszeit (Vereinigte Stahlwerke) nun wieder fest zur Brust nehmen.

Mit der aktuellen vollständigen Übernahme der Edelstahlwerke Witten in den Thyssen-Konzern, hat dieser sich an die Spitze der westdeutschen Edelstahlproduktion gestellt. Zusammen mit dem alten „Besitz", den Edelstahlwerken in Krefeld (und Bochum) sind in der Edelstahlproduktion des Konzerns nunmehr rd. 21.500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, die im Vorjahr zusammen einen Umsatz von rd. 1,86 Mrd. Mark erarbeitet haben.

(1972/73)	Beschäft.	Umsatz (Mio.DM)
Edelstahlwerke Krefeld	14 500	1 360
Edelstahlwerke Witten	7 000	500
Gesamt	21 500	1 860

Die Übernahme ist der Start für weitere Rationalisierung und Expansion

Anläßlich der Finck-Thyssen-Transaktion stellte die „Welt" fest, worum es den Kapitalisten geht: *„Was bisher an den Kapitalverhältnissen scheiterte, wird jetzt verwirklicht: die verstärkte Konzentration in der deutschen Edelstahlindustrie ... Die Zusammenarbeit bietet zusätzlich auch erhebliche Rationalisierungsvorteile, die zur Festigung der Marktposition im internationalen Vergleich dringend notwendig sein werden."* („Welt", 30.8.74)

Erhebliche Rationalisierungsvorteile haben die Arbeiter und Angestellten bei Thyssen schon ein gutes halbes Jahr zuvor zu spüren bekommen. Im Bochumer Werk der Edelstahlwerke Krefeld wurden bereits Ende letzten Jahres zunächst 150 Beschäftigte und dann nochmals 450 weitere entlassen, weil die Form- und Schleudergußfertigung nach Ansicht der Kapitalisten nicht genügend Profit abwarf und deshalb eingestellt wurde. Die Einstellung der Hartmetall- und Werkzeugfertigung derselben Edelstahlwerke war schon vorher bei Verlust von ebenfalls 450 Arbeitsplätzen aufgegeben worden. Protestaktionen, vor allem der Bochumer Arbeiter, konnten nichts bewirken. Die Thyssen-Kapitalisten, die schon zu der Zeit längst mit den Edelstahlwerken Witten ihre Pläne hatten (schließlich besaßen sie über die Rheinstahl AG ja bereits 62 % der Aktien dort), hatten die (Be-)Reinigung des Edelstahlsektors (von Arbeistplätzen) schon fest eingeplant. Schon seit längerer Zeit waren die Stahlkapitalisten mit der (Profit-) Situation in der Edelstahlbranche nicht zufrieden. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Edelstahlvereinigung, Dr. Vorwerk, zeigte sich auf einer Mitgliederversammlung im Juni d. J. sehr unzufrieden:

„Seit Jahren könnten die Investitionen nicht mehr durch Abschreibungen finanziert werden ... Es gelte darum, in den Betrieben neue Produktionsreserven zu erschließen und die Geschäftspolitik auf Gewinnmaximierung zu konzentrieren. Dazu gehörten die Straffung der Produktion, ebenso Programmbereinigung, aber auch schnelleres Reagieren auf Veränderungen des Marktes." („Süddeutsche Zeitung", 15.6.74)

„Konzentration" und „Gewinnmaximierung" heißt: Konzentration auf Gewinnmaximierung

Es erscheint immerhin bemerkenswert, mit welcher Offenheit (und welchem Zynismus) klargestellt wird, wie der Hase zu laufen hat. „Profitmaximierung" heißt, den höchstmöglichen Profit, und nicht nur irgendeinen Profit, herauszuschlagen. Alles Gerede von der „Sicherung der Arbeitsplätze", wie es in der Regel von Gewerkschaftsführern zur Rechtfertigung ihrer Zustimmung zu gigantischen Kapital-Fusionen vorgeschoben wird, erweist sich (wieder einmal) als Demagogie gegenüber der Arbeiterklasse.



Die Arbeiter der Edelstahlwerke Bochum erzwangen eine außerordentliche Betriebsversammlung

Tatsächlich verhält es sich so, daß das Gerede vom „Schuldenberg" und der Notwendigkeit, die „schlimmsten Verlustquellen zu stopfen", nicht darüber hinwegtäuschen sollte, daß die Edelstahl-Kapitalisten im Zuge des weltweiten immensen Stahl-Booms auch in dieser Branche ihren Reibach machen. So gab die Edelstahlindustrie noch im Juni an, daß die inländischen Aufträge – trotz der Flaute in der Automobilindustrie – „kaum gesunken" sind (es wurden lediglich 1.000 t weniger geordert, bei einem Auftragsvolumen von 179 000 t). Die Auslandsaufträge aber stiegen in dieser Zeit um 50 % auf 80 000 t (die Angaben beziehen sich auf das Monatsmittel). Schon 1972/73 konnten die Edelstahlproduzenten mit den Lieferungen den Aufträgen kaum folgen. Inzwischen hat sich ein Auftragsbestand von (geschätzt) 3 - 4 Monaten angesammelt. („Süddeutsche Zeitung", 15.6.74)

Die westdeutschen Stahlkonzerne und insbesondere auch Thyssen nutzen die Zeit für sich, um sich nicht nur für die Zukunft abzusichern, sondern nach dem Motto: „Stillstand bedeutet Rückschritt" – um zukünftig nicht nur der dritte, vielmehr international der erste oder zweite im Bunde der Edelstahlkapitalisten zu sein. Bereits heute haben die westdeutschen Konzerne einen Marktanteil von 45 % im Rahmen der EG und stehen hier an der Spitze.

Im Weltmaßstab rangieren die westdeutschen Edelstahlkapitalisten hinter Japan und den USA.

Kapital und Regierung treiben die Expansion der Edelstahl-Konzerne voran

Die westdeutschen Edelstahlkapitalisten treiben die Expansion ihrer Konzerne voran. Während sie 1959 zwei Mio. t lieferten, haben sie inzwischen den Ausstoß verdreifacht. Die jährliche Steigerungsrate bis 1980 wird auf 4 - 5 % geschätzt. *„Die Einsicht, daß die deutsche Edelstahlindustrie sich aus Wettbewerbsgründen auf den größeren europäischen Markt einstellen muß, ist aber nicht nur bei den Beteiligten der jetzt vollzogenen Neuordnung, sondern auch ‚amtlicherseits' offenkundig verbreitet"* („Welt", 30.8.74).

Bei diesen Bemühungen der Profit-Maximierung, der Rationalisierungen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, dürfen die Konzerne also nicht nur auf wohlwollende, sondern gar auf die aktive Unterstützung der Bundesregierung hoffen. Es liegt auch durchaus im Konzept dieser sozialliberalen Koalition (sozial und liberal gegenüber den Kapitalisten), daß die „alten Pläne" der Edelstahlindustriellen, *„der Edelstahlindustrie in einen größeren, den europäischen Marktverhältnissen angepaßten Anzug zu helfen"* („Welt", 30.8.74), nun endlich verwirklicht werden konnten.

Der „Startschuß zur Neuordnung der Edelstahlindustrie" (Schlagzeile der „Welt" vom 30.8.) signalisierte daß *„die deutsche Edelstahlindustrie in eine entscheidende Entwicklungsphase getreten (ist)"* (ebd.). Die Frage bleibt, wie die Arbeiter und Angestellten der betreffenden Konzerne, wie die Arbeiterklasse insgesamt den zweifellos folgenden harten Angriffen der Imperialisten auf ihre Existenz begegnen können. Bereits in der bald anlaufenden Stahltarifrunde wird es umso notwendiger sein, die langfristigen Pläne der Imperialisten besonders im Stahlsektor, zu enthüllen, um auch auf diese Weise dem Kampf der Stahlarbeiter eine größere Stoßkraft zu verleihen. ●

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

HBV - neuer Satzungsentwurf dokumentiert weitere Angriffe auf die Kollegen

Im letzten „Ausblick", Zeitschrift der Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen (HBV), wurde der Entwurf einer neuen Satzung für die Gewerkschaft vorgelegt. Unter Anleitung von Vietheer (Vorsitzender der HBV) hatte eine Kommission die Aufgabe, die bestehende Satzung zu „reformieren, demokratisieren und zu modernisieren".

Auf dem Dortmunder Gewerkschaftstag vor zwei Jahren wurde beschlossen, daß ein neuer Satzungsentwurf vorgelegt werden sollte, in dem auch grundsätzlich die Arbeit der Betriebsgruppen festgelegt werden sollte. Bis zumindest zum vorgelegten Entwurf wurde der Gewerkschaftsführung bei der Erstellung völlig freie Hand gelassen.

So drückte der Entwurf auch den Grad der Angriffe der Gewerkschaftsführung aus. Schon im einleitenden Artikel zur neuen Satzung wird betont, daß die Satzung die politischen und gesellschaftlichen Ziele der Gewerkschaft HBV festlegt und daher das „Grundgesetz" der Organisation sei.

Unter § 5 werden die Ziele und Aufgaben der HBV angeführt:

Die HBV bekennt sich zu „Demokratie in Staat und Gesellschaft", sie will die „soziale Grundordnung" in Staat und Gesellschaft der BRD weiter ausbauen, die „Mitbestimmung der Arbeitnehmer" und damit die „Demokratisierung" der Unternehmen und der Wirtschaft durchsetzen.

Satzung soll Ausschlüsse legitimieren

Der Satzungsentwurf sichert zwar unter § 9 den Mitgliedern das „Recht auf freie Meinungsäußerung" zu. Tatsächlich wird aber von den Mitgliedern eine Identifizierung mit den politischen Aussagen des Vorstands gefordert: daß in der BRD die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" herrsche (und nicht etwa die Macht des Kapitals), daß eine „soziale Grundordnung" herrsche (und nicht etwa höchst unsoziale und ungerechte Zustände auf allen Gebieten), daß die „Mitbestimmung" den Arbeitern Vorteile bringe u.a.m.

So will z. B. die Hamburger Chemie-Führung Mitglieder bei Texaco ausschließen, weil diese sich gegen die Aufsichtsratswahlen und gegen die „Mitbestimmung" ausgesprochen haben.

Ein weiteres Beispiel für das Verständnis des Begriffs „gewerkschaftliche Ziele" gab der Betriebsratsvorsitzende der COOP, Hachmann. Zwei Kollegen, die sich bei der COOP besonders stark gegen die „Rationalisierungs"-Entlassungen einsetzten, sollen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Ein „Argument" von Hachmann ist, daß ein Abwehrkampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen bei COOP „gewerkschaftsfeindlich" sei. Dies wurde von ihm öffentlich auf einer Mitgliederversammlung der COOP kundgegeben.

Nach der Satzung ist es der HBV möglich, jeden Kollegen auszuschliessen, nur mit dem Argument, daß er gegen das Ziel der Demokratisierung verstoßen habe, denn was Demokratisierung bedeutet, bestimmt die Gewerkschaftsführung.

So wurde auch vorsorglich in den Entwurf neu hineingenommen, daß der Mitgliedsausweis Eigentum der Gewerkschaft HBV bleibt, man ihn also nur „leihweise" bekommt.

Da weitere Ausschlüsse in den Gewerkschaften geplant sind, wurde auch neu der § 13 Punkt 3 aufgenommen: Hat ein Mitglied bei der Aufnahme den Ausschluß aus einer anderen Gewerkschaft verschwiegen, wird die Mitgliedschaft ab dem Tage des Bekanntwerdens bis zur Entscheidung des Hauptvorstandes über die Gültigkeit der Mitgliedschaft suspendiert.

Zerschlagung der oppositionellen Kräfte

Schon die bestehende und gültige Satzung drückt aus, daß eine freiheitliche Meinungsäußerung nicht möglich ist, daß Diskussionen und Standpunkte, die nicht der sozialdemokratischen Politik der Gewerkschaftsführung entsprechen, abgewürgt werden.

Durch den neuen Satzungsentwurf wird deutlich, in welcher Phase sich die Gewerkschaftsführung befindet, die innergewerkschaftliche Demokratie weiter zu torpedieren und abzubauen.

Kein Wort in der neuen Satzung über die Arbeit der Betriebsgruppen, über die Unterstützung der BG und deren weiteren Aufbau.

Die geforderte Absicherung der BG durch die Aufnahme in die Satzung wurde überhaupt nicht berücksichtigt. Im Gegenteil, Betriebsgruppen, in denen eine aktive und fortschrittliche Arbeit geleistet wird, sollen zerschlagen werden. So bei COOP, wo die Gewerkschaftsführung die fortschrittlichen Kräfte rausschmeissen und die BG zu einem Vertrauensleutekörper machen will, der völlig funktionslos an die Gewerkschaftsführung gebunden werden soll. Oder die Iduna-BG, die der Gewerkschaftsführung schon lange ein Dorn im Auge ist, und deren Veröffentlichungen nicht mehr gedruckt werden, gegen die ständig Hetzkampagnen geführt werden.

Durch die Zerschlagung der Betriebsgruppen soll gleichzeitig auf den Abbau der Mitgliederversammlung hingewirkt werden.

Die zunehmende oppositionelle Haltung der Kollegen auf den Mitgliederversammlungen gegenüber der Politik der Gewerkschaftsführung und ein teilweise gemeinsames Vorgehen der Kollegen durch Vorbereitungen in der BG soll bereits zerschlagen werden. Gerade die im letzten Jahr durchgeführten Mitgliederversammlungen haben zu einer Annäherung der Standpunkte der BG geführt.

Den Aufbau der organisierten Opposition weiter entwickeln

Unabhängig von der Mitgliederversammlung ist es für die bestehenden fortschrittlichen Betriebsgruppen und Kollegen notwendig, Kontakte zu knüpfen und sich zu wichtigen Fragen gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten. So wird es von großer Bedeutung sein, ob es gelingt, zu einem gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und den Verrat der Gewerkschaftsführer gerade in dieser Frage zu kommen. So spricht die Gewerkschaftsführung von „notwendigen" Entlassungen bei der COOP oder der Hamburg-Mannheimer.

Obwohl es illusionär wäre anzunehmen, den Satzungsterror und die Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführung gegenwärtig völlig verhindern zu können, muß der Kampf gegen den neuen Satzungsentwurf geführt werden. Gerade an dieser Satzung wird sich mit zeigen, wie weit es den fortschrittlichen Kräften gelingt, die organisierte Opposition weiter zu entwickeln und gemeinsam diese Satzung abzulehnen, von der demagogisch behauptet wird, daß sie der immer stärker werdenden Forderung nach mehr Demokratie entspräche. ●

Ein Hamburger HBV -Genosse

Pierburg-Neuß

Prozeßwende?

Vorm Düsseldorfer Arbeitsgericht führen die Anwälte der Pierburg-Autogerätebau AG/Neuß immer neue ‚Zeugen' vor, um die fristlose Kündigung von vier Betriebsräten endlich rechtswirksam werden zu lassen (wir berichteten bereits in mehreren Ausgaben des AK über die scharfen Auseinandersetzungen bei Pierburg, siehe AK 43, 44, 46 und 47).

Da offenbar das Reservoir innerbetrieblicher Denunzianten ausgeschöpft ist (die Kapitalisten hatten mehrere Leute aus dem Lohnbüro und einem Nebenbetrieb als ‚Zeugen der Anklage' gewinnen können) haben die Kapitalisten-Vertreter in der Wohngegend (!) der beklagten Betriebsräte rumgeschnüffelt – und, siehe da! – einige Nachbarn aufgetan, die Bemerkenswertes zu berichten wußten. Zum Beispiel: „Es war ein Kommen und Gehen (in der Wohnung eines griechischen Betriebsrates!, Anm.d.Red.). Zehn, zwölf Wagen waren manchmal vorgefahren," erinnerten sich einige Nachbarn (lt. „Metall", 17/74.

Daß das Zusammensein von so vielen Leuten – und noch dazu in der Wohnung eines Ausländers – den Argwohn von Spießern erregt, liegt auf der Hand. Daß die Pierburg-Kapitalisten sich solcher Spießeraussagen glauben bedienen zu müssen, um ihren Vorwurf „Störung des Betriebsfriedens" (!) gegen die vier gekündigten Belegschaftsvertreter zu beweisen, zeigt wohl noch einmal, daß sie effektiv n i c h t s gegen die Kollegen in der Hand haben.

‚Kronzeuge' der Kapitalisten widerruft

Die gesamte Kündigungsklage der Pierburg-Kapitalisten vorm Arbeitsgericht stützte sich bisher auf die Aussage des griechischen Ex-Betriebsrates Satolias – der seine Betriebsratskollegen Kellidis, Braeg, Leipziger und Jimihez denunziert hatte, im Sommer vergangenen Jahres den spontanen Streik der Pierburg-Belegschaft ‚geleitet' zu haben.

Satolias war nach dieser Aussage nach Griechenland verschwunden.

J e t z t – nach den jüngsten innenpolitischen Entwicklungen in Griechenland – hat Satolias seine früheren Aussagen zu dieser Sache widerrufen und schwere Beschuldigungen gegen die Pierburg-Kapitalisten erhoben.

Wir geben hiermit den Wortlaut des notariell beglaubigten Schreibens von Satolias wieder. Der Brief war an den DGB adressiert (Nachdruck im „Berliner Extradienst", 23.8.74):

„Sehr geehrte Herren und Kollegen!

Mit diesem Schreiben nehme ich Stellung gegen Gesprochenes und Geschriebenes in der westdeutschen Presse zu meiner Person bezüglich des Streiks im August (13.8.73) in der Stadt Neuß und in der Firma Pierburg. Alle Veröffentlichungen in der deutschen Presse und die vorgelegten Dokumente bei dem deutschen Gericht, die gerade mich persönlich betreffen, als Zeuge des Klägers gegen Braeg, Kellidis, Jeminez, Leipziger, die als Organisatoren des Streiks im August 73 beschuldigt werden, entsprechen nicht der Wahrheit.

Ich gebe zu, daß meine persönliche Aussage unter dem psychologischen Druck und persönlicher Drohung der Geschäftsleitung der Firma Pierburg sowie von Agenten der damaligen griechischen Junta, die mit eigenen Organisationen im Ausland wirkten, stattgefunden hat.

Ich konnte diese schrecklichen Repressalien nicht vermeiden, da ich Vater von drei Kindern bin. Als ich nach Griechenland zurückkam, wurde ich von der Juntapolizei empfangen und war ständig unter scharfer Kontrolle. Trotzdem verfolgte ich ununterbrochen diese Sache, die Intrige der Firma Pierburg, in deutschen Zeitungen und Illustrierten, die in Athen verkauft worden sind.

Heute, wo alle Griechen frei sind, ich auch, wende ich mich mit einer ersten Aktion an das deutsche und griechische Publikum. Ich verurteile öffentlich die Taktik der Firma sowie der Junta, die mit allen Mitteln versucht haben, einen Gewerkschafter zu vernichten, der sich neun Jahre für die sozialen Rechte der Arbeiter eingesetzt hat.

Ich stelle mich in Zukunft den Journalisten und der deutschen Justiz zur Verfügung, um diese Angelegenheit zu klären.

Durch dieses Schreiben sende ich meine herzlichen Grüße an alle Kollegen, besonders den Beklagten Kellidis, Braeg und Jiminez, und ich bestätige ihnen, daß ich zu jeder Zeit an ihrer Seite stehe.

Mit kollegialen Grüßen
Unterschrift Satolias Nikifores, Platonos 96, Piräus Kerazini."

Metall-Komitee ●
KB-Gruppe Hamburg

11. Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover
„Wirtschaftsdemokratie" und Antikommunismus im Mittelpunkt

Vom 15. - 21. September findet in Hannover der 11. Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Die Gewerkschaftsführer haben ihn unter das Allerweltsmotto „Demokratie und Menschenwürde — ein ständiger Auftrag" gestellt. Damit wird unmittelbar angeschlossen an das Motto des 10. Gewerkschaftstages vor drei Jahren in Wiesbaden: „Gesellschaftsreform als gewerkschaftliche Aufgabe." Der damalige IGM-Vorsitzende Brenner sprach damals vom „Reifeprozeß der kapitalistischen Wirtschaft", der Bedingungen für die Demokratie geschaffen habe, die „eine Abkehr vom Barrikadenkampf hin zur sozialen Reformbewegung" erfordere.

Im Mittelpunkt der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Aussagen werden einige Entschließungsanträge des IGM-Vorstandes stehen, die in konzentrierter Form die theoretischen Grundsätze der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zur Absicherung und zum Ausbau ihrer Gewerkschaftspolitik formulieren.

Grundsätzlich wird die „freie Marktwirtschaft" (=Kapitalismus) anerkannt. Die *'Freiheit der unternehmerischen Entscheidungen'* sei nur *„überall dort einzuschränken, wo diese zu übergeordneten sozialen und gesamtwirtschaftlichen Interessen in Widerspruch stehen."*

Hier knüpfen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer an die Theorien ihrer Wirtschaftstheoretiker Hilferding und Naphtali an, die nach dem 1. Weltkrieg das Konzept des „organisierten Kapitalismus" und der „Wirtschaftsdemokratie" entwickelten und zum Programm des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) machten. Diese Theorien geben den grundsätzlichen Kampf gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf und beschränken sich auf eine „Politik der Reformen", mit einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. Das

tik der Reformen", mit einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. Das

ursprüngliche Ziel der Gewerkschaften, der Sozialismus, das Hinarbeiten auf die sozialistische Revolution, wird geopfert zugunsten einer „allmählichen" Veränderung des Kapitalismus. Der Sozialismus wird heute bestenfalls noch als „demokratischer Sozialismus" in Worten erwähnt — ein Kampfziel ist er schon lange nicht mehr.

Die „Konfliktfelder" geben die IGM-Führer in ihrer Entschließung an:

- ▷ Preisaufsicht durch das Kartellamt mit einer „Mißbrauchsaufsichtskontrolle"
- ▷ Ausbau dieser Aufsicht auf „multinationaler" Ebene
- ▷ Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum; besonders wird hier der Mineralölmarkt erwähnt, wobei die IGM-Führer den Aufbau eines nationalen Energiekonzerns fordern
- ▷ Steuerung und Kontrolle der Investitionen (Investitionslenkung); hierzu soll der Vorstand Grundzüge noch erarbeiten.

Ferner wird eine *„Demokratisierung der mit dem Produktionsvermögen verknüpften wirtschaftlichen Verfügungsmacht"* gefordert durch:

- ▷ *„paritätische Mitbestimmung zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht"* in den Betrieben,
- ▷ *„gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung in paritätisch besetzten Wirtschafts- und Sozialräten mit Informations-, Konsultations- und Initiativrechten."*

Der in der Vergangenheit immer wieder gescheiterte Versuch, Klassengegensätze zu leugnen oder zu überspielen, ist auch die Ursache dafür, daß auf diesem Gewerkschaftstag Fragen der „innergewerkschaftlichen Demokratie" und die Disziplinierung der Mitgliedschaft eine zentrale Bedeutung haben.

Die Verschärfung der Klassenauseinandersetzung der letzten Jahre, das gestiegene politische Bewußtsein eines Teils der Gewerkschafter, die verstärkte Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften haben den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der Gewerkschaftsführer und der Klassenwirklichkeit in der BRD innerhalb der Gewerkschaften offensichtlicher gemacht. Das ebenfalls bewährten Vorbildern der Vergangenheit entlehnte Instrumentarium zur Disziplinierung der Mitglieder ist für die Gewerkschaftsführer notwendiger praktischer Bestandteil zur Absicherung und Verteidigung ihrer theoretischen Grundsätze.

Antikommunismus als Programm

Im Geschäftsbericht des IGM-Vorstands 1971 - 1973, der dem Gewerkschaftstag vorgelegt wird, widmen die Gewerkschaftsführer dem „politischen Extremismus" immerhin 6 volle Seiten. Wie es sich für diese Herren gehört natürlich dem „Extremismus von rechts und links". Dem rechten allerdings nur ganze 23 Zeilen, dem linken hingegen 157 Zeilen.

Der unterschiedliche Umfang der Auseinandersetzung mit den „Extremen" wird vorher abgesichert: *„Im Berichtszeitraum setzte sich der Niedergang des Rechtsradikalismus fort"* (Geschäftsbericht, S. 22). Belegt wird diese ungeheuerliche Behauptung mit einigen Zahlenbeispielen vom Abschneiden der NPD bei den Bundestagswahlen und der Bemerkung: *„Der letzte Parteitag der NPD ging im Oktober 1973 so gut wie unbeachtet über die Bühne."* !!!

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften Monate vorgesehen, Anträge zu dis- fassenden Anträgen zusammen. Ein

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften Angriffen auf die Arbeiterklasse, zu den Angriffen auf die Gewerkschaften und das Koalitionsrecht, zur zunehmenden Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Stattdessen: *„Im abgelaufenen Berichtszeitraum können die deutschen Gewerkschaften für sich in Anspruch nehmen, einen wesentlichen Beitrag zur fortschrittlichen Veränderung dieser Gesellschaft geleistet zu haben. Die bei der Bevölkerung und den Regierungen (!!) zunehmende Erkenntnis, daß unsere Gesellschaft dringender Reform bedarf, ist nicht zuletzt auf unsere gewerkschaftliche Arbeit zurückzuführen."* (S. 13).

„Sich zuspitzende Auseinandersetzungen" werden als *„ablehnender Widerstand konservativer Gruppierungen, die den Fortfall ihrer ungerechtfertigten Privilegien befürchten"*, verniedlicht.

So abgesichert, wird nach links geschlagen: *„Im Gegensatz zum Abflauen des organisierten Rechtsradikalismus hat im Berichtszeitraum die linksextremistische Aktivität erheblich zugenommen."* (S.23). Als höchst zweifelhafte Belege dienen eine Reihe von RGO-Zitaten aus der „Roten Fahne" der „KPD" und vor allem aus dem „Roten Morgen" der „KPD/ML". „Rote Listen" bei den Betriebsratswahlen 1972 und die spontanen Streiks des letzten Jahres, die Arbeit unter den ausländischen Kollegen, werden erwähnt.

Fazit: *„Der ‚linke' Verbalradikalismus eignet sich weitaus besser zum Vorspann gewerkschaftsfeindlicher Unternehmungen als die bisher immer wieder gescheiterten Versuche von offen gelber Seite" (S. 25).*

Anträge zum Gewerkschaftstag

966 Anträge liegen den Delegierten des Gewerkschaftstages vor; 92 davon stellte der Vorstand — ausschließlich Anträge zur Änderung der Satzung.

Die größten Komplexe sind Satzungsanträge: 313 und Anträge zu Tariffragen: 154.

Nach der IG Metall-Satzung dürfen Anträge stellen: die Vertreterversammlungen der einzelnen Verwaltungsstellen (118 von 150 haben hiervon Gebrauch gemacht), der Gewerkschaftsvorstand, die Bundesausschüsse (15 Anträge stellte der Bundesjugendausschuß, vier der Bundesfrauenausschuß).

Bevor die Anträge überhaupt auf dem Gewerkschaftstag landen, müssen sie noch durch einen großen Filter, der in den Betrieben beginnt und in den Vorstandsetagen endet. Wir wollen das am Beispiel des Zustandekommens der Anträge der Verwaltungsstelle Hamburg verdeutlichen.

Etwa Mitte Februar schickten die Gewerkschaftsführer ein Rundschreiben an die Mitglieder der Vertreterversammlungen und die Vorsitzenden der Vertrauenskörper, in dem diese aufgefordert wurden, *„rechtzeitig in ihren Gremien zu beraten, ob und welche Anträge der Vertreterversammlung zugeleitet werden sollen."*

Die Mitglieder selber wurden hierbei gar nicht angesprochen, ihnen ist in der Regel der ganze Ablauf und das Zustandekommen derartiger Anträge gar nicht bekannt. Die einzige offizielle Information an die Mitglieder war eine Veröffentlichung der Tagesordnung (nach Sachgebieten gegliedert) in der Zeitung „Metall" vom 5. März '74. Folgende Termine wurden in Hamburg gesetzt: 11. April Antragsschluß in den Betrieben, 21. Mai Beschluß der Anträge in der Vertreterversammlung, 31. Mai Einreichung der Anträge beim Vorstand.

In den Betrieben waren also zwei Monate vorgesehen, Anträge zu diskutieren und einzureichen, der Vorstand hatte hinterher vier Monate Zeit, sich damit auseinanderzusetzen und sich vorzubereiten.

Bei der Antragsberatung in den Vertrauenskörpern wurde zum erstenmal gefiltert. Sozialdemokratische Betriebsräte und VK-Leiter waren bemüht, die Diskussion um den Gewerkschaftstag auf Sparflamme zu halten, wobei ihnen die gleichzeitig stattfindende Metalltarifrunde dies noch leichter machte.

Dennoch gelang es in einer Reihe von Betrieben, fortschrittliche Anträge mehrheitlich durchzusetzen:

- ▷ **Austritt aus der Konzertierten Aktion, siebenmal**
- ▷ **Weg mit dem Beiratsbeschluß, (Ausschlußerlaß gegen „Linksradikale"), zweimal**
- ▷ **Weg mit den Berufsverboten, einmal**
- ▷ **Weg mit dem Schlichtungsabkommen, sechsmal.**

Außerdem wurden verschiedene Anträge zur Verbesserung der innergewerkschaftlichen Demokratie gestellt: Wahl der Tarifkommissionen in den Betrieben, Aufstellen von Forderungen in den Betrieben, Urabstimmungen mit einfacher oder 2/3 Mehrheit.

Diese Anträge kamen zumeist aus den Betrieben Reynolds, Kolbenschmidt, Rheinstahl, Norderwerft und von einer Gruppe von Vertrauensleuten von Blohm&Voss (insgesamt wurden in 18 Betrieben und sieben Ausschüssen Anträge gestellt. Hamburgs größter Metallbetrieb Blohm&Voss hat dabei nicht einen einzigen Antrag des VK zustande gebracht, während bei den Howaldtwerken (HDW) fünf Anträge verabschiedet wurden: zwei zur Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen, zwei zur Sicherung der „Entschädigung bei Seminaren"; in beiden Betrieben blockten die führenden sozialdemokratischen Demagogen der IGM die Initiativen der Linken zugunsten der Passivität und Verhinderung der Diskussion ab.

Alle 133 Anträge faßte die Hamburger IGM-Ortsverwaltung nach Sachgebieten gegliedert zusammen. Diese Zusammenfassung erhielten nur die Mitglieder der Vertreterversammlung. Dazu gab der Ortsvorstand ein Extraheft heraus: „Empfehlungen der Ortsverwaltung zur Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge". Jeder Antrag wurde dann mit dem Stempel der Gewerkschaftsführer versehen: „Annahme" oder „Ablehnung" wurde dahinter geschrieben, oder die Gewerkschaftsführer faßten mehrere Anträge mit neuem Text zusammen. **In diesen „Empfehlungen" wurden sämtliche vorher zitierten fortschrittlichen Anträge mit „Ablehnung" versehen. Die Vertrauensleute von Reynolds und eine Gruppe von Blohm&Voss-Vertrauensleuten konnten dabei die Ablehnung aller ihrer Anträge verbuchen.**

So vorprogrammiert fand die Sitzung der Vertreterversammlung statt, die zum überwiegenden Teil mit den sozialdemokratischen Betriebsräten identisch sind. Abgestimmt wurde hier an einem einzigen Abend nur über die Antragsempfehlungen der Ortsverwaltung. Die Empfehlungen der Ortsverwaltung wurden in der Regel angenommen, die Opposition gegen das Vorgehen der Ortsverwaltung umfaßte nur etwa ein Zehntel der Vertreter.

Das Herausfiltern der fortschrittlichen Anträge ist damit aber noch nicht beendet. Eine Antragskommission beim Vorstand ordnet diese nach Sachgebieten und faßt verschiedene Anträge zusammen. Auf dem 10. Gewerkschaftstag faßte diese Kommission 1238 Anträge zu 77 (!!) umfassenden Anträgen zusammen. Ein Delegierter drückte damals sehr plastisch aus, welche Auswirkung diese Praxis auf die ursprünglichen Anträge hat:

„...muß ich feststellen, daß von unserem Antrag Kopf und Beine abgenommen, die Brust eingebügelt und von der ganzen Entschließung höchstens noch ein Komma übriggeblieben ist."

Noch etwas zu den „Delegierten", die die Mitglieder zu vertreten haben: Auf dem letzten Gewerkschaftstag waren 20% der „Delegierten" hauptamtliche Gewerkschaftsführer. Die „Delegierten" werden in den Vertreterversammlungen gewählt, es findet entsprechend dem hierarchischen Aufbau der IGM ein ähnlicher Ausleseprozeß statt wie bei der Aussiebung der Anträge.

Man sieht also, Zustand und Struktur der Gewerkschaft garantieren den Gewerkschaftsführern ein relativ ungehindertes Durchsetzen ihrer Politik. Der Gewerkschaftstag ist keineswegs ein Organ, das in Verbindung mit den Interessen der Mitglieder steht, sondern er ist das Forum, das die Gewerkschaftsführer zur Legitimierung ihrer Politik und zur Zementierung deren Grundsätze benutzen. Die Einflußnahme der Mitglieder ist nahezu total ausgeschaltet.

Im Mittelpunkt der Anträge: Die IGM-Satzung

Der Filter der Gewerkschaftsführer ist aber nie so dicht, daß sich nicht dennoch eine Reihe fortschrittlicher Anträge „durchschmuggeln".

So wird in acht Anträgen aktive Solidarität mit dem chilenischen Volk gefordert.

Sechs Anträge verlangen den Austritt aus der „Konzertierten Aktion".

Eine Vielzahl von Anträgen mit der Forderung nach einer aktiven Lohnpolitik liegt vor. Ein Antrag fordert das Aufstellen linearer Forderungen, drei die Abschaffung der unteren Lohngruppen, einer die 35-Stunden-Woche, drei Anträge verlangen den Wegfall jeglichen Schlichtungsabkommens, in sechs Anträgen wird dessen „Verbesserung" gefordert.

In über 30 Anträgen wird ein Kündigungsschutz für Vertrauensleute verlangt, fünf Anträge fordern Schutz von Jugendvertretern und jungen Betriebsräten vor der Einberufung zur Bundeswehr.

In drei Anträgen wird die Aufhebung der Berufsverbote gefordert.

Der Antragskomplex Satzung umfaßt die Forderung nach Verankerung der Vertrauenskörper als Basisorgane der Gewerkschaft in der Satzung (vier Anträge). In sechs Anträgen wird das Antragsrecht . für Mitglieder der Gewerkschaft an die Vertreterversammlungen gefordert und 16 Anträge formulieren für die Satzung die Wahl der Bezirksleiter, die bisher von Vorstands-Gnaden ernannt werden.

In dem vielfach kritisierten Satzungspunkt der Urabstimmungspraxis liegen ebenfalls eine Reihe von Anträgen vor. In fünf Anträgen wird gefordert: Streikabbruch erst, wenn mehr als 50% der Mitglieder dafür stimmen. Drei dieser Anträge stammen übrigens aus dem Unterwesergebiet, wo ja bekanntlich im März dieses Jahres 57% der Metaller das Verhandlungsergebnis abgelehnt haben.

Acht Anträge fordern die Weiterführung von Streiks, wenn 66,6% sich in einer Urabstimmung dafür aussprechen (bisher 75%).

Zu diesem Punkt hat auch der Vorstand einen Antrag vorgelegt. Darin heißt es: *„Der Vorstand darf der Fortführung der Bewegung nur dann zustimmen, wenn mindestens 75% der für die Bewegung in Betracht kommenden (bisher hieß es: der daran beteiligten!!) sich dafür ausgesprochen haben".*

Hier soll neben der Prozentklausel also noch eine zusätzliche Sicherung und damit Verschlechterung für die Mitglieder eingebaut werden!!

In acht Satzungsanträgen befaßt sich der Vorstand vor allem mit den Gewerkschaftsausschlüssen. In zwei Anträgen werden die Ausschlußparagraphen ausführlich formuliert und damit der gängigen Ausschlußpraxis der Gewerkschaftsführer angepaßt. Die „Sicherung" der Gewerkschaft vor sogenannten „Gewerkschaftsfeinden" soll danach total sein:

„Nicht aufgenommen werden
schaftsfeinden" soll danach total sein:

„Nicht aufgenommen werden dürfen: ... Personen, die Mitglied einer gegnerischen Organisation sind und Personen, die Vereinigungen angehören oder sie unterstützen, deren Handlungen und Aktionen gewerkschaftsfeindlich sind." (A 416)

„Aus der IG Metall oder einer anderen Gewerkschaft ausgeschlossen bzw. für nichtwiederaufnahmefähig erklärte Mitglieder können auf besonderen Antrag nur durch den Vorstand aufgenommen werden." (A 418)

„Der Übertritt aus einer anderen Gewerkschaft wird durch den Vorstand vollzogen. Ein Übertritt kann abgelehnt werden, wenn dies im Interesse der IGM notwendig erscheint". (A 421)

Die alte Satzung wird also soweit ergänzt, daß man versuchen will, die Bespitzelung der Mitglieder von Anfang an zu ermöglichen. Mit diesen Satzungsparagraphen wird einmal die zwischengewerkschaftliche Bespitzelung gesichert (vor dem Übertritt Anfrage bei der anderen Gewerkschaft: liegt etwas gegen ihn vor), zum anderen soll offensichtlich der „Verfassungsschutz" bei Neueintritten satzungsgemäß mitreden dürfen (in kritischen Fällen vor der Aufnahme: Anfrage beim VS).

Im Antrag 429 schlägt der Vorstand wie nicht anders zu erwarten für die Satzung vor:

„Der Ausschluß erfolgt durch Beschluß des Vorstands ... ohne Durchführung eines Untersuchungsverfahrens."

Damit soll die Ausschlußwillkür satzungsgemäß vollendet werden.

Noch an zwei weiteren Stellen versucht der Vorstand, Satzungslükken zu schließen:

„Während des Untersuchungsverfahrens (zur „Feststellung gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" — Anm. AK) **haben die Beteiligten jegliche öffentliche Erörterung über das Verfahren zu unterlassen."** (A 693) Und:

„Das Untersuchungsverfahren ist nicht öffentlich." (A 693).

Die in der Praxis bereits angewandte Maulkorbpolitik wird ebenfalls in der Satzung verankert. Den angegriffenen kommunistischen Gewerkschaftern soll jede Möglichkeit genommen werden, eine öffentliche Auseinandersetzung um die strittigen Fragen zu führen; tun sie das doch, so verstoßen sie damit gegen die Satzung.

Wir werden den Verlauf des 11. Gewerkschaftstages verfolgen und uns bemühen, schnell eine Auswertung dieses Kongresses zu liefern.

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg ●

Die Rationalisierung in der Metallindustrie wird forciert

Die Automobilindustrie und die Zulieferer betreiben die Sanierung ihrer Profite mit zunehmenden Entlassungen, mit Stillegungen und Kurzarbeit.

VW hat bereits weitere Massenentlassungen angekündigt und die fünfte Kurzarbeitsperiode in diesem Jahr läuft in den VW-Werken.

Audi/NSU in Neckarsulm hat bereits für den Herbst weitere Kurzarbeit beantragt, die Beschäftigtenzahl ist in diesem Jahr um 3.300 auf 11.000 reduziert worden.

Opel führt für 13.000 Beschäftigte in den Werken Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern vom 16.-20.9. zum viertenmal in diesem Jahr Kurzarbeit durch. Mittlerweile ist eine interne Studie der General Motors-Manager bekannt geworden, in der von der möglichen Einsparung eines Drittels der Belegschaft gesprochen wird (das wären etwa 14.000 Opel-Beschäftigte).

Die Golde GmbH in Frankfurt, Hersteller von Schiebedächern, hat in den letzten Monaten die Beschäftigtenzahl um die Hälfte, auf 420, durch Entlassungen verringert.

Die Bosch GmbH in Stuttgart hat für Ende September zwei Wochen Kurzarbeit im Werk Reutlingen angesetzt. In diesem Werk sind 200 Entlassungen geplant.

Die Bosch-Tochter Blaupunkt in Herne hat die Entlassung von 500 (von 1650) Beschäftigten angekündigt. Am 26.8. gab es im Herner Werk Proteststreiks in einigen Abteilungen hiergegen. In den Blaupunkt-Werken Hildesheim, Salzgitter, Landau und Osterode ist für 4.000 der 12.000 Beschäftigten 1 - 3 Wochen Kurzarbeit angesetzt worden.

Kurzarbeit führt auch wieder der Bremsenhersteller Alfred Teves in den Werken Gifhorn und Rheinböllen im August und September durch.

MAN hat im Bereich der Nutzfahrzeuge für ein Drittel der Arbeiter Kurzarbeit angesetzt. 5.000 Beschäftigte sind hiervon in den Wochen vom 16.-20.9., 7.-11.10. und vom 4.-8.11. betroffen.

Die SE-Fahrzeugwerke in Hamburg, seit zwei Jahren Teil des Linde-Konzerns, planen Massenentlassungen. In den zwei Jahren hat Linde offensichtlich einen Rationalisierungsplan aufgestellt. Sämtliche Akkorde im Werk wurden neu gestoppt und brachten Zeiteinbußen bis zu 75 % ! Abteilungen mit Einzelproduktion werden auf Bandarbeit umgestellt; seit einigen Tagen ist ein Einstellungs- und Überstundenstop verfügt worden.



Die Arbeiter im Eisenwerk Milspe wurden von der Stillegung überrascht

„Bereinigungspolitik" der Konzerne

Nach ITT hat auch Siemens im Fernsprechbereich Kurzarbeit und Entlassungen angekündigt. Im Werk Bruchsal müssen 800 Beschäftigte drei Monate lang an zwei Wochentagen zu Hause bleiben.

In Bocholt ist für 390 Beschäftigte vom 19.-30.8. und vom 16.-20.9. Kurzarbeit angesetzt. In Hamburg kündigte der Siemens-Montageleiter auf einer Montagebesprechung an, daß im nächsten Jahr nur noch für 200 gewerbliche Beschäftigte Arbeit da ist, „Personalabbau" sei notwendig. Betroffen hiervon sind fast 150 Beschäftigte.

Die Rationalisierungspolitik des Fusions-Elefanten Thyssen-Rheinstahl fordert weitere Opfer. Für Dortmund ist geplant, das Werk Klönne und Rheinstahl-Stahlbau zusammenzulegen. 500 Entlassungen sind die Folge. Als die Rheinstahl-Arbeiter dies erfuhren, traten sie in einen eineinhalbstündigen Warnstreik und zogen vor das Verwaltungsgebäude.

Sie verlangten volle Aufklärung über alle Maßnahmen und setzten eine Betriebsversammlung durch.

Nachdem im Bereich der Edelstahlindustrie Thyssen die Edelstahlwerke Witten und Deutschen Edelstahlwerke in Krefeld vereinigte, geht der Konzentrationsprozeß in dieser Industrie weiter. Nur wenige Tage später wurde bekannt: Krupp übernimmt die (Edel-)Stahlwerke Südwestfalen in Geisweid, die 15.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Auch diese Veränderung wird für die Beschäftigten nicht ohne Folgen bleiben: Krupp hat bereits eine Arbeitsgruppe „Produktions- und Wirtschaftlichkeitsberechnung" eingesetzt. Nach bisherigen Gerüchten sollen 2.400 Arbeitsplätze eingespart werden.

Opfer des Konkurrenzkampfes

Eisenwerk Milspe, Enneptal:

Das Werk ist Teil der Schaffgotschen Industriegruppe, die kürzlich mit einer Bankpleite von sich reden machte. Kurz vor der Pleite der Schaffgotschen Bank „Bass & Herz" in Frankfurt, hatte diese die zur Industriegruppe gehörenden Eisenwerke mit 10 Millionen DM belastet. Bei den der Pleite folgenden Forderungen waren die Eisenwerke nicht in der Lage, hierfür aufzukommen. 500 Arbeiter und Angestellte lagen mir nichts dir nichts auf der Straße!

Christoffers Maschinenfabrik, Delmenhorst:

Über die Firma ist das Konkursverfahren eröffnet. 160 Beschäftigte werden entlassen.

Sustan GmbH, West-Berlin:

Das Werk für Präzisionstechnik hat den Konkurs eingeleitet. 133 Beschäftigte sind ohne Sozialplan entlassen.

Pittler-Maschinenfabrik, Langen/Frankfurt:

Bis zum Jahresende werden 115 Beschäftigte entlassen.

Maschinenfabrik Langenfeld:

Der zu den Stahlwerken Meyer/Dinslaken gehörende Betrieb wird nach offiziellen Angaben „aus Rationalisierungsgründen" aufgegeben. 310 Arbeiter sind bereits entlassen. Verblieben sind noch ganze 20, die ebenfalls zum Jahresende gehen müssen.

Ahlmann Carlshütte, Büdelsdorf:

Die Gießerei bei Rendsburg hat den Vergleichsantrag gestellt. Mit 1.400 Beschäftigten gehört sie zu den größten Industriebetrieben in Schleswig-Holstein. Mit der Entlassung von 250 Arbeitern hat die Stillegung des Betriebes begonnen. Für die Entlassenen besteht z.Z. kaum Hoffnung, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

Nicht immer Stempelgeld . . .

Die seinerzeit so großartig rausgeputzten „freiwilligen Kündigungen bei Abfindung" entpuppen sich immer mehr als eine ganz besonders üble Methode von Entlassungen auf „kaltem" Weg. Nebenstehender Artikel der „Mopo" macht deutlich, daß für viele Arbeiter bei dieser Sache unterm Strich ein Minus steht – insbesondere bei den Angestellten – die wegen ihrer langen Kündigungsfristen das Arbeitslosengeld erst nach Ablauf der Frist bekommen. Für die Zwischenzeit muß die Abfindung herhalten – die, wie auch der „Stern" berichtete – oftmals nicht ausreicht. Normalerweise bekommen die bei Massenentlassungen betroffenen Kollegen nach einem Sozialplan eine Abfindung – hier jedoch werden einmal die Kosten des Sozialplans umgangen, das Arbeitslosengeld eingespart und zusätzlich noch so getan, als wäre diese Art eine „gerechte und humane" Methode, Entlassungen zu umgehen.

Nicht immer Stempelgeld

Nürnberg — Arbeiter von VW und Opel, die mit saftigen Abfindungen freiwillig ausgeschieden sind, müssen um ihr Stempelgeld bangen. Falls diese Leute keinen neuen Job finden, kann die Abfindung auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden.

Die Arbeitsämter argumentieren: Wir sind für Lohnausfall zuständig; wer eine Abfindung kassiert hat, braucht unter Umständen keine Unterstützung. Damit falsche Vorfreude verhindert wird, gibt's im Arbeitsamt eine genaue Informationsschrift.

Im Namen des Protits — weitere Rationalisierung bei VW

Die Rationalisierungswelle bei VW hält unvermindert an. Im Inland Kurzarbeit und Entlassungen (noch auf kaltem Wege) – im Ausland Investitionen, das ist derzeit die Lage bei VW. Ihren letzten Höhepunkt hat sie mit der nunmehr fünften Kurzarbeitswoche einerseits und dem geplanten VW-Werk in Pittsburgh/USA erreicht.

Im Einzelnen:

Die 5. Kurzarbeit vom 26.8. bis 30.8. betraf 49.000 Arbeiter – so viel wie noch nie bei VW; alleine im Hannover Werk mußten von den 23.000 Arbeitern 21.000 kurzarbeiten.

Daneben wird das kriminelle „Abfindungsangebot" erneuert, speziell für den Zeitlohn- und Angestelltenbereich, um – wie Leiding meint – *„das Verhältnis Produktive zu Unproduktive zu verbessern, weil das echte Kostenentlastung bedeutet"* (Spiegel 26.8.). Das bedeutet, daß nach der Reduzierung der Beschäftigungszahl um 7.000 Arbeiter dieses Jahr, jetzt verstärkt im Angestelltenbereich rationalisiert wird.

Insgesamt soll die Belegschaft bis Jahresende um weitere 5000 Kollegen auf 114.000 verringert werden. Daß dieser weitere Personalabbau nicht „so glimpflich" abläuft wie bisher, daß mit tatsächlichen Massenentlassungen und ganzen Werks deutet sich vielfach an. In Emden gehen Gerüchte um, daß die Entlassung von 1000 Kollegen bevorsteht. Der Vertrauenskörper hat deshalb eine außerordentliche Betriebsversammlung beschlossen. Seit längerem geistert bereits das Gerücht von der Stillegung des Neckarsulmer NSU–Werks durch die Presse. Dieses Gerücht ist von VW nicht dementiert worden. Im Gegenteil, auf die Forderung nach einer Arbeitsplätzegarantie antwortete Leiding: *„Im Rahmen der Rationalisierung müssen Verlagerungen vorgenommen werden, die nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeitsplätze bleiben können."* (nach Spiegel, 12.8) Deutlicher kann die Marschrichtung kaum noch genannt werden – bevorstehende Stillegungen und Entlassungen in Neckarsulm.

Noch an anderer Stelle gibt Leiding die Ziele sehr klar an: *„Am Jahresende 1974 werden es etwa 10.000 Werksangehörige weniger sein, als zu Beginn des Jahres. Darüberhinaus sind wir allerdings, das möchte ich gleich sagen, zu weiteren Maßnahmen gezwungen."* und *„.... wenn wir davon ausgehen – und das muß wohl die gesamte Automobilindustrie – daß die Zuwachsraten der letzten Jahrzehnte nicht mehr erreichbar sind, dann müssen wir uns überlegen, wie wir Fabriken, die derzeit nicht voll beschäftigt sind, voll ausfahren. Auf Dauer kann niemand mit halber Kraft fahren, dann sind alle Fabriken unrentabel."* (Spiegel, 26.8.)

In der Tat – in der Automobilindustrie wird deshalb auch mit weiteren Massenentlassungen gerechnet: **„ Wir erwarten, daß die gesamte Branche sich noch von 20.000 bis 30.000 Beschäftigten trennt"**, so Achim Dieckman vom Autoverband VDA.

Es wird deutlich, daß die im Frühjahr angenommene Entwicklungsrichtung bei VW sich voll und ganz bewahrheitet. Auf Kosten der Arbeiter schrumpft sich der VW- Konzern zurecht.

VW-Werk in Pittsburgh/USA

Daß es sich bei VW um astreine Profitsanierung handelt, macht vor allem auch die Entwicklung des Kapitalexportes deutlich. Während sich beispielsweise die VW-Belegschaft im Inland um ca. 6 % verringerte, vergrößerte sich die Auslandsbelegschaft um ca. 10%; während im Inland die Produktionszahl rückläufig ist, steigt die Auslandsproduktion an. (Inland: 1969 – 1,84 Mill. Autos, 1973 – 1,72 Mill. Autos/ Ausland: 1969 – 251.000 Autos, 1973 615.000 Autos – nach 'Handelsblatt' 2.9.74). Ebenfalls gingen die Investitionen im Inland von 967 Mill. DM auf 928 Mill. DM zurück und stiegen im Ausland von 291 Mill. DM auf 628 Mill. DM.

Heute steht bereits glasklar fest, daß ganze Produktionsbereiche ins Ausland verlagert werden. Im Gespräch sind Werke in Brasilien, Iran, Rumänien und vor allem USA.

Das Werk in den USA ist so gut wie beschlossene Sache. Es soll bis 1977 mit 60.000 Beschäftigten ca. 250.000 Wagen der Typen Golf und Passat produzieren.

Diese Zahl ist ca. die Hälfte des gesamten VW-Exportes in die USA – der derzeit noch in der BRD produziert wird. Der Aufbau des Pittburgher Werkes hat weitreichende Folgen:

„Da etwa ein Drittel der bisherigen Inlandsproduktion von VW allein auf den nordamerikanischen Markt entfällt, würden mit dem US-Projekt 40.000 bis 50.000 Arbeitsplätze, vor allem in den für den Export arbeitenden Werken Emden und Bremen tangiert ....Schlimmstenfalls müßte die Milliarden-Investition riskiert werden, nur um den Marktanteil in den USA zu halten, auch ohne daß die entsprechenden inländischen Arbeitsplätze garantiert werden können." ('Handelsblatt', 29.8.74)

Auf gut Deutsch heißt dies, daß ein Großteil der inländischen Arbeitsplätze „stillgelegt" wird – zugunsten der für den Export billigeren Produktion in Pittsburgh.

Das gleiche steht an, wenn in Brasilien ein zweites Werk gebaut wird – und dasselbe im Iran und Rumänien geschieht, alle diese Werke würde Produktionsbereiche betreffen, die heute noch in der BRD liegen. Die Vorstellungen gehen sogar soweit, VW-Modelle für den BRD-Markt in Brasilien produzieren zu lassen. *„Von diesem Zeitpunkt sind wir gar nicht so weit entfernt,"* meinte VW-Leiding im 'Spiegel'.

Mit welchem Zynismus Leiding die Lage der Arbeiter in seine 'Überlegungen' mit 'einbezieht', wird an folgendem Zitat deutlich: *„Es bestand früher nicht die Notwendigkeit,* (..zur Auslagerung ins Ausland), *aber auch wegen der Gefahr, daß in Deutschland Arbeitsplät ze verlorengehen. Und sie wissen ja, daß es auch Kreise gibt, die das nicht so gern sehen."*

In der Tat – und es wird darauf ankommen, daß diese „Kreise", sprich die Arbeiterklasse, sich der allgemeinen Gefahr von derartigen Produktionsverlagerungen bewußt wird und den Kampf dagegen führt ●

Metall-Komitte
KB-Gruppe Hamburg

HBV plant bei co op

Gewerkschaftsausschlüsse

Vor dem Hintergrund zunehmender Konkurrenz und im Zusammenhang mit einem groß angelegten „Bereinigungsprozeß" planen die coop-Kapitalisten Rationalisierungen großen Stils. Nachdem bereits eine größere Anzahl von Betrieben stillgelegt worden sind (dieser Prozess zieht sich schon über einige Jahre hin) soll jetzt die Zentrale den neuen Strukturen „angepaßt" werden. Das bedeutet, daß 300-400 Kollegen entlassen werden sollen und die Hamburger Zentrale in neue „Profit-Center" aufgeteilt worden ist. Es handelt sich dabei um juristisch selbständige Gesellschaften, die ihre Gewinne an die Dachgesellschaft abzuführen haben und besser zu kontrollieren sind. Für die Kollegen, die nicht auf die Straße gesetzt werden bedeutet das eine erhebliche Verschärfung der Arbeitsbedingungen, Arbeitshetze, Überstunden, Lohnraub.

Während in letzter Zeit die coop-Kapitalisten in der Presse ihre Zukunftspläne unverhüllt bekanntgegeben haben, wird von Seiten der Gewerkschaftsführung keine Gelegenheit ausgelassen, den Kollegen ein düsteres Bild der „konkursreifen" coop zu malen und damit die Rationalisierungen zu rechtfertigen. Die meisten Betriebsräte folgen dieser Parole und sorgen für Ruhe im Betrieb, schließen bereitwillig „Sozialpläne" ab und setzen sich über die Interessen der Kollegen hinweg.

Um diese Ruhe im Betrieb aufrecht zu erhalten, wird jetzt auch zu dem Mittel des Gewerkschaftsausschlusses gegriffen. Drei Kollegen, die als gewählte Vertrauensleute und Betriebsräte die systematische Liquidierung der gewerkschaftlichen Betriebsgruppenarbeit und Verschaukelung der Kollegen nicht hinnehmen, stehen auf der Abschußliste. Zwei dieser Kollegen haben sich in einem offenen Brief an die Kollegen gewandt, als sie von mehreren Seiten über Ausschlußgerüchte informiert worden sind, und eine Stellungnahme dazu gefordert.

Dieser offene Brief wurde dann auf der Mitgliederversammlung am 22.8. zuerst von Krause (Geschäftsführender Sekretär der OV Hamburg) als Vorwand genommen, um den schon vorbereiteten Ausschluß gegen drei Kollegen zu begründen. Allerdings kam er dann sehr schnell ZUR SACHE. Daß es nämlich Kollegen gibt, die mit „extremistischen" Organisationen zusammenarbeiten, da in der Branchenzeitung des KB für den HBV-Bereich ZUR SACHE sach- und wortgetreu (!!), wenn auch mit Überspitzungen, über die Gewerkschaftssitzungen berichtet werde. Später allerdings sagte er: In dieser Presse wird nur mit Verdrehungen, Lügen und Verleumdungen gearbeitet. So sieht es also aus, wenn versucht wird, Klarheit über die Rationalisierungen bei den Kollegen herzustellen und dagegen anzugehen. Die Vertreter der Gewerkschaftsführung behaupteten auf dieser Mitgliederversammlung sogar freiweg, ein Abwehrkampf gegen Rationalisierungen sei „gewerkschaftsfeindlich" (weil coop z.T. dem DGB gehört). Da Krause mit seinen Tiraden auf der Versammlung nicht bei den Kollegen ankam, wurde von einigen demokratisch eingestellten Kollegen der Antrag gestellt, den Ausschlußantrag nicht zu stellen und zuerst noch einmal ein „Versöhnungsgespräch" zu führen. Dieser Antrag wurde auch mehrheitlich angenommen. Allerdings haben die sicher ehrlichen Kollegen, die diesen Antrag gestellt haben wohl noch Illusionen, was die Demokratie in den Gewerkschaften betrifft.

Im nächsten AK wird eine ausführliche Darstellung der Entwicklung bei coop folgen, da hier in einem für den Angestelltenbereich typischen Betrieb coop als „Schrittmacher" in der Rationalisierung fungiert. ●

coop-Zelle, KB/Gruppe Hamburg

Erklärung des Kommunistischen Bundes zur „Alternative“

Die Mitglieder und Sympathisanten des KB, die in der Hamburger Druckindustrie arbeiten, haben von Anfang an die Herausbildung der „Alternative“, die nach verschiedenen Anläufen der Hamburger Drupa-Linken zur engeren Zusammenarbeit entstand, aktiv unterstützt. In den fünf Monaten des Bestehens dieses Kreises haben unsere Genossen dort den überwiegenden Teil der Arbeit geleistet.

Inzwischen hat jedoch das verantwortungslose Treiben der Super„linken“ („KPD“ und „KPD/ML“), die immer massiver in die „Alternative“ hineindrängten, einen Zustand geschaffen, der eine Fortentwicklung dieses Kreises gemäß den anfänglich erklärten Zielen unmöglich macht.

Die Mitglieder und Sympathisanten des KB, die bisher in der „Alternative“ gearbeitet haben, erklären deshalb, daß sie ihre Mitarbeit dort einstellen werden.

„Aufstieg und Fall der ‚Alternative‘“

Im Zusammenhang mit den seit April 1974 einsetzenden Massenentlassungen durch die SPD-eigene Auer-Druck GmbH, der anschließenden fristlosen Kündigung und dem kurz darauf eingeleiteten Drupa-Ausschluß des linken Auer-Betriebsratsmitgliedes und Vertrauensleute-Sprechers W. erreichte die Empörung einen Punkt, an dem sich die Hamburger Drupa-Linke veranlaßt sah, mehrere Treffen zu organisieren, auf denen über ein gemeinsames Vorgehen in den Betrieben und der Gewerkschaft gegen diese Angriffe des Kapitals und der Drupa-Führung beraten wurde.

Anfänglich beteiligten sich an diesen Treffen, aus denen sich dann die „Alternative“ entwickelte, alle in der Hamburger Drupa-Linken vertretenen politischen Strömungen (KB, Arpo und DKP sowie die von ihrem Einfluß her unbedeutenden Gruppen „KPD“, KBW und „KPD/ML“).

Die DKP allerdings beschränkte sich von Anfang an auf eine Beobachterrolle, abgesehen von den kläglichen Versuchen, die Mai-Parolen der Drupa-Führer (Mitbestimmung etc.) an den Mann zu bringen.

Nachdem die erste Broschüre der „Alternative“ („Gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse“) erschienen war, benutzte die Arpo die „letzte Gelegenheit“ zum Ausstieg aus der „Alternative“. Die Arpo hatte nämlich durch ihre heißen Drähte zur Drupa-Führung erfahren, daß diese alle aktiven Teilnehmer an der „Alternative“ aus der Gewerkschaft ausschließen würde. Tatsächlich wurden kurze Zeit darauf die 10 Ausschlußverfahren eingeleitet. Der Wink der Drupa-Führung war von der Arpo „verstanden“ worden.

Schließlich stellte auch der „KBW“ seine Mitarbeit in der „Alternative“ ein. Er verzichtete jedoch nicht darauf, vorher noch den anderen Ausgeschlossenen und der „Alternative“ öffentlich RGO-Bestrebungen zu unterstellen (trotz genauer Kenntnis der tatsächlichen Ziele und Mehrheitsverhältnisse). Der "KBW" ließ es sich auch nicht nehmen, den Drupa-Führern persönlich zu versichern, man habe an den Treffen nur teilgenommen, um ein Zustandekommen der „Alternative“ zu verhindern (!).

Trotz dieser „Abgänge“ gelang es der „Alternative“ zum einen, ihre Ziele zu formulieren:

- Durch Informations- und Enthüllungsarbeit den Kollegen weitere Kenntnisse zu vermitteln, die helfen sollen, sich mit allen gewerkschaftlichen Fragen vertraut zu machen,
- die „Alternative“ zu einem Forum zu machen, das es den Kollegen der verschiedenen Betriebe ermöglicht, eigene, ihnen wichtige Probleme zu veröffentlichen,
- eine möglichst breite Einbeziehung der Kollegen aus den Betrieben in die Arbeit der „Alternative“ zu erreichen,
- einen Beitrag zu leisten für eine demokratische Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaften, weil das für die Stärkung des Kampfes um die Durchsetzung der Interessen der Arbeiter notwendig sei,
- die „Alternative“ auch in den Dienst der betrieblichen Kämpfe zu stellen, z.B. den Auf- und Ausbau gewerkschaftlicher VK's zu unterstützen,
- sich gegen die Ausschlüsse der Linken aus den Gewerkschaften und für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen einzusetzen und schließlich immer wieder aufzuzeigen, wer die wahren Spalter der Gewerkschaften sind und warum die Gewerkschaftsführer eher die Organiation spalten, als daß sie zulassen, von den Arbeitern in die Wüste geschickt zu werden.

An dieser Aufgabenstellung muß die Arbeit gemessen werden, die in den vergangenen fünf Monaten in der „Alternative“ geleistet worden ist.

An dieser Aufgabenstellung muß auch das Verhalten derjenigen gemessen werden, die dort gearbeitet haben.

Das Treiben der Super„linken“ in der „Alternative“

Obwohl die Super„linken“ von der „KPD“ und der „KPD/ML“ anfangs den oben dargestellten Zielsetzungen zugestimmt hatten, begannen sie nach kurzer Zeit, immer offener zu verkünden, daß sie nicht bereit
zungen zugestimmt hatten, begannen sie nach kurzer Zeit, immer offener zu verkünden, daß sie nicht bereit
wären, auf der Basis der obigen Aufgabenstellung zu arbeiten, daß sie vielmehr nur auf den Zeitpunkt warten, an dem sich die Mehrheitsverhältnisse geändert hätten.

Es ist hier nicht sinnvoll, das Vorgehen der Super„linken“ im Detail zu beschreiben. Wir werden uns darauf beschränken, die politischen Vorstellungen und die Methoden dieser Leute an einigen besonders markanten Beispielen darzustellen.

Ein Kollege, der zu einer Diskussionsveranstaltung der „Alternative“ gekommen war, legte freimütig dar, daß er nicht bereit wäre, ein Flugblatt der „Alternative“ in seinem Betrieb offen unter den Kollegen zu verteilen. Das sei ihm zu gefährlich. Daraufhin wurde dieser Kollege von einem Super„linken“ in übelster Manier als „Opportunist“ (!) und „Konterrevolutionär“ (!!) beschimpft.

Damit aber nicht genug. Dieser super„linke“ Provokateur erdreistete sich auch noch, dem Kollegen, den er als „Konterrevolutionär“ bezeichnet hatte, nahe zu legen, sich in der „Alternative“ nicht mehr blicken zu lassen: „Wer hier mitarbeiten will, muß schon was mitbringen“!

An diesem Beispiel zeigt sich nicht nur, daß diese Leute ganz gezielt jeden Ansatz kommunistischer Massenarbeit zerschlagen. Es zeigt sich auch, mit w e l c h e n Methoden die Super„linken“ die „Mehrheitsverhältnisse“ in der „Alternative“ verändern wollten.

Das hier geschilderte Beispiel ist besonders charakteristisch für das Vorgehen der „KPD/ML“. Die „KPD“ hingegen bevorzugt dagegen „feinere“ Methoden. Auch hierfür ein Beispiel:

Die Veröffentlichungen der „Alternative“ (Broschüren und Flugblätter) wurden in der Regel nach Diskussion im Plenum einer Kommission zur Ausarbeitung übergeben. Die der „KPD“ nahestehenden „Mitarbeiter“ der „Alternative“ schickten meist nur ein oder zwei ihrer Leute in die Kommissionen. Die mit uns zusammenarbeitenden Genossen legten dann die von ihnen erarbeiteten Entwürfe vor, während die „KPD“-Sympathisanten sehr oft mit leeren Händen erschienen.

Dann begannen die Herrschaften von der "KPD" unsere Genossen in endlose Diskussionen zu verwickeln. Einmal über nebensächliche Formulierungsfragen, ein anderes Mal kritisierten sie z.B. einen Satz, in dem der Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie als eine wichtige Aufgabe unserer Arbeit in den Gewerkschaften benannt wurde. Diese „Forderung“ sei „illusionär“.

Mit solchen Methoden schafften sie es in einem konkreten Fall, das Erscheinen eines Flugblattes um drei Wochen (!) zu verzögern, ohne daß dadurch der politische Inhalt des Flugblattes auch nur geringfügig verbessert worden wäre.

Auch dieses Vorgehen war kalkulierte Methode. Zum einen ließ man unsere Genossen die Arbeit machen, zum anderen sollten die endlosen und unfruchtbaren Diskussionen unsere Genossen für weitere politische Arbeit lahmlegen. So erklarte die „KPD“ in einem internen Papier des „Regionalkomitee Wasserkante der KPD“ zur Aktionseinheit mit dem KB, daß es das Ziel von Aktionseinheiten mit dem KB sei, *„langfristig“ „den Niedergang und die Zerschlagung dieses Zirkels zu organisieren“*. Die „Alternative“ wird auch ganz offensichtlich als eine solche „Aktionseinheit“ angesehen.

Schließlich ist es erklärtes Ziel der Super„linken“ durch die beschriebenen Methoden die gesamte Arbeit der „Alternative“ zu lähmen und zu behindern, zumindest so lange, bis die „Mehrheitsverhältnisse“ sich geändert haben.

Übrigens scheuen sich die Super„linken“ auch nicht, aus den Papieren, die unsere Genossen für die „Alternative“ erarbeitet haben, die in den Kommissionen so vehement „kritisiert“ werden und deren Veröffentlichung in der „Alternative“ man dadurch endlos hinauszögert, sich die „Rosinen“ herauszupicken und sie in leicht abgewandelter Form in den eigenen Organen zu publizieren.

Zusammenfassend müssen wir feststellen, daß die Super„linken“ in der „Alternative“ eine provokatorische, massenfeindliche Politik betreiben, die dem Aufbau einer wirklichen Gewerkschaftsopposition durch geduldige und ernsthafte Überzeugungsarbeit einerseits und durch breite Einbeziehung der Arbeiter in die Arbeit solcher Zusammenhänge, wie die „Alternative“ anfangs angelegt war, diametral entgegensteht.

Im Konkreten waren die Super„linken“ sogar bereit, die Arbeit auf allen Gebieten zu behindern und zu sabotieren. Ganz bewußt haben die Super„linken“ diese Bremserrolle übernommen.

Unsere Konsequenzen

Unsere Konsequenzen

Der Schluß, die „Alternative“ hätte die Entwicklung der Hamburger Drupa-Linken nicht vorangebracht, ihr gar geschadet, ist unsinnig.

Die Kollegen, die die Veröffentlichungen gelesen haben, sind zu einem nicht geringen Teil der Ansicht, daß solche Zusammenschlüsse, wie es die „Alternative“ war, notwendig sind. Daß sie allerdings heute erst selten bereit sind, mitzuarbeiten, ist nicht zuletzt auch eine Reaktion auf die Kündigungen und Gewerkschaftsausschlüsse.

Unsere Genossen und Sympathisanten sind um eine Reihe wichtiger Erfahrungen reicher geworden, nicht nur um die, daß mit den Super„linken“ derzeit eine kontinuierliche Zusammenarbeit nicht möglich ist, weil diese Leute die Gewinnung der Arbeiter für eine konsequente Politik des Klassenkampfes behindern und b e w u ß t bremsen.

Die weitere Perspektive der Rest-„Alternative“ ist nicht schwer vorauszusagen. Diese Leute werden jetzt, wo der gemeinsame Feind, der KB, sie nicht mehr zusammenschweißt, schnell in den "Parteienhader" um „Führungsanspruch“ u.ä. geraten, was um so schwerer wiegt, als der KB bisher die konkrete politische Arbeit in der „Alternative“ im wesentlichen *allein* getragen hat.

Wir haben uns von diesen Leuten getrennt, um o h n e diese Behinderung einen e f f e k t i v e r e n Beitrag für die Herausbildung einer tatsächlichen Opposition in den Gewerkschaften zu leisten. Das wird sowohl für die Erfüllung der unmittelbaren konkreten Interessen der Arbeiter (Erhaltung des wirtschaftlichen und sozialen Besitzstandes und der politischen Rechte) als auch zur Erreichung der langfristigen revolutionären Ziele der Arbeiter mit jedem Tag notwendiger. ●

Druck-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Clausen & Bosse, Leck:

Rationalisierungen laufen an

Die Druckerei Clausen & Bosse hat die Gesamtherstellung der Rowohlt Taschenbücher (rororo).

Schon seit ca. einem Jahr verkündete die Geschäftsleitung, daß der Betrieb erweitert werden soll: Bau einer neuen Halle, Anschaffung einer dritten Rollenoffsetmaschine und eines neuen Computers zur fotomechanischen Satzherstellung, der die sechsfache Leistung bringt. Gleichzeitig machte die GL klar, daß die Belegschaft (z.Zt. 300 Kollegen) nicht vergrößert werden soll.

Seit ca. einem halben Jahr ist der Computer (Linotron 505 C) in Betrieb. Für die Bedienung der Anlage ist ein einziger Kollege notwendig! Die weitergehende Umstellung auf Fotosatz zielt darauf, die Setzerei und den Buchdruck abzubauen, weil er nicht profitabel genug ist.

Im September/Oktober dieses Jahres ist die Halle fertiggestellt und die neuen Maschinen sollen dann anlaufen, hierzu gehört auch eine Korrekturlesemaschine, die letztenendes die Arbeit der Perforatortasterinnen und der Korrektur einsparen wird.

Auf unserer letzten Betriebsversammlung (BV) am 12.6. machte die GL nun klar, was die „Umstrukturierung“ und „Erweiterung“ des Betriebes bedeutet: Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter. Jeder soll an seinem Arbeitsplatz mehr schaffen als bisher, es darf keine „Störungen im Produktionsablauf durch Kunstpausen“ geben, sparsam mit Druckfarbe umgehen, keine Makulatur, keine Fehler machen.

Das Ziel der GL ist, die Arbeiter frühzeitig zu schnellerem Arbeiten anzuhalten und zu disziplinieren, um im Herbst ohne Widerstand der Kollegen, die Sache voll durchziehen zu können. Dabei haben die Kapitalisten die volle Unterstützung des Betriebsrats. Schon auf der BV betonte der BR-Vorsitzende, die Kapazität
sten die volle Unterstützung des Betriebsrats. Schon auf der BV betonte der BR-Vorsitzende, die Kapazität
der Maschinen und des „Personals“, sprich Arbeiter, müsse voll ausgenutzt werden. Hier hat man noch die „Argumente“ vom ungestörten Produktionsablauf im Ohr. Wir sind ja angeblich auch eine „Betriebsgemeinschaft“ und haben ein „gemeinsames“ Interesse, die Arbeitskraft der Kollegen voll auszunutzen. Deshalb hält der Betriebsrat auch schön den Mund, um die Kollegen ja nicht über die geplanten Angriffe zu informieren. Auf den Betriebsratssitzungen, die ständig im Zimmer der GL stattfinden (!!) stimmt er allen Maßnahmen gegen die Belegschaft zu.

Wie die „volle Ausnutzung“ erreicht werden soll, haben die Kollegen schon zu spüren bekommen.

Kontrolluhren eingeführt

Am Dienstag, den 25.6. wurde in der Druckerei eine sogenannte ASEA-Kontrolluhr angebracht. Alle anderen Abteilungen werden Schritt für Schritt folgen. Dies sind keine „normalen Stechuhren“, sondern die modernsten und präzisesten Kontrollgeräte, die die Kapitalisten im Moment gegen die Arbeiterklasse aufzubieten haben: Es wird sowohl Arbeitsbeginn/Arbeitsende, Personal Nr., als auch Auftragsbeginn/Auftragsende/Auftragsnummer „gestochen“. Zusätzlich hat jeder Kollege an seiner Maschine eine Art Fahrtenschreiber, wo er die einzelnen Arbeitsgänge / Form auswechseln, Wartezeit, Fortdruck usw. angeben muß. Diese ist mit der Kontrolluhr und beides mit einem ASEA-Computer verbunden, der bei der GL steht. der DRUCKARBEITER Nr. 23 vom Juni schrieb dazu:

„Die Geschäftsleitung wird diesen scharfen Angriff gegen die Kollegen mit ‚technischer Kontrolle‘ der Maschinen begründen – zusätzlich zu den Fahrtenschreibern, die mit derselben Begründung eingeführt wurden. ‚Natürlich‘ zur ‚technischen Kontrolle‘, denn die ist laut Manteltarif erlaubt – nicht zur persönlichen Kontrolle (? !). Kontrolle der Maschine ist immer auch gleichzeitig eine persönliche Überwachung des Kollegen, der die Maschine bedient! Denn das, was er schafft, und seine Wartezeiten werden kontrolliert! Und wie nennt man es, wenn bei Störungen oder Nichterreichen der gewünschten Leistung der Kollege zur Rechenschaft gezogen wird? – Persönliche Kontrolle !!

Zuerst die Druckerei, ‚logisch‘ wegen der Maschinen, dann die Buchbinderei und dann die Setzerei – und wo sind da die Maschinen? ? Letztlich soll die gesamte Belegschaft ‚stempeln‘. Das Ziel der Geschäftsleitung mit diesen Kontrolluhren ist, einen straff organisierten Produktionsablauf, verstärkte Kontrolle der Kollegen und verschärfte Arbeitsdisziplin zu erreichen, um im Herbst mit den neuen Maschinen und der Produktionserweiterung ‚voll reinhauen‘ zu können. Dieser erneute Schlag gegen uns ist ein Kernpunkt (!) bei den anlaufenden Rationalisierungen. Jeder muß aufs Schärfste diszipliniert werden, damit er ordentlich ranklotzt – damit die geplante Produktionssteigerung von der gleichen Belegschaftszahl geschafft werden kann.“

Dieser Angriff kam für die Belegschaft sehr überraschend, denn die Betriebsräte hatten darüber kein Sterbenswörtchen verloren. Auf die spontane große Empörung der Kollegen reagierte er „verständnislos“: er wüßte gar nicht, weshalb sich alle so aufregten, es bleibe doch alles beim alten. Es müßten jetzt nur keine Arbeitskarten mehr ausgefüllt werden (!). Verhindern hätte er die Kontrolluhren nicht können. Denn die „Mitbestimmung“ des BR sieht in der Praxis so aus, daß er zwischen Stem-
uhren nicht können. Denn die „Mitbestimmung“ des BR sieht in der Praxis so aus, daß er zwischen Stem-
peluhr von ASEA oder Kienzle entscheiden darf. Verhindern hätte nur die Belegschaft diesen Schlag können. Der spontane Widerstand reichte jedoch nicht aus, eine Abteilungsversammlung zustandezubringen, wo das Ziel der GL mit der Einführung der Stempeluhren klar gemacht und die Möglichkeiten der Abwehr hätten diskutiert werden können.

Die Stempeluhren sind die bisher schärfste Maßnahme der GL gewesen. Weitere Anzeichen der anlaufenden Rationalisierungen sind:

Im Offset wurden zusätzlich zu den Meistern und Abteilungsleitern zwei Kollegen zu „Aufpassern“ ernannt, um die Kollegen, wohl vor allem während der Spätschicht, stärker zu kontrollieren.

Den Kolleginnen aus der Buchbinderei wurden die Stühle aus den Umkleideräumen genommen. Hier haben sie sich in den Maschinenpausen der Fertigungsstraßen aufgehalten. Diese Maßnahme ist laut Protokoll der BR-Sitzung **„auf Anraten des Betriebsrates“** durchgeführt worden!! Statt den Angriffen entgegenzutreten, leistet dieser BR ihnen auch noch Vorschub und fordert die Kollegen auf, doch „vernünftig“ zu sein. Künftig sollen sich die Kolleginnen in die (geplante) „Raucherecke“ setzen, die sicherlich ebenso „günstig“ gelegen ist wie die jetzige vor dem Meisterbüro. So kann genau beobachtet werden, wer wie lange und wie oft eine Zigarettenpause macht.

Systematisch wird unter den Kollegen ausgesiebt und wegen „mangelnder Leistung“ etc. sofort gekündigt. Weigert sich ein Kollege z.B. Schicht zu machen oder fehlt er einmal unentschuldigt, wird ihm sofort mit Entlassung gedroht. Einigen Gerüchten zufolge sollen in der Buchbinderei 30-40 Kolleginnen entlassen werden, aber nur „zweitverdienende“ – als ob nicht fast alle Frauen dazuverdienen müssen.

Nach dem Motto: Mehr schaffen in kürzerer Zeit – aber keine Fehler machen, sonst kriegst du eins drauf! – wird die Arbeitshetze durch Festsetzen neuer Normen, stärkeres Kontrollieren der Arbeit gesteigert und die Kollegen durch Anranzer vom Meister eingeschüchtert und verunsichert, damit sie sich „ruhig“ verhalten, wenn es im Herbst richtig losgeht.

Die GL geht jetzt schon daran, die Kollegen rauszuschmeißen, die in der Belegschaft Klarheit schaffen wollen und versuchen, die Angriffe abzuwehren.

Die Kollegen sind auf diese Rationalisierung schlecht vorbereitet. Sie werden kaum darüber informiert, welche neuen Maschinen angeschafft werden, wie die Produktion gesteigert werden soll und welche Abteilungen verlegt werden. Viele Kollegen werden von der Umverlegung betroffen werden, so die Satzherstellung, ein Teil der Druckerei und der Buchbinderei. Dabei werden einige auch ihren Arbeitsplatz wechseln, an anderen Maschinen oder in anderen Abteilungen arbeiten müssen.

Da die Belegschaft nicht vergrößert werden soll, heißt das, daß die durch die Produktionssteigerung mehr anfallende Arbeit von den jetzigen Kollegen mitgeschafft werden muß, daß die neuen Maschinen von den Druckern mitgefahren werden müssen. Das bedeutet eben auch, daß die Arbeiter mehr schaffen müssen in der gleichen Zeit und für den gleichen Lohn – für die GL mehr Profit bei gleichen Lohnkosten.

Die Bedeutung der kommenden Rationalisierungen ist den Kollegen noch recht unklar. Technische Neuerungen dienen in diesem kapitalistischen System nicht zur Arbeitserleichterung und größeren Freiheit
erungen dienen in diesem kapitalistischen System nicht zur Arbeitserleichterung und größeren Freiheit
der Werktätigen, sondern sind für die Kapitalisten ausschließlich ein Mittel, durch Verstärkung der Arbeitshetze und Einsparung von Arbeitsgängen und Arbeitsplätzen noch mehr Profit aus den Arbeitern herauszupressen und mit Drohungen gegen Kollegen Konkurrenzdenken und Zwietracht in der Arbeiterklasse zu säen.

Die Politik des Betriebsrats läuft darauf hinaus, daß die Arbeiter letztlich vor die vollendeten Tatsachen gestellt werden und sich damit abfinden. Genau das ist das Ziel der der GL, damit sie die Rationalisierungen reibungslos über die Bühne bringen kann. Zum einen unterstützt der BR solche Maßnahmen der GL wie die gegen die Kolleginnen der Buchbinderei „tatkräftig“, zum anderen trägt sein Gerede vom „vernünftig sein“ nur dazu bei, die Bedeutung der Rationalisierungen herunterzuspielen und den Kollegen die Ziele der GL „einsichtig“ zu machen – nach dem Motto „Rationalisieren tut not“.

Demgegenüber gilt es, die Kollegen zu mobilisieren, um den BR zur Einberufung von Abteilungsversammlungen zu zwingen. Hier müssen die Ziele der GL dargelegt werden und die anstehenden Fragen behandelt werden, wie: welcher Kollege muß seinen Arbeitsplatz wechseln, welche schlechteren Arbeits- und Lohnbedingungen wird er haben, welcher Kollege wird wieviel Maschinen bedienen müssen etc.? Anhand dieser Fragen muß der Charakter der Rationalisierungen aufgezeigt und das Vorgehen der Kollegen gegen diese Angriffe diskutiert werden. Diese Versammlungen müssen gut vorbereitet werden, um damit den teilweise resignativen Tendenzen nach Einführung der Stempeluhren entgegenzutreten. ●

Druckzelle Flensburg

GEW Hamburg: Mitglieder wehren sich gegen Bevormundung durch die Gewerkschaftsführer

In den letzten beiden Ausgaben des AK haben wir ausführlich über den Bundeskongreß der GEW in Mainz und den Versuch der Gewerkschaftsbasis berichtet, die undemokratischen Beschlüsse dieses Kongresses zu Fall zu bringen.

Mittlerweile hat sich in der Hamburger GEW gezeigt, daß überall, wo das Thema „Mainz" angesprochen wurde, sehr schnell eine heftige Diskussion anfing. Die spontane Bereitschaft, das eigenmächtige Vorgehen des Vorstandes abzulehnen, der sich selbst zum alleinbestimmenden Organ in der Hamburger GEW erklärte, ist eindeutig bei vielen Lehrern vorhanden. Dieser Wille, nicht kampflos dem Vorstand die Macht in der Gewerkschaft zu überlassen, schlug sich u. a. in einem Schreiben von 12 der 16 Kreisvertrauensleutesprecher an alle Mitglieder nieder. Dort heißt es: *„Die Sprecher der Kreisvertrauensleutekonferenzen bekräftigen ihre Auffassung, daß nur die Hauptversammlung befugtes Organ ist, über die in Mainz verabschiedeten Satzungsänderungen, soweit sie den Hamburger Landesverband betreffen, zu beschließen. Sie lehnen den Alleingang des Vorstandes ab und fordern den Vorstand auf, im Oktober eine Hauptversammlung einzuberufen ... Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß der Vorstand dem erklärten Willen vieler Mitglieder durch die Einberufung einer Hauptversammlung entsprechen wird, um zu verhindern, daß es zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kommt."*

11 KVK-Sprecher schickten 10 Tage später einen weiteren Brief an alle Mitglieder der GEW, in dem sie beweisen, daß das Vorgehen des GEW-Vorstandes in Hamburg satzungswidrig ist. Am gleichen Tag bekräftigte die Fachgruppe Gymnasien auf einer Mitgliederversammlung einstimmig, *„daß ausschließlich die Mitglieder das Recht haben, die Struktur ihres Landesverbandes festzulegen, und daß dafür ausschließlich der in der Satzung vorgeschriebene Weg einzuhalten ist."*

So ermutigend dies alles aussieht, so wichtig ist die Feststellung, daß alle diese Initiativen und Aktivitäten der GEW-Mitglieder keineswegs auf die geschlossene Ablehnung der Mainzer Beschlüsse zielen. Nur einer Minderheit ist bisher in der Diskussion klar geworden, was die Mainzer Beschlüsse für die Mitglieder tatsächlich bedeuten. Es ist wohl zutreffend, die Forderung vieler Mitglieder nach einer Satzungs-Hauptversammlung als Forderung wenigstens nach „Mitbestimmung" in der Gewerkschaft zu interpretieren. Am deutlichsten brachte dies die DKP zur Sprache, die lediglich Abstimmungen **„im Rahmen der Mainzer Beschlüsse"** fordert. Zweifellos trifft die DKP damit die Stimmung vieler Kollegen.

Andererseits zeigen die Erfahrungen, daß Kollegen nach gründlichen Diskussionen durchaus den Standpunkt einnehmen, die Mainzer Beschlüsse seien abzulehnen. Diese Überzeugung wird allerdings nicht spontan gewonnen, sondern erst mit einer genaueren Untersuchung der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, insbesondere der undemokratischen Machenschaften des Vorstandes vor dem Mainzer Kongreß.

Reaktion des Vorstandes: Lügen und Dunkelmännergeschichten

Ebenfalls am 26. August reagierte der Vorstand der GEW auf die „Unruhe" in der Mitgliedschaft. In einem „GEW-aktuell" wird nach bekanntem Strickmuster argumentiert: erst werden die „eigentlichen" gewerkschaftlichen Aufgaben aufgezählt (Lehrerausbildung und -besoldung usw.), um den Mitgliedern zu suggerieren, mit der Diskussion über die Mainzer Beschlüsse falle man dem Kampf der GEW für eine bessere Bildungspolitik in den Rücken. Zur Frage einer Hauptversammlung droht der Vorstand, ihre Beschlüsse würden ja doch angefochten (!!), also brauchten die Mitglieder erst gar keine zu fordern. Wer gegen den Vorstand rechtliche Mittel benutzen will, der **„schlägt einen ungewerkschaftlichen Weg ein"** – darf sich also fürderhin auch offiziell als „Gewerkschaftsfeind" betrachten. Der Wink mit dem Gewerkschaftsausschluß ist unübersehbar!

Die Aktion der KVK-Sprecher kann der Vorstand nicht einfach vom Tisch wischen, also erfindet man Dunkelmänner, die hinter den KVK-Sprechern stehen und ihnen *„zu ihrem Vorgehen gegen den Vorstand geraten haben"*. Diese Dunkelmänner *„sind von extremem Mißtrauen gegen den Vorstand erfüllt"* – *„dieses Mißtrauen ist keiner ernsthaften Diskussion wert"*.

Immerhin spricht der GEW-Vorstand in diesem Brief erstmals offen aus, warum er mit allen Mitteln eine Hauptversammlung verhindern will: – **„denn was geschähe, wenn eine Hauptversammlung nicht mit einer 2/3-Mehrheit dem Beschluß von Mainz zustimmen würde?"** Genau das ist der Punkt! Die Gewerkschaftsführer fürchten, daß sie für ihre Ermächtigungspolitik nicht die Zustimmung der Mitglieder erhalten. Also sollen die Mitglieder auch gar nicht gefragt werden. Denn Argumente für diese Politik fehlen den Gewerkschaftsführern völlig. „Überzeugen" soll hier die Macht.

Der Brief des Vorstandes zielt genau auf die schwachen Punkte des demokratischen Widerstandes in der GEW: vor allem Furcht, in die „linke Ecke" gedrängt zu werden, und die Angst, daß der Vorstand die GEW spaltet, wenn er seine Ziele nicht anders erreicht.

Viele Kollegen können sich ein juristisches Vorgehen gegen den Vorstand (Erzwingen einer Hauptversammlung) noch nicht vorstellen – so „schlimm" will man es denn mit der Opposition doch nicht treiben. Den Gipfel schoß allerdings die DKP ab, die es als „Provokation" bezeichnete, wenn die Mitglieder mit diesem Mittel auf ihrem satzungsmäßigem Recht bestehen.

Die Diskussion um ein Satzungsmodell

Spontan flüchten viele Mitglieder aus dieser Angst in die Diskussion um ein Modell der Landesvertreterversammlung. Dort glaubt man sich erst einmal von dem Verdacht des „extremen Mißtrauens" sicher – und sitzt gleichzeitig einem Dutzend Illusionen auf, was es da für viele Möglichkeiten gebe. Der Vorstand hat jedenfalls erklärt, daß es eigentlich nur e i n zulässiges Modell gibt (s e i n e s !), alles andere verstoße gegen die Mainzer Beschlüsse.

Eine üble Rolle bei dieser „Modell"-Diskussion spielen DKP und KBW.

Die DKP vertritt ein Modell, das sich kaum von dem des Vorstands unterscheidet und unterstützt vor allem das Ziel des Vorstandes, jegliche Art von Mitgliederversammlung abzuschaffen.

Der KBW vertritt die Position des Gewerkschafts-„Legalismus": das „höchste Gremium der GEW" (der Mainzer Kongreß) habe nun mal gesprochen, danach müsse man sich richten, alles andere sei „RGO-Politik".

In diesem Rahmen wird nur noch versucht, aus den Mainzer Beschlüssen und der „neuen Satzung" irgendwie noch „das Beste zu machen".

Besonders originell ist dabei folgende Behauptung des KBW: die Abschaffung der Hauptversammlung und die Einführung von Delegierten würde das Interesse der Mitglieder an der GEW-Arbeit erhöhen (!!), da sie ja dann einen Delegierten haben, den sie „zur Rechenschaft ziehen" könnten.

Bislang hat die Modell-Frage noch häufig die grundsätzlichen Fragen verschüttet. Allerdings stoßen die Mitglieder dann wieder auf den Kern der Sache, wenn sie sich für die Wahl der Landesdelegierten auf Kreis- oder Bezirksversammlungen o d e r auf Dienststellenebene entscheiden sollen. Vorstand, DKP und KBW wollen das letztere. Bei der Diskussion dieser Alternative wird dann deutlich, daß es dem Vorstand um die Abschaffung der Mitgliederversammlung überhaupt geht – nicht nur um die Abschaffung der Hauptversammlung – und damit um die weitgehende Unterbindung einer politischen Diskussion der gewerkschaftlich aktiven Kollegen. Die Aktivität der Gewerkschaftsbasis soll ersetzt werden durch das Zeremoniell einer von den Mitgliedern abgehobenen Funktionärsschicht.

Welche Rolle sollen die Mitglieder in der Gewerkschaft spielen? Das ist die grundsätzliche Frage, um die es bei den „Mainzer Beschlüssen" geht. Und nur mit dieser Frage können die demokratischen Kräfte in der GEW den Maßstab für ihr Vorgehen gegen den Vorstand gewinnen. ●

Bündniskommission
KB / Gruppe Hamburg

Viel Lärm um Nichts

Der DGB ändert Arbeitskampfrichtlinien

Ohne viel Aufhebens sind am 5.6.74 vom Bundesausschuß des DGB (höchstes Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen) neue Arbeitskampfrichtlinien verabschiedet worden, die die alten Richtlinien von 1949 (!) ablösen sollen.

Laut DGB ist eine Anpassung an die jetzigen Verhältnisse notwendig geworden. *„Lange genug haben die Arbeitgeber sich in der juristischen Diskussion und vor den Arbeitsgerichten bemüht, den Gewerkschaften zur Einengung ihres Handlungsspielraumes die von ihnen im Jahre 1949 selbst gesetzten verbandsinternen Richtlinien entgegenzuhalten"* schreibt G. Muhr, stellvertretender DGB-Vorsitzender, in der „Welt der Arbeit" vom 9.8.74.

Anpassung an die jetzigen Verhältnisse heißt für den DGB aber nicht konsequenter Kampf gegen die verschärften Angriffe der Kapitalisten, sondern bedeutet geschickteres Taktieren gegenüber der Arbeiterklasse.

In den alten Arbeitskampfrichtlinien heißt es noch: *„Jede Gewerkschaft, in deren Bereich ein nicht beschlossener und nicht genehmigter Streik ausbricht, hat die Pflicht, ... auf die baldige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken"*. Dagegen lautet § 5, Satz 2 der neuen Richtlinien: *„Ein ohne die erforderliche Zustimmung begonnener Arbeitskampf ist verbandswidrig, es sei denn, daß der Arbeitskampf von den zuständigen Organen der Gewerkschaft genehmigt wird"*.

Geändert worden ist auch der alte § 1, Abs. 3: *„Vor jeder Arbeitseinstellung sind alle Verhandlungsmöglichkeiten auszuschöpfen"*. Für die Zukunft heißt dies in § 4: *„Vor Beginn eines Arbeitskampfes sollen Verhandlungsmöglichkeiten wahrgenommen werden, soweit dies den Gewerkschaften sinnvoll erscheint"*.

Auf den ersten Blick ist die Neuformulierung radikaler als die alte Fassung. In Worten trifft dies zu, für die Praxis jedoch sind die radikalen Worte ohne Bedeutung. Im Bereich der Metallindustrie beispielsweise hat die IGM im Oktober 73 ein neues Schlichtungsabkommen vereinbart, dessen Kern die Schlichtungsdauer auf 30 Tage verlängert – so werden die Verhandlungsmöglichkeiten unter Wahrung der „Friedenspflicht" voll ausgeschöpft.

Die neuen Richtlinien ändern ohnehin nichts an der Praxis in den Einzelgewerkschaften. H. Mayr, stellvertretender IGM-Chef, stellt dies in „Metall" 17/74 klar und befriedigt fest: *„Sie* (die Richtlinien) *haben nur empfehlenden Charakter. Das macht z. B. einen Hauptpunkt für die IGM bedeutungslos, daß nämlich den einzelnen Gewerkschaften freigestellt wird, ob sie vor dem Streik eine Urabstimmung durchführen. Für die IGM bleibt es nach wie vor bei der in der Satzung vorgeschlagenen Prozedur."*

Die DGB-Führer haben sich mit den neuen Richtlinien den veränderten Bedingungen angepaßt, wobei die neuen Richtlinien mehr Flexibilität für ihre Politik aufweisen. Es geht um ihre Politik, nicht um die der Arbeiter und Angestellten. Für sie hat sich nichts geändert, denn die Vorstandsdiktatur ist erhalten geblieben, sie ist nur variabler geworden. Ob ein Streik „verbandswidrig" ist („gewerkschaftsschädigend"? !) oder nachträglich genehmigt wird, wird nicht von den Interessen der Arbeiter und Angestellten bestimmt, sondern von zuständigen Organen; das sind in der Regel die Vorstände.

Trotz der Sachlage stimmten die Kapitalisten-Schreiberlinge nach Veröffentlichung der neuen Richtlinien ein großes Geschrei an. So heißt es: *„Der Geist der neuen Richtlinien scheint versessen auf Streiks zu sein"* („Süddeutsche Zeitung" vom 2.8.74); *„Die neuen Richtlinien bedeuten auch eine Verschärfung der Arbeitskampfregeln und die weitere Lösung des Streikrechts von der Respektierung des Allgemeininteresses"*. („Handelsblatt" vom 29.7.74).

Die Union der Leitenden Angestellten schreibt: *„Die neuen Richtlinien ... bedeuten einen Abschied von demokratischen Rechtsgrundsätzen"* („Süddeutsche Zeitung" vom 7.8.74) und Springers „Welt" weiß von „sozialistischen" (!) Gewerkschaftern zu berichten.

Natürlich wissen die Kapitalisten genau, daß die neuen Richtlinien für die Arbeiterklasse keine besseren Arbeitskampfmöglichkeiten bringen. Hier wird vielmehr verstärkt der ideologische Kampf gegen die Arbeiter und Gewerkschaften geführt, womit sie im Moment noch wesentlich kleinbürgerliche Teile der Bevölkerung erreichen. Weiterhin haben die Kapitalisten ein Interesse daran, die gewerkschaftlichen Rechte und Aktivitäten weiter zu beschneiden und fordern Einschränkung der Tarifautonomie:

„Hier ist den Anfängen energisch zu wehren" („Welt" vom 1.8.74); *„In einer solchen Situation wird das Fehlen zwingender gesetzlicher Vorschriften besonders eindringlich bewußt. Aus dem Blickwinkel der Allgemeinheit jedoch schreit der gesetzlose Zustand nach schleunigster Beendigung"* („Handelsblatt" vom 2.8.74). ●

Betriebszelle Blohm & Voss
KB/Gruppe Hamburg

DIE MASKE FÄLLT

Gesinnungsurteil gegen Broschek-Vertrauensleute-Sprecher in der 2. Instanz

Dem ehemaligen Vertrauensleute-Sprecher der Hamburger Druckerei Broschek war im November 73 gekündigt worden (s. AK 37). Vom Arbeitsgericht wurde im Mai 74 auf Klage des Kollegen hin die Kündigung zurückgewiesen. Die Broschek-Kapitalisten hatten keinerlei Kündigungsgrund vorbringen können (s. AK 44). Dieses „unpolitische" Urteil wurde am 22.8. vom Landesarbeitsgericht auf Berufung des Kapitalisten hin aufgehoben und der Kollege mit einer Abfindung von 6.000 Mark abgespeist – er war ein halbes Jahr arbeitslos und ist jetzt als Hilfsarbeiter eingestellt! Die Kündigung wurde zurückgewiesen, das Arbeitsverhältnis wurde aber aufgelöst.

In der mündlichen Begründung dieses Urteils hörte sich das so an:

Der Antrag des Arbeitgebers nach Auflösung ist nach dem Gesetz ausreichend, wenn zu besorgen ist, daß keine gedeihliche Zusammenarbeit möglich ist. Der Arbeitgeber ist dafür beweispflichtig. Die Beweispflicht ist erfüllt. Maßgeblich ist die Veröffentlichung der Schriftsätze des Prozesses im Druckarbeiter. Der Kläger hat nicht bewiesen, daß nicht er es war, der die Schriftsätze weitergegeben hat. Objektiv steht der Druckarbeiter in Frontstellung gegen die Beklagte. Der Druckarbeiter wiederholt in stereotyper, aggressiver und pauschaler Weise Angriffe gegen die Beklagte. Wenn die Schriftsätze zur Verfügung gestellt wurden, dann mit dem Zweck, die Frontstellung zu stärken. ... Wir gehen davon aus, daß die Schriftsätze vom Kläger dem Druckarbeiter zur Verfügung gestellt worden sind. Der Kläger wurde wiederholt zum Gegenbeweis aufgefordert und hat abgelehnt. Das Gericht mußte also vom Beweis des ersten Anscheins ausgehen, daß der Kläger die Schriftsätze weitergegeben hat.

Es kam den Kapitalisten darauf an, eine eindeutige Bestätigung ihres „Rechts" zu erhalten, jeden linken Kollegen feuern zu können. In der Berufungsschrift wird das Arbeitsgericht gerügt, es verkenne *„wesentliche Umstände des der Kündigung zugrundeliegenden Sachverhalts"*. Die „wesentlichen Umstände" sind für die Kapitalisten, daß der Kollege „nicht zählbare" Diskussionen geführt habe, woraus deutlich werde, *„wie die von kommunistischen Gruppierungen herausgegebenen außerbetrieblichen Druckschriften in den Betrieb hineinwirkten, sei es, daß der Kläger Erläuterungen zu Artikeln gab, die die Beklagte betrafen, sei es, daß entsprechende Anfragen der Kollegen an den Kläger gerichtet wurden."*

Schon in der ersten Instanz hatten sich die Broschek-Kapitalisten sagen lassen müssen, daß sie ohne Beweise die Kündigung nicht durchkriegen würden. Jetzt verlangten sie die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, da eine Wiedereinstellung „nicht zumutbar" sei.

Sind schon bei Kündigungen die Maßstäbe für die Beweise der Kapitalisten reichlich dehnbar, so ist bei dem Verlangen nach Auflösung praktisch kein Beweis mehr nötig. Jede Behauptung, die die Annahme stützt, es sei keine „gedeihliche Zusammenarbeit" zu erwarten, muß vom Kollegen widerlegt werden.

In der Berufungsschrift wird dem Kollegen vorgeworfen, daß trotz der Anschuldigung, das Kündigungsschreiben dem DRUCKARBEITER zugänglich gemacht zu haben, *„weiterhin Schriftsätze dieses Prozesses im Druckarbeiter abgedruckt wurden"*, womit *„erwiesen ist, daß der Kläger den Abdruck gefördert hat und vor allem auch wollte"*.

Der Zweck ist klar. Da der DRUCKARBEITER *„den massiven Kampf aller Kollegen gegen die Geschäftsleitung"* fordert, wird aus einer eventuellen Weitergabe von Informationen ein Bruch der „gedeihlichen Zusammenarbeit".

Dieser Prozeß zeigte erneut, daß das Arbeitsgerichtsverfahren nicht geeignet ist, die Entlassung zu verhindern. **„Nur unser gemeinsamer Kampf im Betrieb, und in der Regel bedeutet das Streik, kann uns schützen"** („Alternative", 8/74). Durch eine besonders ausgekochte Verhandlungsführung gelang es aber dem Richter Marcus (er macht im Radio die Sendung „Was wollen sie wissen? "!!), den Kollegen und insbesondere seinen Rechtsanwalt einzuwickeln. (Wir werden darauf im nächsten AK noch näher eingehen.)

Marcus nahm durch seine Initiativen den Kapitalisten die ganze Arbeit ab und ermöglichte ihnen damit, als unnachgiebig erscheinen zu können, während er angeblich nach einer „korrekten" juristischen Lösung suchte! Dieses Spiel mit verteilten Rollen sollte den Kollegen dazu verleiten, auf die Forderungen des Richters einzugehen.

Zuerst legte er die Kündigung beiseite („alles nicht konkret belegt", zu pauschal") um dann die Auflösung des Arbeitsverhältnisses vorzubereiten. Kernpunkt war der „Beweis des ersten Anscheins" für die Weitergabe an den DRUCKARBEITER.

Marcus verlangte zuerst, Kollegen zu benennen, denen Schriftsätze gegeben wurden. Später wollte er sogar die Redakteure des DRUCKARBEITER als Zeugen haben!! Den Einwand des Kollegen, die anderen Kollegen würden dadurch gefährdet, parierte Marcus mit dem zynischen Spruch: „Übertreiben sie die Vorsorge nicht. Wenn das Arbeitsverhältnis begonnen werden soll muß ein bißchen Vertrauensvorschuß (!!) da sein."

Der Kollege ließ sich vorübergehend einschüchtern. Der Wunsch, wieder eingestellt zu werden, war stärker als die Einsicht in den betrügerischen Charakter dieses „Rechts"-Manövers. Der Rechtsanwalt, in seinem Bemühen dem Kollegen zu helfen, ist dem Gericht noch konsequenter in die Falle gegangen. Seine Illusion in die bürgerliche Justiz und das Unvermögen, die politischen Realitäten im Betrieb einschätzen zu können, verleiteten ihn dazu, selbständig Zeugen anzubieten – noch nachdem sich der Kollege endgültig gegen eine Zeugenbenennung ausgesprochen hatte.

Die Vorbereitung solcher Prozesse muß, um derartige Fehler vermeiden zu können, stärker auf den politischen Charakter des Angriffs orientiert werden. Es braucht eine intensive vorbereitende Diskussion, um die Kollegen zu befähigen, richtig auf die Tricks und Schliche der Richter und Kapitalisten zu reagieren.

Es kommt darauf an, hierzu mit den Rechtsanwälten eine politische und juristische Vorbereitung der Prozesse zu leisten, damit solche Manöver zunichte gemacht werden können.

Es ist eine Aufgabe der „Arbeiterhilfe", durch die Vorbereitung und propagandistische Auswertung der Prozesse die Genossen und Kollegen zu unterstützen. Gegenüber den, zumeist noch mit vielen Illusionen behafteten, Rechtsanwälten gilt es, die juristischen Fähigkeiten in Einklang mit den politischen Erfordernissen zu bringen. ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Eine Pestbeule bricht auf

Bestechung, Folter, Mord – in westdeutschen Gefängnissen auf der Tagesordnung

Bereits im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir von den Enthüllungen des „Frankfurter Gefangenenrats" (einer Vereinigung ehemaliger Häftlinge) gegen Gefängnisleitung und Justiz in Mannheim. Der Gefangenenrat hatte konkrete Enthüllungen über Gefangenenmißhandlungen, Mord und Bestechung im Mannheimer Gefängnis so breit publiziert, daß sich die Justizbehörde in Stuttgart in Zugzwang sah, d.h. ihrerseits „aktiv" werden mußte. Nach und nach dringen jetzt Informationen über die übelsten Vorkommnisse ans Tageslicht.

– Zuerst war nur die Rede vom Tod des Häftlings Hans-Peter Vast, der im Dezember 73 von Wärtern in der Zelle so schwer zusammengeschlagen wurde, daß er in der gleichen Nacht starb. Der Gefängnisarzt stellte einen zweideutigen Obduktionsbefund „Tod durch äußere Einwirkungen" aus, und den Angehörigen wurde mitgeteilt, daß Vast in seiner Zelle umgefallen und mit dem Kopf auf die Bettkante geschlagen sei.

Ein Sprecher des Justizministeriums Stuttgart verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß *„auch Selbstmord nicht ausgeschlossen"* sei. („Süddeutsche Zeitung" – „SZ" – vom 22.8.74).

Damit geriet eine Lawine ins Rollen. Hier sind die Fälle, die bisher bekannt geworden sind:

– *„Als der an einer schweren Hirnhautentzündung erkrankte Ernst C. am Abend des 7. Juli 1971 vor Schmerzen laut jammerte, warf ein Vollzugsbeamter vom Hof aus Steine durch das Zellenfenster, sperrte den Wimmernden in die Beruhigungszelle und drehte bei nahezu 30° Außentemperatur die Heizung voll auf. Beamte, die tags darauf den toten Ernst C. bargen, erinnern sich: ‚auf dem Fußboden hätte man Spiegeleier bakken können' ".*
(Das Verfahren wurde inzwischen eingestellt) („Spiegel" 35/74).

C. bargen, erinnern sich: ‚auf dem Fußboden hätte man Spiegeleier bakken können' ".
(Das Verfahren wurde inzwischen eingestellt) („Spiegel" 35/74).

▷ Am 27.7.73 lag ein Häftling krankenhausreif mit einer Hodenverletzung in seiner Zelle.

Es wurde kein Schuldiger gefunden, die fraglichen Vollzugsbeamten stellten „ein strafbares Verhalten entschieden in Abrede". Das Verfahren wurde am 7.3.74 eingestellt. („Spiegel 35/74).

▷ Im November 73 wurde Bernhard Sch. von einem Gefängniswärter in solch bestialischer Weise gefoltert, daß er noch heute eine bleibende Verletzung hat, wo man ihn mit Füssen an den Kopf getreten hatte. (Gefangenenrat).

▷ Im April 74 wurde Herbert G. vom gleichen Gefängniswärter gefoltert. Er wurde stark verletzt.

– In der Pfingstnacht 2./3.6.74 war ein regelrechtes Rollkommando von Wärtern unterwegs, das etwa Hundert Häftlinge mißhandelte. (Siehe dazu Kasten). (Gefangenenrat)

▷ Am 17.7.74 wurde ein Gefangener gefoltert und lebensgefährlich verletzt. Am nächsten Morgen wurde er in ein städtisches Krankenhaus gebracht, wo er starb. (Gefangenenrat)

Nach Angabe des Anstaltsleiters Recher soll der Gefangene – wie üblich – einen Selbstmordversuch unternommen haben (!).

▷ Der Taxifahrer Uwe W. wurde von Wärtern einer „Sonderbehandlung" unterzogen. Er wurde – mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt – solange gefoltert, bis er lebensgefährlich verletzt war. Seither trägt er eine Gesichtsplastik. Ein Mithäftling: *„Die haben sein Gesicht zu Brei geschlagen".* (Gefangenenrat und „Spiegel" 35/74). Auch hier stand „Aussage gegen Aussage", das Verfahren wurde eingestellt.

– Am 6.7.74 wurde ein 39-jähriger Mann eingeliefert, der „wirre Reden führte". Er wurde auf Veranlassung eines Aufsehers in eine Beruhigungszelle gebracht. Ein Arzt wurde nicht eingeschaltet. Er bekam lediglich eine Beruhigungsspritze verpaßt. Am nächsten Morgen war er tot.

Faschistische Knastärzte

Am 28.6.73 wurde der drogensüchtige Häftling Stefan K. eingeliefert. Der Haftrichter hatte wegen Entzugserscheinungen die sofortige Vorführung zum Anstaltsarzt angeordnet. Als diese am nächsten Tag schließlich erfolgte, diagnostizierte der Anstaltsarzt Dr. Eckard Reith, daß keine Selbstmordgefahr bestehe, und veranlaßte die Verlegung in eine Einzelzelle. Am nächsten Morgen baumelte der Jugendliche tot an einem Radiokabel. Der Selbstmord wurde der Öffentlichkeit verschwiegen (nach „Extra-Dienst" Nr. 71/VIII).

In der Fernseh-Sendung „Report" am 2.9.74 erzählte ein ehemaliger Häftling, daß er den Mannheimer Gefängnisarzt mehrere Male gebeten hatte, ihn wegen seines schweren Magenleidens ins Krankenhaus zu überweisen. Schließlich drohte er mit einer Anzeige wegen unterlassener Hilfeleistung. Die Reaktion des Arztes war:

Ich habe über 100 (!!) *Verfahren laufen, auf eines mehr oder weniger kommt es mir nicht an!*

Andere Häftlinge erzählen von Aussprüchen wie diese: „Zeigen Sie mich doch ruhig an, da kommt sowieso nichts dabei heraus" oder „Bei der

kommt es mir nicht an!
Andere Häftlinge erzählen von Aussprüchen wie diese: „Zeigen Sie mich doch ruhig an, da kommt sowieso nichts dabei heraus" oder „Bei der

Kripo mache ich schon gar keine Angaben mehr, das ist doch alles lächerlich".

Herr Dr. Reith hat offensichtlich genügend Gründe, sich total in Sicherheit wiegen zu können. Nicht umsonst hat dieser Fascho seit 1946 das Parteibuch der CDU in der Tasche und darf sich daher auch der Komplizenschaft seiner Parteikumpane sicher sein. Das Parteibuch hat ihn nicht nur in den Bundestag und zu anderen politischen Ämtern gebracht, sondern scheint auch seinem beruflichen Aufstieg vorteilhaft bekommen zu sein. Aufgrund fachlicher Qualitäten kann er es jedenfalls nicht geschafft haben. Als Regeirungsmedizinaldirektor kassiert er allein monatlich über 4.000 Mark (nach „Extra-Dienst").

Laut „FR" vom 28.8.74 sind seit 1967 gegen den Gefängnisarzt 92 *„unbegründete"* (!!) Vorwürfe untersucht worden.

Der Häftling Otto W.:

„Unser Gefängnisarzt ist tagsüber angeblich Veterinärmediziner und kuriert das Rindvieh, Schafe, Ziegen und Hunde in Mannheim-Land. Nur vormittags ist er kurz hier als Gefängnisarzt tätig. Er selbst nennt sich einen „Voll-Arier", Gefangene nennt er „Drecksack", „Zuchthäusler", „Blödmänner", „Simulanten" oder „Tiere".

Inzwischen zogen die Anschuldigungen so weite Kreise, daß dieser faschistische Knastarzt vorläufig aus dem Verkehr gezogen wurde (Suspendierung).

Die „eifrige" Justiz

All diese kriminellen Übergriffe der Behörden sind der Staatsanwaltschaft in Mannheim und dem Justizministerium in Stuttgart seit Jahr und Tag bekannt, denn schon seit Jahren gelangten Beschwerden und Anzeigen von Gefangenen an diese Stellen. Jedoch, wie man sieht, wurden sie entweder nie bearbeitet oder man schlug sie nieder bzw. „entkräftete" sie zumindestens.

Z. B. beim Fall Vast:

„Die Vollzugsbeamten wußten von nichts, und die Gefangenenaussagen reichten nicht aus" („FAZ" 22.8.). *„Die Ermittlungen haben keinen ausreichenden Tatverdacht erbracht"* (Justizministerium laut „SZ" 22.8.).

Die großbürgerliche „FAZ" nimmt diese Schweinereien natürlich in Schutz und macht im Gegenteil noch die Häftlinge für die Nichtaufklärung verantwortlich:

„Sicher haben dem Ausschuß (an den die Beschwerden gingen) *jene unzähligen Querulanten und Psychopathen, die sich aus den Haftanstalten ohne ernsthaften Anlaß zu Wort melden, die Versäumnisse* (der Behörden – d. Red.) *leichter gemacht".* („FAZ", 26.8.74).

Bevor nun noch mehr Licht in diesen faschistischen Behörden-Untergrund dringt, versucht man, die Informationen zu „kanalisieren" und gibt sich den Anschein, als ob nun alles haarklein vor der Öffentlichkeit ausgebreitet und sofort diesen Klagen nachgegangen werden würde:

Bericht des Gefangenen Otto W.

Bericht des Gefangenen Otto W.

„Es ist unwahr, daß nur drei Gefängniswärter an den Folterungen in der Pfingsnacht beteiligt waren. Insgesamt waren es fünf Mann. Sie trugen auch Waffen und in einigen Fällen sind sie auch mit vorgehaltenen Karabiner eingedrungen. Mir sind allein 15 Fälle von Bedrohung mittels Waffe bekannt geworden. Außerdem kenne ich noch gut 10 weitere Fälle. Da ich aber nur mit 10 Prozent aller Gefangenen überhaupt zusammenkomme, ist es nicht übertrieben, daß nicht nur diese 25 Opfer jener Blutnacht im Mannheimer Gefängnis waren..
Mir wurde bekannt, daß drei Mitgefangene krankenhausreif gefoltert wurden und einer später an den Folgen der erlittenen Verletzungen verstarb."

Die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung am 22.8.74:

Zu den Pfingsvorfällen:
„Gefangene hatten randaliert, weil am Abend das Licht in den Zellen nach ihrer Meinung zu früh ausgeschaltet worden war. Sie hatten die einschreitenden Beamten vielleicht auch provoziert. In welcher Weise aber die Beamten 'eingeschritten' sind, ist seit Juni Gegenstand von Ermittlungen. Noch im Juni wurden nach einer Gegenüberstellung von Wärtern und Gefangenen drei Mannheimer Aufsichtsbeamte nach Heidelberg versetzt und ihrer Aufsichtsfunktion enthoben. Zu ihrer Suspendierung haben nach Äußerungen des Justizministeriums die Verdachtsmomente nicht ausgereicht."

Rudolf Schieler (SPD-Landtagsfraktion): *„Es muß schonungslos und hart durchgegriffen werden")* (FR 23.8.)

Traugott Bender (CDU-Justizminister): *„Die Sonderkommission zur Untersuchung des Mannheimer Gefängnis-Skandals wird verstärkt, damit auch weiter auftauchende Vorwürfe sofort überprüft werden können."* (FAZ 26.8.)

und:

„Ich werde Konsequenzen auf allen Ebenen überdenken. Ein Verschulden und Versäumnisse werden bis in alle Verästelungen ohne Rück-

➡

○ Teil 2
Europas Proletariat vor dem Sturm
58 Seiten DM 2,–

Anzahl

○ **20 / 21** **Zum 1. Mai 1973**
Die chinesische Kulturrevolution
62 Seiten DM 2,–

○ **22** **Schädliche Illusionen über den Kampf der arabischen Völker**
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikommunistische Broschüre
37 Seiten DM 2,50

○ **23** **Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD"**
Selbstkritik Marke KBW
Propaganda der Faschisten
Arbeitsordnung Blohm & Voss
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
49 Seiten DM 2,50

Bücher und Broschüren

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Führung
120 Seiten Großformat DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten Großformat DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten Buchformat DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen !**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten Buchformat DM 6,–

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikel unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten Buchformat DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten Buchformat DM 6,50

○ **Deutsche Revolution von 1918 bis 1923**
192 Seiten (Buchformat) DM 8,-

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten Buchformat DM 6,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

○ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften.
100 Seiten Buchformat DM 3,-

○ **Hermann Remmele – Schritt halten !**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden ?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD.
100 Seiten Buchformat DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des kommunistischen Bundes

○ für 6 Ausgaben		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab	DM 12,-

DIE INTERNATIONALE Zeitung des kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

○ für 6 Ausgaben		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab	DM 12,-

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

○ für 6 Ausgaben DM 8,–

Anschrift: ______________________

(Datum) (Unterschrift)

○ **Verlags-Katalog** **kostenlos**
In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Forts. Pestbeule

sicht auf Personen aufgeklärt werden." (FR 26.8.)

und ganz poetisch:

„Es muß mit Feuer und Schwert durchgefahren werden." (Spiegel, 35/73)

Das Muster einer Aufklärung

Dabei zeigt ein Rückblick auf die Aufklärung zum Falle Vast noch einmal ganz deutlich, daß man solange wie möglich die Sache zu vertuschen suchte.

Im Dezember 73 starb Hans-Peter Vast. Am 24.6.74 wurden die Ermittlungs-Verfahren eingestellt, obwohl Mordverdacht bestand.

Am 29.6.74 schrieb der Gefangenenrat einen Brief an das Justizministerium, in dem gegen die Einstellung protestiert, Beweismaterial geliefert und die Ablösung des Anstaltsdirektors Recher gefordert wurde.

Zuerst wurde vom Justizministerium bestritten, daß ein Brief des Gefangenenrats überhaupt existiert. Jedoch: Pech fürs Ministerium, der Gefangenenrat hatte eine Eingangsbestätigung der Post vorliegen.

Daraufhin fand sich der Brief urplötzlich an, er hatte tragischerweise *„unbearbeitet auf dem Schreibtisch eines Referenten gelegen, der noch in Urlaub ist."* („SZ" 22.8.)

Die verschiedenen berufsmäßigen Vertuscher in der Behörde hatten allerdings versäumt, ihre Lügen aufeinander abzustimmen. Nur einen Tag zuvor hatte das Justizministerium gerade eine anderslautende massive Gegendarstellung in der Stuttgarter Zeitung abdrucken lassen, in der unter anderem auch bestritten wurde, jemals einen Brief vom Gefangenenrat empfangen zu haben.

Eilig kehrte Justizminister Traugott Bender aus seinem Urlaub zurück, um nun endlich *„die alleinige Information der Öffentlichkeit an sich zu ziehen"* („SZ" 22.8.), damit solche Pannen in Zukunft unterbleiben.

Es ist eben günstiger, wenn nur einer vertuscht. Ab sofort gab es wieder mal eine Informationssperre und den Journalisten wurde großzügigerweise angeboten, *„Einsicht in die Akten zu nehmen, um sich über die Vorgeschichte (!) des Falles zu informieren."* („SZ" 22.8.)

Nachträglich wurden die widersprüchlichen Aussagen innerhalb des Justizministeriums als „Panne im Informationsfluß" gekennzeichnet, denn *„das Ministerium ist in 2 verschiedenen Gebäuden untergebracht"* („SZ" 22.8.74).

Am 24.7. mußte das Verfahren wieder aufgenommen werden. Vom Ministerium wird eifrig versichert, daß man dies nicht etwa auf den Brief des Gefangenenrates und die Öffentlichkeit, die dieser geschaffen hatte, hin getan hat, sondern *„aus freien Stücken"*. („FR" 22.8.74)

Denn: Der Brief war natürlich *„inhaltsarm und wenig konkret"* (Sprecher des Ministeriums, „SZ" 22.8.74) und die Ermittlungen seien *„stets korrekt und ohne Versäumnisse geführt worden."* (Ministerium FR 22.8.74)

Da scheint doch der Ausspruch eines hohen Stuttgarter Ministerialbeamten passend: *„Alle versuchen jetzt, ihre Nasen aus dem Kakao zu halten und viele haben hier die Hose voll."* (FR 22.8.)

Folterungen werden von oben befohlen und gedeckt

Jedoch ist die „Aufklärung" im Falle Vast nicht etwa ein besonders schlecht gewähltes Beispiel, wie auch die am Anfang des Artikels „zu den Akten" gelegten Fälle beweisen. In Mannheim wurden Häftlingen, die sich zu oft beschwerten, in andere Haftanstalten verlegt. Begründung: Gefährdung von Sicherheit und Ordnung. („Report" am 2.9.74). Andere Häftlinge wurden davon „überzeugt", daß es besser für sie sei, keine Klage mehr zu führen.

„Bei zahlreichen Vorfällen, deren Klärung auch das Ministerium zu einer genaueren Kenntnis der Verhältnisse in Mannheim gezwungen hätte, hat die Staatsanwaltschaft bewußt abgeblockt. So hat ein Staatsanwalt, was zu belegen ist, Vollzugsbeamte in der Kantine mit der Bemerkung beruhigt, die meisten Fälle können abgewürgt werden." („FAZ" 26.8.)

Insgesamt ist es so, daß versucht wird, den Häftlingen klarzumachen, daß sie sich nur selbst bestrafen, wenn sie Klagen führen, denn diese gehen auf jeden Fall von der Staatsanwaltschaft zurück an die Anstaltsleitung, die sich den Häftling dann besonders vornehmen kann.

So wundert es nicht, daß bei dieser Kumpanei von Wärtern, Staatsanwaltschaft und Gefängnisleitung der einzelne Häftling verzweifelt oder eingeschüchtert wird. So sind auch viele Häftlinge in Mannheim jetzt noch nicht bereit, das, was sie gesehen haben, zu bezeugen. Ein Gefangener erzählte dem „Spiegel", daß ihm auf dem Weg zur Untersuchungs-Kommission von einem Wärter gedroht wurde: *„Paß auf, was du sagst, wir zahlen dir alles heim"*. („Spiegel" 35/74)

Neun Wärter sind inszwischen verhaftet worden. Manche von ihnen werden erstaunt fragen, wieso gerade sie bestraft werden für Dinge, die allgemein üblich waren, die teilweise auf Anordnung, zumindestens jedoch mit Duldung der Gefängnisleitung geschehen ist.

Der „Gefangenenrat" schreibt: **„Die Morde und Folterungen an Gefangenen gehen nicht von den Schlägerkommandos aus, die nur Instruktionen zu vollstrecken haben. In jedem Gefängnis in Baden-Württemberg (wie auch in den anderen Bundesländern) gibt es ein solches Schlägerkommando zur Einschüchterung und Bestrafung von Gefangenen, die sich gegen Repressalien zur Wehr setzen. Die Instruktionen, Gefangene zu schlagen und zu foltern, geht in jedem Fall von den Anstaltsleitern aus, die außerdem durch ihre Verbindungen zu den Staatsanwaltschaften dafür sorgen können, daß Anzeigen niedergeschlagen werden. Dieser übliche Vorgang, der sich in allen Anstalten Baden-Württembergs immer wiederholt, wird vom Justizministerium gedeckt."** (18.8.74)

Und der Gefangene Otto W. schreibt: „... . *Ich beschuldige zusätzlich mehrere Gefängniswärter ... mehrfach Gefangene schwer gefoltert und dabei lebensgefährlich verletzt zu haben, so daß einige an den Folgen solcher Verletzungen nachträglich verstarben. Ich bringe jedoch zu ihrer Entschuldigung vor, daß sie in der Regel hierbei weisungsgebunden gehandelt haben. Sie waren sich daher so sicher, daß ihnen überhaupt niemals etwas passieren könnte, weil sie ja nur gehandelt hatten, wie ihnen befohlen war. ...Gefängnisdirektor Recher hatte noch niemals irgend ein Interesse aufkommen lassen, wonach anzunehmen sei, er würde Übergriffe auf Gefangene nicht dulden. Einmal hatte er sogar einen Gefängniswärter zu mir geschickt, um mich zwangsweise zu erpressen."* (am 6.8.74)

Zum Thema Gefängniswärter erklärte der ehemalige Strafgefangene Jörg W.:

„Wenn jemand humane Tendenzen entwickelte, wurde er sogleich vom Dienst suspendiert und als links eingestuft."

Faschistisches Verhalten als Staatsräson; Humanität, liberale „Anwandlungen" als Sicherheitsrisiko, Systemgefährdung ... das ist die Fratze des westdeutschen Strafvollzugs wie auch Direktive für die Ausrichtung des gesamten Staatsapparates der BRD.

Die durch die teilweise hergestellte Öffentlichkeit aufgescheuchten Verantwortlichen der bundesdeutschen Justiz versuchen jetzt natürlich das Augenmerk und die Empörung auf Nebengleise zu lenken. Sie distanzieren sich eilig von einigen ihrer Diener, um selbst mit heiler Haut davonzukommen. Justizminister Bender (Bad.Württ.) in der Frankfurter Rundschau vom 28.8.74: „ ...*die wenigen Beamten, die ihre perversen Excesse in der Haftanstalt abreagiert haben, werden konsequent eliminiert"* und *„Die Justiz dieses Landes ist intakt und verdient unser Vertrauen."* – In der Tat, so wäre es diesen Würdenträgern staatlicher Macht das liebste.

Repressionen und Hetze gegen den „Frankfurter Gefangenenrat"

gegen den „Frankfurter Gefangenenrat"

Nachdem eine Reihe von Enthüllungen des „Gefangenenrates" sich als richtig erwiesen haben, kommen Sprecher des Justizministeriums nicht umhin, ihm *„eine gewisse Ernsthaftigkeit zuzubilligen"*, so jedenfalls Strafvollzugs-Referent des hessischen Justizministeriums Meyer-Velde, der der bisher noch behauptet hatte:

„Das sind doch meistens nur abstruse Beschuldigungen, bei denen auch die Fäkalsprache nicht zu kurz kommt." („Spiegel" 36/74).

Wohl weniger wegen der angeblichen „Fäkalsprache", sondern wegen dem Feuer unter dem Hintern einiger Leute im Justizministerium, das der „Gefangene" angezündet hatte, versucht man ihn jetzt zu diffamieren, um ihn dann generell als unglaubwürdig abstempeln zu können:

- Dabei verläßt man sich ganz auf die vor Jahren systematisch aufgebaute Baader-Meinhof-Hysterie und versucht, den „Gefangenenrat" in diese Ecke zu drängen: *„Der Gefangenenrat hat Verzweigungen in den Bereich Rote Hilfe und Rote Armee Fraktion."* Dies konnte der Justiz-Staats-Sekretär Hessens, Horst Werner, dann auch durch *„die objektive Art, in der sich die Leute artikulieren"*, festmachen und „belegen".
- Beamte des politischen Kommissariats beschlagnahmten bereits im Mai Karteien und Korrespondenz im Frankfurter Büro des Gefangenenrates.
- Mitte August wurden 2 Mitglieder des Gefangenenrates zum Verhör geholt, weil sie der Hehlerei verdächtigt worden waren. (alles „Spiegel" 36/74)

Der Eifer, die Affäre aufzuklären, ist wie man sieht, geradezu sprichwörtlich!

Bullenterror in Frankfurt

Bullenterror in Frankfurt

Von Polizisten krankenhausreif geschlagen

In Frankfurt wurden zwischen Juni und August zwei Kollegen von Polizisten derartig brutal zusammengeschlagen, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten: der eine mit vier gebrochenen Rippen und einem Nasenbeinbruch, der andere mit Bauchprellung.

Im ersten Fall handelte es sich um einen 48-jährigen arbeitslosen Kollegen, der aus Verzweiflung über seine Lage (er hatte, wie er sagt, drei Wochen lang kein Arbeitslosengeld bekommen, und bekanntlich ist es für einen älteren Arbeiter sehr mühsam, überhaupt eine Stelle zu bekommen) etwas getrunken, aus einem Auto einen Wackelhund rausgeholt und sich mit ihm ins Gras zum Schlafen gelegt. Obwohl der Kollege, wie er selbst berichtete, keinen Widerstand leistete („Es ist mir egal, ob ihr mich einsperrt, ich habe sowieso nichts zu verlieren" – „FR" 15.8.), wurde er gleich im Streifenwagen verprügelt, sodaß er, als er im Revier ankam, bereits einen Nasenbeinbruch hatte. Die Tollwütigkeit der Polizisten war aber noch nicht befriedigt: im Revier warfen sie ihn die Treppen runter und schlugen ihn auf Magen und Leber – zu viert!

Die Polizei streitet natürlich alles ab. Zwar ist im Polizeibericht von „körperlichen Auseinandersetzungen" die Rede, aber woher der Nasenbeinbruch und die Rippenfraktur kommen, das kann sich die Polizei beim besten Willen nicht erklären!

Ihrer Meinung nach handelt es sich um „Lügenmärchen eines Psychopathen"! Und um bei den Arbeitern keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, wer hier in diesem Staat was zu sagen hat, hat sie jetzt gegen den arbeitslosen Kollegen Anzeige wegen Diebstahls (eines Wackelhundes!) und Widerstands gegen die Staatsgewalt (!) erstattet.

Im zweiten Fall handelt es sich um folgendes:

Nachbarn hatten sich bei der Polizei über den Einzug eines neuen Mieters beschwert, weil er um 22 Uhr „immer noch" am Umräumen war. Prompt kam ein Streifenwagen an und man zerrte den 47jährigen Arbeiter in den Wagen. Kaum im Revier angekommen, zerrten ihn gleich vier Polizisten in den Keller und fielen über ihn her. Das Verbrechen des Kollegen: er hatte die Polizisten – nachdem sie ihn schon im Streifenwagen ununterbrochen beschimpft hatten – „Spitzbuben" genannt.

Seit diesem verhängnisvollen Tag – 20. Juni – kann der Kollege nicht mehr arbeiten gehen, weil er vorerst bis zum 22. August krankgeschrieben worden ist.

In beiden Fällen argumentierte die Polizei, zur Rechtfertigung ihres Terrors, mit „erheblicher Gewalt", die man habe brechen müssen.

Arbeiter verprügeln und ermorden (wie jüngst den Mannheimer Arbeiter Remiszko) und Faschisten schützen – das ist die Funktion dieser uniformierten Schlägerbande.

KB/Gruppe Frankfurt

Demokratie „Marke SPD" im Krankenhaus

Jetzt wird es ernst mit der Demokratie im Krankenhaus, tönte die SPD-treue „Hamburger Morgenpost" am 6.8.74. Anlaß war die Verabschiedung der *„Richtlinien für die Leitung von Krankenhäusern"*, die ab 1.9. für alle staatlichen Krankenhäuser Hamburgs gültig sind.

Sehen wir, was an dieser Behauptung dran ist:

Bisher wurden die Krankenhäuser durch einen allmächtigen, von der Gesundheitsbehörde bestellten Ärztlichen Direktor geleitet, der sogar über Personalfragen im Pflegebereich entscheiden konnte.

Die neuen Richtlinien sehen stattdessen ein dreiköpfiges Direktorium vor. Ihm gehören an: Der Ärztliche Direktor, die Leitende Pflegekraft und der Verwaltungsleiter.

Der Ärztliche Direktor wird ausschließlich (!) von den Chefärzten gewählt, und zwar gleich für sieben Jahre. Die Leitende Pflegekraft wird von den Stationsschwestern, Ersten Unterrichtsschwestern und allen Pflegekräften gewählt, denen durch ausdrückliche Anordnung mindestens fünf Pflegepersonen ständig unterstellt sind. Nicht wahlberechtigt ist also die große Mehrheit der übrigen examinierten Schwestern/Pfleger, die Schüler/innen und Pflegehelfer/innen.

Der Verwaltungsleiter wird gar nicht erst gewählt, sondern direkt von der Behörde „vorgeschlagen".

Das letzte Wort über die Ernennung der „gewählten" Direktoriumsmitglieder hat die Deputation (ein Ausschuß der Gesundheitsbehörde).

Der Personalrat hat keinen Einfluß darauf, wer ins Direktorium kommt; er darf aber vor der Ernennung durch die Deputation eine „Stellungnahme" zu den drei Kandidaten abgeben!

Die drei Direktoriumsmitglieder sind für ihren Bereich eigenverantwortlich.

Jedem der drei steht ein sechsköpfiger Beirat zur Seite. Wer glaubt, daß durch die Beiräte das völlig undemokratisch „gewählte" Direktorium einer demokratischen Kontrolle unterworfen wird, täuscht sich gewaltig: Die Beiräte werden nach einem geradezu abenteuerlichen Modus gewählt:

Der Beirat für den Ärztlichen Direktor besteht aus:

- 2 Chefärzten, von den Chefärzten gewählt;
- 1 Oberarzt, gewählt von den Oberärzten und Assistenzärzten, die länger als zwei Jahre am Krankenhaus sind;
- 1 Assistenzarzt, von den jüngeren Assistenzärzten gewählt;
- 2 vom sog. Heilhilfspersonal gewählten Vertretern.

Dem Beirat für die Leitende Pflegekraft gehören an:

- 3 Pflegekräfte aus dem Kreis der Oberschwestern/pfleger;
- 2 Examinierte;
- 1 Schüler/in.

Sie werden jeweils aus der Mitte der genannten Personenkreise gewählt.

Dem Beirat des Verwaltungsleiters gehören jeweils zwei gewählte Vertreter des Verwaltungs-, des technischen und des Betriebs- und Wirtschaftspersonals an.

Die Beiräte können zwar „mitreden", haben aber nichts zu sagen:

Die Beiräte haben ausschließlich *„beratende Funktionen"*. *„Beschlüsse des Gesamtbeirates dienen dem Direktorium als Empfehlungen"*. Können sich Direktorium und Gesamtbeirat nicht enigen, hat in jedem Fall die Gesundheitsbehörde das letzte Wort!

Die Beiräte sind also nichts weiter als eine demokratische Spielwiese, auf der Unzufriedene ein weites, aber völlig unfruchtbares Betätigungsfeld finden sollen.

Durch die Beiräte wird der Personalrat entwertet: Man wird sagen, dies oder jenes ist Sache der Beiräte, nicht des Personalrates.

Der Personalrat ist immerhin halbwegs demokratisch gewählt (wenn es auch oft bei der Kandidatenaufstellung sehr undemokratisch zugeht) und er hat immerhin winzige Mitbestimmungsmöglichkeiten. Deswegen müssen wir dagegen kämpfen, daß er durch die völlig funktionslosen Beiräte geschwächt wird.

Boykottieren wir die Wahl des Direktoriums und der Beiräte!

„Abbau hierarchischer Strukturen", damit ist die SPD in den Wahlkampf gezogen. Die Hierarchie im Krankenhaus ist durch die neue Leitungsstruktur allerdings nicht im Geringsten abgebaut worden.

Die Einbeziehung der Leitenden Pflegekraft und des Verwaltungsleiters in die Gesamtleitung ist nur die Folge davon, daß die bisher alleinregierenden Ärztlichen Direktoren zu oft Mist gebaut hatten, weil sie über Dinge entschieden, von denen sie keine Ahnung hatten.

Die „Harburger Anzeigen und Nachrichten" vom 7.8. schreiben offen:

„Der Senat sieht in der Neugestaltung der Leitungs- und Mitbestimmungsstrukturen in den staatlichen Krankenhäusern einen ebenso notwendigen, wie behutsamen Schritt, die Funktionsfähigkeit der Krankenhäuser zu verbessern".

Das ist der Kern einer „Reform", die Gesundheitssenator Nölling frech als „Anfang für einen Demokratisierungsprozeß" verkaufen will. Nölling versucht noch eine Ehrenrettung, indem er behauptet, *„es habe sogar Kritiker gegeben, die meinten, daß hier die Demokratie zu weit ginge und die Abstriche verlangten"*. Nölling glaubt wohl, daß gegenüber den schwarzbraunen „Demokratie"vorstellungen mancher Chefärzte, sein blaßrosa Reförmchen noch ein bißchen Farbe bekommt!

Von Demokratisierung wird groß getönt, in Wirklichkeit werden sogar die minimalen demokratischen Rechte abgebaut, die die Assistenzärzte am Allgemeinen Krankenhaus Altona und Harburg durchgesetzt hatten. In Altona saßen immerhin je ein gewählter Assistenz- und Oberarzt neben drei Chefärzten im Ärztlichen Direktorium. In Harburg waren ebenfalls alle Ärzte an der Wahl des Ärztlichen Direktoriums beteiligt. Diese Leitungsmodelle waren zwar keineswegs fortschrittlich (Übergewicht der Chefärzte, keine Vertretung des nichtärztlichen Personals), aber für die Gruppe der Assistenzärzte bedeutet die neue Richtlinie den Verlust des Wahlrechts!

Außerdem sieht die Richtlinie in einer Übergangsregelung vor:

„Die z.Z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an. Die Ziffern 2 und 4 (Wahl des Ärztlichen Direktors und der Leitenden Pflegekraft) *finden auf sie keine Anwendung."*

In den meisten Krankenhäusern bleibt also alles beim Alten.

Von der Gewerkschaftsführung wurde kein Protest gegen diese Pseudoreform der Krankenhausleitung erhoben.

Die ÖTV sieht in ihrer „Stellungnahme zur Krankenhausleitung" von 1972 als oberstes Leitungsorgan einen paritätisch aus „Arbeitgebern" und „Arbeitnehmern" gebildeten Krankenhausausschuß vor. Die Geschäftsleitung soll aus dem Ärztlichen Direktor, der Leitenden Pflegekraft, dem Verwaltungsleiter und dem technischen Leiter bestehen. Von diesen Geschäftsführern soll nur der Ärztliche Direktor wählbar sein!

Kein Wunder, daß von der Gewerkschaftsführung kein Protest kommt, wenn ihr eigenes Modell teilweise noch undemokratischer als das der Behörde ist.

Der „Patientenanwalt"

Fast gleichzeitig mit dem neuen Leitungsmodell hat der Gesundheitssenator ein ebenso faules Ei als „frischeste Ware" auf den Markt zu bringen versucht.

Unter der Schlagzeile *„Anwälte für die Sorgen der Kranken"* schreibt das „Hamburger Abendblatt": *„Für jedes staatliche Krankenhaus soll es künftig einen sog. Patientenanwalt geben. Seine Aufgabe besteht unter anderem darin, Kritik der Patienten an Zuständen im Krankenhaus oder am Krankenpflegepersonal zu prüfen und gegebenenfalls abzustellen. Hamburg wird damit als erstes Bundesland eine Institution schaffen, ähnlich dem Ombudsmann in skandinavischen Ländern, die jedem Patienten eines Krankenhauses die Möglichkeit gibt, sein Herz auszuschütten."*

Also wird es in Zukunft *„eine wirksame Interessenvertretung der Patienten"* (Nölling), ein Stück mehr Demokratie geben?

Sehen wir uns den Abendblatt-Artikel genauer an: *„Allerdings kann sich die Kritik* (der Patienten) *nicht auf Bagatellen, sondern nur auf Punkte beziehen, die grundsätzlich einer Änderung oder Verbesserung bedürfen"*. Was „grundsätzlich verbesserungsbedürftig" ist, bestimmt weiterhin die Behörde.

Wer soll als Patientenanwalt die Interessen der Patienten vertreten? Nach den Plänen der Behörde sollen die sogenannten Provisoren der Krankenhäuser diese Aufgabe übernehmen. *„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Detailkenntnisse über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheinen der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bevölkerung zu fungieren"* („Abendblatt").

Diese Provisoren sind zwar gewählt – für die Bürgerschaft – aber die Patienten im Krankenhaus durften bisher und können auch in Zukunft einen Sprecher ihres Vertrauens nicht wählen, obwohl es gerade unter den chronisch Kranken, die mehrmals im Jahr die Zustände am Krankenhaus am eigenen Leib erfahren müssen, ausgezeichnete Kandidaten für „Patientenanwälte" geben würde.

Von den fünf Provisoren z.B. des Harburger Krankenhauses sind drei Ärzte – wenn sie als Patient ins Krankenhaus kommen, liegen sie auf Privatstation (heute in „Bett mit Sonderleistungen" umbenannt) –, nur einer von ihnen wohnt in Harburg. Als in Harburg während der Renovierung der Aufnahmestation neben Herzinfarktpatienten, die wegen Überfüllung auf dem Flur lagen, mit Preßlufthämmern gearbeitet wurde, hat man von diesen „Anwälten" keine Beschwerden gehört.

Für die Patienten wird sich nicht das Geringste ändern durch die Umbenennung der Provisoren in Patientenanwälte. Sie bleiben nach wie vor im Krankenhaus lateinisch sprechenden Medizinpriestern ausgeliefert und müssen die Folgen der Bettenschließung und Liegezeitverkürzung am eigenen Leib erfahren, ohne die geringste Aussicht, durch die „Patientenanwälte" etwas daran zu ändern.

„Der Patientenanwalt ist Teil eines Gesamtplanes, der sich mit der Neuorganisation des Krankenhauswesens in Hamburg befaßt" („Hamburger Abendblatt"). Dieser Gesamtplan entpuppt sich als typischer SPD-Betrug: „Demokratisierung des Krankenhauses", „Interessenvertretung durch Patientenanwälte", das sind die Phrasen, mit denen von den patienten- und personalfeindlichen Rationalisierungsplänen abgelenkt werden soll.

Alter, noch dazu verdünnter Wein, in neuen Schläuchen, das sind die „Reformen" der SPD. ●

KB/Gruppe Hamburg
Gruppe Gesundheitswesen

Radikalenerlaß gegen Mediziner

Daß mit Hilfe des Radikalenerlasses linke Lehrer vom Schuldienst ausgeschlossen werden, ist – leider – schon alltäglich geworden.

Inzwischen sind auch Mediziner betroffen: Ende 1973 bewarb sich ein Assistenzarzt, bekanntes DKP-Mitglied, um eine Stelle als Schularzt am Gesundheitsamt in Norderstedt.

keit und sammelte Unterschriften für ihre Einstellung.

In Bayern, das immer zwei Schritte in der Faschisierung voraus ist, wird der Radikalenerlaß bereits gegen linke Sozialdemokraten angewandt, z.B. gegen den GEW-Spitzenfunktionär Offergeld.

Kürzlich sollten auch zwei Medizinalassistenten aus dem Öffentlichen

um einer demokratischen Kontrolle unterworfen wird, täuscht sich gewaltig: Die Beiräte werden nach einem geradezu abenteuerlichen Modus gewählt:

Der Beirat für den Ärztlichen Direktor besteht aus:

- 2 Chefärzten, von den Chefärzten gewählt;
- 1 Oberarzt, gewählt von den Oberärzten und Assistenzärzten, die länger als zwei Jahre am Krankenhaus sind;

Krankenhaus ist durch die neue Leitungsstruktur allerdings nicht im Geringsten abgebaut worden.

Die Einbeziehung der Leitenden Pflegekraft und des Verwaltungsleiters in die Gesamtleitung ist nur die Folge davon, daß die bisher alleinregierenden Ärztlichen Direktoren zu oft Mist gebaut hatten, weil sie über Dinge entschieden, von denen sie keine Ahnung hatten.

Die „Harburger Anzeigen und Nachrichten" vom 7.8. schreiben offen:

doreform der Krankenhausleitung erhoben.

Die ÖTV sieht in ihrer „Stellungnahme zur Krankenhausleitung" von 1972 als oberstes Leitungsorgan einen paritätisch aus „Arbeitgebern" und „Arbeitnehmern" gebildeten Krankenhausausschuß vor. Die Geschäftsleitung soll aus dem Ärztlichen Direktor, der Leitenden Pflegekraft, dem Verwaltungsleiter und dem technischen Leiter bestehen. Von diesen Geschäftsführern soll nur der Ärztliche Direktor wählbar sein!

Geplanter Abriß der Notunterkünfte in Frankfurt:

Vom Regen in die Traufe

Die Frankfurter Behörden planen bis Ende 1975 den Abriß der Notunterkünfte. Es paßt dem SPD-Magistrat nicht mehr in sein Motto „Lebensqualität", daß in Frankfurt gut sichtbare Elendsviertel bestehen. Um den schönen Schein zu wahren, nicht etwa um den Betroffenen wirklich zu helfen, sollen sie nun in Sozialwohnungen umquartiert werden – die Bewohner der Notunterkünfte kommen damit aber vom Regen in die Traufe.

Anfang 1975 sollen die Häuser 22 bis 32 in der Mühlbruchstraße in Ffm-Sachsenhausen abgerissen werden, nach amtlicher Mitteilung, um einer Vergrößerung des Bahnkörpers zu weichen. Um genauer zu erfahren, was die Behörden mit ihnen vorhaben, riefen die Bewohner der Mühlbruchstraße kürzlich eine Bewohnerversammlung ein und luden dazu auch die „hohen Herren" der verschiedenen Ämter und Parteien ein. Auf der Versammlung waren denn auch rund 80 Leute anwesend: Bewohner der Notunterkünfte Mühlbruchstraße, Ahornstraße, Niederbornstraße und Niedwiesenstraße sowie Sozialarbeiter, Vertreter der bürgerlichen Parteien und Behördenvertreter.

Zunächst legten die Bewohner ihre Lebensbedingungen dar. Größtenteils sind sie völlig Sozialhilfeempfänger: alleinstehende Frauen mit fünf bis zehn Kindern, ein Mann mit einer blinden Frau und einem Haufen Kinder, Vorbestrafte und deshalb arbeitslos ... usw. Menschen, die durch die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft an den Rand der Gesellschaft gequetscht und dort dann allenfalls auf Almosen angewiesen sind. Wie sich die Behörden um sie „kümmern", ist schon an der Ausstattung ihrer Notunterkünfte sichtbar: ein Schuhschränkchen (ein Meter hoch) als „Kücheneinrichtung", keine Türklinken an den Wohnungstüren, die Häuser sind also nicht abschließbar (so daß man nachts häufig im Treppenhaus oder auf dem Klo auf Betrunkene stößt, die dort Unterschlupf gesucht haben), und natürlich gibt es auch nur ein Gemeinschaftsklo und einen Gemeinschaftswaschraum, das sogenannte Vierkräne-Bad. Teilweise müssen einige Bewohner hier schon seit 15 Jahren hausen! Die soziale Diskriminierung geht aber weit über die von den Behörden zu verantwortenden Zustände in den Notunterkünften hinaus: ein Junge bekommt bei T&N keine Lehrstelle, weil er in der Ahornstraße wohnt ... Ärzte verweigern den Bewohnern die Behandlung, weil sie keinen Krankenschein haben oder weil der Sozialamts-Krankenschein ihnen keine Möglichkeit bietet, ausreichenden Profit zu machen ... usw. usw.

Die Stadt hat diesen Menschen jetzt Sozialneubauwohnungen in der Mainfeld-Siedlung „angeboten" – aber bei den dortigen Mieten und Umlagen zwischen 300 und 700 DM kann man dieses „Angebot" nur als Zynismus bezeichnen. Die Bewohner wollen verständlicherweise auch nicht wieder zusammen umquartiert werden und dann irgendwo wieder ein neues Ghetto bilden. Die Behördenvertreter stellten sich diesen Darlegungen der Notunterkunfts-Bewohner gegenüber einfach dumm und sagten, ihnen sei das alles „nicht bekannt". Ein Herr Dabs vom Amt für Wohnungsvermittlung verkündete sogar ungeniert, die Betroffenen seien als Wohnungssuchende gar nicht registriert – und das, obwohl der Abriß der Notunterkünfte seit zwei Jahren bekannt ist! Einen ebenso großartigen Eindruck hinterließ der Ortsbeirats-Vorsitzende von Sachsenhausen, Sturmfels, als er auf den Wunsch der Bewohner, daß sie wegen ihrer Kinder gerne im Stadtteil Sachsenhausen wohnen bleiben möchten, zynisch antwortete: erstens stehen in Sachsenhausen nicht so viele Wohnungen leer (was eine Lüge ist), und zweitens wüßten die Behörden ja auch nicht, wann Oma Meier und Oma Müller stirbt!! Hockmüller vom Amt für Wohnungswesen erklärte schließlich, es besteht ein Zeitplan für die Umquartierung und der werde durchgezogen. Also doch ein Plan, alles beschlossene Sache, ohne Rücksicht auf die finanzielle Situation der Bewohner der Notunterkünfte; ohne Rücksicht auf die soziale Infrastruktur (Kindertagesstätten, Spielplätze, Schulen usw.) der für die Umquartierung vorgesehenen Mainfeld-Siedlung (im Mainfeld ist für etwa 3.000 dort lebende Kinder nichts derartiges vorhanden).

Die Taktik der Behörden ist es offensichtlich (bei längst feststehenden Plänen für die Umquartierung) die Bewohner der Notunterkünfte durch widersprüchliche Aussagen und gespielte Ahnungslosigkeit zu verwirren und zu verunsichern, so daß die Notunterkunfts-Bewohner schließlich notgedrungen alles nehmen, was die Behörden ihnen vor die Füße werfen. In den Diskussionsbeiträgen der Bewohner kam ihre Empörung über ihre Situation und über ihre Behandlung durch die Behörden vielfach zum Ausdruck:

„Man behandelt uns wie den letzten Dreck" ... *„Wir existieren für die Herren gar nicht"* ... *„Was heißt denn bei 300 bis 600 Mark Miete noch sozialer Wohnungsbau? !"* ... *„Der soziale Wohnungsbau gehört aufgehängt"* ...*„Die Abhängigkeit vom Sozialamt stinkt uns"* ... Eine Sozialarbeiterin: *„Ich habe den Verdacht, daß das Obdachlosenproblem alljährlich mit dem Anfertigen neuer Listen gelöst werden soll"*. Und ein Bewohner im Anschluß an die Versammlung: *„Wenn wir nicht für unsere minimalsten Lebensbedingungen kämpfen und ein Haus besetzen oder so, sitzen wir alle auf der Straße!"* ●

KB/Gruppe Frankfurt,
Bezirkskollektiv

Radikalenerlaß gegen Mediziner

Daß mit Hilfe des Radikalenerlasses linke Lehrer vom Schuldienst ausgeschlossen werden, ist – leider – schon alltäglich geworden.

Inzwischen sind auch Mediziner betroffen: Ende 1973 bewarb sich ein Assistenzarzt, bekanntes DKP-Mitglied, um eine Stelle als Schularzt am Gesundheitsamt in Norderstedt. Dort waren schon seit langem zwei Stellen unbesetzt.

Die Einstellung von Seiten des Gesundheitsamtes war schon fast perfekt, als die CDU-Mehrheit des Gemeinderates einschritt und die Einstellung verhinderte. Trotz einer breiten Unterschriftensammlung wurde das Berufsverbot für den Assistenzarzt nicht aufgehoben.

Im Raum Hamburg ist dies unseres Wissens der einzige Fall, wo die Nicht-Einstellung eines Arztes politisch im Sinne des Radikalenerlasses („keine Gewähr für Verfassungstreue") begründet wurde. Eine Reihe weiterer Beschäftigungsverbote sind als politische nicht beweisbar, da keine Begründung vorgelegt wurde. Es spricht aber alles für politische Gründe der Ablehnung.

Über einen anderen Assistenzarzt an einem staatlichen Krankenhaus verbreitete die Krankenhausleitung aufgrund von „Verfassungsschutz"-informationen er sei „linksradikal". Wegen dieses Rufmordes gelingt es ihm nicht, auf die für seine Facharztausbildung nötige Abteilung zu kommen, obwohl dort Stellen frei wurden.

Er kündigt, bewirbt sich aber gleichzeitig um eine Beschäftigung als Sitzwache – zum Geldverdienen – bis er eine neue Stelle findet. Obwohl dringend Sitzwachen gebraucht werden, wird seine Bewerbung vom ärztlichen Dienst abgelehnt; dieser weigert sich, einen Grund zu nennen.

Der Assistenzarzt versäumte es, diesen Skandal der nichts anderes als ein politisches Beschäftigungsverbot ist, an die Öffentlichkeit zu bringen.

Assistenzärztin O. bewirbt sich auf der strahlentherapeutischen Abteilung am Krankenhaus St. Georg. Dort werden dringend Ärzte gesucht. Chefarzt Gauwerky ist froh über diese Bewerbung. Einer Einstellung scheint nichts mehr im Wege zu stehen, doch am vorgesehenen Tag der Arbeitsaufnahme wird die Assistenzärztin wieder nach Hause geschickt. Drei Tage später bekommt sie die Absage vom Personalchef. Die Assistenzärztin O. brachte ihre Ablehnung sofort an die Öffentlichkeit und sammelte Unterschriften für ihre Einstellung.

In Bayern, das immer zwei Schritte in der Faschisierung voraus ist, wird der Radikalenerlaß bereits gegen linke Sozialdemokraten angewandt, z.B. gegen den GEW-Spitzenfunktionär Offergeld.

Kürzlich sollten auch zwei Medizinalassistenten aus dem Öffentlichen Dienst in Erlangen entlassen werden. Das Innenministerium hatte dem Kultusministerium einen Bericht mit „gerichtlich verwertbaren Erkenntnissen" (auf deutsch: Ergebnisse der Verfassungsschutz-Spitzel) zugeschickt. Darin wurde auf die frühere Tätigkeit der beiden im SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund) hingewiesen.

Nachdem eine Stellungnahme der beiden Medizinalassistenten und ein Bericht der Universität Erlangen keine Bedenken hinsichtlich der Verfassungstreue ergaben, wurde die geplante Entlassung vorerst nicht vollzogen.

Hieran zeigt sich, daß der Radikalenerlaß nicht nur eine Waffe der Bourgeoisie gegen Kommunisten ist, sondern zur Einschüchterung aller Kritiker der herrschenden Verhältnisse eingesetzt wird.

Ein Radikalenerlaß wird nun auch, wie in den anderen Gewerkschaften, von der ÖTV-Führung praktiziert: Inzwischen wurden zwei Ausschlußverfahren eingeleitet gegen Mitglieder des gewerkschaftlichen Arbeitskreises Gesundheitspolitik (AKGP) in Hamburg, denen man Mitgliedschaft in einer „gewerkschaftsfeindlichen" Organisation vorwirft.

Ein weiteres Ausschlußverfahren läuft gegen einen Arzt am Allgemeinen Krankenhaus Altona, und zwar mit der gleichen Begründung.

Der Marburger Bund, die reaktionäre Standesorganisation der angestellten Ärzte, hat im Juni 1974, kurz vor dem Deutschen Ärztetag, gleich den ganzen Landesverband Berlin ausgeschlossen, da dort eine in Opposition zum Gesamtverband stehende Gruppe fortschrittlicher Ärzte die Mehrheit erreicht hatte.

Wie in anderen Bereichen der Gesellschaft schon seit längerem, versucht die Bourgeoisie nun auch im Gesundheitswesen alle Keimzellen einer zu erwartenden sozialistischen Bewegung zu zerschlagen, bevor diese eine echte Bedrohung für ihre Herrschaft werden können. ●

Gruppe Gesundheitswesen
KB/Gruppe Hamburg

Arzt in Hamburg:

Bericht aus der Praxis

In diesem Frühjahr habe ich eine Praxisvertretung in einer Allgemeinpraxis im Norden Hamburgs übernommen. Pro Vierteljahr werden hier ca. 1.200 Patienten, meist Rentner, kleine und mittlere Angestellte, wenig Arbeiter von einem Arzt und einer Sprechstundenhilfe behandelt. Nach Patientenzahl und Arbeitsaufwand (drei Stunden vormittags, 1 1/2 Stunden nachmittags; der Mittwochnachmittag ist frei) handelt es sich um eine durchschnittliche Allgemeinpraxis in einem Großstadtvorort. Pro Tag fallen fünf bis zehn Hausbesuche an. Nach Aussage der Patienten ist dieser Arzt der einzige, der überhaupt noch Besuche macht. Angesichts der Arbeitszeit von nicht mehr als acht Stunden pro Tag (Fortbildung und Hausbesuche inbegriffen) ist nicht einzusehen, daß fast alle Ärzte in größeren Städten wegen angeblicher Arbeitsüberlastung keine Besuche mehr machen. Wie paßt das zur „Sorge um das Wohl der Patienten"?

In den vier Wochen meiner Vertretung wurde mir klar vor Augen geführt, daß es mit der „Sorge um das Wohl der Patienten" ohnehin nicht viel her ist und nach der Struktur einer Privatpraxis in unserem System auch nicht sein kann. In den sechs bis zwölf Minuten, die pro Patient aufgewendet werden, sind umfangreiche Untersuchungsmethoden zur Erkennung der Krankheitsursachen gar nicht möglich.

Außerdem wären die Kosten für die Bourgeoisie zu hoch, weil sie nur an der Wiederherstellung der Arbeitskraft, nicht aber an einer wirklichen Gesundung der Kranken interessiert ist. So begnügt sich jeder Arzt im wesentlichen mit den geringen diagnostischen Möglichkeiten, die seine Praxis bietet und stellt zum großen Teil Vermutungsdiagnosen.

In meiner Praxis war z.B. nicht einmal ein Untersuchungsbett vorhanden, so daß die Überprüfung von Bauchbeschwerden, die in Rückenlage ausgeführt werden muß, nicht möglich war. Blutdruckmessung, Bestimmung der Senkungsgeschwindigkeit der Blutkörperchen, Untersuchung des Urins auf Zucker und Eiweiß mit Teststreifen, Abhorchen von Herz und Lunge und Inspektion des Rachens waren die ausschließlichen Untersuchungsmethoden, die zwar sehr notwendig sind, aber nur einen kleinen Teil der diagnostischen Möglichkeiten darstellen. Da also die Ursachen der Beschwerden nicht aufgedeckt werden, kann auch keine ursächliche Therapie erfolgen, sondern es bleibt bei einer zudeckenden Therapie, d.h. nur die für den Patienten fühlbaren Veränderungen werden behandelt, z.B. die Schmerzen bei einer Nierenentzündung, während die Ursache, die Entzündungserreger, nicht beseitigt wird. Die konsequente Behandlung würde sechs Wochen Bettruhe und hochdosierte, teure Antibiotikagabe (Bakterien tötende Wirkstoffe) erfordern. Sechs Wochen Bettruhe sind aber sowohl dem Kranken aus Sorge um seinen Arbeitsplatz als auch der Bourgeoisie wegen des Arbeitsausfalls zu viel. Bei den Antibiotikagaben wird ein Widerspruch zwischen der Pharmaindustrie einerseits, die Geld verdienen will, und der Kapitalistenklasse insgesamt andererseits, die im unproduktiven Gesundheitsbereich Geld sparen will, deutlich. Hier hat sich die Pharmaindustrie durchgesetzt, denn Medikamente werden zwar gegeben, führen aber in diesem Fall ohne Bettruhe meist nur zu einer kurzfristigen Beschwerdefreiheit. Dieses Beispiel läßt sich auf beliebig viele andere Krankheiten und ihre Therapie ausdehnen.

Der Arzt fungiert dabei als Komplize der Kapitalistenklasse. Damit ihm dies auch leicht gelingt, wurden ihm einige Kontrollfunktionen übertragen. Es sind Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen, Kuranträge und Gutachten (z.B. Rentengutachten) auszustellen.

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen gelten nur für eine Woche und werden dann erneuert, einmal zur besseren Kontrolle der Patienten, zum anderen bringt jede Neuausstellung ein Honorar. Bei Kuranträgen liegt es mehr oder weniger vollständig im Ermessen des Arztes, ob er sie befürwortet. Auch der Ausfall eines Gutachtens ist von der Gunst des Arztes abhängig, denn ob ein Arbeiter mit einem Hüftleiden berentet wird oder weiterarbeiten muß, ist in gewissen Grenzen der Entscheidung des Arztes überlassen.

Unter den persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Patienten im Kapitalismus ist eine echte medizinische Hilfe nicht möglich. Wie sollen die Schmerzen im Arm einer 30jährigen Frau mit zwei Kindern, die von ihrem Mann verlassen wurde und täglich zehn Stunden auf der Schreibmaschine tippen muß, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, dauerhaft beseitigt werden? Wie soll die fortschreitende Schwerhörigkeit eines 30jährigen Mannes aufgehalten werden, der bei Auer-Druck täglich acht Stunden ohrenbetäubenden Lärm aushalten muß (in diesem Betrieb sind 70% der Drucker schwerhörig geworden!!) wie die Atembeschwerden eines Asbestarbeiters heilen, der irreparable Lungenschäden hat, weil er ohne Gasmaske arbeitete (wie alle seine Kollegen), um auf einen annehmbaren Lohn zu kommen? In den sechs bis zwölf Minuten kann man kaum die Ursachen für die Erkrankung aufspüren, geschweige denn längere Gespräche führen, wobei man sich bei besonders traurigen Fällen auch einmal mehr Zeit stiehlt, die dann den anderen wieder abgezogen werden muß. So macht man halbe Therapie, um den Kranken eine halbwegs beschwerdefreie Weiterarbeit zu ermöglichen und fertigt ab, denn draußen wartet der Nächste. ●

KB/Gruppe Hamburg
Gruppe Gesundheitswesen

Weitere Einschränkung der Rechte kranker Arbeiter

Nebenstehende Notiz konnte man am Mittwoch, dem 28.8.74, der „Nord-West-Zeitung" entnehmen. Dieses Urteil bedeutet meiner Meinung nach eine weitere Verschlechterung der Rechte kranker Arbeiter. Nach diesem Urteil soll es also demnächst nur noch dann möglich sein, wegen Krankheit zu Hause zu bleiben, wenn die Krankschreibung auf einen „festgestellten objektiven Befund" beruht, d.h. daß eine ganze Zahl von Krankheiten einfach nicht mehr anerkannt werden. Denn wer kann schon „objektiv" nachweisen, daß er Magen- oder Kopfschmerzen hat? Bezeichnenderweise gehören ja auch gerade die Krankheiten zu den nicht mehr „anerkannten", die mit der zunehmenden physischen und psychischen Belastung der Arbeiter auch zunehmen, so z.B. alle Arten von nervösen Erkrankungen und Schmerzen, die auf eine Überbelastung zurückzuführen sind.

Wenn auch wahrscheinlich noch nicht damit zu rechnen ist, daß dieses Urteil schon jetzt konsequent von den Kapitalisten benutzt werden wird, so haben sie sich dennoch hiermit ein Grundsatzurteil geschaffen, mit dem sie in Zukunft immer eine Handhabe haben, um gerade klassenkämpferischen Arbeitern eine „Verfehlung" nachweisen zu können, um sie aus den Betrieben zu schmeißen ●

Ein Genosse aus Oldenburg

Attest kein ‚Persilschein'

ap **Wuppertal.** Ein ärztliches Attest ist nicht zugleich auch ein „Persilschein für Blaumacher". Wie die Barmer Ersatzkasse (BEK) am Dienstag in Wuppertal mitteilte, erfuhren dies drei Bauarbeiter durch ein Urteil des nordrhein-westfälischen Landesarbeitsgerichts in Düsseldorf. Die drei Arbeiter hatten zwischen zwei Feiertagen am Arbeitsplatz gefehlt. Sie waren zum Arzt gegangen und hatten über Schmerzen im Magen geklagt. Der Arzt schrieb sie daraufhin arbeitsunfähig. Der Bauunternehmer aber zahlte nicht den Lohn, weil ihm „die Sache windig vorkam". Einer der Maurer klagte und bekam Unrecht. Mit einer ärztlichen Bescheinigung, so befanden die Richter, sei eine Krankheit dann genügend bewiesen, wenn sie auf dem festgestellten objektiven Befund beruhe. In diesem Falle aber seien nur „eigene Erklärungen des Patienten" beurteilt worden (Aktz. 5 SA 58/73).

§ 218 – Bundesverfassungsgericht stoppt Fristenlösung

Am 26.4.74 wurde die Fristenlösung des § 218 im Bundestag mit den Stimmen der SPD und FDP verabschiedet. Vorausgegangen war eine hitzige Diskussion in der veröffentlichten Meinung, harte Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien und eine Ablehnung durch die Mehrheit der CDU/CSU-regierten Länder im Bundesrat.

Viele Frauen atmeten auf, weil sie glaubten, daß es nach dem reformierten § 218 zumindest etwas leichter würde, eine ungewollte Schwangerschaft zu beenden. Sie hatten sich zu früh gefreut: Der damalige Bundespräsident Heinemann verzögerte die Unterschrift. Das Bundesverfassungsgericht setzte die Fristenlösung am 21.6. durch eine einstweilige Verfügung vorläufig außer Kraft – mit der Begründung, es müsse prüfen, ob die Fristenlösung nicht im Widerspruch zur Verfassung steht, die das Leben unter Schutz stellt.

CDU, Kirchen und Ärzteorganisationen frohlockten; SPD und FDP erklärten, sie respektierten die Entscheidung des obersten Gerichts, dessen Urteile ja unanfechtbar sind.

Es ist durchaus damit zu rechnen, daß das Bundesverfassungsgericht seine einstweilige Verfügung durch ein endgültiges Urteil bestätigt.

Damit hätten sich Kirchen, CDU und Ärzteorganisationen nach der parlamentarischen Niederlage ihrer „schwarzen" Linie nachträglich mit Hilfe des obersten, angeblich unabhängigen Gerichts durchgesetzt.

Aber selbst wenn die Fristenlösung auch noch die letzte Hürde nehmen sollte und Gesetz wird, so wird es trotzdem für sehr viele Frauen äußerst schwierig bleiben, einen Arzt zu finden, der die Abtreibung durchführt:

Einer Umfrage zufolge lehnen 90% aller Frauenärzte Abtreibungen entsprechend der Fristenlösung ab. Alle konfessionellen Krankenhaus-Träger wollen den Eingriff in ihren Häusern nicht gestatten.

Aber selbst in staatlichen Krankenhäusern CDU-regierter Gemeinden (z.B. Fulda) soll ein Abtreibungsverbot durchgesetzt werden.

Vor allem in Süddeutschland wird also das Recht auf Schwangerschaftsabbrechung in den ersten drei Monaten weitgehend nur auf dem Papier bestehen.

Aber auch in SPD-regierten Großstädten wird es schwierig werden, überhaupt ein Bett zu bekommen. Star-Gynäkologe Prof. Thomsen aus Hamburg-Eppendorf: *„Wenn aber krebskranke Patientinnen kommen, die eines dieser Betten benötigen, werden sie Vorrang haben."*

Mit der allgemeinen Bettenknappheit wird so indirekt gedroht, daß keine Frau Anspruch auf eine Abtreibung hat. Gleichzeitig werden aber von der Behörde Hunderte von Krankenhausbetten, gerade auch aus gynäkologischen Abteilungen, wegrationalisiert. Dagegen hat man bisher noch keinen Chefarzt protestieren hören.

In dem AK-Artikel „Die Hohenpriester der Medizin und der § 218" wurde erwähnt, daß der Ärztestand nie Skrupel hatte, seine Vorrechte selbst durch einen Behandlungsboykott von Kassenpatienten zu erweitern.

In Italien fordert die Arbeiterklasse eine Reform des total verrotteten Gesundheitswesens. Die Regierung sah sich gezwungen, eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens anzukündigen. Darauf antworteten die italienischen Ärzte mit einem „Streik".

Es ist wichtig zu erkennen, daß die Arbeiterklasse bei ihrem Kampf um mehr Rechte (und erst recht beim Kampf für den Sozialismus) nicht nur auf den Widerstand der winzigen Gruppe der Monopolbourgeoisie stößt (was die DKP behauptet), sondern daß die Bourgeoisie es verstehen wird, eine ansehnliche Zahl von Hilfstruppen zu mobilisieren. ●

Gruppe Gesundheitswesen,
KB/Gruppe Hamburg

Verschärfung der Lehrerausbildung

In diesem Artikel wollen wir die Lage darstellen, der die Hamburger Lehrerstudenten Anfang des Wintersemesters gegenübergestellt sind. Gleichzeitig soll auf die Politik eingegangen werden, die fortschrittliche Studenten in dieser Situation zu entwickeln haben.

Nach bisher bekannt gewordenen Informationen haben in der letzten Prüfungsperiode (Sommer 1974) über 80 Lehrerstudenten das 1. Staatsexamen nicht bestanden. Weitere 30, die ihre Prüfung bestanden hatten, wurden nicht zum Studienseminar zugelassen, können also ihre Ausbildung im Referendariat nicht beginnen.

Nachdem zum Wintersemester 72/73 der NC (Zulassungsbeschränkung) am Fachbereich Erziehungswissenschaft eingeführt wurde, holte die Behörde seit Beginn des Jahres zu verschiedenen Schlägen gegen die Lehrerstudenten aus:

- Anfang des Jahres wurde bekannt, daß Examensarbeiten von anonymen Gutachtern, die die Schulbehörde herangezogen hatte, nachträglich von „2" auf „5" herunterzensiert wurden. Die schlechtere Benotung in diesen ‚Zweitgutachten' wurde z.T. offen politisch damit begründet, daß in diesen Examensarbeiten Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen geäußert worden war.
- Auch die mündlichen Prüfungen wurden von der Behörde häufiger zur Gesinnungsschnüffelei benutzt: statt die fachliche Qualifikation zu prüfen, wurde die politische Gesinnung der Prüflinge abgeklopft. Als dann in der vergangenen Prüfungsperiode Studenten versuchten, durch uneingeschränkte Öffentlichkeit die Examenskandidaten vor Verunsicherung und politischer Schnüffelei möglichst zu schützen, holte das Lehrerprüfungsamt die Polizei.
- Ab 1.10.74 soll eine neue Lehrerprüfungsordnung (LPO) in Kraft treten. Diese LPO unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von den bisherigen Ausbildungsbestimmungen:

Statt einer einheitlichen Ausbildung aller Volks- und Realschullehrer wie bisher, sind für den VR-Bereich vier verschiedene Lehrämter vorgesehen: Je ein ‚einfaches' und ‚erweitertes' Lehramt für die Klassen 1-5 bzw. 6-10. Logisch, daß mit dieser ‚Stufenlehrerausbildung' die Lehrer gespalten werden sollen und damit ein gemeinsames Vorgehen gegen die Mißstände im Bildungsbereich erschwert werden soll.

Zusammen mit der Spaltung der Lehrerstudenten ist in der neuen LPO eine ungeheure Verschärfung des Leistungsdrucks enthalten. In die Studiengänge ist mehr Lernstoff reingestopft worden, es gibt mehr Pflichtveranstaltungen. Weiter sind jetzt benotete Scheine vorgeschrieben, während bisher eine Bestätigung für die Teilnahme ausreichte. Was diese Bestimmung bedeutet, ist klar: nur nicht nach rechts und vor allem nicht nach links gucken, sondern möglichst schnell (als Fachidiot!) das Studium beenden.

Wenn wir die Situation zu Anfang des Wintersemesters – mit ‚Zweitgutachten', LPO, Prüfungspraxis und NC – sehen, wird die Verschärfung der Lehrerausbildung deutlich: der Abiturient muß erst durch den NC fürs Lehrerstudium, muß sich durch eine Unmenge Pflichtveranstaltungen durchackern, wobei die Teilnahmescheine benotet werden. Auf die Prüfung bereitet man sich mit ungeheurem „Lerneifer" vor; man weiß, daß die Durchfallquote hoch ist und daß man am Studienseminar nur mit einer guten Zensur ankommt. Weiter wird sich jeder zweimal überlegen, kritische Standpunkte in den Seminaren und auf sonstigen Veranstaltungen zu äußern, lieber zwei Worte weniger als ein Wort zuviel sagen, um nicht auf die Abschußliste von Professoren und Lehrerprüfungsamt zu kommen.

Wie werden die Studenten, die durch diese Mühle gehen, die gespalten und gegeneinander ausgespielt werden sollen, die Konkurrenzkampf und Leistungsdenken gespürt haben, denen in der Prüfung noch einmal das Rückgrat gebrochen werden soll – wie werden sich diese Studenten entscheiden, wenn es als Lehrer darum geht,

- die Eltern zu informieren über die Mißstände an den Schulen, über Stundenausfall, Raumnot usw.;
- Überstunden zu verweigern, die von der Schulbehörde angeordnet werden, um die Schulmisere zu flicken;
- den Schülern eine möglichst angemessene Ausbildung zu geben und gegen Leistungsdenken und Konkurrenz unter den Schülern anzugehen...?

Es ist klar, daß man dieser systematischen Formierung der Ausbildung nicht mit einem Schlag, und und schon gar nicht allein von der studentischen Seite aus, erfolgreich entgegentreten kann. Das zeigen die schlechten Erfahrungen, die die Lehrerstudenten im Kampf gegen den NC gemacht haben, und das zeigt auch der erfolglose Versuch im letzten Semester die Öffentlichkeit in den Prüfungen herzustellen.

Es ist notwendig, unter den Studenten anhand ihrer konkreten Erfahrung an jeder Maßnahme den imperialistischen Charakter dieser Politik begreiflich zu machen, und in jeder Aktion gegen die inhaltliche Ausrichtung der gesamten Maßnahme anzugehen. Und wenn dieser Kampf gegen den Inhalt der imperialistischen Bildungspolitik gerichtet ist, d.h. gegen Formierung und Rationalisierung des gesamten Bildungsbereichs im Interesse der Kapitalisten, wird auch klar, wer die Hauptstützen dieses Kampfes sind. Nämlich die Kinder und die Werktätigen, auf deren Rücken diese Politik ausgetragen wird.

Ein erfolgreicher Kampf auch gegen die Verschlechterung der Lehrerausbildung kann nur im Bündnis mit diesen Kräften erfolgreich sein. Daß dieses Bündnis nicht nur notwendig ist, sondern auch möglich, liegt auf der Hand: Alle wesentlichen Bereiche der Bildung (und nicht nur die Lehrerausbildung) sind von der schärferen Gangart der Bourgeoisie betroffen, überall auch sind die Mittel dieser Politik –Spaltung, Konkurrenz, Leistungsdenken– gleich: In der „Beobachtungsstufe" an den Schulen (4. und 5. Schuljahr) werden die ‚Lernfähigen' von den ‚Leistungsschwachen' getrennt; in der Berufsbildung wird die Stufenausbildung durchgesetzt; an den Fachhochschulen wird der NC verschärft. In der gesamten Bildung soll statt ‚Chancengleichheit' das Darwinsche Prinzip: „Jeder gegen jeden – der Stärkere überlebt!" gelten.

Um unter den Studenten für ein gemeinsames Vorgehen gegen diese Maßnahmen zu mobilisieren und alle Betroffene, auch Lehrer, Eltern und Schüler zu informieren, hat der Fachschaftsrat (FSR) Erziehungswissenschaft als ersten Schritt Briefe an das Lehrerprüfungsamt und die Schulbehörde geschickt. In diesen Briefen, in denen die Verhältnisse im gesamten Bildungsbereich dargestellt sind, werden die zuständigen Herren aufgefordert, die Öffentlichkeit über die neuen ‚Tatsachen', vor allem die Prüfungsverschärfung, umfassend zu informieren. Gleichzeitig forderten wir sie zu Stellungnahmen zu ihren eigenen bildungspolitischen Aussagen auf.

Mit Kenntnisgabe dieses Briefes an politische und gewerkschaftliche Gruppen, an Studenten- und Elternvertretungen, zeigten wir gleichzeitig unseren Willen, angesichts der allgemeinen Verschärfung auf ein gemeinsames Handeln aller Betroffenen hinzuarbeiten. ●

Genossen des SSB

Forts. NATO

Die strategische Bedeutung des Mittelmeerraums

Die strategische Bedeutung des Mittelmeer-Raums, der durch die ‚NATO-Südflanke' militärisch kontrolliert wird, liegt klar auf der Hand: der Nahe Osten ist natürliches Bindeglied zwischen Europa, Afrika und Asien. Das Mittelmeer mit seinen wichtigen Seetransportwegen verbindet Europa mit den Ländern des Nahen Ostens, Nordafrikas und Asiens (besonders durch die geplante Wiedereröffnung des Suez-Kanals durch Ägypten).

Die Erträge der reichen Ölfelder des Nahen und Mittleren Ostens (sowie Nordafrikas: Libyen!) gelangen zum großen Teil über das Mittelmeer in die europäischen Bestimmungshäfen. Die Aufrechterhaltung dieser Verbindung wäre im Kriegsfall sehr wichtig (militärischer Treibstoff etc.). Die Beherrschung des Mittelmeers ist außerdem Voraussetzung für den direkten Zugriff nach den arabischen Ölvorkommen.

Die Meerengen des Bosporus und von Gibraltar sowie der Suez-Kanal sind für die Kontrolle des Mittelmeerraums von großer Bedeutung. Die NATO beherrscht (über die Türkei und die 6. US-Flotte) den Bosporus und damit den Zu- und Ausgang der sowjetischen Flotte zu ihren Heimathäfen im Schwarzen Meer.

Das östliche Mittelmeer ist außerdem Drehscheibe für den Zugang zu weiteren militärischen „Konfliktherden" (Palästina, Befreiungsbewegung von Oman-Dhofar, Grenzstreit zwischen Iran und Irak), die alle durchaus „brisant" sind.

Seit dem II. Weltkrieg ist im Mittelmeer die größte amerikanische Marine-Einheit, die 6. US-Flotte, stationiert. Sie verfügt über zwei bis drei Flugzeugträger (mit 150 bis 200 Flugzeugen oder Hubschraubern), über eigene Interventions-Truppen (die sogenannten „Marine-Infanteristen"), über zwei bis drei Kreuzer, zehn bis zwölf Zerstörer und über eine Anzahl U-Boote, von denen aus Atomraketen bis in den südlichen Bereich der Staaten des Warschauer Pakts abgeschossen werden könnten.

Zypern und der „K(r)ampf der Supermächte"

Der Konflikt um Zypern war für einige „Linke" wieder Gelegenheit, ihre politische Blindheit und ihre objektiv provokatorische Rolle zum Thema „Kampf der Supermächte" zur Schau zu stellen. Blind für die Tatsachen und nicht wählerisch bei der Verwendung bürgerlicher Falschmeldungen gegen die Sowjetunion wird versucht, die Rolle der USA und der Sowjetunion beim Konflikt um Zypern gleichzusetzen. Diese „Linken" enden damit konsequent bei einer Verharmlosung der Rolle des aggressiven NATO-Imperialismus, speziell des US-Imperialismus und des Imperialismus im eigenen Land, des BRD-Imperialismus.

Der „Rote Morgen" der „KPD/ML" (27. Juli) nannte noch nicht einmal den US- und EG-Imperialismus als Verantwortliche des faschistischen Putsches auf Zypern. In der Überschrift sprach er lediglich von *„Kanonenpolitik der Supermächte"*, und im Text von einem *„Putsch der Obristen"*. Den Artikel zierte außerdem auf der Titelseite ein Foto, das laut Unterschrift ausgerechnet ein *„Kriegsschiff der neuen Zaren"* (also der Sowjetunion) zeigte. – Ein reaktionärer bürgerlicher Journalist, der den Auftrag hat, die Rolle des NATO-Imperialismus beim Konflikt um Zypern zu beschönigen, hätte auch kaum geschickter vorgehen können als diese sonderbaren „Linken".

Kaum besser, sondern zum Teil noch verballerter, war die Stellungnahme der „Roten Fahne" der „KPD" (24. Juli), die u.a. die bemerkenswerte Forderung *„Sozialimperialisten raus aus Zypern"* aufstellte.

Diese Forderung ist zum einen ohnehin verrückt, weil von einer Anwesenheit von „Sozialimperialisten" auf Zypern gar keine Rede sein kann, so daß man sich fragen muß, was sich die Genossen von der „KPD" bei dieser Parole bloß gedacht haben.

Davon einmal abgesehen ist diese Parole angesichts der vom N A T O-Imperialismus (oder von wem sonst?!) durchgeführten Aggression gegen Zypern genauso übel und provokatorisch wie es vor einigen Jahren etwa die Forderung „Sozialimperialisten raus aus V i e t n a m" gewesen wäre, die damals zum Glück keinem der „Linken" einfiel.

Wo die Völker der ‚Dritten Welt' und die Völker anderer vom Imperialismus unterdrückter Länder den Widerspruch zwischen US- und EG-Imperialismus einerseits und Sowjetrevisionismus andererseits für ihren Kampf um soziale und nationale Befreiung nutzen, haben nur die Völker s e l b s t das Recht, diese Verbindung zum Sowjetrevisionismus zu lösen. Deshalb bedeutet eine Forderung wie „Sozialimperialisten raus aus Zypern" (abgesehen davon, daß sie in diesem Fall jeder realen Grundlage entbehrt), die von „Linken" eines imperialistischen (!) Landes aufgestellt wird, faktisch einen Verrat am sozialen und nationalen Befreiungskampf der vom Imperialismus unterdrückten Völker.

Nicht ganz so plump, aber inhaltlich um keinen Deut besser, ging der KBW vor. In seiner „KVZ" (24. Juli) schrieb er u.a.: *„Auf der einen Seite stehen die USA. Auf der anderen Seite lauert* (!) *die andere imperialistische Supermacht, die Sowjetunion, die ebenfalls nach der Beherrschung des Mittelmeers und des Nahen Osten strebt, um die Insel für ihre Pläne zu nutzen ... Wie überall in der Welt versucht die Sowjetunion auch in Zypern die starke revisionistische Partei als ein Mittel ihrer imperialistischen Politik zu gebrauchen ..."* usw. usf.

Keine Fakten, bestenfalls Spekulationen. Mit welchen konkreten Handlungen läßt die Sowjetunion erkennen, daß sie Zypern „für ihre Pläne nutzen" will? In welcher Weise benutzt sie die zypriotische revisionistische Partei AKEL (die wichtigste Stütze des gestürzten Präsidenten Makarios, der wiederum vom KBW als Vertreter der nationalen Unabhängigkeit etc. angesehen wird!) als „Mittel ihrer imperialistischen Politik"?

Mit derselben Methode könnte man z.B. behaupten, daß die Sowjetunion darauf „lauert", mit Hilfe der PCI Italien zu schlucken usw. Wo dies hinführen würde, müßte eigentlich klar sein!

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die falsche Gleichsetzung von US-Imperialismus und „Sozialimperialismus" und die Theorie von den „Supermächten" als „Quelle der Unruhe in der Welt" etc. zu schweren r e c h t e n Fehlern und letzten Endes ins Lager der Bourgeoisie führt: von der Vernachlässigung des Kampfes gegen den Imperialismus im eigenen Land schließlich zur Politik der „Vaterlandsverteidigung" im super-„linken" Gewand – hier sei an das Beispiel der französischen PCR/ML (‚Bruderpartei' der „KPD") erinnert, die sich kürzlich dazu verführen ließ, die Atomrüstung des französischen Imperialismus als **„Abschreckungswaffe gegen die Supermächte"** zu verteidigen (vgl. dazu AK 47, S. 24).

Teilweise haben diese Fehler ihre Ursache in der Übernahme falscher Thesen von Vertretern der VR China.

Diese falsche Haltung führte z.B. dazu, daß die VR China (im Unterschied zu Albanien!) nicht mit einer umfassenden politischen Stellungnahme zum faschistischen Putsch in Chile auftrat und sich der chinesische UNO-Delegierte Tjiao Guan-hua vor der UNO sogar scheute, den US-Imperialismus als Drahtzieher des Putsches ausdrücklich zu benennen, sondern nur sagte: *„Die von seiten der Supermächte gegen Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika gerichtete Aggression, Subversion und Intervention hat kein Ende. Ein kürzlicher Vorfall ist der militärische Staatsstreich in Chile."* (zitiert nach „Peking Rundschau", 40/73, S. 10). Als eine überzeugende Anprangerung des US-Imperialismus wird man das nicht gerade bezeichnen können.

Auch anläßlich des Konflikts um Zypern hat die VR China wiederum nur allgemein „die beiden Supermächte" angeklagt, ohne konkret den US- und EG-Imperialismus als Drahtzieher des Versuchs zu entlarven, Zypern zu einem Stützpunkt der NATO zu machen.

Die bürgerliche Presse spendete dieser Haltung Lob und hob sie von der viel ‚unfreundlicheren' Stellungnahme der Sowjetunion ab:

„Die Athener Junta wurde von Peking – anders als von Moskau – niemals direkt angegriffen. Ein Zusammenhang zwischen der griechischen Regierung und der griechischen Nationalgarde auf Zypern wurde nicht hergestellt. Bezeichnend ist jedoch vor allem der Umstand, daß die chinesische Propaganda bisher niemals einen Hinweis auf etwaige Machenschaften ‚bestimmter Nato-Kreise' im Hinblick auf den Putsch auf Zypern gegeben hat, wie dies systematisch von sowjetischer Seite und sogar von Parteichef Breschnew persönlich geschehen ist" („Frankfurter Allgemeine", 24.7.74).

Zur selben Zeit meldete die bürgerliche Presse, daß der US-Senator Jackson (aussichtsreicher Bewerber als Präsidentschaftskandidat der ‚Demokratischen' Partei, Gegner der „Entspannung" mit der Sowjetunion) – der Anfang Juli die VR China besuchte – der israelischen Regierung eine angebliche mündliche Mitteilung Tschou Enlai's übermittelt habe, *„Peking sei an einer standhaften Haltung Israels im Nahen Osten interessiert, weil in dieser Region ein starkes Bollwerk gegen die Sowjetunion notwendig sei"* (zit. nach „Hamburger Abendblatt", 27.7.74).

Die VR China hat Jackson daraufhin nicht als Lügner bezeichnet. Wie allerdings die 150%igen Nachbeter der chinesischen Außenpolitik diese Kurve kriegen wollen, ist uns unklar.

Überlegenheit der NATO im Mittelmeer

In den gar nicht besonders linken Stellungnahmen mancher westdeutscher „Linker" zur Situation im Mittelmeer wird ein sehr leichtfertiger Umgang mit den Tatsachen deutlich.

Das gilt besonders für das Kräfteverhältnis zwischen der 6. US-Flotte und der sowjetischen Mittelmeer-Flotte. So schrieb z.B. die „KVZ" des KBW (24. Juli): *„In den letzten Jahren hat die Sowjetunion ihre Mittelmeerflotte ständig ausgedehnt. Heute umfaßt sie gleich viel Schiffe wie die Flotte der USA."*

Die Behauptung, daß die sowjetische Flotte im Mittelmeer heute schon ebenso stark sei wie die 6. US-Flotte und noch ständig weiter verstärkt wird soll die These vom ‚Ringen der Supermächte' um das Mittelmeer glaubhaft machen; soll glaubhaft machen, daß die *„Sozialimperialisten auch vom Mittelmeer her in Westeuropa einzudringen"* versuchen, daß sie *„Westeuropa zangenförmig einkreisen"* (so die „KPD/ML") wollen etc.

Tatsächlich ist aber selbst nach bürgerlichen Angaben (die doch die angebliche „sowjetische Bedrohung" stets übertreiben) **„die Sechste Flotte an Zahl den sowjet-russischen Seeverbänden überlegen"** („FAZ", 19.8.74). Darüberhinaus kreuzt noch eine starke britische Flotte im Mittelmeer-von den Flotten anderer NATO-Staaten (Frankreich, Italien) einmal abgesehen.

Die Flotten der NATO beherrschen die Zugänge des Mittelmeeres (Gibraltar und Bosporus/Dardanellen) und sind wiederholt schon bis ins Schwarze Meer (Häfen an der Nordküste der Türkei) vorgedrungen.

Die NATO-Flotte verfügt über eine Kette von Stützpunkten in Portugal, Spanien, (Frankreich mit Einschränkung), Italien, Malta, (Griechenland mit Einschränkung), Türkei und Zypern.

Dagegen verfügt die sowjetische Mittelmeer-Flotte, trotz anderslautender Gerüchte (die von Rechten und Super-„Linken" um die Wette produziert werden) nicht über Stützpunkte im Mittelmeer. Selbst dort, wo die sowjetische Flotte zeitweilig Anlaufhäfen benutzen konnte (Ägypten, Syrien), handelte es sich nicht um feste Stützpunkte, die vertraglich gesichert und militärisch ausgebaut wären. Vor allem ist die Benutzung dieser Häfen höchst unsicher (vgl. Umorientierung Sadats auf US- und EG-Imperialismus).

Das hängt damit zusammen, daß sich die US- und NATO-Flotte im Mittelmeer auf zahlreiche imperialistische und kapitalistische Staaten stützen kann, die selbst ein vitales und konstantes Interesse – innen- und außenpolitisch – an diesem militärisch-politischen Bündnis haben; während sich die Sowjetunion im Mittelmeer (abgesehen von Jugoslawien, das aber einen betont „unabhängigen" Kurs fährt) nicht auf Staaten stützen kann, deren Struktur der der Sowjetunion ähnlich wäre, sondern mit nationalen Bourgeoisien paktieren muß, deren „Opposition" zum US- und EG-Imperialismus naturgemäß schwankend ist.

Das Fehlen von Stützpunkten bedeutet für die sowjetische Mittelmeer-Flotte lange und unsichere Versorgungswege, zumal die „Flaschenhälse" des Mittelmeeres (Gibraltar und Bosporus) von den NATO-Imperialisten kontrolliert werden.

Darüber hinaus hat die NATO die fast totale Luftüberlegenheit im Mittelmeerraum, wodurch die Aktionsfähigkeit der sowjetischen Flotte „im Ernstfall" noch weiter eingeschränkt würde.

Aus diesem Kräfteverhältnis ergibt sich klar, daß die sowjetische Mittelmeer-Flotte bestenfalls d e f e n s i v e Aufgaben wahrnehmen kann (Schutz der Südflanke des Warschauer Pakts) bzw. politische (Schaffung eines gewissen Gegengewichts gegen die alleinige Herrschaft der 6. US-Flotte im Mittelmeer).

Den Sowjetrevisionisten würde es natürlich auch nichts nützen, ihre Mittelmeer-Flotte auf Teufel komm raus weiter auszubauen. Abgesehen davon, daß ein Wettlauf mit den NATO-Imperialisten wohl wenig Aussichten hätte, wäre damit auch das Problem der fehlenden Stützpunkte und damit der langen und unsicheren Versorgungswege nicht gelöst, die die Grundlage der strategischen Schwäche der Sowjet-Flotte im Mittelmeer sind.

Den Sowjetrevisionisten bleibt also gar keine andere Wahl, als auf eine allmähliche p o l i t i s c h e Veränderung der Kräfteverhältnisse im Mittelmeerraum zu setzen, indem sie nationale Bourgeoisien (wie in Syrien) und nationale Befreiungsbewegungen und Unabhängigkeitsbestrebungen (Palästina, Zypern unter Makarios) unterstützen.

Die Gleichsetzung der „beiden Supermächte" trägt dieser Tatsache nicht Rechnung; sie lenkt ab von der konkreten Verantwortlichkeit des US-Imperialismus für den faschistischen Putsch auf Zypern und für den Anschlag auf die Einheit und Unabhängigkeit der Insel; sie lenkt darüber hinaus schlimmstenfalls (vor allem in der Version der „KPD/ML") von der konkreten Verantwortlichkeit der EG-Imperialisten ab, die als „Nebenwiderspruch" (und womöglich gar als „fortschrittliches" Element) völlig unter den Tisch fallen. ●

Hamburger FDP-Politiker gilt als „Sicherheitsrisiko"

Scharfen Angriffen von SPD und CDU ist der Hamburger Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP, Gerhard Weber – zugleich Generalsekretär des Hamburger CVJM und Vorsitzender der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" – ausgesetzt.

Schon im März wurde die Wahl Webers zum Fraktionsvorsitzenden der FDP durch Innensenator Klose (SPD) verhindert, der wissen ließ, daß Weber im Falle seiner Wahl keine Einsicht in Akten des „Verfassungsschutz" haben würde, da er als „Sicherheitsrisiko" gelte.

Ende August bestätigte Echternach (CDU), Vorsitzender des parlamentarischen Aufsichtsgremiums für den „Verfassungsschutz", daß Weber vom VS bespitzelt worden sei.

Weber sei ein Mann, *„der sich nicht mehr in einer Bandbreite bewegt, die von Demokraten akzeptiert werden kann"*.

Weber hat sich in der Zeit des „Kalten Krieges" für die Verbesserung der Beziehungen zur DDR und Sowjetunion eingesetzt sowie für die Aufhebung des KPD-Verbots. Andererseits versteht Weber sich offenbar als ‚liberaler Christ'. Seine Stellungnahme z.B. zu Solschenizyn, Sacharow & Co. ließ eine „engagiert" antikommunistische Haltung erkennen (vgl. AK 41, S. 32).

Bei den Angriffen gegen Weber geht es darum, einen demokratischen Politiker zu treffen, der mit vielen seiner Initiativen – z.B. Stellungnahmen gegen das Berufsverbot für „Linksradikale" im Öffentlichen Dienst – sowohl der CDU als auch der SPD im Wege steht.

Die Angriffe gegen Weber gehören darüber hinaus in den größeren Zusammenhang eines Versuchs, schrittweise das Klima des „Kalten Krieges" und der anti-demokratischen Hexenjagden der fünfziger und frühen sechziger Jahre wieder einzuführen, d.h. ein Klima der haltlosen Verdächtigungen und Bespitzelungen auch gegen nicht-kommunistische Demokraten. ●

KBW „legt Rechenschaft" ab

— ein häßliches Schauspiel —

— ein häßliches Schauspiel —

Am 8. 7. legte der Hamburger Rechtsanwalt H. Plähn eine „öffentliche Abrechnung" der Spendensammlung für die türkischen Kollegen und eine Aufstellung der auf das Konto „Rechtshilfe für die türkischen Kollegen" eingegangenen Gelder vor. Diese Sammlungen wurden von KBW, SSG und „GUV" (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe) aus Anlaß der Ermordung von Neset Danis am 5.5. durch die faschistische Clique des türkischen Konsulats veranstaltet. Diese „Rechenschaft" zeigt die ganze Verantwortungslosigkeit und politische Anmaßung der KBW-„Solidarität". Die in einem offenen Brief an Plähn vom IKAH („Arbeiterhilfe") vorgelgten Fragen sind bis heute unbeantwortet geblieben.

Auf einer „Bürgerversammlung" vom 29.5. gesammelte 1.640,- DM wurden ausschließlich für Propagandazwecke verbraucht. Darunter 1.000,- DM für eine Anzeige in Springers „Hamburger Abendblatt"!! Es steht KBW & Co. mit den Beiträgen seiner Mitglieder natürlich frei, Propaganda nach seinen Vorstellungen zu machen, solange die Mitglieder sich das gefallen lassen.

Daß aber Spenden von demokratischen Menschen den türkischen Kollegen entzogen werden, die das Geld dringend brauchen, ist schlicht eine Schweinerei. Wie im „Offenen Brief" der IKAH an Plähn angeführt, hatte die Witwe von Neset Danis dringend um Geld gebeten. Das wurde vom KBW mit der Begründung abgelehnt, das Geld sei schon ausgegeben!!

Die genaue Verwendung von weiteren 1.940,- DM auf dem „Rechtshilfe"-Konto (am 8.7.) wird laut „Rechenschaft" *„mit unseren türkischen Freunden und Kollegen festgelegt!"* Sicher muß bei jeder Solidaritätsaktion geprüft werden, an wen das gesammelte Geld geht. Über die Verwendung der Gelder haben aber die Kollegen selbst zu entscheiden. Es gehört zu den übelsten Praktiken der Revisionisten, Unterstützung unter dem Anspruch einer „Mitentscheidung" zur politischen Einflußnahme und Erpressung zu benutzen.

Festzuhalten ist, daß im Juli, also zwei Monate nach dem Anschlag auf die türkischen Kollegen, immer noch kein Geld an sie eingegangen war. Lediglich die von Genossen des IKAH auf einer Demonstration und Veranstaltung Anfang Juni gesammelten 1.429,-DM sind an die türkischen Genossen gegangen.

Im „Offenen Brief" wurde Plähn gefragt: *„Worin hat die von Euch angekündigte Rechtshilfe bestanden und welche Kosten habt ihr dadurch gehabt? Belegt das bitte genau, damit nicht der Eindruck entsteht, das Geld sei einfach so in Eurem Anwaltsbüro versickert."* Bis heute ist dazu nichts öffentlich bekannt geworden, obwohl schon am 18.5. in einer Dokumentation über damals bereits eingegangene 1.047,- DM „Rechenschaft" angekündigt wurde!!!

Gerade angesichts der vielen Vorurteile gegen politische Spendensammlungen und angesichts der beschissenen Lage der ausländischen Kollegen ist ein solches Vorgehen äußerst schädlich. In Zukunft werden solche Methoden wesentlich schärfer untersucht werden müssen. Es geht darum, solche Praktiken zu verhindern.

IKAH („Arbeiterhilfe"), Hamburg ●

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60
Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf
Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83
Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47
Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35
Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Bremen
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch
Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr
Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd
Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68
Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60
Weitere Vertriebsgruppen:

SPDler macht sich für „Rehabilitierung" von Angehörigen der Waffen-SS stark

In ihrer zweiten Juli-Ausgabe enthüllte die „Sozialistische Korrespondenz" die Sympathien des SPD-Mitglieds Hans-Otto Weber für Faschisten (Weber war früher Vizepräsident des hessischen Landtages und ist heute „Beauftragter für die Regelung von Fragen im Grenzgebiet zur DDR").

In der März-Nummer der von der HIAG – „Hilfsorganisation auf Gegenseitigkeit" ehemaliger Angehöriger der Mörderbande Waffen-SS – herausgegebenen Zeitschrift „der Freiwillige" erschien ein faksimiliertes Schreiben Webers, das er am 4. Januar 74 an Friedrich Weibel, Vorstandsmitglied der HIAG und ehemaliger SS-Hauptsturmführer, gerichtet hatte. In diesem Brief dankt Weber nicht nur für den ihm übersandten Bildband „Wenn alle Brüder schweigen, schweigen wir nicht", sondern erklärt obendrein auch, daß dieser Band die Beurteilung der Waffen-SS bestätige, wie sie von Friedrich Weibel immer wieder vertreten worden sei und wie auch der SPDler Weber sie voll und ganz teile. Wörtlich: *„Meines Erachtens kann von Kriegsteilnehmern, die gerecht und objektiv urteilen, überhaupt kein anderer Standpunkt eingenommen werden. Ich empfinde es als eine besondere Tragik, daß die politische Beurteilung dieser Frage in den ersten Jahren der Bundesrepublik von den Siegermächten in einer so ungerechten, emotionsbegründeten, einseitigen Weise beeinflußt, bzw. festgelegt wurde, und daß bis in die jüngste Zeit ein Abrücken von den Fehlurteilen durch offizielle Aussagen der Parteien unterblieben ist."*

SPD-Mitglied Weber erblickt also eine „besondere Tragik" in den Prozessen gegen diese Mörderbande der Nazizeit, wohl aber nicht in den Verbrechen, die unter der Faschisten-Herrschaft am deutschen Volk und anderen europäischen Völkern begangen wurden. Aufgefordert, zu seinem Brief Stellung zu nehmen, meinte Weber unverfroren: er sei *„böswillig interpretiert"* worden (!), es sei für ihn *„eine Frage der Toleranz und der Humanität (!!) gegenüber einer großen Zahl ehemaliger Soldaten, die diesem Truppenteil angehörten."*

Zwar soll Weber laut einer Erklärung der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes) in dem Brief seine „uneingeschränkte Bewunderung" für die Mördertruppen Hitlers offen zugeben, doch kann sich die hessische SPD-Fraktion die Empörung der Antifaschisten kaum erklären: die Formulierungen in Webers Brief seien zwar „unglücklich", doch sei die Fraktion der Ansicht, „man könne den Brief nicht so auslegen, als habe Weber sich pauschal (?) vor die Waffen-SS stellen wollen."

„Toleranz und Humanität" gegenüber Faschisten, sich für die Rehabilitierung von faschistischen Mördern stark machen – und gegen Antifaschisten und streikende Arbeiter die Knüppelgewalt einsetzen: daß dies die Politik der SPD ist, hat sich schon häufiger gezeigt; in Frankfurt, zuletzt am 16. Juni, als das faschistische „Deutschland-Treffen" durch die Polizeitruppen der SPD geschützt wurde, während die Protestdemonstration der Antifaschisten auf brutale Weise von der Polizei zusammengeschlagen wurde. ●



Fascho-Freund Weber

KB / Gruppe Frankfurt

CDU will "eine Menge Lehrer feuern"

Die CDU hält das Bundesland Hessen für ein „Dorado kommunistischer Lehrer". Falls sie – was die politische Vernunft der Bevölkerung von Hessen verhindern möge! – die hessischen Landtagswahlen im Herbst gewinnt, werde „in den ersten 14 Tagen (!) eine Menge Lehrer aus dem Schuldienst fliegen".

So drohte der hessische CDU-Landesgeschäftsführer Kanther Ende August. CDU-Landesvorsitzender Dregger gab ähnlich scharfmacherische Äußerungen von sich.

Auch wenn dies später etwas abgeschwächt wurde – man wolle ‚jeden Fall einzeln prüfen" – ist die Absicht doch klar: die CDU hält die bloße Mitgliedschaft in einer „linksradikalen" Organisation für ausreichend, um Lehrer zu feuern. Nun ist aber gerade die DKP bisher von der „linken" hessischen SPD-Landesregierung relativ glimpflich (gemessen an anderen Bundesländern) behandelt worden; die Entlassung bzw. Nichteinstellung von Lehrern in Hessen beschränkte sich weitestgehend auf sogenannte „Chaoten", d.h. Anhänger der revolutionären Linken. Dies will die CDU massiv ausweiten.

Inzwischen hat die CDU ihre Ansicht bekräftigt, die bloße Mitgliedschaft in der DKP sei für die Anwendung des „Extremisten-Erlasses" gegen Lehrer ausreichend. Falls die SPD sich nicht dieser Auffassung beuge, werde die CDU ein Verbot der DKP durchsetzen. Diese Ansicht wurde Anfang September auch von CDU-Fraktionschef Carstens vertreten. Carstens behauptete gleichzeitig, der Rechtsradikalismus sei in der BRD „keine Gefahr", da er „bedeutungslos" sei.

Betrachtet man den Bericht des „Verfassungsschutz" für 1973, so zeigt sich dort entsprechend, daß dem Rechtsradikalismus 23 Seiten gewidmet sind, dem „Linksradikalismus" (dazu wird auch der SHB gerechnet!) dagegen 60 Seiten! Im VS-Bericht wird auch treuherzig versichert, daß die rechtsradikalen Organisationen *„Randerscheinungen im innerpolitischen Bereich"* seien. *„Eine Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bildete der Rechtsradikalismus auch im Jahre 1973 nicht."*

> Wie der „Frankfurter Rundschau" vom 6.9. zu entnehmen ist, waren unter mindestens 101 als „Verfassungsfeinde" abgelehnten Bewerbern für den Öffentlichen Dienst ganze 4 (vier!) Rechtsradikale. Selbst der „Verfassungsschutz" geht aber davon aus, daß sich im Öffentlichen Dienst annähernd gleich viele Rechtsradikale wie „Linksradikale" befinden (vgl. Artikel). Das Maß der Bevorzugung der Rechtsradikalen durch den bürgerlichen Staat als „staatstragende Kräfte" wird daran nochmals deutlich.
>
> Die höchste Zahl von Ablehnungen – 23! – verzeichnet die „FR" übrigens nicht im schwarzen Bayern oder Baden-Württemberg, sondern im SPD-regierten Hamburg!

Betrachtet man allerdings die Zahl der im VS-Bericht 1973 ausgewiesenen „Radikalen im Öffentlichen Dienst", so ergibt sich: 1.343 Rechtsradikale und 1.423 „Linksradikale", also annähernd gleich viel. Nun sind die Angaben sicher nicht verläßlich, d.h. der Einfluß der Rechtsradikalen ist sicher noch beschönigt. Dies zeigt sich schon daran, daß der Bericht gegenüber 1972 eine gesunkene Zahl von „Rechtsradikalen im Öffentlichen Dienst" ausweist (1.411 für 1972 gegenüber 1343 für 1973). Da kaum Rechtsradikale aus dem Öffentlichen Dienst entlassen worden sind, ergibt sich offenbar, daß die Zahlen manipuliert worden sind.

In jedem Fall zeigt sich klar der Widerspruch zur Tatsache, daß mindestens 95 % der Gefeuerten zu den „Linksradikalen" zählen, während kaum ein halbes Dutzend Maßnahmen gegen Mitglieder der NPD bekannt ist. Hohe NPD-Funktionäre sind unangefochten im Schuldienst, im Offizierskorps der Bundeswehr etc. Der Rechtsradikalismus „keine Gefahr"? Nein, für die CDU sicher nicht! Und für die SPD offenbar auch nicht. ●

„So töteten wir ...." „Bild" verherrlicht faschistischen Mordterror

Mit dem vielsprechenden Text **„So töteten wir Oberbürgermeister Oppenhoff!" – „Zum erstenmal berichteten Überlebende des Geheimkommandos in BILD am SONNTAG über ihren Einsatz in der besetzten Stadt"** kündigte die „BamS" eine neue „Serie" an, die am 25. August begann.

Diese „Serie" schildert, im besten Stil der „Landser"-Romane, wie im März 1945 ein faschistisches Mord-Kommando den von den Amerikanern im besetzten Aachen eingesetzten Bürgermeister Franz Oppenhoff ermordete. Es handelte sich bei dem Kommando um Angehörige des sogenannten „Werwolf", dessen Aufgabe die „BamS" in der Vorankündigung so umschrieb: **„ ...um deutsche Verräter hinter den feindlichen Linien zu liquidieren!"**

Der „Werwolf" war eine in Zivil operierende faschistische Terrortruppe, die in den letzten Monaten des Krieges aufgestellt wurde, um noch einmal Angst und Schrecken zu verbreiten. Ausgebildet wurde sie von der Waffen-SS – derselben, die heute in aller Offenheit ihre „Traditionsverbände" (HIAG) und „Traditionsfeste" haben darf, und zu deren „Ehrenrettung" sich sogar SPD-Politiker einsetzen.

In der ersten Folge der Serie in der „BamS" (25.8.74) wird behauptet: *„Himmlers ‚Werwölfe' schlugen nur ein einziges Mal zu: in Aachen töteten sie bei Nacht und Nebel den von den Amerikanern eingesetzten Oberbürgermeister Franz Oppenhoff."*

Diese Behauptung ist f a l s c h. Tatsächlich haben die faschistischen „Werwölfe" vielfach „zugeschlagen", und zwar mit Vorliebe gegen unbewaffnete Antifaschisten, die noch kurz vor dem Einmarsch der alliierten Truppen ermordet wurden. So erschoss oder erhängte ein „Werwolf"-Kommando z.B. in Penzberg (Bayern) am 28. April 1945, nur wenige Tage vor der Kapitulation des Faschismus, 14 Männer und 2 Frauen, die als Linke und Gegner des Hitler-Regimes galten.

Nach dem Krieg wurden die Mörder zunächst in Penzberg vor Gericht gestellt. Es gab u. a. zwei Todesurteile, zweimal lebenslänglich und einmal fünfzehn Jahre. Alle Strafen wurden später mehrmals abgemildert, und, mit einer Ausnahme (Hans Zöberlein, Führer des Kommandos und „prominenter" Nazi, dessen Todesstrafe in lebenslänglich umgewandelt wurde), waren die Mörder spätestens 1952 wieder auf freiem Fuß.

Die „BamS" versucht natürlich b e w u ß t , den Eindruck zu erwecken, als habe die ganze Tätigkeit des „Werwolf" nur in dem „Einsatz hinter den feindlichen Linien" bei der Erschießung von Bürgermeister Oppenhoff bestanden, die als wahres „Husarenstück" ausgemalt wird.

Nachdem allerdings sich die Freisprüche und Entlassungen „aus gesundheitlichen Gründen" von faschistischen Massenmördern häufen, und nachdem ein westdeutsches Gericht amtlich festgestellt hat, daß **„Vergasung nicht grausam"** gewesen sei (vgl. AK 46, S. 25), stehen demnächst vielleicht auch weitere Sensationsberichte faschistischer Mörder an, etwa: „Wie ich 5000 Juden vergaste" ? ! ●

die „BamS" in der Vorankündigung so umschrieb: „ ...um deutsche Verräter hinter den feindlichen Linien zu liquidieren!"
Der „Werwolf" war eine in Zivil operierende faschistische Terrortruppe, die in den letzten Monaten des Krieges aufgestellt wurde, um noch einmal Angst und Schrecken zu verbreiten. Ausgebildet wurde sie von
kurz vor dem Einmarsch der alliierten Truppen ermordet wurden. So erschoss oder erhängte ein „Werwolf"-Kommando z.B. in Penzberg (Bayern) am 28. April 1945, nur wenige Tage vor der Kapitulation des Faschismus, 14 Männer und 2 Frauen, die als Linke und Gegner des Hitler-Regimes galten.
Nach dem Krieg wurden die Mör-
sprüche und Entlassungen „aus gesundheitlichen Gründen" von faschistischen Massenmördern häufen, und nachdem ein westdeutsches Gericht amtlich festgestellt hat, daß „Vergasung nicht grausam" gewesen sei (vgl. AK 46, S. 25), stehen demnächst vielleicht auch weitere Sensationsberichte faschistischer Mörder an, etwa: „Wie ich 5000 Juden vergaste" ? !

Hexenjagd – Leserbrief –

Seit Wochen füllt die Liebesgeschichte der „lesbischen Mörderinnen" – der Arbeiterin Judy Andersen (Kranführerin) und der Kleinbürgerin Marion Ihns (Gemüsehändlerin) – die Seiten der bürgerlichen Presse und vor allem von Springers „Bild".

mit einer verheirateten Frau und wurde eines Tages von dem Ehemann der Frau erschlagen. Die „Bild" brachte diese Geschichte mit allen Einzelheiten in einer so widerlich zudringlichen und herzlosen Weise, daß die Kollegin schließlich den Ar-

Hexenjagd – Leserbrief –
Seit Wochen füllt die Liebesgeschichte der „lesbischen Mörderinnen" – der Arbeiterin Judy Andersen (Kranführerin) und der Kleinbürgerin Marion Ihns (Gemüsehändlerin) – die Seiten der bürgerlichen Presse und vor allem von Springers „Bild".

Das Breittreten dieser Geschichte, das sicherlich viele Genossen und bewußte Menschen zum Kotzen finden, wird überhaupt erst dadurch ermöglicht, daß das Gericht mitspielt: das stundenlange Zitieren von Liebesbriefen der beiden, das detaillierte Ausfragen von Einzelheiten, die für die Urteilsfindung ganz unerheblich sind, aber vielleicht den Richtern beim Anhören Freude machen und auf jeden Fall der Schmierpresse reichlich Munition verschaffen.

Natürlich spielt das Geschäft bei dieser Presse-Kampagne eine Rolle: Die „Porno"-Geschichten verkaufen sich offenbar gut und heben die sinkenden Auflagen der Schmierpresse. Aber dieser kommerzielle Aspekt ist sicher nur zweitrangig.

In erster Linie geht es um politisch-ideologische Ziele: Einmal um die Diskriminierung lesbischer Frauen – die aber auch nur sozusagen der Sack sind, den man schlägt, während man den Esel meint, d. h. überhaupt die weiblichen Emanzipationsbestrebungen.

Weiterhin geht es um die Desorientierung und Entpolitisierung des Proletariats: der Arbeiter, die Arbeiterin, die auf der Fahrt zur Arbeit diesen Kram lesen, und wo er vielleicht noch während der Pausen Hauptgesprächsstoff ist, denken sicher weniger an p o l i t i s c h e Fragen.

Schließlich dient diese widerliche Kampagne auch dazu, in der Bevölkerung ein günstiges Klima für Hexenjagden und Schauprozesse zu schaffen, wo der Mensch, der einmal in diese Mühlen gerät, zum bloßen Objekt einer Schaustellung wird. Die klar p o l i t i s c h e Funktion dieses Vorgehens wird dann deutlich im Vergleich mit der ähnlich angelegten „Baader-Meinhof"-Kampagne vor einem Jahr. Man wird dies wohl auch deutlich sehen, wenn in einigen Monaten der Prozeß gegen die Hauptangeklagten der Gruppe beginnt.

Ich möchte dazu noch ein Beispiel geben: der Sohn einer früheren Kollegin von mir hatte ein Verhältnis

mit einer verheirateten Frau und wurde eines Tages von dem Ehemann der Frau erschlagen. Die „Bild" brachte diese Geschichte mit allen Einzelheiten in einer so widerlich zudringlichen und herzlosen Weise, daß die Kollegin schließlich den Ar-
beitsplatz wechseln mußte. Daran ist mir damals deutlich geworden, wie die Schmierpresse ganz bewußt auf eine Verrohung und Entsolidarisierung der Arbeiter untereinander hinarbeitet.

In einer besonders schweinischen Weise tut die „Bild"-Zeitung in einem Kommentar (vgl. Abdruck) dann auch noch so, als diene das öffentliche Breittreten des Lebens von Judy Andersen und Marion Ihns den Interessen der beiden Frauen, damit sie einen „fairen Prozeß" bekommen. Das ist doch der Gipfel der Sauerei!

Geradezu akrobatisch ist es dann noch, wie die „Bild" auf der einen Seite den Lesern täglich neue Details aus dem Liebesleben der beiden Frauen serviert – andererseits aber sich als Vorkämpferin für „Sauberkeit und Anstand" bei jeder Gelegenheit hinstellt. Die Journalisten, die sich für so etwas hergeben, und ihre Auftraggeber – Kapitalisten, katholische Kirche und CDU/CSU – sind Schweine, mit denen es eines Tages eine Abrechnung geben muß; ●

Ein Genosse aus Hamburg-Altona

> **BILD-Kommentar**
>
> **Zum Prozeß der lesbischen Frauen**
>
> Zwei Frauen sitzen auf der Anklagebank. Lesbische Frauen. Sie ließen den Mann ermorden, der ihnen im Wege stand.
>
> Der Prozeß ist öffentlich. Ein paar Leuten scheint das nicht zu passen. Es fiel sogar das furchtbare Wort vom Schau-Prozeß.
>
> Was im Schwurgerichtssaal von Itzehoe passiert, ist genau das Gegenteil. Gott sei Dank.
>
> „In jedem Verfahren dient die Öffentlichkeit dem Schutz der Angeklagten, die nicht hinter verschlossenen Türen der Willkür weniger ausgesetzt sein dürfen." Das sagte gestern früh der Gerichtsvorsitzende.
>
> Besser kann man es gar nicht sagen. Gut, daß es solche Richter gibt.
>
> **„Bild", 27.8.74**

Inhalt